



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Beziehungen zwischen der DDR und Nordkorea“

verfasst von / submitted by

Mag. Lothar Beissel, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree
of

Master of Arts (MA)

Wien, 2022 / Vienna 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt / UA 066 871
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

Studienrichtung lt. Studienblatt / Masterstudium Koreanologie UG2002
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Rainer Dormels

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis.....	5
Abbildungsverzeichnis.....	6
1 Einleitung.....	7
2 Quellenbewertung	8
3 Kurze Epocheneinteilung der Geschichte Nordkoreas.....	10
3.1 Nordkoreas Außenpolitik.....	10
3.1.1 Unter sowjetischer Oberhoheit.....	10
3.1.2 Die Außenpolitik zwischen den sozialistischen Großmächten bis zum Waffenstillstand 1953.....	11
3.1.3 Außenpolitik 1953 bis zur unumstrittenen Alleinherrschaft Kim Il Sungs	11
3.1.4 Die uneingeschränkte Kim Il Sung-Herrschaft bis 1990.....	13
3.2 Nordkorea als Teilstaat.....	18
3.2.1 Einigungsversuch bis 1953.....	18
3.2.2 Traum der Einheit 1953 -1990	19
3.3 Die Wirtschaft Nordkoreas.....	22
3.3.1 Die Kriegswirtschaft bis 1953.....	23
3.3.2 Der Wiederaufbau	23
3.3.3 Die wirtschaftliche Entwicklung bis 1990	25
4 Kurze Epocheneinteilung der Geschichte der DDR.....	28
4.1 Die Außenpolitik als sozialistische Kleinmacht.....	28
4.2 Die DDR als Teilstaat.....	30
4.2.1 Deutschland einig Vaterland - Stoßrichtung bis 1961.....	30
4.2.2 Zweimal Deutschland 1961 – 1970	31
4.2.3 DDR unabhängig und souverän 1970 – 1990.....	32
4.3 Die Wirtschaft der DDR.....	32
4.3.1 Kollektivierung und die Folgen bis 1961	33
4.3.2 NÖS der 1960er.....	34

4.3.3	Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik Honeckers.....	34
5	Forschungsansatz und Operationalisierung.....	36
6	Die politischen Verhandlungen aus der Sicht Nordkoreas	37
6.1	Bruderhilfe erwünscht - Kriegs- und Nachkriegszeit bis in die späten 1950er	38
6.2	Verhandlungen unter der Prämisse der Chuch'e-Politik bis 1990	39
6.3	Fazit und Thesenbewertung.....	47
7	Die politischen Verhandlungen aus Sicht der DDR	52
7.1	Moskaus Kinder wollen wir sein (?) - Stoßrichtung der DDR-Verhandler	52
7.2	Graduelle Emanzipation von der Sowjetunion.....	61
7.3	Fazit und Thesenbewertung.....	62
8	Zwei halbe Staaten und ein Traum?.....	65
8.1	Wie vertreiben wir den Kapitalismus - Ratschläge und Verhandlungen bis in die späten 1950er.....	66
8.2	Konsultationen in Zeiten des Mauerbaus und bis 1970	68
8.3	Abgrenzung? Jain - aber wie? Verschiedene Denkweisen zur Einheit 1970 – 1990 73	
8.4	Fazit und Thesenbewertung.....	83
9	Wirtschaft zum Nutzen beider	89
9.1	Hilfe bei Krieg und Aufbau bis Ende der 1950er.....	89
9.2	DDR-Ingenieure auf Bruderhilfe.....	96
9.3	Kommt und lernt aufzubauen! Nordkoreanische Studenten in der DDR	100
9.4	Hilfe oder Handel? Das jeweilige Selbstverständnis des Handels der 1960er.....	106
9.5	Leistung gegen Leistung, Bruder! Warenaustausch 1970 – 1990	112
9.6	Fazit und Thesenbewertung.....	123
10	Resümee	127
11	Beantwortung der Forschungsfrage.....	129
12	Literaturverzeichnis	133
	Abstract.....	148

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Bilateraler Handel zwischen Nordkorea und der DDR 1953-1964.....	94
---	----

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Handelsvolumen DDR-Nordkorea.....	113
--	-----

1 Einleitung

Je länger die deutsche Teilung zurückliegt, desto mehr werden die vier Jahrzehnte, die diese dauerte, zu einer Fußnote der deutschen Geschichte. Wer heute (2021) nicht mindestens 35 Jahre alt ist, verbindet keinerlei eigene Erinnerung mit dieser Situation mehr, die aus der Gegenwart betrachtet wohl nicht zuletzt angesichts der Teilung der Hauptstadt durch eine meterhohe Betonmauer nur als absurd bezeichnet werden kann. Das (wieder-)vereinigte Deutschland ist Alltag geworden, obwohl sich alle, die wie ich im geteilten Deutschland groß geworden sind, sicher gut erinnern können, wie unveränderlich die Verhältnisse nur wenige Jahre vor 1990 erschienen.

Ganz anders in Korea: Dort ist die Teilung bis heute (von fast allen bedauerter) Alltag. Und auch wenn beide Teilstaaten sich offiziell immer zu einer Wiedervereinigung bekannt haben, scheint es bis heute keinerlei Ausweg aus der verhärteten Pattsituation zu geben. Während die DDR längst verschwunden ist, hält sich trotz vieler gegenteiliger Prophezeiungen nach wie vor ein kimistisch-kommunistisches Nordkorea, das in vielerlei Beziehungen heute als aus der Zeit gefallen erscheint.

Wie aber sah es in der Epoche des auch Europa teilenden Kalten Krieges bis 1990, als die DDR-Staatschefs noch stolz vom real existierenden Sozialismus in ihrem Machtbereich sprachen, mit der Beziehung dieser beiden Teilstaaten zueinander aus? Hatte die DDR ein enges Verhältnis zu Kims Staat? Wie sah dieses genau aus? Wo lag dabei der Nutzen für beide bzw. wo erhoffte man sich welchen? Oder gab es diesen Nutzen gar nicht? Wurde beiderseits aufgrund der weiten Entfernung oder anderer Gründe von vornherein kein Enges Verhältnis angestrebt?

Diesen und anderen ähnlichen Überlegungen möchte ich mich in der vorliegenden Masterarbeit ein wenig nähern und zu diesem Zweck versuchen, auf die folgende Forschungsfrage eine Antwort zu finden:

Welchen Nutzen konnten die beiden (Teil-)Staaten aus ihren politischen/wirtschaftlichen Beziehungen generieren bzw. welche jeweiligen Wünsche sind nicht in Erfüllung gegangen?

Um mich dieser Fragestellung zu nähern, ist es notwendig, zunächst einmal festzustellen, was sich während des Betrachtungszeitraums von der Gründung der DDR und Nordkoreas bis zum Untergang der DDR in beiden Staaten getan hat. Ich habe mich dafür auf die Themenbereiche allgemeine Entwicklung der Innen- und vor allem der Außenpolitik, der Politik in Bezug auf die nationale Einheit und der Wirtschaftspolitik konzentriert, da hier die wichtigsten Berührungspunkte und die intensivste Art der Annäherung und Zusammenarbeit zu vermuten ist. Im folgenden kurzen Abriss über die Historie beider Staaten liegt daher der Schwerpunkt auf den genannten Themenbereichen.

2 Quellenbewertung

Die vorliegende Arbeit stützt sich auf mehrere, verschiedene Ressourcen der Primär- und Sekundärliteratur, mit der die angeführten Thesen auf ihre auf ihre Stichhaltigkeit überprüft werden sollen. Herauszustreichen als wichtigster Pool von Primärmaterial ist ohne Zweifel das Wilson Center Digital Archive. Eine riesige Sammlung von ehemals geheimen Dokumenten der Weltpolitik, die – übersetzt ins Englische - durch diese Webseite der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind. Gerade im Fall eines Staates wie der DDR, die seit 1990 bekanntlich nur noch im Geschichtsbuch existiert, wird der interessierte Leser in jeder Hinsicht fündig, da ein Staat, der der Vergangenheit angehört, auch keine Staatsgeheimnisse zu wahren trachtet. Gespräche, Beurteilungen, Gedanken von hoch und niedrig – sofern es damals jemand zu Papier gebracht und zu den Akten gelegt hat – alles ist einsehbar. Die Informationen sind somit aus allererster Hand und ohne jegliche, möglicherweise verfälschende, Auswertung – mit der einzigen kleinen Einschränkung, dass auf Vollständigkeit keinerlei Garantie besteht bzw. bestehen kann. Insbesondere was die DDR anbetrifft, erhalten wir – ähnlich wie in einer Zeitkapsel – originale Einblicke aus der jeweiligen zeitlichen Perspektive heraus und für Nordkorea immerhin eine Art Spiegel, in dem man eine Menge von dem sieht, was Nordkorea aus sich heraus sicher niemals preisgeben würde. Verwaltet wird diese Sammlung vom Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington in den USA. Gerade in Hinblick auf das von mir gewählte Thema ist es außerdem unerlässlich zu erwähnen, dass diese Organisation sowohl die Korea Foundation als auch das südkoreanische Wiedervereinigungsministerium zu seinen Unterstützern, d.h. Spendern, zählt. Ergänzt werden diese Primärquellen durch die Sammlung der Stasi-Dokumente. Das MfS, dessen Neugier und Akribie in der Sammlung von Daten sprichwörtlich war und ist, ist insbesondere in einer Zeit als noch kein Internet riesige Datenberge zu speichern vermochte, als Zeitzeuge in seinem Wert kaum zu überschätzen. Auch wenn die archivierten Beurteilungen von Geheimdienstmitarbeitern eines sozialistischen Staates immer eine bestimmte Perspektive auf die Tatsachen haben wird, ist die klare Nüchternheit vieler Dokumente durchaus beachtlich – wie überhaupt bei allen bisher genannten Quellen an die Tatsache erinnert werden muss, dass es niemals völlig unvoreingenommene Beurteilungen geben wird. Es ist vielmehr wichtig, statt nach einer neutralen Beobachtung zu suchen, die gefundenen Quellen entsprechend einzuordnen. Im Fall der Stasi-Unterlagen fällt gerade dies überraschend leicht, hat doch gerade eine Organisation, die sich als „Schwert und Schild der Partei“ (SED) bezeichnet hat, schon dadurch für alle Welt sichtbar ihre Ausrichtung kundgetan. Im Fall der vielen verschiedenen Dokumente des Wilson Archivs ist dies ungleich schwieriger, da es sich naturgemäß zwar immer um die gleiche Sammlung aber immer wieder um verschiedene Autoren handelt. Ich habe daher immer – soweit irgendwie

erkennbar – den Autor der Quelle sichtbar mit angegeben, um hier keine Missverständnisse aufkommen zu lassen.

Ergänzt werden diese Primär- durch eine Reihe von Sekundärquellen:

Zu nennen ist hier vor allem die Doktorarbeit von Liana Kang-Schmitz, die sich vor elf Jahren ebenfalls intensiv mit der Geschichte der Beziehungen der DDR und Nordkoreas beschäftigt hat. Ihre Arbeit ist von allergrößter deskriptiver Ausführlichkeit und war daher eindeutig die wertvollste Sekundärquelle für meine Analyse. Mit einer Fülle von Einzelheiten lieferte sie immer wieder Fakten, die mir bei der Überprüfung meiner Thesen sehr hilfreich waren.

Flankiert werden diese drei Hauptquellen von mehreren anderen, die sich für den einen oder anderen Teilbereich als wertvoll erwiesen, um das Bild abzurunden und die Untersuchungen weiter zu ergänzen. Auch wenn ich jeweils versucht habe, zunächst die mir zur Verfügung stehenden Primärquellen sprechen zu lassen bzw. zu verwenden, so wäre ohne das übrige Material eine Einordnung nur lückenhaft gewesen. Erst alle Quellen gemeinsam lieferten schließlich die für die Beantwortung der Forschungsfrage nötigen Daten und Fakten.

3 Kurze Epocheneinteilung der Geschichte Nordkoreas

Um das Verhältnis zur DDR richtig einordnen zu können möchte ich zunächst einen groben Überblick über die Entwicklung Nordkoreas in den Teilbereichen Außenpolitik, Politik in Hinblick auf eine mögliche Wiedervereinigung und auf die Wirtschaft des Landes geben. Die Analyse der Beziehungen zwischen dem Nordteil Koreas und der DDR soll dann später auf diesem Hintergrund erfolgen.

3.1 Nordkoreas Außenpolitik

Nordkorea befand sich während der gesamten Zeit unseres Betrachtungszeitraums in Nachbarschaft zu zwei sozialistischen Großmächten. Deren Entwicklung konnte niemals ohne Auswirkung auf Nordkorea bleiben, sondern musste zwangsläufig immer auch starken Einfluss auf die Befindlichkeit und die Ausrichtung einer nordkoreanischen Staatsführung ausüben. Die folgenden Seiten sollen einen groben Überblick über die Ereignisse der verschiedenen zeitlichen Abschnitte bieten.

3.1.1 Unter sowjetischer Oberhoheit

Wenige Monate nachdem die Sowjets die Herrschaft über den Norden Koreas übernommen hatten, präsentierten sie Kim Il Sung als Helden (Suh 1988, S. 335). Der General der Roten Armee, Ivan Chistiakov, leitete die Sowjetisierung des Landes. Er war es, der Kim Il Sung als Machthaber etablierte und diese Konstellation für die nächste Zeit zementierte (Suh 1988, S. 61–62). Am 8. Februar 1946 wurde Kim Il Sung Vorsitzender des Provisorischen Volkskomitees von Nordkorea und mit der Gründung der Koreanischen Volksarmee zwei Jahre später erhielt er schon fast die Machtfülle eines vollendeten Staatslenkers. Offiziell wurden Kim diese Weihen am 9. September 1948 zuteil, als der sowjetisch besetzte Teil Koreas mit dem Namen „Demokratische Volksrepublik Korea“ als neues Völkerrechtssubjekt ausgerufen wurde (Suh 1988, S. 335). Der Gedanke an eine Vereinigung mit dem Süden des Landes war dabei von Anfang an präsent. Um diese möglichst schnell zu ermöglichen, verließ die Rote Armee die Halbinsel nur wenige Monate später (Szalontai 2005, S. 21) und schon am 24. Dezember 1948 war der neue Staat ohne fremde Truppen im Land (Suh 1988, S. 62).

3.1.2 Die Außenpolitik zwischen den sozialistischen Großmächten bis zum Waffenstillstand 1953

Der Sieg der Kommunisten in China 1949 inspirierte Kim Il Sung stark, nun auch in Korea den Kommunismus auf die gesamte Halbinsel auszudehnen (Szalontai 2005, S. 25–26) und schon am 25. Juni 1950 begann der massive Angriff zur Eroberung des Südtails der Halbinsel (Suh 1988, S. 335). Die im Rahmen des Gegenstoßes durch UN- und südkoreanische Truppen erfolgte Überschreitung des 38. Breitengrades rief die junge Volksrepublik China auf den Plan. Diese beschloss am 8. Oktober 1950 mittels einer „freiwilligen Eingreiftruppe“, dem bedrängten Nachbarn zu helfen, und schon am 19. Oktober standen die ersten chinesischen Soldaten auf der koreanischen Seite des Grenzflusses Amrok. (Sö 2000, S. 27). Ihre Mitwirkung an den Kampfhandlungen beendete die Funktion Kims als Chefstrategie. Die Chinesen und ihr Oberkommandierender Peng Dehuai übernahmen jetzt diese Funktion, mischten sich allerdings nicht in innerparteiliche Probleme der PdAK ein (Suh 1988, S. 137). Mitte Juni 1951 kam die Front in der Nähe des 38. Breitengrades ins Stocken, woraufhin am 10. Juli des Jahres Friedensgespräche aufgenommen wurden (Sö 2000, S. 31). Als bis zum Juli 1953 ein Waffenstillstandsabkommen verhandelt wurde (Suh 1988, S. 335), drängte Kim Il Sung auf den Abschluss der Gespräche und eine rasche Unterzeichnung, während die Chinesen die Verhandlungen gerne noch fortgesetzt hätten (Szalontai 2005, S. 33). Die chinesischen Truppen blieben nach dem Krieg bis Oktober 1958 in Korea, allerdings weiterhin, ohne sich in die Innenpolitik einzumischen (Sö 2000, S. 30).

3.1.3 Außenpolitik 1953 bis zur unumstrittenen Alleinherrschaft Kim Il Sung

Als Kim Il Sung mit einer Delegation im Mai 1955 Moskau besuchte, sprach Chruschtschow zu ihm über Korrekturen an der stalinistischen Politik, die er vorgenommen habe. Ein Dreivierteljahr vor der Geheimrede im Februar 1956 kündigte sich hier vor Kims Ohren das große Erdbeben der kommunistischen Welt an (Szalontai 2005, S. 72–73). Einfluss auf innernordkoreanische Rivalitäten nahm Chruschtschow hingegen nicht und schritt nicht ein, als Kim Il Sung 1955/1956 seine china- und sowjetfreundlichen Konkurrenten beseitigte (Szalontai 2005, S. 83). Am 28. Dezember 1955 verwendete Kim Il Sung in einer Ansprache zum ersten Mal das Wort Chuch'e (Suh 1988, S. 336), welches bis heute eine so bedeutende Rolle im Selbstverständnis Nordkoreas spielt und für Unabhängigkeit und Eigenständigkeit steht. Laut Brian Myers hat Kim Il Sung dieses Wort „Chuch'e“ in der Rede von 1955 allerdings in einer ganz anderen Bedeutung – nämlich „subject“ also „Gegenstand“ - benutzt und es habe dementsprechend damals mit Nichten in der

späteren Bedeutung Verwendung gefunden. Die Chuch'e-Idee der Zeit ab 1965 mit der erstmaligen Nennung des Begriffs „Chuch'e“ in Beziehung zu setzen, sei demnach ein Akt der nordkoreanischen Propaganda und entbehre jeglicher Grundlage (Myers 2006, S. 97). Erst während der 1960er Jahre habe in Nordkorea eine Änderung der Ideologie von Marxismus-Leninismus zur sogenannten „Chuch'e Idee“ stattgefunden (Myers 2006, S. 91). Die Geheimrede Chruschtschows im Februar 1956, die die sowjetische Abkehr von Stalin und vom Stalinismus einleitete, stoppte Kim Il Sungs Kampagne, seine china- und sowjet-freundlichen Konkurrenten zu beseitigen. Sie hatte ihr Ziel allerdings ohnehin schon weitestgehend erreicht (Szalontai 2005, S. 86). Die Destalinisierung und die Propagierung einer Friedlichen Koexistenz mit dem Westen ab 1956 in der UdSSR war ein Problem für Kim Il Sung:

- Sie gefährdete die Etablierung Kims als Führungspersönlichkeit seines Landes.
- Eine Vereinigung Koreas - insbesondere mit Gewalt - widersprach der Friedlichen Koexistenz.
- Die bis 1958 auf koreanischem Boden befindlichen Chinesen waren den Neuerungen gegenüber negativ eingestellt. (Suh 1988, S. 143)

Die nordkoreanische Presse durfte sich dementsprechend nicht an der Verdammung Stalins beteiligen und die Kampagne gegen Personenkult verlief sehr halbherzig (Szalontai 2005, S. 86). Im Juni/Juli 1956 besuchte Kim Il Sung die Sowjetunion, die DDR und viele andere kommunistische Länder. Während seiner Abwesenheit kam es zu einem innerparteilichen Aufstand gegen ihn, dessen Ziel es war, auch in Nordkorea eine kollektive Führung wie in Moskau zu etablieren. Es dauerte etwa ein Jahr, bis Kim wieder die volle Kontrolle besaß (Suh 1988, S. 150–152). Allerdings führte Kim auf unteren Ebenen durchaus das Prinzip der kollektiven Führung ein. An der Staatsspitze hingegen duldet er keinerlei Mitregenten, mit denen er die Macht hätte teilen müssen (Suh 1988, S. 177). Anders als in einigen Staaten Osteuropas unternahm die neue sowjetische Führung keinen Versuch, Kim Il-sung durch einen neuen Partei- und Staatsführer zu ersetzen (Szalontai 2005, S. 92–93). Die Verfolgung seiner Widersacher im September 1956 verlief in Kims Sinn schnell und problemlos, bewirkte aber eine (letzte) gemeinschaftliche (ablehnende) Stellungnahme der beiden sozialistischen Großmächte, was unter anderem belegt, dass zu diesem Zeitpunkt zwischen den beiden zukünftigen Gegnern noch ein ausreichendes Maß an Einigkeit bestand. Umgekehrt scheint das Missfallen über die Beseitigung aller china- und aller sowjetfreundlichen Abgeordneten in der nordkoreanischen Staatsführung beiderseits ausreichend stark für ein gemeinsames Vorgehen gewesen zu sein (Szalontai 2005, S. 98). Die Revolution in Ungarn 1956 sorgte für ein Ende der Unterstützung Chinas für Chruschtschows Entstalinisierungskurs, was wiederum zu einer schnellen Annäherung Nordkoreas und Chinas führte (Szalontai 2005, S. 113). Ab Sommer 1957 kam es in Nordkorea zu einer weiteren

Säuberungsaktion in der Partei, die Kim Il Sung geschickt an das Ende von Chinas „100-Blumen-Kampagne“ und Chruschtschows Anti-Putsch-Maßnahmen gegen die „Anti-Partei-Faktion“ in seinem Politbüro im Kreml anlehnte. Internationalen Gegenwind durch eine der beiden sozialistischen Großmächte hatte Kim so nicht zu befürchten (Szalontai 2005, S. 116). Zum 40. Jahrestag der „Oktoberrevolution“ im Oktober 1957 besuchte Kim wieder Moskau. Er lobte die Sowjetunion und rief gleichzeitig die übrigen sozialistischen Staaten zur Einheit auf (Suh 1988, S. 153). Kim besuchte die Sowjetunion fünfmal in der Zeit von 1956 bis 1961. Ebenfalls während dieser Zeitperiode verbrachte er fast vier Wochen im November/Dezember 1958 in China (Suh 1988, S. 178). Der Versuch, sich mit beiden sozialistischen Supermächten gut zu stellen ist unübersehbar. Trotzdem betrieb er unter seinen potenziellen Nebenbuhlern weiter Kahlschlag: Vom 3. bis 6. März 1958 wurden weitere hochrangige Würdenträger der Partei aus ihren Ämtern entfernt – ohne Rücksicht auf Verbindungen nach China oder Moskau (Szalontai 2005, S. 120). Als die chinesischen Truppen am 11. März 1958 das Land verließen, hatte Kim Il Sung alle innerparteilichen Oppositionsgruppen praktisch komplett eliminiert und war zum unumschränkten Alleinherrscher geworden (Suh 1988, S. 154). Im Juni 1959 wurde Außenminister Nam Il als einer der letzten Vertreter der Sowjetfaktion nach harscher Kritik durch Kim Il Sung von seiner Aufgabe entbunden. Allerdings sagte Kim den Sowjets zu, dass Nam Il später Premierminister werden würde, und machte ihn schließlich für den Rest seines Lebens zum Vize-Premierminister – eine Art ausgestreckter Hand nach Moskau (Szalontai 2005, S. 142).

3.1.4 Die uneingeschränkte Kim Il Sung-Herrschaft bis 1990

Der offene Ausbruch des Gegensatzes zwischen den beiden sozialistischen Großmächten im April 1960 veranlasste Nordkorea im August 1960 dazu, die Botschaften von der eigenen Bevölkerung abzusichern. Ohne Termin bzw. ohne Grund wurde niemand bis zum Botschaftsgebäude vorgelassen. Allerdings hatten die Vertretungen Chinas und der UdSSR eigene Türsteher, die eigenständig regelten, wer Zutritt hatte. Vor allem die Vertretungen der anderen „Bruderstaaten“ hatten somit mit zusätzlicher Isolation zu kämpfen (Szalontai 2005, S. 161). Trotz dieser Distanz schloss Nordkorea im Juli 1961 im Abstand von nur vier Tagen sowohl mit der UdSSR als auch mit China Verträge der „Freundschaft, Kooperation und des gegenseitigen Beistands“ (Szalontai 2005, S. 176) und auf dem 4. Parteikongress im September 1961 beteuerte Kim Il Sung die tiefe Freundschaft, die Nordkorea mit jedem der beiden mächtigen Nachbarn verbinde (Szalontai 2005, S. 170). Als in den 1960er Jahren der Disput der beiden sozialistischen Supermächte immer heftiger wurde, versuchte Kim Il Sung in der Dritten Welt Fuß zu fassen und dort Partnerländer zu finden (Suh 1988, S. 161). Kim Il Sung war erfolgreich in seinem Streben, als Mitglied der blockfreien

Länder akzeptiert zu werden. Viele von ihnen unterstützten sogar Nordkoreas Positionen bei der UNO. Allerdings beschränkte sich derlei Sympathie vor allem auf Staatschefs, die er finanziell unterstützte (Suh 1988, S. 250). Die genannten Veränderungen in den außenpolitischen Gegebenheiten bzw. der nordkoreanischen Ausrichtung ging einher mit einer Verschiebung in der Gewichtung der Propagandistischen Leitlinie der Kim-Regierung. Ab den 1960er Jahren verschob sich diese bis in die 1980er Jahre zunehmend von „Internationalismus“ in Richtung „Antiimperialismus“. Das zeigt eine quantitative Auswertung der Titelseiten der nordkoreanischen Zeitung Rodong shinmun (Baek 2005, S. 173–174). Über alle drei Jahrzehnte ab den 1960ern hinweg gleichmäßig beliebt bleibt hingegen das Thema „Blockfreiheit“. Mit ihm beschäftigen sich ziemlich gleichmäßig während dieses Betrachtungsraums immerhin etwa ein Viertel aller Leitartikel (Baek 2005, S. 178). Nach innen schwor Kim sein Volk auf verstärkte Wehrhaftigkeit ein: während die eine Hand mit Hammer und Sichel die Versorgung sicherstellen sollte, sollte die andere Hand die Waffe zur Verteidigung des Landes bereithalten. Insgesamt 2,2 Millionen Mann zusätzlicher Truppen wurden als „Arbeiter- und Bauerngarden“ sowie „Junge Rote Garden“ – darunter Kinder im Alter von 7 bis 8 Jahren - militärisch geschult. Untertage wurden Fabriken, Waffen- und Versorgungslager angelegt (Suh 1988, S. 213–214). Mit dem Bruch Moskaus und Tiranas 1962 kam auch die vorläufige Entzweiung zwischen Nordkorea und der Sowjetunion. Er führte vor allem zu Säuberungen in den eigenen Reihen der PdAK: Freunde von Diplomaten der Staaten des sowjetisch geführten Lagers verloren ihre Posten. Für sie gab es Strafen wie Verbannung und Zwangsarbeit (Szalontai 2005, S. 180–181). Nach der Kuba-Krise im Oktober 1962 berichtete Nordkorea vor allem über Cubas Ärger ob des sowjetischen Rückzugs (Szalontai 2005, S. 189) und so wurde insbesondere 1963 und 1964 der Graben zur Sowjetunion und die Annäherung an China immer deutlicher (Suh 1988, S. 181). China machte während dieser Periode Nordkorea gegenüber in den Grenzgebieten erhebliche territoriale Zugeständnisse (Szalontai 2005, S. 199). Erst der Sturz Chruschtschows im Oktober 1964 bildete Anlass und Grund zu einer Wiederannäherung Nordkoreas an das Sowjetlager (Szalontai 2005, S. 207). Beginnend mit der Konferenz der Bewegung blockfreier Staaten in Indonesien im April 1965 versuchte sich Nordkorea als Mitglied dieser Organisation zu präsentieren (Baek schreibt irrtümlich 1955 – vermutlich ein Druckfehler) (Baek 2005, S. 178). Kim vermied ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre Feiern der Befreiung Koreas 1945 durch die Sowjets wie auch Gedenkveranstaltungen die chinesische Hilfe während des Korea-Krieges betreffend. Ab jetzt wurden mit Ausnahme des 1. Mai nur rein koreanische Feiertage begangen, die keinerlei ausländischen Bezug aufwiesen. Am 1. Mai 1968 wurden Gäste aus 80 blockfreien Staaten eingeladen (Suh 1988, S. 204). In der Zeit von 1966 bis 1968 rückten Nordkorea, Nordvietnam und Cuba eng zusammen – vordergründig gegen die USA, aber auch

gegen die sozialistischen Großmächte (Szalontai 2005, S. 203). Die Beiträge in der nordkoreanischen Presse, die sich gegen die USA richteten, waren insgesamt in den 1960er Jahren besonders zahlreich und machten mit mehr als 22% aller Top-Kommentare etwa ein Fünftel aller Leitartikel der Rodong shinmun aus. Im darauffolgenden Jahrzehnt schwächte sich diese Tendenz mit lediglich rund 15% etwas ab. In den 1980er Jahren nahmen aber auch schon wieder fast 19% von ihnen auf die führende westliche Macht Bezug (Baek 2005, S. 180). Parallel zu diesen Entwicklungen wurde 1966 die Führungsriege der Armee Nordkoreas erheblich verstärkt und 1968 einer Säuberung unterzogen (Chöng 2012, S. 38). Mit China kam es ab Ende 1964 zur Konfrontation. Dabei ging es in eine viel konkretere Richtung als bei den bisherigen Animositäten. Die Roten Garden Maos griffen Kim Il Sung als Person direkt an und stellten auch konkrete territoriale Forderungen. Höhepunkt des Konflikts waren die Jahre 1967 bis 1969 (Suh 1988, S. 189–190). Ausgerechnet um den für ganz Korea und erste recht für Nordkorea im Speziellen so bedeutsamen Berg Paektu gab es sogar territoriale Streitigkeiten. Erst als mit den beginnenden 1970er Jahren die Kulturrevolution in ruhigere Fahrwasser kam, entspannte sich das Verhältnis beider Nachbarn zueinander, was wiederum auch zu einem Abklingen der territorialen Streitigkeiten um den Paektu führte. Die Vermutungen gehen dahin, dass beim Besuch Zhou Enlais in Korea im April 1970 eine Einigung gefunden werden konnte, die jedoch nicht offiziell verlautbart wurde. Nur indirekte Belege wie von Nordkorea herausgegebene Bücher liefern hier Hinweise. Umgekehrt begann während der Zeit der chinesischen Kulturrevolution in Nordkorea die Apotheose Kim Il Sungs. Es war genau diese Zeit des intensiven Konflikts mit China, in der man den Kult um die Person des „suryöng“, des großen Führers, auf das heutige Niveau getrieben hat (Suh 1988, S. 197–202). Der Gedanke von mit dem Begriff Chuch ‘e verbundener Eigenständigkeit nahm in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre zunehmend Gestalt in der nordkoreanischen Propaganda an (To 1989, S. 170). Offizielle Leitlinie der nordkoreanischen Politik wurde dieser dann ab 1970 (Chöng 2012, S. 38). Beide sozialistischen Großmächte respektierten jetzt ein gewisses Maß an nordkoreanischer Eigenständigkeit (Suh 1988, S. 207).

Am 23. Januar 1968 wurde dann die USS Pueblo von Nordkorea gekapert (Suh 1988, S. 337). Kim Il Sung verwahrte sich dabei gegen Vermutungen, das Entern der Pueblo habe mit der praktisch gleichzeitig erfolgten Tet-Offensive der nordvietnamesischen Truppen irgendetwas zu tun. Kims Beitrag zum Kampf der Vietcong bestand sonst allgemein lediglich in materiellen Hilfsleistungen (Suh 1988, S. 233–234). Als in den frühen 1970er Jahren allseits die Entspannungspolitik ihre Kreise zog und die beiden sozialistischen Großmächte sowohl mit den USA als auch mit Japan Tuchfühlung aufnahmen, verurteilte Kim keine dieser Tendenzen, interpretierte sie allerdings öffentlich als amerikanische Niederlage (Suh 1988, S. 253). Beginnend mit dieser Zeit versuchte Nordkorea während der zweiten Hälfte unseres Betrachtungszeitraums

mehr denn je mit Hilfe der Bewegung der Blockfreien international an Einfluss zu gewinnen (Baek 2005, S. 178) und auch sonst ging es international voran: Mit dem Wechsel von Taiwan zur VR China in den Vereinten Nationen, 1971, erhielt Nordkorea den Status eines UNO-Beobachters und zwei Jahre später schaffte es das Land in die UN-Tochterorganisation für das Gesundheitswesen (WHO) und die Interparlamentarischen Union (IPU) (Suh 1988, S. 263). Auf dem Gipfel der Macht angekommen verschob Kim Il Sung 1972 mittels einer neuen Verfassung die eigene Machtbasis weg von der Partei in Richtung auf sein staatliches Amt als Präsident und legte damit die Grundlage für eine Vererbung der Macht auf seinen ältesten Sohn. Im Herbst 1975 tauchte für Kim Jong Il der bisher nicht gekannte Terminus „Parteizentrum“ auf und im Februar 1976 wurde erstmals der Geburtstag Kim Jong IIs mit einer öffentlichen Großveranstaltung gefeiert (Suh 1988, S. 276–279). Kim Jong Il seinerseits bewies sogleich volle Loyalität gegenüber seinem Vater und verkündete am 10. Februar 1974, dass die gesamte Partei auf die Chuch‘e-Idee auszurichten sei (To 1989, S. 169–170). Dabei erhob Kim Jong Il die 10 Maßnahmen zur Eigenständigkeit zum staatlichen Prinzip (Chöng 2012, S. 38). 1975 zahlte sich das Engagement in der Blockfreienbewegung für Nordkorea schließlich aus:

- Algerien und andere Mitglieder der Vereinigung sorgten für die Anerkennung einer UNO-Resolution, die Nordkoreas internationale Ambitionen unterstützte.
- Während gleichzeitig dem Süden Koreas der Zutritt verweigert wurde, wurde Nordkorea bei einem Außenministertreffen der Blockfreien in Lima in die Gemeinschaft aufgenommen (Suh 1988, S. 263–264).

Während der gesamten 1970er und 1980er Jahre behielt Nordkorea die außenpolitische Linie bei, sich als Gönner der Staaten der Dritten Welt zu inszenieren (Baek 2005, S. 186). Das Verhältnis zu China besserte sich derweil zusehends. Selbst Gipfeltreffen wurden wieder möglich: Am 18. - 26. April 1975 stattete Kim Il-sung dem alternden Mao Zedong einen Besuch ab (Suh 1988, S. 337). Wie sehr die Bedeutung Chinas für Nordkorea nach Ende der Kulturrevolution wieder zunahm, belegt eine weitere quantitative Auswertung der Leitartikel der Rodong shinmun für die beiden letzten Jahrzehnte unseres Betrachtungszeitraums: Hatten sich in den 1960er Jahren trotz der starken Anbindung 1962 bis 1964 durchschnittlich nur knapp 9% derer auf China bezogen, so stieg ihr Anteil in den 1970ern schon auf 13 und verdoppelte sich während des letzten Jahrzehnts unseres Betrachtungszeitraums sogar fast noch einmal auf über 24% (Baek 2005, S. 182). Es gab allerdings auch Rückschläge im Ringen um internationale Anerkennung und Bedeutung: So brachten Regierungswechsel in Chile (1973) und Kambodscha (1975) einen Wechsel der Diplomatischen Vertretungen. War bis dahin Nordkorea der anerkannte Partner gewesen, wurde es nun Südkorea. Der Auftritt der nordkoreanischen Delegation in Colombo bei der dortigen

Konferenz der Blockfreien 1976, verlief ebenfalls nicht im Sinne Nordkoreas. Geplant war ein großer Auftritt Kims und seiner Delegation, aber Sri Lanka und andere Länder sorgten dafür, dass Nordkorea ein Land von vielen blieb und dass Kim Il Sung selbst nicht persönlich teilnahm (Suh 1988, S. 265). Nichtsdestotrotz trug das Engagement in der Bewegung der Blockfreien zu einer stark wachsenden internationalen Anerkennung des kimschen Staates bei. Gab es bei Nordkoreas Gründung zu lediglich sieben Staaten diplomatische Beziehungen und waren es auch 1957 erst derer elf, so steigerte sich diese Zahl bis Ende der 1970er Jahre beträchtlich auf 110 (Suh 1988, S. 262).

Ein weiteres klares Zeichen für die eigene Unabhängigkeit gab es im August 1977, als der jugoslawische Staatschef Tito Pjöngjang besuchte und Kim den einst verfemten Rebellen des sozialistischen Lagers als „engen Freund“ begrüßte (Suh 1988, S. 260–261).

Im Oktober 1980 erhielt Kim Jong Il das Amt des Parteisekretärs – in der Hierarchie gleich hinter seinem Vater als Generalsekretär – und zahlreiche andere höchste Ämter in Partei, Staat und Militär. Die Nachfolge war somit entschieden (Suh 1988, S. 281) und Kim Jong-Il wurde zum unbestrittenen zweiten Mann im Staat (Suh 1988, S. 337). Während der 1980er Jahre zog sich Kim Il Sung Stück für Stück aus dem Tagesgeschäft der Politik zurück, um dieses immer mehr seinem Sohn zu überlassen (Suh 1988, S. 288–289). Kim Jong Il rechtfertigte dieses Vertrauen seines Vaters durch eine abermalige Bekundung seiner Loyalität: Für die 1980er Jahre forderte Kim Jong Il ein weiteres Mal, Chuch‘e zur allumfassenden Maxime für Staat und Gesellschaft zu machen. Insbesondere für den siebzigsten Geburtstag Kim Il Sungs 1982 wurde diesem dementsprechend in jeder nur erdenklichen Form gehuldigt. So wurden seine Schriften und Ideen propagiert und gleichzeitig Bauwerke wie der Chuch‘e-Turm errichtet (To 1989, S. 170). Während dieser Zeit wechselte die Gewichtung der propagandistischen Ausrichtung hin zu verstärkten Aufrufen zu einem „antiimperialistischen Kampf“ (Baek 2005, S. 174). Umgekehrt verhielt es sich mit internationalistischem Gedankengut: Leitartikel, die die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder zum Thema hatten, waren während der 1960er Jahre mit fast einem Drittel aller Aufsätze noch sehr stark vertreten, ihre Zahl verringerte sich aber zunehmend auf nur noch knapp 16% in den 1980ern (Baek 2005, S. 176).

1982 markierte die endgültige Normalisierung der Beziehungen zu China. Zu Kim Il Sungs 70. Geburtstag im April war Staatslenker Deng Xiaoping Gast in Pjöngjang und im September 1982 erfolgte Kims Gegenbesuch. „Wie Lippen und Zähne“ so seien Nordkorea und China, führte dieser dort in seiner Rede aus (Suh 1988, S. 290). Im Mai/Juni 1984 unternahm Kim Il Sung eine ausgedehnte Reise in die UdSSR, die DDR und sechs andere Staaten Osteuropas (Suh 1988, S. 338) und Am 15. August 1985 feierte Kim Il Sung den 40. Jahrestag der Befreiung Nordkoreas durch die Sowjetunion. Dazu schickte die UdSSR eine hochrangig besetzte Delegation. Seit 1965 hatte

dieses Ereignis durch Nordkorea keine Würdigung mehr erfahren (Suh 1988, S. 291). Für den Zeitpunkt am Vorabend von Glasnost, Perestroika und des Zusammenbruchs des Kommunismus in Osteuropa erschien die außenpolitische Lage Nordkoreas durchaus gefestigt: Einem gewissen Maß an Eigenständigkeit zwischen China und der UdSSR stand jetzt eine durchaus tragfähige Beziehung zu beiden sozialistischen Großmächten gegenüber. Darüber hinaus war Nordkorea mittlerweile international weitestgehend als Staat akzeptiert, auch wenn beide Teile der Halbinsel nach wie vor zu den ganz wenigen Ländern gehörten, die keine Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen vorweisen konnten.

3.2 Nordkorea als Teilstaat

Ebenso wie Deutschland war auch Korea durch die zwischen den alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs ausgebrochene Feindschaft in zwei Teile geteilt worden. Bis heute gehört es daher zur DNA koreanischer Politik, dem Wiedervereinigungsgedanken hohe Priorität einzuräumen. Dies galt und gilt für beide Landesteile und alle ihre Regierungen seit 1945. Der Verlauf für Nordkorea für unseren Betrachtungszeitraum von 1945 bis zum Ende der DDR 1989/1990 soll im Folgenden dargestellt werden.

3.2.1 Einigungsversuch bis 1953

Nach Suh Dae-Sook gab es drei Gründe für den Ausbruch des Korea-Krieges:

- den Wunsch nach der Vereinigung des Landes
- Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Zweijahresplans (1949-1950)
- das schwierige Verhältnis Kommunisten im Norden zu den Kommunisten in Südkorea (Suh 1988, S. 112)

Es waren demnach möglicherweise nicht ausschließlich nationalistische Gefühle oder Machtgier, die zu dem Versuch führten, die Teilung durch Waffengewalt zu überwinden, sondern auch ganz praktische ja fast tagespolitische Aspekte. Glaubt man Park Myung-Lim, so löste trotzdem vor allem das nationalistische Motiv Begeisterung aus, jedenfalls spricht er von einer allgemeinen Welle der Begeisterung, die Kim Il Sung Anfang 1949 für den nationalen Einigungsgedanken entfachen konnte (Park 2008, S. 137). Im Juni 1949 folgten konkrete Schritte als sich die beiden Parteien der Arbeit Nord- und Südkoreas vereinigten (Sö 2000, S. 27). Bereits ab März 1949 bat Kim Il Sung wiederholt um Stalins Erlaubnis, den Süden militärisch angreifen zu dürfen. Wiederholte südliche Grenzprovokationen halfen Kim, sich in Moskau Gehör zu verschaffen. Umgekehrt sorgte diese Politik der südkoreanischen Regierung für eine Distanz von amerikanischer Seite, was auch deren

militärische Unterstützung auf ein Minimum verringerte (Szalontai 2005, S. 28). Trotz aller vorausgegangen Scharmützel scheint es für den engsten Verbündeten in Moskau aber klar gewesen zu sein, welche Seite den Krieg schließlich begann: als das Zerwürfnis zwischen der Sowjetunion und Nordkorea im Februar 1964 besonders groß war, erklärte Nikita Chruschtschow dem nordkoreanischen Botschafter in Moskau rundheraus, was seiner Meinung nach passieren würde, „wenn der Norden Südkorea noch einmal angreife“ (Szalontai 2005, S. 202). Kim Il Sung selbst übte sich zu dieser Zeit immer wieder in kriegesischer Rhetorik. So sprach er vor 1950 nie von friedlicher Wiedervereinigung, sondern immer von einer militärischen Lösung, die aus eigener Kraft erfolgen solle (Suh 1988, S. 113). Etwa drei Wochen nach Kriegsbeginn äußert sich Kim einer kommunistischen Zeitung Frankreichs gegenüber denn auch äußerst optimistisch. Beinahe überschwänglich glaubte er bis zum 15. August, die gesamte Halbinsel erobern zu können (Suh 1988, S. 114). Eine Einschätzung, die das immer massivere Eingreifen der USA bzw. der UN sehr bald zunichtemachte.

3.2.2 Traum der Einheit 1953 -1990

Den Ausgang des Krieges mit Südkorea wertete Kim Il Sung als Sieg, wobei die Aufgabe der Wiedervereinigung der Halbinsel noch zu erledigen sei. Zu deren Bewerkstelligung sei nun eine weitere Verstärkung nötig (Chöng 2012, S. 66). Als 1954 die Chinesen ihr Truppenkontingent in Nordkorea zu reduzieren begannen, mobilisierte Pjöngjang sofort wieder mehr eigene junge Männer. Ebenso reagierte Südkorea beim Teilabzug der US-Streitkräfte (Szalontai 2005, S. 53). Kim Il Sungs Propaganda von paradiesischen Zuständen ging von da an stets Hand in Hand mit der Propagierung einer friedlichen Wiedervereinigung der Halbinsel (Chöng 2012, S. 72). Die Sowjetführung nach Stalin scheute das Risiko einer offenen Konfrontation und mahnte Nordkorea in Sachen Wiedervereinigung zur Vorsicht. Die USA bremsten südkoreanische Politiker – allen voran Rhee Syngman - in ähnlicher Weise (Szalontai 2005, S. 142). Als ab 1959 die USA Südkorea Matador-Raketen lieferte, war Chruschtschow nicht willens, ähnliche Raketen für Nordkorea bereitzustellen. Um nicht in Zugzwang zu kommen, verhinderte Chruschtschow eine entsprechende Verlautbarung Kims und schickte nur rein defensive Flugabwehrraketen (Szalontai 2005, S. 166). Insgesamt erwies sich die Situation in jeder Hinsicht als festgefahren. Zumindest teilweise ändern sollte sich dies erst gegen Ende des Jahrzehnts: Am 8. September 1958 verkündete Kim Il Sung, dass die in Japan lebenden Koreaner in Nordkorea willkommen seien. Für ihren Start in ein neues Leben werde dort alles vorbereitet (Chöng 2012, S. 85–86). Am 14. Dezember 1959 verließ daraufhin das erste Schiff mit Koreanern aus Japan die japanische Hafenstadt Niigata Richtung Nordkorea. Bis 1984 wurden so 93.344 Koreaner nach Nordkorea repatriiert, wobei 80%

von ihnen schon bis 1961 diesen Schritt wagten (Chöng 2012, S. 88). Den Sturz Syngman Rhee in Südkorea 1960 verfolgte Nordkorea mit größtem Interesse. Als Konsequenz wurde vor allem auf eine sichtbare Verbesserung der Lebensverhältnisse Wert gelegt, um auf die Koreaner im Süden attraktiv zu wirken. So ließ Kim Il Sung die Textilindustrie plötzlich stark fördern und das Kulturangebot vor allem im Radio wurde sehr koreanisch, um die Patrioten positiv zu beeindrucken (Szalontai 2005, S. 156–157). Kim brachte in dieser Zeit verstärkt Kader in Position, die im Süden geboren waren (Szalontai 2005, S. 159) und veranlasste zahlreiche Amnestien für politische Gefangene (Szalontai 2005, S. 167). In Anbetracht der demokratischen Bewegung in Südkorea bringt Nordkorea Vorschläge zu einer Konföderation, landesweiten Wahlen „ohne ausländischen Einfluss“ etc. Sogar wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen bietet es an. Auf keine dieser Ideen erfolgt eine Antwort aus Seoul (Szalontai 2005, S. 159). Auf dem 4. Parteikongress im September 1961 sprach Kim von einer friedlichen Wiedervereinigung mit dem Süden, ohne allerdings irgendeinen konkreten Plan vorzulegen (Suh 1988, S. 170). Die Mongolei schlug im Herbst 1961 in der UNO vor, beiden Koreas ohne Vorbedingungen Sitze einzuräumen – kaum vorstellbar, dass dieser Vorschlag ohne Zutun Nordkoreas erfolgte (Szalontai 2005, S. 160–161). Unmittelbar nach dem Militärputsch in Südkorea 1961 attackierte die nordkoreanische Propaganda Park Chung hee nicht direkt. Erst als durch seinen Besuch bei US-Präsident Kennedy klar wurde, dass Park das Bündnis mit den USA in vollem Umfang aufrechterhalten würde, änderte sich dies (Szalontai 2005, S. 178–179). Die Idee einer Wiedervereinigung ohne Anwendung von Waffengewalt wich daraufhin schnell einer aggressiveren Sichtweise, die auch die internationale Partnerwahl beeinflusste. Während Chruschtschow die Idee der friedlichen Koexistenz vertrat, meinte China, dass eine Vereinigung Vietnams und Koreas ohne Waffengewalt nicht möglich sei. Ein Unterschied, der Kim Il Sung stark Richtung China zog. In der nordkoreanischen Presse war nun nicht mehr von „friedlicher Wiedervereinigung“ (Szalontai 2005, S. 188). Die Versöhnungspolitik der Park-Regierung gegenüber der ehemaligen Kolonialmacht Japan wurde von der nordkoreanischen Kim-Regierung als Chance gesehen, im Süden mehr Sympathie und Einfluss zu bekommen. Als der Normalisierungsvertrag im Juni 1965 geschlossen wurde, lancierte die nordkoreanische Regierung eine Kampagne gegen die Einigung. Ein Unterfangen, das im Süden kaum auf Widerhall traf, da auch die Gegner einer Versöhnung mit Japan den Kommunismus ablehnten und die Kommunisten Südkoreas von Kim in den 1950er Jahren nach Kräften dezimiert worden waren - vor allem sofern sie sich nach Nordkorea getraut hatten. Kim Il Sung verurteilte die erstmalige Entsendung koreanischer Truppen ins Ausland durch Park Chung hee 1964/1965, schickte aber nie Truppen zur Unterstützung von Nordvietnam (Suh 1988, S. 225–228).

Ende 1967 übergab Kim Il Sung die Aufgabe der Wiedervereinigung an Militärs, während die Zivilisten, die vorher mit dieser betraut gewesen waren, unter dem Vorwurf mangelnden Enthusiasmusses aus ihren Ämtern entfernt wurden (Suh 1988, S. 228–231). Am 16. Januar 1968 erfolgte ein Scharmützel in der Nähe des Amtssitzes von Park Chung-hee (Suh 1988, S. 337). Neben diesem mutmaßlichen Attentatsversuch auf Präsident Park gab es laut Angaben des einzigen Gefangenen des Kommandos etliche weitere Infiltrationsversuche durch nordkoreanische Spezialtruppen, von denen aber keiner seine Ziele erreichte. Gleichzeitig mit den militärischen Spezialkommandos unternahm Pjöngjang mehrere Versuche von ideologischer Infiltration. Ob direkt von Nordkorea, über Japan oder durch europäische Stellen wurden die Ideen aus dem Norden in den Süden geschleust und Organisationen wie die „Revolutionäre Partei für eine Wiedervereinigung“ aufgebaut (Suh 1988, S. 232–234). Organisationen wie diese „Revolutionäre Partei für eine Wiedervereinigung“, die für Nordkorea in Südkorea breite Bevölkerungsschichten mobilisieren sollten, wurden aber schon recht bald entdeckt, die Vereinigungen aufgelöst und ihre Mitglieder mit hohen Strafen bis hin zur Todesstrafe belegt (Suh 1988, S. 236).

Das wirtschaftliche Kräfteverhältnis beider Teile der Halbinsel begann sich zu diesem Zeitpunkt immer mehr zu verschieben. 1970 war das erste Jahr, in dem Südkoreas Wirtschaftsleistung pro Kopf die des Nordens überstieg. Der Süden begann nun Nordkorea immer weiter hinter sich zu lassen. Eine Tendenz, deren Umkehr Kim Il Sung bis zu seinem Tod – und damit für den gesamten Rest unseres Betrachtungszeitraums - nicht mehr gelingen sollte (Park 2008, S. 143).

Ab August 1971 setzten sich die Rot-Kreuz-Organisationen beider Kontrahenten auf Vorschlag des Präsidenten des Südkoreanischen Roten Kreuzes, Ch'oe Tusön, zu Nord-Süd Gesprächen der zusammen (Suh 1988, S. 254). Diese mündeten schließlich in drei Prinzipien für die Wiedervereinigung, die beide Teile Koreas am 4. Juli 1972 gemeinsam veröffentlichten (Suh 1988, S. 337). Ebenfalls wurde am selben Tag eine direkte Telefonverbindung zwischen den Staatslenkern eingerichtet. Von November 1972 bis Juni 1973 tagte insgesamt dreimal ein „Nord-Süd-Koordinationskomitee“ bis sich der Norden weiteren Gesprächen verweigerte (Suh 1988, S. 255). Am 23. Juni 1973 machte Park Chung hee den Vorschlag eines getrennten Beitritts beider Koreanischer Staaten zur UNO, den Kim Il Sung aber als Zementierung der Teilung ablehnte (Suh 1988, S. 257-258). Kim seinerseits präsentierte an diesem Jahrestag des Beginns des Korea-Krieges einen Fünf-Punkte-Plan für die Wiedervereinigung Koreas (Suh 1988, S. 337). Die Entführung Kim Dae Jungs am 8. August 1973 durch den südkoreanischen Geheimdienst nahm Nordkorea dann zum Anlass, um sich aus dem Dialog zurückzuziehen (Suh 1988, S. 256). Bei einem durch die nordkoreanische Organisation in Japan durchgeführten Attentatsversuch auf Park Chung hee bei den Feierlichkeiten zum 30. Jubiläum der Befreiung von der japanischen Kolonialherrschaft am 15.

August 1974 kam Parks Ehefrau ums Leben (Suh 1988, S. 258) und im Rahmen seines letzten Besuches bei Mao Zedong, 1975, gab sich Kim Il Sung kämpferisch: man werde die Koreaner im Süden nicht im Stich lassen, sollte es zu Kampfhandlungen kommen. In einem Krieg werde man die Demarkationslinie verlieren aber die Wiedervereinigung gewinnen (Suh 1988, S. 262). 1976 verwahrte sich Kim Il Sung in einem Interview der japanischen Zeitschrift „Sekai“ gegen eine „Überkreuz-Anerkennung“ von Nord- und Südkorea durch die jeweiligen Alliierten. Die USA und Japan hätten dabei Nordkorea und die VR China und die Sowjetunion Südkorea anerkannt (Suh 1988, S. 263). 1979 brachte der Normalisierungsvertrag zwischen der Volksrepublik China und den USA und die Ermordung Park Chung-hees eine Gelegenheit zur Wiederaufnahme des Dialogs zwischen beiden koreanischen Staaten, aber da die jeweiligen Grundeinstellungen unverändert geblieben waren, kam es zu keinerlei Gesprächen (Suh 1988, S. 259–260). Immerhin nutzte Kim Il Sung die Gelegenheit dazu, im Oktober 1980 einen Zehn-Punkte-Plan zur Einheit zu verkünden (Suh 1988, S. 337). Ein mutmaßlicher nordkoreanischer Attentatsversuch auf südkoreanischen Präsidenten Chun in Rangoon am 9. Oktober 1983 forderte 17 Opfer aus dessen Entourage (Suh 1988, S. 338). Kim Il Sung stritt vehement ab, in das Attentat involviert gewesen zu sein. Für die burmesische Regierung ließen die von ihr angestellten Untersuchungen jedoch keinen Zweifel an der nordkoreanischen Schuld. Dass Kim Il Sung gewillt war, der Welt auch ein hilfsbereites Nordkorea zu zeigen, bewies der September 1984, als Südkorea von starken Überschwemmungen heimgesucht wurde: Nordkorea sandte damals postwendend Reis, Stoff für Kleidung, Zement sowie medizinische Ausrüstung für die Flutopfer. Es war dies das erste derartige Unterfangen seit der Teilung überhaupt (Suh 1988, S. 293) echte Fortschritte in der Annäherung blieben aber auch weiterhin aus. Als im November 1987 ein Flugzeug der staatlichen südkoreanischen Fluglinie mitten über dem Meer explodierte und 115 Passagiere/Angestellte in den Tod riss, gab anschließend die überlebende mutmaßliche Attentäterin, Kim Hyon Hee, zu Protokoll, dass Nordkorea für diese Katastrophe verantwortlich sei. Mit ihr selbst als eine der beiden Ausführenden habe der nordkoreanische Geheimdienst, das Attentat von langer Hand geplant und veranlasst. Obwohl Nordkorea bestritt, irgendetwas mit dem Absturz der Maschine zu tun zu haben (Kim 1994, 7 ff.), wog die Anschuldigung schwer und trug sehr dazu bei, bis zum Ende unseres Betrachtungszeitraums den gegebenen status quo im beiderseitigen Verhältnis zu erhalten.

3.3 Die Wirtschaft Nordkoreas

Die Wirtschaft Nordkoreas war zunächst vor allem durch einen starken Einfluss der Besatzungsmacht geprägt. Der Anteil der Sowjetunion am Außenhandel des Nordteils von Korea zwischen 1946 und 1948 betrug jedes Jahr mehr als 90%. Maschinen, Bauteile für Fabriken und

Expertenwissen trafen in Korea ein, wofür die Sowjetunion Rohstoffe aus Nordkorea verlangte. Die japanische Kolonialmacht hatte im rohstoffreichen Norden vor allem Industriebetriebe angesiedelt, die bei angemessener Verwendung durchaus den Wohlstand vieler Menschen sichern konnten. Insbesondere das dafür notwendige Knowhow fehlte allerdings aller Orten, da viele Fachleute vor dem Druck der kommunistischen Machthaber flohen oder durch diesen aus ihren Positionen gedrängt wurden (Szalontai 2005, S. 22). Um auf die Koreaner im Süden attraktiv zu wirken, wartete man bewusst mit der Kollektivierung, die man „zunächst auf die Zeit nach der Wiedervereinigung“ verschob (Szalontai 2005, S. 27–28). Ein durchaus hoch einzuschätzender Akt von Pragmatismus, gehört die Zusammenfassung und Verstaatlichung von Produktionsbetrieben aller Art doch zu den Grundpfeilern sozialistisch-kommunistischer Wirtschaftspolitik.

3.3.1 Die Kriegswirtschaft bis 1953

Im März/April 1949 besuchte Kim Il Sung Josef Stalin, um um wirtschaftliche Hilfe zu bitten. Das Unterfangen verlief ganz offensichtlich erfolgreich, denn ein Vertrag für wirtschaftliche Zusammenarbeit für zehn Jahre konnte unterzeichnet werden (Suh 1988, S. 119). Als im ersten Herbst des Korea-Krieges 1950 die militärische Lage für den kommunistischen Norden immer aussichtsloser wurde, erwies sich Stalin hingegen als eher unwillig bei der Hilfeleistung, womit er automatisch die Last dem neu entstandenen chinesischen Rivalen aufbürdete (Szalontai 2005, S. 32). Während der zweijährigen Phase von Stellungskrieg und halbherzigen Verhandlungen 1951 – 1953 richteten US-Luftangriffe schwerste Schäden in den Städten Nordkoreas an (Suh 1988, S. 139). Im Februar 1952 griff in Nordkorea eine Hungersnot um sich, die Kim Il Sung zwang in China und der UdSSR um Getreidelieferungen zu bitten (Szalontai 2005, S. 31), und auch die übrige Infrastruktur wurde schwerstens beeinträchtigt: Mitte 1952 bombardierte die US-Luftwaffe die Generatoren der Stromversorgung, was eine weitere Industrieproduktion fast zur Gänze verhinderte. Ähnlich hart traf der Krieg den Transportsektor. Sogar 80% der Schulgebäude waren am Ende unbenutzbar geworden (Szalontai 2005, S. 44–45).

3.3.2 Der Wiederaufbau

Die Bevölkerungszahl Nordkoreas war durch den Korea-Krieg von 9,6 Millionen auf 8,5 Millionen abgesunken. Damit nicht genug hatte es naturgemäß insbesondere die kämpfende Truppe also die jungen Männer zwischen 18 und 26 getroffen, die man für einen Wiederaufbau des Landes jetzt nicht zur Verfügung hatte. Um die Lücke zu füllen, wurden allerorten in hohem Maß junge Mädchen zum Dienst herangezogen, was deren Ausbildung oft ebenso abträglich war wie ihrer

Gesundheit (Szalontai 2005, S. 43–44). Vom 10. bis zum 29. September 1953 besuchte Kim die UdSSR, wo er um wirtschaftliche Hilfe bat (Suh 1988, S. 336) und eine Mrd. Rubel Kredit als Wiederaufbauhilfe rückzahlbar während der nächsten zwei Jahre sowie eine Stundung aller früheren Kredite erhielt (Suh 1988, S. 140). Die Sowjetunion half darüber hinaus vor allem bei der Rekonstruktion von Industrie, die schon vor dem Korea-Krieg von den Japanern errichtet worden war (Szalontai 2005, S. 49). Peking versprach bei einer Visite im November 1953 ebenfalls massive Hilfen bei gleichzeitigem massivem Schuldenerlass für die geleistete Unterstützung im Krieg. Die im Land stationierten chinesischen „Freiwilligen“ leisteten eine Menge an Aufbauarbeit und chinesische Hilfsgüter linderten die ärgste Not bzw. erhöhten die Geschwindigkeit des Aufbaus. Aus der Mongolei und aus den osteuropäischen Ländern gab es ähnliche Zusagen (Szalontai 2005, S. 46). Die Hilfe anderer Staaten beim Wiederaufbau Nordkoreas nach dem Korea-Krieg war beträchtlich und betrug während der drei Nachkriegsjahre 1954–1956 25% der staatlichen Einnahmen. Am höchsten waren sie 1954 mit 34% und verringerten sich dann relativ über 21,7% 1955 auf 16,5% 1956. Der Anteil von entgeltlicher und nicht rückzahlbarer fremder Unterstützung am angelegten Kapital insgesamt betrug in dieser Zeit sogar 80%. Die hohen Wachstumsraten Nordkoreas in dieser Zeit dürften also vor allem durch diese massive ausländische Unterstützung ihre Erklärung finden (Park 2008, S. 150–151). Im Juli 1954 bezeichnete Kim Il Sung vor allem die Schwerindustrie als wichtigen Wirtschaftszweig, während Leichtindustrie und Landwirtschaft erst dahinter rangieren sollten (Chöng 2012, S. 67). Der Norden solle – so Kim Il Sung – beim Marsch in Richtung paradiesische wirtschaftliche Zustände dem Süden auf diese Art und Weise vorausgehen (Chöng 2012, S. 74). Oberste Priorität hatte der Ausbau des Maschinenbaus, um dadurch das Militär zu stärken (Szalontai 2005, S. 51). Die Planabteilung, die den Wiederaufbau leitete, vernachlässigte dagegen die Infrastruktur. Der Mangel an gut befahrbaren Straßen oder langfristig ein geringer Ausbau der Energieversorgung machte Fortschritte auf anderen Gebieten häufig wieder zunichte. Das Fehlen von qualifizierten Facharbeitern war ebenfalls aller Orten spürbar (Szalontai 2005, S. 59). Der Mechanisierungsgrad der nordkoreanischen Landwirtschaft war extrem niedrig und diese dadurch sehr arbeitsintensiv. Wegen der vielfachen Rekrutierung von männlichen Arbeitskräften für den Wiederaufbau der Städte mussten vor allem Frauen und Kinder diese körperlich schweren Arbeiten verrichten (Szalontai 2005, S. 63). Ideologischen Denkmustern sollte jetzt ebenfalls zum Durchbruch verholfen werden: Wider aller Rhetorik betrieb Kim Il Sung beim Wiederaufbau eine schnelle Kollektivierung von Schwerindustrie, Leichtindustrie und Landwirtschaft (Suh 1988, S. 140–141). Als es im April 1955 zu einer Lebensmittelknappheit von bedrohlichen Ausmaßen kam, gingen die erhöhten Anstrengungen zur Bekämpfung der Hungersnot vor allem zu Lasten der Infrastruktur, der Ausbildung und der Kultur. Die Investitionen in die Industrialisierung wurden hingegen sogar weiter kräftig erhöht (Szalontai 2005,

S. 84). Auf dem dritten Parteikongress der PdAK im April 1956 lag der ökonomische Fokus weiter auf der Industrialisierung des Landes und der verstärkten Eigenversorgung. Die dafür nötigen Rohstoffe abzubauen, wurde allerdings verabsäumt. Kaum eine Rolle spielte die Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung (Szalontai 2005, S. 87). Im September 1955 wollte Chruschtschow sich von „Stalins Großmachtchauvinismus“ distanzieren und übergab Nordkorea den sowjetischen Anteil an bisherigen „joint ventures“ wie der gemeinsam betriebenen Fluglinie „Sokav“, einer Schiffstransportfirma oder einer Öltraffinerie (Szalontai 2005, S. 76). Der Besuch Kim Il Sung in der UdSSR und in Osteuropa 1956 brachte neben einer Hilfe von 300 Millionen Rubel aus Moskau, eine Abschreibung von Altschulden in der Höhe von 570 Millionen Rubel und eine Stundung der verbliebenen Altschulden. Eine Vielzahl an Maschinen und anderen Gütern floss nach Korea. China allerdings beschränkte sich auf Lieferungen an Nordvietnam (Szalontai 2005, S. 92–93). Ab 1957 präsentierte Kim Il Sung systematische wirtschaftliche Zahlen und sprach seitdem von sozialistischer Umgestaltung und paradiesischen Zuständen, wobei der Unterschied zwischen Nord und Süd wie der zwischen Himmel und Erde sein solle (Chöng 2012, S. 69–71).

3.3.3 Die wirtschaftliche Entwicklung bis 1990

In einer an den chinesischen „Großen Sprung nach vorn“ angelehnten Kampagne („Chöllima“) wurde versucht dezentralisiert eine Leichtindustrie aufzubauen, um gleichzeitig die Schwerindustrie weiter fördern zu können. Die Basis dieser Kampagne bildeten freiwillige, unbezahlte Sonderschichten sowie die Einbindung von Frauen und Kindern in die Produktion (Szalontai 2005, S. 122–123). Von der nordkoreanischen Regierung wurde die Beziehung zum chinesischen Beispiel nie zugegeben. Alles seien eigene Ideen (Szalontai 2005, S. 128). Die Fortschritte, die durch „Chöllima“ erzielt wurden, standen in einem krassen Missverhältnis zum Aufwand. Außerdem wurde der Landbevölkerung ungleich viel abverlangt, was viele in die Städte trieb. Für diese war jedoch kaum Wohnraum vorhanden (Szalontai 2005, S. 124). Die Aussagen nordkoreanischer Politiker wurden um 1960 immer nationalistischer: Nordkorea sei auf dem Weg, in kürzester Zeit das führende Industrieland der sozialistischen Welt zu werden, wobei praktisch alles aus eigener Kraft erreicht worden sei. Die Hilfen der „Bruderländer“ seien verglichen mit der Eigenleistung kaum erwähnenswert (Szalontai 2005, S. 131). Als Moskau und Peking 1960 fast die gesamten nordkoreanischen Schulden annullierten, verkündete Kim Il Sung stolz, sein Land sei schuldenfrei (Szalontai 2005, S. 158). 1961 versprach Kim Il Sung für den damaligen 7 Jahresplan Reis, Fleisch, seidene Kleider und ziegelgedeckte Häuser (Chöng 2012, S. 148). Gleichzeitig forcierte Kim Il Sung den Export von Buntmetallen (Szalontai 2005, S. 167).

Bis 1961 entflohen etwa 30.000 ethnische Koreaner der Hungersnot in der Mandschurei und kamen nach Nordkorea. Nordkorea war somit sehr gut informiert, welche Schwierigkeiten die Volksrepublik China hatte und warum sie viele versprochene Dinge wie Kohle nicht liefern konnte. Als im Oktober 1960 eine chinesische Delegation versuchte, Nordkorea im Konflikt mit der Sowjetunion auf die eigene Seite zu ziehen, musste dies zunächst einmal fehlschlagen (Szalontai 2005, S. 163–164). Stattdessen beschloss Nordkorea am 25. Juni 1962 den gleichzeitigen Ausbau von Wirtschaft und Verteidigung (Chöng 2012, S. 37–38). Im Dezember 1962 wurden in großem Stil Maschinen für die Rüstungsindustrie hergestellt, mit deren Hilfe erhebliche Mengen von konventionellen Waffen gebaut werden konnten. Es handelte sich hierbei um einen nationalen Kraftakt, der merkbar Ressourcen band, die somit anderweitig nicht zur Verfügung standen (Suh 1988, S. 215). Während der 1960er Jahre vervielfachte sich der ausgewiesene Anteil der Militärausgaben am nordkoreanischen Gesamtbudget von 2,6% (1961) über 5,8% (1964) auf etwa 30% (1967), wo er bis 1971 verharrte (Suh 1988, S. 219–220). 1965 veranlasste Kim Il Sung die wirtschaftliche Vorbereitung auf einen Krieg, wofür u.a. große Teile der Produktion unter Tage verlegt werden sollten. Vor allem konventionelle Waffen original nordkoreanischer Bauart wurden jetzt hergestellt. Dagegen verzichtete man immer mehr auf den Nachbau sowjetischer Fabrikate (Chöng 2012, S. 42 – 43). Im Oktober 1966 entschied Kim Il Sung auf der damaligen Parteiversammlung, dass die Wirtschaft und die Landesverteidigung zu stärken seien (Chöng 2012, S. 155). Ab Beginn der 1970er Jahre wurden viele Waffen tatsächlich von Grund auf in Nordkorea entwickelt und hergestellt (Chöng 2012, S. 43).

Zwischen 1962 und 1964 versuchte Nordkorea gute wirtschaftliche Beziehungen zu Rumänien, Nordvietnam, Albanien und Cuba aufzubauen. Da die Akzeptanz der gegenseitig offerierten Güter allerdings sehr gering blieb und in den Budgets kaum Spielraum für Kredite vorhanden war, erreichten die Handelsvolumina keine Ausmaße, die den Handel mit der UdSSR hätten unnötig werden lassen (Szalontai 2005, S. 205). Als die Sowjetunion 1963/64 die Lieferung von Maschinen immer mehr verringerte und sich herausstellte, dass China keinen Ersatz bieten konnte, streckte Nordkorea seine Fühler nach Ländern wie Japan, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Holland und Österreich aus. Diesen verkaufte Nordkorea Rohstoffe, die sonst die Staaten des Sowjetlagers bekommen hätten. Dafür erhielt Nordkorea die so nötigen Hochtechnologieprodukte (Szalontai 2005, S. 205). Die UdSSR schränkte 1964 den Import aus Nordkorea stark ein. Als der nordkoreanische Außenhandelsminister die UdSSR nicht umstimmen konnte, wurde er zum Tod durch den Strang verurteilt, seine Familie aus Pjöngjang verbannt und seine Brüder zu Minenarbeitern (Szalontai 2005, S. 202). Nach dem Sturz Chruschtschows durch Leonid Breschnew, 1964, nahmen die Besuche zwischen Nordkorea und der UdSSR wieder zu, was ziemlich bald auch zum

Wiedererstarben des bilateralen Handels und des Technologietransfers in Richtung Nordkorea führte (Suh 1988, S. 219). Im Gegenzug verringerte die zunehmende internationale Verschuldung in den 1970er Jahren die Sympathien anderer Länder jenseits der sozialistischen Welt für Nordkorea (Suh 1988, S. 267). Bis zum Ende der 1960er Jahre war Nordkorea durch die immer wieder gewährte, massive ausländische Wirtschaftshilfe der koreanische Staat mit der stärkeren Wirtschaft gewesen, ein Trend der sich während der 1970er und 1980er Jahre aber – wie bereits erwähnt – komplett umdrehte (Park 2008, S. 151). Dabei setzte der Sechsjahresplan von 1971 bis 1976 noch voll auf die Einführung neuer Technologien, die vor allem aus Nicht-sozialistischen Industrieländern importiert werden sollten. Die ständig wachsende Auslandsverschuldung erwies sich hier aber als massiver Bremsklotz. Gegenüber der Öffentlichkeit verkündete Nordkorea zwar den vorzeitigen erfolgreichen Abschluss des Plans schon 1975, allerdings lässt die Einfügung eines zweijährigen Pufferzeitraums vor dem Beginn des nächsten großen Plans für weitere sieben Jahre darauf schließen, dass dies in der Realität bei weitem nicht der Fall war. Ähnlich verhielt es sich mit dem Siebenjahresplan für 1978 bis 1984. Auch bei ihm gab es anschließend eine zweijährige Pufferzeit, obwohl angeblich schon 1984 alle gesteckten Ziele, die vor allem in der Erhöhung von Produktionsziffern sowie genereller Modernisierung der Wirtschaft bestanden hatten, erreicht worden waren (KBS WORLD Radio 2022). Im September 1984 verabschiedete Nordkorea ein Gesetz, das ausländischen Firmen per joint venture den Weg auf den nordkoreanischen Markt öffnete. Das Interesse blieb in unserem Betrachtungszeitraum allerdings überschaubar. Darüber hinaus gab es eine rege nordkoreanische Reisetätigkeit nach Shenzhen in die dortige Sonderwirtschaftszone. Im Juni 1986 nahm Kim Il Sung an der Einweihung des Namp'o-Damms teil, eines Bauwerks, das seitdem die Hauptstadt vor den Gezeiten des Meeres schützt (Suh 1988, S. 297). Der Anteil der Industrie an der Gesamtproduktion des Landes wurde 1990 mit etwa 56% veranschlagt (Park 2012, S. 56). Trifft dies zu, dann hat die Priorisierung der (Schwer-)Industrie in Nordkorea ganz eindeutig ihre Wirkung getan.

4 Kurze Epocheneinteilung der Geschichte der DDR

Schon vor Kriegsende 1945 hatte Stalin drei Gruppen deutscher Kommunisten nach Deutschland bringen lassen, deren wichtigste die sogenannte Gruppe Ulbricht werden sollte. Nachdem diese sich etabliert hatte, erfolgte im Juni/Juli des Jahres die Gründung von vier Parteien, die am 14. Juli zur „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ zusammengefasst wurden (Weber 1993, S. 5–8). Um Wahlniederlagen der KPD wie solche der Kommunisten in Österreich und Ungarn abzuwenden, wurde die SPD in der Sowjetischen Besatzungszone gezwungen, sich am 20./21. April 1946 mit der KPD zur SED zu vereinigen (Weber 1993, S. 15–17). 1952 wurde die Führungsrolle der SED in der 1949 neu geschaffenen DDR offiziell festgeschrieben (Weber 1993, S. 33) und Walter Ulbricht nach Ausschaltung innerparteilicher Widersacher 1958 unumstrittene Führungsfigur (Weber 1993, S. 49).

4.1 Die Außenpolitik als sozialistische Kleinmacht

Als treuer Verbündeter Moskaus gab es keinen wirklichen Raum für eine eigenständige DDR-Außenpolitik. Alle Schritte in dieser Richtung waren mit der Sowjetführung abgestimmt, bzw. waren von dieser vorgegeben. So hatte die DDR im Juni 1950 beispielsweise die Oder-Neiße-Grenze als deutsche Ostgrenze anzuerkennen (Weber 1993, S. 29–30). Hatte die DDR bis zu Stalins Tod 1953 ihr gesamtes System in ähnlicher Weise aufgebaut wie die große Schutzmacht, so fiel ihr der Schwenk seiner Nachfolger auf einen etwas freieren Kurs zunächst einmal etwas schwer. Als sich Proteste von Arbeitern in Berlin am 17. Juni 1953 rasend schnell zu einem Flächenbrand ausweiteten, waren es sowjetische Panzer, die den jungen Teilstaat in seiner Existenz retteten, indem sie den Aufstand niederschlugen (Weber 1993, S. 39–42). So „gefestigt“ wurde die DDR im Mai 1955 einer der Gründerstaaten des Warschauer Paktes (Weber 1993, S. 45). Nach Chruschtschows Geheimrede im Februar 1956, in der die Abkehr von Stalin jetzt auch ausgesprochen wurde, übernahm Ulbricht sofort den neuen sowjetischen Kurs und konnte sich auch weiterhin als treuer Gefolgsmann Moskaus im Amt halten (Weber 1993, S. 46–47). Das Verhältnis zu China wurde umgekehrt schwierig: so kritisierte die DDR die Volksrepublik 1962 heftig für ihr Vorgehen gegen Indien (Kuo 1983, S. 121) und beim VI. SED-Parteitag im Januar 1963 werden die Gäste aus China niedergeschrien. Die Parteigänger Chinas aus Indonesien, Burma, Malaya und Thailand erhielten nicht einmal die Erlaubnis, überhaupt das Wort zu ergreifen (Weber 1993, S. 60). Die bedingungslose Loyalität zur Sowjetunion wurde am 12. Juni 1964 noch fester verankert, als beide Staaten den Vertrag über „Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit“ unterzeichneten (Weber 1993, S. 67). Trotzdem tat sich Walter Ulbricht

zunächst einmal schwer mit dem erneuten Schwenk in Moskau, als dort Leonid Breschnew gegen seinen bisherigen Chef Nikita Chruschtschow erfolgreich den Putsch wagte (Weber 1993, S. 67). Ansonsten aber brechen außenpolitisch für die DDR bessere Zeiten an. Hatte die Bundesrepublik Deutschland die DDR bisher erfolgreich von allen nicht-kommunistischen Staaten isoliert, indem sie diesen Ländern im Gegenzug mit dem Abbruch der Beziehungen drohte (Hallstein-Doktrin) (Kuo 1983, S. 137), so besuchte 1965 nicht nur der abtrünnig gewordene KP Chef Jugoslawiens, Tito, das Land, sondern der eigenwillige neue Staatschef Ägyptens, Nasser, lud Ulbricht sogar zu einem Besuch seiner eigenen Heimat ein. Die DDR war zu diesem Zeitpunkt in lediglich 12 Staaten durch Botschaften vertreten (Weber 1993, S. 66). Beginnend mit Kambodscha (1969) sollte diese Front der Ablehnung aber langsam aufweichen (Weber 1993, S. 306). Zunehmend schwieriger wurde hingegen das Verhältnis zwischen der neuen sowjetischen Nummer 1, Leonid Breschnew, und Walter Ulbricht, da letzterer zunehmend selbstbewusster auftrat, und es sogar wagte, die DDR als Modell für die Sowjetunion zu preisen (Weber 1993, S. 74). Am 3. Mai 1971 zwang dann Ulbrichts bisheriger politischer Ziehsohn, Erich Honecker, seinen Chef zum „Rücktritt aus Altersgründen“ (Weber 1993, S. 76–77) und setzte sich selbst für die nächsten 18 Jahre an die Staatsspitze. Gegenüber Breschnews Sowjetunion bewies der neue Statthalter wieder die gewünschte bedingungslose Loyalität, indem er bei einer Verfassungsänderung 1974 u.a. in Artikel 6 die DDR „auf immer und unwiderruflich“ zum Verbündeten der UdSSR erklären ließ (Weber 1993, S. 81). Im Ringen um internationale Anerkennung ging es für die DDR – insbesondere nach dem innerdeutschen Grundlagenvertrag 1972 – zunehmend besser voran. So wurden beide deutschen Staaten 1973 Vollmitglieder der Vereinten Nationen, woraufhin die meisten Staaten der Erde diplomatische Beziehungen zur DDR aufnahmen. So taten dies beispielsweise auch die USA 1974. 1980-82 war die DDR sogar eines der nichtständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats (Weber 1993, S. 85). Ebenfalls in diesem Zusammenhang zu nennen, ist die Unterzeichnung der KSZE Schlussakte im August 1975, die allen Beteiligten - und damit auch der DDR - Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit zusicherte, obwohl sie gleichzeitig auch Menschenrechte garantierte, was für alle sozialistischen Staaten eine gewisse Bürde bedeutete (Weber 1993, S. 86). Nach dem Tod von Leonid Breschnew 1982 wagte aber auch Erich Honecker ganz kleine Schritte aus dem langen Schatten der UdSSR und beharrte eigenständig auf Friedenssicherung in Europa (Weber 1993, S. 96–97). Gorbatschows neuem innenpolitischen Liberalisierungskurs von Glasnost (Transparenz) und Perestrojka (Erneuerung) ab 1985 verschloss sich Honecker hingegen (Weber 1993, S. 99) und ließ in der DDR 1988 sogar die Auslieferung der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ verbieten (Weber 1993, S. 100). Honecker suchte jetzt im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten Anschluss an China. Im Oktober 1986 besuchte er das Land in Form eines offiziellen Freundschaftsbesuches (Archive 2021, S. 121963) und als im Juni 1989 in Peking die

Demokratiebewegung mit Gewalt niedergeschlagen wurde, äußerte Honeckers politischer Ziehsohn, Egon Krenz, Zustimmung zu diesem Vorgehen (Weber 1993, S. 103). Trotzdem konnte sich die DDR keine echte Unabhängigkeit von der Sowjetunion leisten. So war beim letzten großen DDR-Staatsakt zum 40. Jahrestag der DDR am 6./7. Oktober 1989 der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow auch für die DDR-Staatsspitze nach wie vor der wichtigste Gast (Weber 1993, S. 313). Schutz vor einem Volksaufstand bot die Sowjetunion allerdings jetzt nicht mehr, was die deutsche Teilung dann innerhalb eines einzigen Jahres beendete.

4.2 Die DDR als Teilstaat

Nachdem die Einigkeit der Alliierten als Phalanx gegen Deutschland und Japan zerbrochen und 1947 der Zustand des Kalten Krieges entstanden war, wollten beide Kontrahenten den ehemaligen Kriegsgegner Deutschland für ihre jeweilige Seite gewinnen (Weber 1993, S. 21). Stalin war daher bemüht, eine Teilung unter allen Umständen zu vermeiden. Die SED hatte schon 1948 den Wunsch, einen eigenen Staat zu gründen, aber Stalin erlaubte eine solche Gründung erst für den 7. Oktober 1949, nachdem am 5. Mai des Jahres im Westen die Bundesrepublik entstanden war. Die Deutsche Demokratische Republik bekam eine zentralistische Staatsform mit der Volkskammer als de jure höchstem Organ ohne Gewaltenteilung. Sie verstand sich als Kernstaat eines noch zu schaffenden Gesamtdeutschlands (Weber 1993, S. 26–28). Erklärtes Ziel der marxistisch-leninistischen DDR war die Einheit Deutschlands (Weber 1993, S. 29). Deutschland sei eine unteilbare demokratische Republik - so hieß es in Artikel 1 der Verfassung - und es gäbe nur eine deutsche Staatsangehörigkeit (Kang-Schmitz 2010, S. 146).

4.2.1 Deutschland einig Vaterland - Stoßrichtung bis 1961

Im neuen sozialistischen Staat gab es zwar verschiedene Parteien, die aber schon 1949 gemeinsam mit einigen Massenorganisationen zum „Block“ der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ zusammengefasst wurden. Dieser sollte fortan die Volkskammer und ihre Entscheidungen bestimmen. Die Bundesrepublik wurde zu einer „Versklavten Kolonie“ erklärt. Im Gegenzug gab es keine Anerkennung dieses neu geschaffenen Staatswesens durch die Bundesrepublik Deutschland, die sich dementsprechend als alleinigen Vertreter des deutschen Volkes sah (Weber 1993, S. 29–30). Ab 1952 boten Stalin und seine Nachfolger mehrmals Verhandlungen über ein geeintes, neutrales Deutschland an - eine Reaktion des westdeutschen Bundeskanzlers Adenauer gab es allerdings nicht (Weber 1993, S. 44). Gleichzeitig begann die

DDR im Mai 1952 die innerdeutsche Grenze abzuriegeln und eine fünf Kilometer breite Sperrzone zu schaffen. Als das Scheitern des Verhandlungsangebots an die Bundesrepublik allgemein klar geworden war, gewährte Moskau der DDR am 25. März 1954 „erweiterte Souveränitätsrechte“ (Weber 1993, S. 45). Im April 1954 erklärte Ulbricht die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zur „unumstößlichen Gesetzmäßigkeit“. Er prophezeite darüber hinaus, dass jeder zu Grunde gehen werde, der sich diesem Gesetz entgegensustellen wage (Weber 1993, S. 44). Nach dem Scheitern der Genfer Gipfelkonferenz der vier Siegermächte im Juli 1955 sprach Chruschtschow allerdings erstmals von einer „Zwei-Staaten-Theorie“ und proklamiert im „Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR“ die DDR als souveränen Staat (Weber 1993, S. 45). Anastas Mikoyan, damals erster Vizepremier der UdSSR, erklärte führenden US-Vertretern am 21. Januar 1959, dass sein Land die Tatsache der deutschen Teilung anerkenne, wobei er Berlin einen Sonderstatus zubilligte. Eine Übernahme der DDR durch die Bundesrepublik werde weder von der DDR selbst noch von den dort stationierten sowjetischen Truppen akzeptiert, die als Warschauer Pakt Partner die DDR immer unterstützen würden. Die realistischste Möglichkeit, eine Wiedervereinigung zu erreichen, sei die Implementierung einer Konföderation (Archive 2021, S. 119722). Da aber seit DDR-Gründung mit wachsender Tendenz etwa 2,7 Millionen vor allem junger, arbeitsfähiger DDR-Bewohner meist über Berlin in die Bundesrepublik geflohen waren (Weber 1993, S. 31), wurde auf Bitten Ulbrichts entgegen diesem Föderationsmodell am 3. bis 5. August 1961 in Moskau durch die führenden Funktionäre der Warschauer-Pakt-Staaten, der Bau der Berliner Mauer beschlossen und am 13. August von DDR-Bautrupps in die Tat umgesetzt (Weber 1993, S. 56).

4.2.2 Zweimal Deutschland 1961 – 1970

Obwohl mit diesem Schritt, die Teilung Deutschlands de facto vollendet schien, hielt die Bundesrepublik zunächst den Alleinvertretungsanspruch aufrecht und auch die SED bekannte sich 1963 in ihrem auf den VI. Parteitag angenommenen Parteiprogramm zur „Wiederherstellung der Einheit Deutschlands“ (Weber 1993, S. 59–60). Die Stoßrichtung der DDR-Führung änderte sich aber schnell und wich einem Streben nach Anerkennung der Zweistaatlichkeit (Kang-Schmitz 2010, S. 146). Schon im Oktober 1965 errang sie dabei einen symbolisch-diplomatischen Sieg, indem sie beim IOC die Erlaubnis zur Aufstellung einer eigenen DDR-Olympiamannschaft erreichte (Weber 1993, S. 65). Am 20. Februar 1967 verabschiedete die Volkskammer ein Gesetz zur Einführung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft (Weber 1993, S. 306) und am 6. April 1968 wurde in einer neuen Verfassung die DDR zu einem „sozialistischem Staat deutscher Nation“ erklärt (Weber 1993, S. 69).

4.2.3 DDR unabhängig und souverän 1970 – 1990

Als 1970 Bundeskanzler Brandt den Vorsitzenden des DDR-Ministerrates Stoph in Erfurt traf, bestand die DDR auf eine völkerrechtliche Anerkennung (Weber 1993, S. 75). Nicht lange danach wurden zahlreiche Verträge miteinander abgeschlossen. Der wichtigste war im Dezember 1972 der Grundlagenvertrag, der „normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung“ vereinbarte, sowie die Grenzen und die Souveränität der DDR anerkannte (Weber 1993, S. 84). Im Mai 1974 wurden dann sogar botschaftsähnliche „Ständige Vertretungen“ eingerichtet (Weber 1993, S. 308). Die DDR kam damit einer vollständigen völkerrechtlichen Anerkennung immer näher und strich im Oktober 1974 sämtliche Hinweise auf Deutschland, die deutsche Nation und eine Wiedervereinigung (Weber 1993, S. 81). Unterstützt wurde diese zunehmende Etablierung der DDR als selbständiger Staat durch die internationale Ankerkennung seitens zahlreicher Staaten und internationaler Gemeinschaften (s.o.) (Weber 1993, S. 85). Trotz alledem ließ der Staatsratsvorsitzende Honecker im Februar 1981 allerdings durchblicken, dass auch er den Gedanken an ein vereintes Deutschland nicht ganz verworfen hatte: so erklärte er, dass bei einer sozialistischen Umgestaltung der Bundesrepublik, sich auch „die Frage nach einer Vereinigung beider deutscher Staaten wieder vollkommen neu stelle“ (Weber 1993, S. 91). Und obwohl der Besuch Honeckers in Bonn im September 1987 als offizieller Staatsbesuch durchgeführt wurde und dabei zahlreiche Abkommen zwischen beiden Seiten unterzeichnet wurden (Weber 1993, S. 312), bekam in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre nicht nur der starre Ost-West-Gegensatz Risse, sondern auch die Teilung Deutschlands. So wurde einerseits 1986 die erste von mehreren innerdeutschen Städtepartnerschaften vereinbart (Weber 1993, S. 311), während es andererseits zu immer zahlreicheren Genehmigungen von Westreisen von DDR-Bürgern kam, auch wenn diese noch nicht das Rentenalter erreicht hatten (Weber 1993, S. 97), was bisher immer die wichtigste Vorbedingung gewesen war. Es war aber dann der Abbau des Grenzzauns zwischen Österreich und Ungarn - insbesondere von Österreich medienwirksam in Szene gesetzt -, der einen lawinenartigen Exodus aus der DDR in Richtung Bundesrepublik auslöste, welcher schließlich zum Ende der DDR und zur deutschen Wiedervereinigung führte (Weber 1993, S. 103).

4.3 Die Wirtschaft der DDR

Als sich die SBZ und später die DDR etablierte, verstand sie sich als sozialistische Alternative zum westeuropäischen und westdeutschen Modell. Dieses Selbstverständnis war in allererster Linie wirtschaftlich zu verstehen. Die gleiche Verteilung der produzierten Konsumgüter sollte sich

gegenüber der Verteilung nach Leistung als gerechtere Ordnung positionieren und - wenn irgend möglich - sich auch als der Marktwirtschaft leistungsmäßig überlegen erweisen. Die Messlatte war und blieb daher die gesamte Dauer der deutschen Teilung hindurch, das geschmälerte, marktwirtschaftlich-kapitalistische Gegenüber im Westen (Behling 2018, S. 152). Die Voraussetzungen für diesen Wettstreit waren von Anfang an alles andere als gut. So gab es wesentlich weitergehende Demontagen durch die Sowjets in ihrer Zone als die, die die Westzonen verkraften mussten und eine Annahme von Marshall-Plan-Hilfen aus den USA wurde der DDR wie den anderen Staaten in Stalins Machtbereich von Sowjetseite strikt untersagt (Weber 1993, S. 36). Trotzdem taten die neuen Machthaber alles, um dennoch den Beweis für die Überlegenheit des eigenen Systems möglichst schnell zu beweisen.

4.3.1 Kollektivierung und die Folgen bis 1961

Schon wenige Monate nach Kriegsende erfolgten entscheidende erste Weichenstellungen. So verstaatlichte man im Juli 1945 die Banken und Sparkassen und teilte unter dem Wahlspruch „Junkerland in Bauernhand“ im September zwangsenteigneten Großgrundbesitz unter ehemaligen Bediensteten auf (Weber 1993, S. 11–12). Um vorn vornherein eine Zentralverwaltungswirtschaft zu etablieren, übernahm ab Juni 1947 die „Deutsche Wirtschaftskommission“ (DWK) die wirtschaftliche Planung, die im Februar 1948 gesetzgeberische Vollmachten erhielt (Weber 1993, S. 19). Dabei wurde der Fokus nach stanlinistisch-sowjetischem Vorbild auf die Schwerindustrie gelegt, was die ohnehin knappe Versorgungslage der Bevölkerung zusätzlich verschlechterte. Der Aufbau einer starken Schwerindustrie war eine politische Vorgabe, die gegen alle gegebenen Voraussetzungen durchgeführt wurde. So gab es kaum eine Rohstoffbasis im Land und die Expertise der etablierten Betriebe lag mit Chemie, Optik und Feinmechanik in einem völlig anderen Bereich (Weber 1993, S. 35–36). Erst der Schock des Aufstandes vom 17. Juni 1953, den die SED-Regierung nur mit Hilfe sowjetischer Panzer überlebte, führte zu Lockerungen dieser so einseitig ausgerichteten Wirtschaftsweise und brachte eine vorübergehende Drosselung der Anstrengungen in der Schwerindustrie zugunsten von Nahrungsmitteln und Konsumgütern. Die neue Sowjetführung lockerte die Zügel, indem sie ab 1. Januar 1954 auf weitere Reparationszahlungen verzichtete sowie die Zahlungen für die Besatzungskosten auf 5% des DDR-Staatshaushaltes reduzierte (Weber 1993, S. 41) und auch die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR wurde erst 1960 vollendet (Weber 1993, S. 53–54). International gesehen wurde die DDR im September 1950 Mitglied des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Länder im sowjetischen Machtbereich „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW), auf den schon 1954 75% des gesamten DDR-Außenhandels entfielen (Weber 1993, S. 34). Dieser RGW, in dessen Reihen die DDR schon

während der 1950er Jahre schnell zur zweitgrößten Industriemacht aufstieg, bestimmte schon sehr bald immer mehr die Wirtschaftspolitik der SED, da die Gemeinschaft jedem Mitglied bestimmte Schwerpunkte zuwies, die er in der gegenseitigen Arbeitsteilung zu erfüllen hatte. Die DDR sollte vor allem mit ihrer Chemieindustrie zum Gesamten beitragen (Weber 1993, S. 49–50), ein Bereich, der, wie erwähnt, durchaus den traditionellen Fähigkeiten dieses Teils Deutschlands entsprach. In der schulischen Ausbildung der DDR betonte man daher neben der politischen Indoktrinierung auch ganz besonders die Naturwissenschaften (Weber 1993, S. 52).

4.3.2 NÖS der 1960er

Die Jahre nach dem Mauerbau in Berlin, in denen nun effizient die eigenen Arbeitskräfte im Land gehalten wurden, sahen eine Wirtschaftspolitik, die versuchte, Dinge miteinander zu verbinden, die eigentlich in krassem Widerspruch zueinander standen. So wurde ab 1963 versucht mittels des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ (NÖSPL), die Arbeitsmoral und die Effizienz über materielle Anreize für Betriebe und Arbeiter zu steigern (Weber 1993, S. 61). Da man aber schon sehr bald merkte, dass diese Art der Bezahlung nach Leistung und eine solche Art der betrieblichen Eigenständigkeit nicht nur den eigentlichen sozialistisch-kommunistischen Grundsätzen diametral entgegenstanden, sondern auch die zentralistische Führung der Planwirtschaft gefährdeten, wurden viele der erfolgten Änderungen Ende 1965 wieder zurückgenommen (Weber 1993, S. 62). Da 1969/70 die jahreswirtschaftlichen Pläne klar verfehlt wurden und das Ziel eines Überholens der Bundesrepublik nicht im Entferntesten erreicht werden konnte, reduzierte man für 1971 sehr stark die Planziele (Weber 1993, S. 76). Ulbrichts Herrschaft war nicht nur politisch (s.o.) sondern auch wirtschaftlich in eine Sackgasse geraten und sein politisches Ende damit umso mehr besiegelt.

4.3.3 Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik Honeckers

Auf dem VII. SED-Parteitag wartete der neue Partei- und Staatschef Honecker mit einem neuen, griffigen Wahlspruch auf, der eine sofortige Verbesserung der Lebensverhältnisse im Land bewirken sollte. Diese „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ bedeutete, dass der durch die „Werkstätigen“ des Landes erwirtschaftete Wohlstand nicht erst irgendwann in der Zukunft, sondern hier und jetzt zu einem besseren Leben verhelfen sollte (Weber 1993, S. 77). Zunächst sah es auch tatsächlich ein wenig so aus, als ob man diesem neuen Anspruch gerecht werden könne. So war das Angebot von Gebrauchsgütern bis 1975 spürbar gewachsen und bei stabilen Grundnahrungsmittelpreisen gab es eine Erhöhung des Durchschnittseinkommens. Damit nicht genug, konnte die DDR einen zumindest scheinbaren Erfolg im Vergleich zur Bundesrepublik

verbuchen, da sie trotz der durch die Ölkrise von 1973 ausgelösten weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten keine offen zutage tretende Arbeitslosigkeit verbuchen musste, mit der die Bundesrepublik sehr stark zu kämpfen hatte (Weber 1993, S. 82–83). Dies schien tatsächlich den neuen Kurs nicht zuletzt deswegen zu bestätigen, da alles zu einer Zeit gelungen war, als die Wirtschaft um Einiges sozialistischer geworden war. So hatte die SED 1971/72 die Verstaatlichung weiter vorangetrieben. Insbesondere viele bisher halbstaatliche Betriebe gingen jetzt in Staatshand über und 99% aller industriell erzeugten Waren kamen mittlerweile aus einem der VEB („Volkseigener Betrieb“) (Weber 1993, S. 81–82). Des Weiteren hatte sich der Außenhandel nach einem diesbezüglichen Vertrag zum 25-jährigen Jubiläum der DDR am 7. Oktober 1974 mit der UdSSR schwerpunktmäßig spürbar nach Osten verlagert und den Westhandel beschränkt (Weber 1993, S. 83–84). Aber spätestens mit der zweiten Ölkrise zu Beginn der 1980er Jahre verlangte auch die Sowjetunion erhöhte Preise für Öl und Gas von der DDR, was es immer schwieriger werden ließ, einem Rückfall in weniger üppige Zeiten zu entgehen. Staatlich gedeckte Kredite westdeutscher Banken kamen da gerade recht und versprachen - wenn schon keine Lösung der Probleme - so doch ein Hinausschieben der negativen Auswirkungen. Dabei war die Honecker-Regierung immer mehr ein Opfer ihrer eigenen Propaganda und geworden. So bezeichnete der Partei- und Staatsratsvorsitzende persönlich im Dezember 1988 den Lebensstandard in der DDR als höher als den in der Bundesrepublik (Weber 1993, S. 100). Eine ganz offensichtliche Fehleinschätzung von höchster Stelle, die ohne Zweifel zum Ende des sozialistischen Experiments auf deutschem Boden beigetragen hat.

5 Forschungsansatz und Operationalisierung

Ausgehend von dieser kurz zusammengefassten historischen Entwicklung beider Länder möchte ich nun versuchen, der eingangs gestellten Forschungsfrage näher zu kommen. Zum Zweck der Operationalisierung meiner Untersuchungen habe ich für die vier Teilbereiche jeweils Thesen abgeleitet deren Falsifizierung oder Nicht-Falsifizierung die Beantwortung der Forschungsfrage ermöglichen soll.

Die Thesen lauten:

- Die Außenpolitik Nordkoreas zielte während der betreffenden Zeit zunehmend auf eine gewisse Unabhängigkeit innerhalb des kommunistischen Blocks ab. Das Land wird also versucht haben, sich auch an die DDR politisch nicht zu stark anzunähern.
- Außenpolitisch standen die beiden Staaten innerhalb des sozialistisch-kommunistischen Machtbereichs in einem gewissen Spannungsfeld. Die DDR war ihre vollen 40 Jahre ein treuer Vasall der Sowjetunion und wird diesbezüglich immer das Ziel verfolgt haben, Nordkorea ebenfalls eng an die UdSSR binden.
- Die Position als Teilstaat einer Gesamtnation war für beide Seiten ähnlich. Es ist dementsprechend anzunehmen, dass hier jeder versucht hat, aus den Erfahrungen des anderen zu lernen bzw. diese für sich selbst nutzbar zu machen. Mit einer engen Zusammenarbeit ist hier zu rechnen.
- Wirtschaftlich waren die Voraussetzungen eher unterschiedlich bzw. gegengleich. Zwar hatten beide etwas zeitversetzt die Folgen eines verheerenden Krieges zu bewältigen, aber die hierfür vorhandenen Pfunde, mit denen man wuchern konnte, könnten kaum unterschiedlicher gewesen sein. So besaß Nordkorea vor allem eine bedeutsame Menge von Rohstoffen, während die DDR - abgesehen von riesigen Braunkohlelagerstätten und den einzigen Uranvorkommen des Warschauer Paktes - insbesondere über eine gut ausgebildete Bevölkerung verfügte. Bringt man diese Konstellation in geeigneter Weise zusammen, so standen die Zeichen sehr gut für eine gedeihliche Zusammenarbeit, die im Interesse beider Seiten gewesen sein sollte.

In den folgenden Kapiteln habe ich das vorhandene Quellenmaterial auf für die Bewertung dieser Thesen relevante Aussagen durchgearbeitet.

6 Die politischen Verhandlungen aus der Sicht Nordkoreas

Bereits einen Monat nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 erfolgte am 6. November die Aufnahme Diplomatischer Beziehungen des neuen Staates mit Nordkorea (Frank 1996, S. 9). Dabei ging die Initiative von der koreanischen Seite aus (Kang-Schmitz 2010, S. 27). Allerdings trat der erste Botschafter Pak Killyŏng erst nach dem Korea-Krieg am 12. Mai 1954 sein Amt in Berlin an (Frank 1996, S. 9) und auch in Pjöngjang war eine Präsenz offizieller ausländischer Vertreter erst nach Ende der Kampfhandlungen möglich. So wurden erst im Juni 1954 Planungen für ein DDR-Botschaftsgebäude in die Wege geleitet (Archive 2021, S. 115537). Bis dahin fanden die Kontakte über die beiderseitig vorhandenen Vertretungen in Peking und Moskau statt; eine Doppelgleisigkeit, die vor allem auf DDR-Seite gelegentlich Verwirrung stiftete (Kang-Schmitz 2010, S. 28). Die Entsendung des ersten DDR-Botschafters Fischer nach Nordkorea erfolgte dann am 4. August 1954 - eine Fertigstellung der geplanten Botschaftsgebäude durch die koreanische Seite erfolgte aber auch weiterhin nicht. Vielmehr ersuchte diese die DDR ihrerseits, die entsprechenden Behausungen zu schaffen, doch selbst als in Deutschland dafür geschaffene Standardhäuser vorbereitet waren, konnte der Transport bis zum November des Jahres nicht erfolgen, da in Korea auch dafür - entgegen allen Beteuerungen - nicht die nötigen Vorleistungen erbracht wurden. Zunächst mussten daher provisorische Botschaftsgebäude herhalten (Kang-Schmitz 2010, S. 264–266). Als diese Anfangsschwierigkeiten überwunden waren, stellten die DDR-Diplomaten fest, dass sie nur sehr bedingt ihre Funktion als Auge, Ohr und Sprachrohr ihrer Regierung ausfüllen konnten. Informationen seitens der nordkoreanischen Regierung blieben rar und streng zensiert und der Kontakt zu einfachen Bürgern des Landes wurde in jeder Hinsicht unterbunden (Kang-Schmitz 2010, S. 263). Der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zum koreanischen Botschaftspersonal erwies sich gleichermaßen als schwierig, da Nordkorea dieses immer wieder austauschte (Kang-Schmitz 2010, S. 268). Die zwischenstaatlichen Begegnungen auf höherer Ebene verliefen ebenfalls vor allem in eine Richtung: die KDVR schickte zwar Delegationen zu den nationalen Feierlichkeiten der befreundeten Staaten inklusive der DDR, lud zum 10. Jubiläum des Endes der japanischen Herrschaft im Land am 15. August 1955 aber nicht zu Gegenbesuchen nach Pjöngjang (Archive 2021, S. 116326).

6.1 Bruderhilfe erwünscht - Kriegs- und Nachkriegszeit bis in die späten 1950er

Grundsätzlich wurde das Verhältnis Nordkoreas zur DDR sehr stark vom Verhältnis Nordkoreas zu den beiden sozialistischen Großmächten UdSSR und VR China sowie dieser beiden Länder zueinander bestimmt. Da Nordkorea bis zum Beginn der 1960er Jahre die Führungsrolle Moskaus weitestgehend anerkannte, blieben auch die Beziehungen zur DDR in ähnlicher Weise intakt (Frank 1996, S. 75). 28 Abkommen aller Art wurden in diesen Jahren zwischen beiden Seiten geschlossen - allein 1955 derer fünf. Ebenfalls einen Höhepunkt erlebten die gegenseitigen Besuche namhafter Politiker in der Mitte der 1950er Jahre einschließlich eines des DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl in Korea und Kim Il-songs in der DDR (Frank 1996, S. 115). Als sich Nikita Chruschtschow allerdings am 13. Februar 1956 in seiner Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU von Stalin zu distanzieren begann, barg dies nicht nur Sprengstoff für die Einigkeit aller KP geführten Länder, sondern auch den Keim einer Entfremdung Nordkoreas von der in jeder Beziehung sowjet-hörigen DDR (Frank 1996, S. 75–76). Der Höhepunkt der beiderseitigen Beziehungen, der Besuch Kim Il-songs in Deutschland im Juni 1956 verlief allerdings in einer halbwegs harmonischen Atmosphäre, auch wenn die wirtschaftlichen Forderungen Kims in der DDR zunehmend auf Ablehnung stießen (Frank 1996, S. 19-20). Laut Verhandlungsprotokoll versuchte die koreanische Seite während des Besuchs, statt einer detailreichen Vereinbarung ein Grundsatzabkommen abzuschließen, das von beiden Ministerpräsidenten unterschrieben werden sollte. Die DDR war aber nicht bereit zu einem solchen „Staatsvertrag“ und daher blieb es bei einem zwar detaillierten aber weniger offiziellen „Abkommen“ (Kang-Schmitz 2010, S. 126). Die Behandlung der DDR-Vertretung in Pjöngjang blieb trotz so weitreichender Ambitionen Nordkoreas indes wenig engagiert. So berichtete die Botschaft von einem äußerst schlecht organisierten gemeinsamen Ausflug von Diplomaten aus 16 befreundeten Staaten Mitte Oktober, zu dem das nordkoreanische Außenministerium geladen hatte. Die Reise hatte an die Ostküste des Landes nach Wönsan geführt und unter anderem dadurch für Befremdlichkeit gesorgt, dass die unerwartet teuren Übernachtungen von den Beteiligten selbst bezahlt werden mussten (Archive 2021, S. 112735). Interesse zeigte Nordkorea hingegen an einem Austausch von Militärattachés, ein Vorschlag, der am 13. Mai 1957 an die DDR-Botschaft herangetragen wurde (Kang-Schmitz 2010, S. 269). Die vorerst letzten freundschaftlichen Besuche hoher nordkoreanischen Würdenträger in Deutschland fanden dann vom 18. bis zum 24. April 1959, als der Vorsitzende des Präsidiums der Obersten Vollversammlung Nordkoreas, Ch'oe In'gyöng, in die DDR fuhr (Frank 1996, S. 112), sowie im September 1960, als

eine nordkoreanische Delegation dem Begräbnis des DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck beiwohnte, statt (Archive 2021, S. 119458). Danach nahm die Intensität des Austausches spürbar ab.

6.2 Verhandlungen unter der Prämisse der Chuch'e-Politik bis 1990

Endgültiger Auslöser der Entfremdung zwischen den beiden Staaten war die radikale Aufspaltung des sozialistischen Lagers in einen sowjetisch-geführten Teil und einen unter chinesischer Ägide. Hatte schon die oben erwähnte Geheimrede Chruschtschows 1956 eine unterschiedliche Bewertung erfahren, so trafen seine Enthüllungen über den Terror Stalins auf dem XXII. KPdSU-Parteitag im Oktober 1961 in China erst recht nicht auf Gegenliebe (Weber 1993, S. 58). Nicht nur die Vertretung der DDR sondern ebenfalls die übrigen osteuropäischen Botschaften registrierten Verschärfungen der staatlichen Kontrollen. Sie alle berichteten, dass die koreanischen Sicherheitskräfte das Betreten der Residenzen durch eigene Staatsbürger mit allen Mitteln zu verhindern suchten, und dass die Hausangestellten der Regierung wöchentlich über alles, was in der jeweiligen Botschaft vor sich ging, Bericht zu erstatten hätten (Frank 1996, S. 89). Es wurde dadurch schnell deutlich, dass sich Nordkorea in dieser Konfrontation - zumindest bis 1964 - auf die Seite Mao Zedongs geschlagen hatte. Eine zu große Bürde für die Beziehungen zum sozialistischen Teil Deutschlands (Frank 1996, S. 75). In einem Brief an die Botschaft in Pjöngjang beklagte sich ein Vertreter des DDR-Außenministeriums, dass sich die Zusammenarbeit mit der koreanischen Botschaft auf ein Minimum beschränke. Außer der Übergabe von Memoranden durch die Koreaner, gebe es praktisch überhaupt keinen Kontakt. Dabei sei auch keinerlei Interesse an Deutschland-relevanten Themen auszumachen. Nicht einmal die deutsche Presse werde gelesen (Kang-Schmitz 2010, S. 272). Im Gegenzug beklagte sich die DDR-Botschaft in Pjöngjang Ende März 1962 darüber, dass die ausländische Presse in Nordkorea einer scharfen Zensur unterworfen sei. Alle wichtigen Artikel über friedliche Koexistenz, Abrüstung oder Personenkult würden entfernt (Frank 1996, S. 91). Auslöser für den ganz scharfen Bruch mit der Sowjetunion und damit auch mit der DDR war aber schließlich die Kuba-Krise im Oktober 1962, in deren Verlauf die Sowjetunion dem amerikanischen Druck nachgab und auf eine Stationierung von eigenen Atomsprenköpfen auf Kuba verzichtete (Kang-Schmitz 2010, S. 36). In Parteiversammlungen wurde nun offen gegen die UdSSR Stellung bezogen, da man „sowjetischen Zusicherungen keinen Glauben mehr schenken“ könne (Kang-Schmitz 2010, S. 38). In einem Leitartikel der nordkoreanischen Zeitung Rodong Sinmun vom Januar 1963 wurde aus einer klaren Unterstützungshaltung für China kein Hehl gemacht: Wer China einseitig angreife, schade der gemeinsamen Sache, heißt es dort (Kuo 1983, S. 121). Als Konsequenz bejahte Nordkorea auch

Maos Grenzkrieg mit Indien; eine Haltung, die durch den koreanischen Botschafter in der DDR unverblümt kundgetan wurde (Archive 2021, S. 110515). DDR-Vertreter in Nordkorea mussten sich dementsprechend in vieler Hinsicht mit mangelnder Kooperationsbereitschaft seitens der koreanischen Stellen auseinandersetzen. So war der im Januar 1963 nach Nordkorea entsandte DDR-Militärattaché kaum in der Lage, sich ein Bild von der Koreanischen Volksarmee zu machen, da diese alles daransetzte, direkte Kontakte zwischen ihm und der Truppe zu verhindern (Kang-Schmitz 2010, S. 269). Die DDR sah im April 1963 die Abkehr Nordkoreas von einem gedeihlichen Miteinander vor allem in folgenden Maßnahmen:

- Rückholung der koreanischen Studenten aus der DDR
- Weigerung koreanischer Vertreter an Konferenzen in der DDR teilzunehmen
- Fernbleiben von der Leipziger Buchmesse
- Einschränkung bzw. Behinderung der Arbeit der Botschaft der DDR in Pjöngjang
- zunehmend kühle Zurückhaltung durch die Botschaft Nordkoreas in Berlin (Archive 2021, S. 110111)

Hingegen versuchte die koreanische Botschaft in Berlin alles zu tun, um eigenes Propagandamaterial an die DDR-Öffentlichkeit zu bringen. Dafür wurde dieses sogar immer wieder direkt an verschiedene Zeitungsredaktionen geschickt, obwohl ein solches Verfahren gegen die Regelung verstieß, der alle ausländischen Vertretungen in der DDR unterlagen und die ausschließlich Sendungen an das DDR-Außenministerium zuließ. Das DDR-Außenministerium behielt sich auf diese Weise ein Prüfungsrecht vor (Kang-Schmitz 2010, S. 272–273), das hier ganz offensichtlich unterlaufen werden sollte. Nach Informationen aus dem Industrieland DDR hielt man trotzdem Ausschau: so traten staatliche Vertreter im August 1963 mit der Frage an die DDR-Botschaft heran, ob deutsche wissenschaftliche Institute ihnen Know-how auf dem Gebiet der Atomtechnologie und über deren militärische Anwendung zukommen lassen könnten. Der DDR-Botschafter hatte vor allem die chinesische Regierung als Drahtzieher dieses Versuches in Verdacht (Archive 2021, S. 110608). Vernachlässigt wurden hingegen alle sonstigen Verbindungen zur DDR, wobei dies allerdings nichts anderes gewesen sein dürfte als ein kleines Detail der Gesamtstrategie, sich vom sowjetisch geführten Lager abzukoppeln und den Anschluss an die chinesische Seite zu suchen. So erkannte das DDR-Außenministerium im Dezember 1963 große Zurückhaltung bei der Pflege der Beziehungen zur UdSSR, zur DDR sowie zu den übrigen europäischen sozialistischen Staaten bei gleichzeitiger Intensivierung des Austausches mit der Volksrepublik China. Ausnahmen in Europa bildeten lediglich die Länder Albanien und Rumänien (Archive 2021, S. 110124), wobei sich insbesondere Albanien zu dieser Zeit klar auf die chinesische Seite geschlagen hatte (Anm. d. Verf.). Höhepunkt dieser Politik der Einschränkung aller Arten der Zusammenarbeit mit der DDR

(und den meisten anderen Staaten Osteuropas) waren die Jahre 1963 und 1964 (Archive 2021, S. 111822). Gleichzeitig glaubte das Außenministerium aber auch den Versuch Pjöngjangs zu erkennen, das Verhältnis zu vielen Drittländern zu intensivieren. Ausdrücklich gegenüber DDR-Vertretern betont wurde der Versuch, durch weniger Austausch mit den sozialistischen Staaten, besseren Zugang zu den vielen Befreiungsbewegungen der dritten Welt zu erreichen. In Ergänzung dazu konstatiert das DDR-Außenministerium eine Annäherung an „kapitalistische“ Mächte wie England oder Japan. Obwohl die DDR jederzeit bemüht sei, die Freundschaft beider Länder zu vertiefen, versuche die Gegenseite in zunehmendem Maße, Gegensätze herauszustreichen. Ganz praktische Auswirkungen dieser neuen Linie spürten vor allem die diplomatischen Vertreter Berlins in Pjöngjang, die jetzt in ihrer Bewegungsfreiheit ungleich viel stärker eingeschränkt seien als zuvor. Für alle möglichen Vorhaben seien spezielle Anträge zu stellen, deren Bearbeitung in der Regel sehr schleppend verlaufe, wenn sie nicht ohnehin abgelehnt würden. Nordkoreanische Presseberichte über die DDR seien mittlerweile auf ein Minimum zurückgefahren worden (Archive 2021, S. 110124). Sechs Wochen später verschärfte Nordkorea diese Gangart ganz besonders der DDR gegenüber noch um eine weitere Maßnahme: so sollten ab Januar 1964 sämtliche Pressemitteilungen der Botschaft der DDR der entsprechenden Abteilung des nordkoreanischen Außenministeriums vorgelegt werden, da die DDR dies in ihrem Hoheitsgebiet ebenfalls so verlange. Diese Vorschrift galt ausschließlich für die DDR-Botschaft und für keine andere ausländische Vertretung in Pjöngjang (Kang-Schmitz 2010, S. 274). Laut einer in Nordkorea lebenden DDR-Bürgerin sei auf Parteiversammlungen unverblümt von Chruschtschow als Feind des Fortschritts gesprochen worden, der die Sowjetbevölkerung unterdrücke, die es deshalb zu befreien gelte. Sie selbst sei immer wieder nach negativen Entwicklungen in der DDR gefragt worden. So erkundigten sich viele bei ihr nach wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder gar dem drohenden Zusammenbruch ihres Herkunftslandes. Fragen nach Positivem in der DDR seien demgegenüber sehr selten geworden (Archive 2021, S. 111086). Zunehmend spielte in dieser Zeit der Begriff „Chuch'e“ in der nordkoreanischen Politik eine Rolle, ein Begriff, den ein Regierungsvertreter einem DDR-Botschaftsangehörigen folgendermaßen erklärte: Nordkorea täte nur das, was dem eigenen Land nütze, ohne Rücksicht auf die Wünsche und Forderungen anderer. Dies sei aber nicht unsozialistisch, sondern genau der richtige Weg, um in Asien als neuem Hauptkampfplatz gegen den „Imperialismus“ bestehen zu können. Die übrigen sozialistischen Staaten müssten diesen Ansatz akzeptieren (Kang-Schmitz 2010, S. 21). Selbst die Schwächsten waren vor dem neuen, stark nationalistischen Kurs nicht geschützt. So erhielt die DDR-Botschaft im Juni 1965 Informationen über ein deutsches Kind in Namp'o, das dort den eigentlich neutralen Begriff „Dogil saram“ („Deutscher“ Anm. d. Verf.) als Schimpfwort der anderen Kinder aus der Umgebung kennenlernen musste (Archive 2021, S. 111821). Parallel zu dieser Entwicklung war

dies allerdings auch der Zeitpunkt, an dem sich eine Trendwende ankündigte: Seit Mitte 1964 begannen nordkoreanische Offizielle, zunehmend beiderseitige Gemeinsamkeiten wie die Teilung oder die räumliche Nähe zum „Imperialismus“ zu betonen. Während die Gespräche von Nordkorea her noch eine stark anti-sowjetische Note behielten, war man sichtlich um eine bessere Beziehung zur DDR bemüht. Nach dem Ende der Ära Chruschtschow im Oktober 1964 wurde diese Sonderbehandlung der DDR auch auf die restlichen sozialistischen Staaten ausgeweitet (Archive 2021, S. 111822). Im Juli und im Oktober 1965 kam es dann sogar nach langer Pause zu zwei Vertragsabschlüssen. Einmal wurde die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens verabredet und andererseits die gegenseitige Verleihung von Nutzungsrechten an Grundstücken, damit die jeweiligen Botschaften neue Gebäude errichten konnten (Kang-Schmitz 2010, S. 292). Die Fortschritte im bilateralen Verhältnis von DDR und Nordkorea waren also unverkennbar. Einen weiteren Schub erfuhr dieses durch die chinesische Kulturrevolution, die Nordkorea und China voneinander entfremdete, und auf diese Weise Nordkorea dem sowjetischen Block zutrieb (Kang-Schmitz 2010, S. 25). Im Juli 1967 gaben die DDR und Nordkorea ein gemeinsames Memorandum heraus, dass zur Einigkeit aller sozialistischen Staaten und Parteien und zur Unterstützung Nordvietnams aufrief. Unterschiede zwischen den KPs sollten als innere Angelegenheiten nicht die gemeinsame Stoßrichtung belasten (Archive 2021, S. 112306). Eine gewisse Distanz blieb aber immer erhalten. Zu spüren bekam dies nicht nur eine DDR-Militärdelegation, die im Oktober 1967 Korea besuchte und sich dort in offiziellen Reden Vorhaltungen anhören musste ob ihrer „mangelnden Kampfbereitschaft gegen den amerikanischen Imperialismus“, ihrer „Überschätzung des Westdeutschen Imperialismus“ und ihrer „Unterschätzung des japanischen Imperialismus“ (Kang-Schmitz 2010, S. 168). Auch das DDR-Botschaftspersonal hatte nach wie vor mit allerlei bürokratischen Behinderungen seiner Arbeit zu kämpfen (Kang-Schmitz 2010, S. 270). Beim Besuch einer hochrangigen DDR-Delegation unter Politbüromitglied Kurt Hager in Nordkorea im April 1968 strich Kim Il-sung das Gemeinsame beider Staaten heraus und erklärte die Idee des Chuch'e zum nordkoreanischen Beitrag für die gemeinsame Sache des internationalen Sozialismus. Er gab allerdings zu bedenken, dass Nordkorea und seine Arbeiterpartei niemals einer anderen Partei- oder Staatsführung bedingungslos Folge leisten würden, sondern immer die Befriedigung der Bedürfnisse des eigenen Volkes zur obersten Maxime machen werde. Er begrüße ein Mehr an gegenseitigen Besuchen, das in weiterer Folge zu erwarten sei, um die beiderseitige Freundschaft zu vertiefen. Trotzdem müsse er mit Rücksicht auf China eine gewisse Zurückhaltung gegenüber den sowjetisch geführten Staaten in Europa üben. An einer Konferenz dieser könne sein Land derzeit daher nicht teilnehmen, auch wenn er gegen ein Mitmachen der DDR überhaupt nichts einzuwenden habe (Archive 2021, S. 116731). Kurz auf diesen Besuch in Korea folgte im September 1968 die Entsendung einer

Delegation militärischer Fachleute unter General O Chinu in die DDR (Archive 2021, S. 114292). Das Auftreten dieser Delegation wurde von Stasibeobachtern als diszipliniert aber fordernd bis unhöflich eingeschätzt. Die Wissbegierde im fachlichen Bereich war äußerst groß gewesen. So wurden sämtliche Auskünfte der deutschen Seite von mindestens zwei und oft sogar vier Delegationsmitgliedern mitgeschrieben. In den Tischreden kam zum Ausdruck, dass man die Zusammenarbeit mit der DDR vertiefen wolle. Eine Erwähnung der Sowjetunion als bedeutenden Faktor für die Erhaltung des Weltfriedens habe es nicht gegeben (Grumbach 1968, S. 321). Parallel zu dieser Entwicklung wurde auch eine größere Gesprächsbereitschaft von Berliner Botschaftsangehörigen spürbar. Öfter als früher suchten sie jetzt den Kontakt zu offiziellen Stellen einerseits aber auch mit Bürgern der DDR (Kang-Schmitz 2010, S. 277). Gleichgültig wie stark die Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft jedoch wurde, keine Kompromisse gab es beim Thema Chuch'e. Ohne Rücksicht auf die Sichtweise der SED Staatsideologie in der DDR wurde von den Vertretern Nordkoreas die Bedeutung Chuch'es gepriesen. „Marxismus der jetzigen Epoche“ so nannte es gar der nordkoreanische Außenminister Hō Dam auf dem V. Parteitag der „Partei der Arbeit Koreas“ im Jahre 1970 (Kang-Schmitz 2010, S. 24–25), ganz offensichtlich eine schwere Bürde für die Verhandlungen mit Ländern, die für ihre sozialistischen Ideen die Absolutheit wissenschaftlich gesicherter Unumstößlichkeit beanspruchten. Die praktische Zusammenarbeit aber gestaltete sich zunehmend einfacher, denn auf Bitten der DDR wurde jetzt wesentlich schneller und positiver reagiert und insbesondere die Botschaft in Pjöngjang hatte es vielfach leichter (Archive 2021, S. 116607). Hochoffiziell kam am 28. September 1971 ein weiterer deutsch-koreanischer Vertrag zustande, der den bilateralen Rechtsverkehr in Zivil- und Strafsachen regelte. 1973 folgte ein Abkommen über das Fernmeldewesen und den postalischen Verkehr (Kang-Schmitz 2010, S. 293). Nach Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO 1973 erhoffte sich die Kim-Regierung dort Fürsprache durch die DDR und fand Worte der Dankbarkeit für die erhaltene deutsche Unterstützung, als Nordkorea 1973 als Mitglied der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Postunion (IPU) aufgenommen wurde (Kang-Schmitz 2010, S. 166–167). Die Mitte der 1970er Jahre waren aber auch eine Zeit der (Wieder-)Annäherung an die Volksrepublik China, die langsam die Kulturrevolution hinter sich ließ (Kang-Schmitz 2010, S. 25) sowie an die Bewegung der Blockfreien. Diese neuen Tendenzen gingen zumindest teilweise auf Kosten der Beziehungen zu den übrigen sozialistischen Staaten und damit auch der DDR (Kang-Schmitz 2010, S. 49). Nicht einmal das Glückwunschtelegramm der DDR zum 30. Jahrestag der Befreiung des Landes von der japanischen Kolonialherrschaft wurde (wie auch die von anderen osteuropäischen Staaten) von Nordkorea beantwortet. Zu fühlen bekam diese abermalige Abkehr der nordkoreanischen Seite auch wieder die DDR-Botschaft vor Ort. Die Stromversorgung der genutzten Gebäude wurde seit 1973 durch technische Fehler koreanischer

Ingenieure nur noch mittels einer Notversorgung aufrechterhalten, was die tägliche Arbeit sehr erschwerte. Trotz wiederholter Bitten um Beseitigung dieses Zustandes war sogar 1975 noch keine Besserung dieser Lage zu verzeichnen (Archive 2021, S. 114284). Als im August 1976 die Welt durch ein tödliches Handgemenge zwischen US-amerikanischen und nordkoreanischen Soldaten an der innerkoreanischen Grenze aufgeschreckt wurde, bei dem durch die beteiligten nordkoreanischen Soldaten eine Axt als Tatwaffe zum Einsatz kam, ließ die Information der osteuropäischen Botschaften durch Nordkorea lange auf sich warten. Erst eine volle Woche später wurden Vertreter der befreundeten Botschaften ins Außenministerium gerufen und mit detaillierten Informationen über die nordkoreanische Interpretation der Vorkommnisse versorgt (Archive 2021, S. 114291). In einer direkten Begegnung von Verteidigungsminister Heinz Hoffmann mit Kim Il-sung im Oktober 1976 war von einer Entfremdung hingegen keine Rede. Kim Il-sung wurde nicht müde, die Gemeinsamkeiten der sozialistischen Staaten im Allgemeinen und von Nordkorea und der DDR im Speziellen herauszustreichen. Er sei für die Einheit und Stärkung des sozialistischen Lagers und man werde gemeinsam kämpfen bis das Ende des „imperialistischen Systems“ gekommen sei (Archive 2021, S. 114292). Beim schon im Dezember 1977 folgenden Gipfeltreffen zwischen Erich Honecker und Kim Il-sung ging es ähnlich kameradschaftlich zu. Diese erste direkte Begegnung Kim Il-sungs mit einem DDR-Staatschef seit seinem Berlin-Besuch 1956 resultierte neben vielen schönen Worten in einem Vertrag über die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft sowie von Wissenschaft und Technik (Archive 2021, S. 112308). Auch wenn in Anbetracht der fortgeschrittenen Jahreszeit des Treffens (Dezember) die Wetterbedingungen eher ungünstig waren, entsprach die Vorbereitung in allen Belangen der eines solchen Gipfeltreffens (Archive 2021, S. 114861). So fand sich Erich Honecker in der Villa „Hundert Blumen Garten“ ganz in der Nähe von Pjöngjang komfortabel untergebracht (Steiner-Gashi und Gashi 2010, S. 102), und auch sonst ließ Kim Il-sung die DDR-Delegation in höchst beeindruckender Weise empfangen. Als beide Staatsoberhäupter auf einem „Fest der Freundschaft“ jeweils eine Rede hielten, war der Sportpalast als Veranstaltungsort mit 20.000 Zuschauern gefüllt (Archive 2021, S. 112308). In den Gesprächen befasste sich der nordkoreanische Staatschef ausschließlich mit bilateralen Aspekten und klammerte internationale und multilaterale Probleme soweit irgend möglich aus (Archive 2021, S. 114861). Er wurde dabei nicht müde zu betonen, wie wichtig Honeckers Besuch für die Vertiefung der beiderseitigen Beziehungen sei und drückte seine tiefe Dankbarkeit für die deutsche Hilfe während und nach dem Korea-Krieg aus. Die nordkoreanische Presse berichtete ausführlich über viele Aspekte des Gipfeltreffens, schwieg allerdings zu Honeckers Trinkspruch beim offiziellen koreanischen Empfang, in dem Honecker von europäischer Sicherheit und Abrüstung sprach. Einzig die Betonung Kims, dass Nordkorea sowohl aus historischen wie auch aus geographischen

Gründen ein gutes Verhältnis zu China und zur Sowjetunion wünsche, und dass die Koreanische Arbeiter Partei bemüht sei, auch die „Dritt-Welt-Staaten“ mit in die sozialistische Weltbewegung einzubeziehen, wich von der Linie ab, sich nur auf das zweiseitige Verhältnis zu konzentrieren (Archive 2021, S. 112308). Kim Il-sung akzeptierte demgegenüber sofort die Idee Honeckers, beim nächsten Treffen einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zu unterschreiben und diesen bis dahin vorzubereiten (Archive 2021, S. 114861). Nur kurze Zeit später begannen die Verhandlungen über die Details des Vertrages und es stellte sich heraus, dass es genau die internationalen Aspekte waren, bei denen sich eine Einigung schwierig wurde. Namentlich bei Artikel 5 („außenpolitisches Wirken“) bestand Nordkorea auf eine Priorisierung des „Kampfes gegen den Imperialismus“ während die DDR den „Kampf für Frieden und Sicherheit“ in den Vordergrund stellen wollte. Ebenso lag man bei Artikel 7 nahezu unvereinbar weit auseinander, da Nordkorea nicht bereit war, das Prinzip eines Verbotes der Anwendung von Gewalt als zwingendes Völkerrecht anzuerkennen. Nach jahrelangen Verhandlungen gab Nordkorea allerdings in beiden Fällen seinen Widerstand auf und beließ es bei den von den deutschen Verhandlungspartnern vorgeschlagenen Formulierungen (Kang-Schmitz 2010, S. 52). Das veranschlagte Gipfeltreffen in Deutschland fand dementsprechend erst 1984 statt (Archive 2021, S. 113197). Bis dahin beschränkten sich die Begegnungen auf die niederen Ränge. So wohnte eine Berliner Delegation 1981 dem VII. Kongress der nordkoreanischen Arbeiterjugend in Pjöngjang bei und erlebte dort als erste offizielle Abordnung der DDR den kommenden Staatschef Kim Jong-il (Focus Magazin-Peter Miller 1994). Wie wichtig für Nordkorea die DDR war, lässt sich auch daran erkennen, dass die Botschaft in Berlin personell relativ stark besetzt war. Im August 1983 belief sich die Anzahl der dort tätigen Diplomaten auf 30, ergänzt durch 15 weitere Angestellte (Archive 2021, S. 208248). Ein ungenannter Informant des MfS bescheinigte diesen Mitarbeitern allerdings eine niedrige Arbeitsdisziplin und benannte Einkäufe im Westteil der Stadt als ihre „Hauptbeschäftigung“ (N.N. 1983). Ebenfalls laut Stasi-Recherche nutzte Pjöngjang Berlin aufgrund der im internationalen Vergleich besonders niedrigen Postgebühren offenbar sogar als Vertriebszentrum für Propagandaliteratur, obwohl eine derartige Ausnutzung der Gegebenheiten nicht der gegenseitigen Übereinkunft entsprach (Kang-Schmitz 2010, S. 280). Ein Teil dieser Sendungen war auch an DDR-Bürger adressiert, die so ohne offizielle Kenntnis der DDR-Behörden mit nordkoreanischem Propagandamaterial versorgt wurden. Im Gegenzug verließen immer wieder Flugzeuge mit West-Gütern den DDR-Flughafen Berlin-Schönefeld in Richtung Korea.

Insgesamt gesprochen war diese offenbar sehr wichtige Landesvertretung folgendermaßen strukturiert:

- Politische Abteilung mit Presseanalyse
- Militärpolitische Abteilung

- Handelspolitische Abteilung
- Spezialabteilung des Zentralkomitees der Koreanischen Partei der Arbeit für Westeuropa
- Abteilung für Materialauslieferung

(Archive 2021, S. 208248)

Als Kim Il-sung 1984 die DDR besuchte, betonte er ausführlich die Hoffnung auf eine Verbesserung der Beziehungen Chinas und der Sowjetunion (Archive 2021, S. 113198). Während er selbst die Rolle eines Vermittlers für China übernahm, bat er Erich Honecker, seinerseits sein enges Verhältnis zu Moskau zu nutzen, um auch von sowjetischer Seite die beiden sozialistischen Großmächte einander näher zu bringen (Kang-Schmitz 2010, S. 53). Ganz konkret forderte er Honecker auf, bei den Sowjets darauf hinzuwirken, dass diese, angefangen mit dem Kommandeur der Kaspischen Höheren Seekriegsschule, Wassili Alexandrowitsch Archipow, Abordnungen nach Peking entsenden mögen, um ein besseres gegenseitiges Verhältnis aufzubauen (Archive 2021, S. 113198). Davon abgesehen stimmten beide Partner überein, dass man die sozialistischen Bewegungen des afrikanischen Kontinents mit allen Mitteln unterstützen wolle (Archive 2021, S. 113199). Der so lange vorbereitete Freundschaftsvertrag konnte so in einer Atmosphäre gegenseitiger Verbundenheit unterzeichnet werden - für Kims Nordkorea nach den Verträgen mit den beiden sozialistischen Großmächten 1961 erst die dritte derartige, freundschaftliche Bindung mit einem anderen Land überhaupt und die zweite mit einem europäischen Partner (Kang-Schmitz 2010, S. 55). Im Gespräch mit dem Stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden Manfred Gerlach 1986 betonte Kim Il-sung, wie unvergessen sein Treffen mit Honecker für ihn sei und dass er Honeckers Gegenbesuch in Korea sehnlichst erwarte. Dabei betonte er, dass dieser diesmal unbedingt in der warmen Jahreszeit erfolgen solle, damit er Honecker in Nordkorea einen ebenso angenehmen Aufenthalt bieten könne, wie er ihn in der DDR genossen habe. Bezugnehmend auf den Freundschaftsvertrag beider Staaten erklärte Kim, dass das Verhältnis zur DDR durch diesen sehr viel enger und tiefer geworden sei (Archive 2021, S. 113200). Als Honecker im Oktober 1986 tatsächlich in Korea ankam, bereitete Kim Il-sung dort einen Empfang mit 100.000 jubelnden Zuschauern in Pjöngjang und Namp'o sowie eine sportliche Vorführung mit 50.000 Athleten. Bei einer Großkundgebung mit beiden Staatsoberhäuptern lauschten nicht weniger als 150.000 Zuhörer. In den Gesprächen begrüßte Kim nicht nur die Initiativen des neuen sowjetischen Machthabers Michail Gorbatschow in der Außenpolitik, sondern versprach auch, zukünftig eine noch engere Zusammenarbeit mit den sowjetisch geführten Warschauer-Pakt-Staaten zu suchen. Gleichmaßen zeigte sich der nordkoreanische Staatschef erfreut über Honeckers geplanten offiziellen Besuch in der Volksrepublik China, der seiner Einschätzung nach sehr gut für die Sache des Sozialismus sei. Die nordkoreanischen Medien behandelten die Begegnung anschließend sehr

ausführlich und wiesen insbesondere auf die beiderseitige Übereinstimmung und das gegenseitige tiefe Verständnis und Vertrauen hin (Archive 2021, S. 110758). Diese gezeigte Herzlichkeit änderte allerdings nichts an der Tatsache, dass die koreanische Vertretung in Ost-Berlin auch weiterhin Geschäften nachging, die nichts mit diplomatischer Vertretung zu tun hatten. So wurden im Juni 1986 zwei koreanische Studenten des Landes verwiesen, die offenbar im Auftrag der Botschaft Armbanduhren und Tonkassetten am Zoll vorbei in der DDR vertrieben hatten (Kang-Schmitz 2010, S. 280). Ebenfalls zu dieser Zeit im September 1986 registrierte die Stasi, dass der nordkoreanische Militärattaché Oberst I Söngsik mit höchster Energie versuchte, alles nur Erdenkliche über NVA-Militärtechnik herauszubekommen. Dabei scheute er sich nicht, auch unter Umgehung offizieller Stellen, direkt den Kontakt zu den Betrieben zu suchen (Gentkow 1986). Wenig später, am 14. November 1986, lud dieser Militärattaché den NVA Generalstabschef Generaloberst Strelitz für 1987 nach Korea ein und bat darum, einige Computerspezialisten in die DDR schicken zu dürfen, damit diese dort Informationen über die Automatisierung von Truppenführung sammeln könnten (Gentkow 1986). Im Januar 1988 versucht Nordkorea die DDR zu nutzen, international die eigene Gegendarstellung zu südkoreanischen Terrorvorwürfen beim Absturz der KAL 858 zu platzieren. Das MfS vermerkt die nordkoreanische Darstellung kommentarlos (N.N. 1988). Auf staatspolitischer Ebene fanden derlei Aktivitäten keinen Widerhall. Gegenüber Politbüro-Mitglied Günter Schabowski bezeichnete Kim Il-sung Erich Honecker als seinen „besten Freund und Bruder“, dessen Initiative eines „Internationalen Treffens für Kernwaffen-freie Zonen“ im Juni 1988 er als „sehr bedeutungsvoll“ einstufte. Nordkorea werde zu dieser Veranstaltung eine von einem Politbüro-Mitglied angeführte Delegation entsenden. Kim Il-sung unterstrich die völlige Übereinstimmung in der Außenpolitik zwischen der DDR und der KDVR und hob hervor, dass auch in den Zielsetzungen für den sozialistischen Aufbau gleiche Auffassungen zwischen SED und PdAK bestünden. Die Zusammenarbeit gestalte sich sehr zufriedenstellend (Archive 2021, S. 121671). Die Verbundenheit auf höchster Ebene sollte die Existenz der DDR überdauern. Nicht nur, dass beide Staatsführer im Sommer 1989, als die DDR schon stark wankte, die chinesische Niederschlagung der Peking-Demokratiebewegung einhellig begrüßten, sondern nach dem Fall der Mauer in Berlin und der Wiedervereinigung Deutschlands war es Kim Il-sung, der Honecker und seiner Frau Margot „aus rein humanitären und menschlichen Gründen“ Asyl in seinem Land anbot (Mdr.de 2018).

6.3 Fazit und Thesenbewertung

Die Entwicklung der nordkoreanischen Außenpolitik gegenüber der DDR war weitestgehend vom Verhältnis Nordkoreas zur Sowjetunion geprägt. Solange in den 1950er Jahren diese Beziehung

intakt war, gab es auch den Willen Nordkoreas zu einer Zusammenarbeit mit der deutschen Seite. Die Initiative zur Aufnahme Diplomatischer Beziehungen ging von der koreanischen Seite aus. Dementsprechend befremdlich erscheint 1954 allerdings die mangelnde Hilfe beim Bau eines Botschaftsgebäudes in Pjöngjang, die wohl höchstens zum Teil durch die zweifellos bestehende materielle Notlage nach dem Korea-Krieg zu erklären ist. Bedenkt man erstens, dass eine kommunistische Zentralverwaltungswirtschaft die Ressourcen zuallererst nach politischen Gegebenheiten verteilt und berücksichtigt man andererseits die vielen bürokratischen Hürden, mit denen die DDR-Vertretung in Pjöngjang später immer wieder zu kämpfen hatte, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Nordkorea die eigene Vertretung in Berlin ein weit größeres Anliegen war als die deutsche Anwesenheit in Korea. Dies setzte sich fort in der Politik Nordkoreas, regelmäßig Abordnungen zu staatlichen Feiern der DDR und anderer osteuropäischer Länder zu entsenden, zum zehnjährigen Jubiläum der Befreiung von der japanischen Kolonialherrschaft aber keinerlei Einladung auszusprechen. Trotzdem gedieh die Zusammenarbeit dergestalt, dass etliche Verträge geschlossen wurden. Die Beziehungen gipfelten schließlich 1956 in einer Reise Kim Il-sungs nach Osteuropa, in deren Verlauf er auch die DDR und ihre Repräsentanten besuchte. Aber obgleich zu diesem Zeitpunkt noch eine Art von vollkommener Einigkeit zur Schau gestellt wurde, setzte jetzt – ausgelöst durch Chruschtschows Abkehr von Stalins Personenkult – eine zunehmende Entfremdung ein. Kim Il-sung war nicht bereit, der neuen sowjetischen Linie zu folgen und mit der Abkehr von der Sowjetunion kühlte auch das Verhältnis zur DDR stark ab. Dabei kam es zu keinem offenen Konflikt, aber es war für die DDR spürbar, dass vor allem in den frühen 1960er Jahren die offiziellen Stellen Nordkoreas sämtliche Kanäle des Kontaktes immer mehr vernachlässigten bzw. – sofern es sich um Bemühungen von DDR-Seite handelte – diese durch bürokratische Schwierigkeiten blockierte. Die nordkoreanische Botschaft in Berlin fungierte nun zunehmend als Verteilerstelle für nordkoreanische Propaganda und immer weniger als Bindeglied zu den offiziellen Stellen der DDR, die bei solcherlei Propaganda oft gegen alle DDR-Gesetze unterlaufen wurden. Das Schwergewicht nordkoreanischer Außenpolitik lag in diesen Jahren neben einer zunehmenden Betonung der Eigenständigkeit ganz eindeutig auf der Volksrepublik China, ein Zustand, der sich erst mit der heraufziehenden Kulturrevolution abmilderte. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts wurde die UdSSR unter dem neuen Machthaber Breschnew wieder ein wichtiger Partner Nordkoreas, wobei die DDR wie auch die übrigen osteuropäischen Warschauer-Pakt-Staaten als eine Art Brücke fungierte. Obwohl der Ton zu Beginn noch ziemlich anti-sowjetisch war, suchte Nordkorea eine größere Nähe zur DDR und zu Osteuropa, bevor dann auch das Verhältnis zur UdSSR wieder enger wurde. Die zweite Hälfte der 1960er Jahre sind also etwas anders zu bewerten als die bisherige Entwicklung: Bewegte sich bis dahin die Außenpolitik der Kim-Regierung gegenüber der DDR immer im Schlepptau des

Verhältnisses zur Sowjetunion, ist sie jetzt eher Vorreiter und Wegbereiter. Eine zunehmende Anzahl bilateraler Verträge wurde geschlossen, insbesondere als zum Ende des Jahrzehnts und in der ersten Hälfte der 1970er Jahre auch die UdSSR wieder zu einem wichtigen Partner Nordkoreas geworden war. Was blieb, war Nordkoreas pochen auf den eigenständigen Weg der Chuch'e-Ideologie, die aber im weiteren Verlauf in den direkten Gesprächen zusehends auch eine versöhnlichere Note bekam. Immer mehr betonten Kim und seine Vertreter die Eigenständigkeit in der Gemeinschaft aller sozialistischen Staaten und Bewegungen. Berührungspunkte mit der DDR-Außenpolitik ergaben sich durchaus, da beide Staaten in der ganzen Welt linke Guerillabewegungen unterstützten und auf eine stärkere Einheit des sozialistischen Lagers hofften, auch wenn es für die DDR keinerlei Möglichkeit und wohl auch nicht den Willen gab, in irgendeiner Weise aus dem Schatten des großen Bruders Sowjetunion heraus- oder gar der Bewegung blockfreier Staaten beizutreten. Nordkorea baute auf die DDR im Speziellen, als diese 1973 zu einem Vollmitglied der UNO geworden war und war voll des Lobes und der Dankbarkeit, als Nordkorea u.a. mit DDR-Hilfe Mitglied bei den UNO-Suborganisationen IPU und WHO geworden war. Ein leichtes Abrücken von diesem Kurs erfolgte erst als Mitte der 1970er Jahre die nachlassende Kulturrevolution eine Wiederannäherung an die VR China möglich machte. Gab es nun wieder mehr und mehr Schwierigkeiten für die DDR-Vertretung in Pjöngjang, bei der sogar die Stromversorgung nur auf Notbetrieb lief, so liefen auch die diplomatischen Signale und Winkelzüge wieder in Richtung Brückierung. Selbst ein Glückwunschtelegramm zum 30. Jahrestag des Endes der japanischen Herrschaft blieb 1975 unbeantwortet, wiewohl allerdings gleich darauf wieder der Schulterschluss gesucht und erreicht wurde, als es 1977 zu einem ersten Gipfeltreffen mit dem neuen Staats- und Parteichef, Erich Honecker in Pjöngjang kam. Es war dies die erste persönliche Begegnung auf höchster Ebene seit Kims Besuch bei Walter Ulbricht 1956, was trotz der oben erwähnten anders gelagerten Nuancen zehn Jahre zuvor eindeutig ein Spiegelbild der nordkoreanischen Politik gegenüber der russischen Seite war. Zwei weitere Treffen der beiden Staatslenker sollten folgen, denn trotz der Fortführung der oben erwähnten Betonung von Eigenständigkeit in einer möglichst einigen sozialistischen Gemeinschaft sowie seinem Engagement in der Bewegung blockfreier Länder suchte Kim bis zum Ende unseres Betrachtungszeitraums die Nähe – wenn auch keine zu große – zur Sowjetunion und zur DDR. Einer von Herzlichkeit und Geschlossenheit geprägten direkten Begegnung auf höchster Ebene folgten zähe und schwierige Verhandlungen der Fachleute über einen umfassenden Freundschaftsvertrag, der erst 1984 beim zweiten Aufeinandertreffen von Kim und Honecker in Berlin unterzeichnet werden konnte, wobei sich bei den Formulierungen die DDR-Verhandler in allen strittigen Fragen durchgesetzt hatten. Fanden bis dahin lediglich weniger wichtige zwischenstaatliche Begegnungen statt, so zeigt trotzdem die Tatsache, dass dieser Vertrag

unterzeichnet wurde, ebenso wie die, dass man bei den Formulierungen von nordkoreanischer Seite schließlich nachgab, für wie wichtig man in Pjöngjang die DDR hielt, denn außer der UdSSR und der Volksrepublik China existierte mit keinem anderen Land eine solch hochoffizielle Grundlage gegenseitiger Freundschaft. Eine Bestätigung dieser Wertschätzung für die DDR war aber genauso die Tatsache, dass Nordkorea in Berlin eine besonders große Botschaft unterhielt. Eine Tatsache, die allerdings zum Teil auch aus der exponierten Lage in der geteilten Stadt zu erklären ist, die für Diplomaten ohne große Formalitäten wie ein großes Tor zum Westen und damit auch zu begehrten West-Waren darstellte. Ein Zustand, den Nordkorea genauso gerne ausnutzte, wie die niedrigen Postgebühren des Landes, die die Botschaft in Berlin zum Zentrum nordkoreanischer Propagandaverteilung machte. Bedenkt man besagte hohe Wertschätzung, ist es nicht verwunderlich, dass in der Spätphase der DDR Nordkorea versuchte, mit Honeckers Hilfe die beiden sozialistischen Großmächte einander anzunähern. Die guten Beziehungen Nordkoreas zu Deng Xiaopings Volksrepublik und das enge Verhältnis der DDR zu Moskau sollte hier die Brücke schlagen. Ansonsten versicherte Kim Il-sung Erich Honecker immer wieder seiner Solidarität und der vollkommenen Übereinstimmung in allen weltpolitischen Fragen.

Bezogen auf die erste These lässt sich dementsprechend folgendes sagen: Es trifft zweifellos zu, dass Nordkorea die Nähe zur DDR vor allem immer dann gesucht hat, wenn das Land eine gute Beziehung zur Sowjetunion hatte. Dementsprechend nahmen die Bemühungen um eine enge Zusammenarbeit insbesondere in den frühen 1960ern stark ab, als Nordkorea vor allem Anschluss an die Volksrepublik China suchte. Bis hierhin kann die aufgestellte These, dass eine allzu große Nähe vermieden und immer auch die Eigenständigkeit betont wird, also als voll erhärtet betrachtet werden.

Gewisse Differenzierungen müssen aber unbedingt vorgenommen werden, insbesondere in zwei Zeitabschnitten: zunächst war bei der Wiederannäherung Nordkoreas an die Sowjetunion zur Zeit der Chinesischen Kulturrevolution die DDR nicht mehr nur ein Anhängsel der Sowjets, das man als Zusatzbonus guter Beziehungen zu Moskau betrachtete und behandelte, sondern ein Mittel zum Zweck der Annäherung, das man durchaus isoliert betrachtete, indem man die DDR im Gegensatz zur UdSSR schon viel früher wieder diplomatisch zu loben und zu hofieren begann. Dieses Muster wiederholte dann sich in den 1980er Jahren als Kim Il-sung hoffte, mit Hilfe Honeckers einen Schulterschluss der beiden konkurrierenden sozialistischen Großmächte erreichen zu können. In beiden Fällen tritt die DDR in nordkoreanischer Betrachtungsweise aus dem Schatten des großen Bruders heraus und wird zum geschätzten Partner, dessen Nähe man sucht. Die These muss hier also modifiziert werden.

Ein dritter Komplex ist die Diplomatie vor Ort, die im Fall von Nordkorea nicht immer parallel zur großen Politik lief. Dies insbesondere, wenn wir die Botschaft in Berlin betrachten. Ob

ihrer exponierten Lage als Tor zum Westen, spielte sie für Nordkorea immer eine große Rolle und das oft unabhängig davon, ob grundsätzlich gerade ein enges Verhältnis zur DDR bestand oder nicht. Die Botschaft der DDR in Pjöngjang hingegen sah die Kim-Regierung als eine „normale“ diplomatische Vertretung, deren Behandlung selten besonders zuvorkommend war, sondern immer wieder mit dem zwischenstaatlichen Verhältnis schwankte. Zumindest, wenn wir die Botschaft in Berlin betrachten, müssen wir also dergestalt eine weitere Änderung an der These vornehmen, dass die Teilung Berlins und auch niedrige Portogebühren der DDR der Botschaft unabhängig von der Sowjetunion und dem Verhältnis zu ihr eine sehr wichtige Stellung für Nordkorea einnehmen ließ, auch wenn dies nicht unbedingt der Absicht der SED-Regierung gewesen sein mag.

Nordkorea suchte also in diesen drei Fällen eine größere Nähe zur DDR als es der entworfenen These entspricht.

7 Die politischen Verhandlungen aus Sicht der DDR

Seit der Etablierung Diplomatischer Beziehungen zu Nordkorea im November 1949 (s.o.) pflegte die DDR ein „festes und unverbrüchliches Freundschaftsband“ zu dem ebenfalls jungen Staat in Ostasien (Mdr.de 2018). Bevor 1954 in Pjöngjang tatsächlich ein Botschaftsgebäude errichtet werden konnte, hatte vor allem die deutsche Seite Probleme mit der ungeklärten Zuständigkeit, da die Kommunikation sowohl über Peking als auch über Moskau stattfand - teilweise gleichzeitig in beiden Städten. 1951 veranlasste die DDR daher, dass die Konversation ab jetzt ausschließlich in Peking stattfinden solle, womit sich die koreanische Seite am 18. August 1951 einverstanden erklärte. Halten tat sie sich allerdings auch jetzt nicht daran, sondern beauftragte nun zusätzlich die Botschaft in Warschau mit der diplomatischen Vertretung gegenüber der DDR (Kang-Schmitz 2010, S. 28-29). Erst als Richard Fischer am 4. August 1954 als deutscher Botschafter sein Amt in Pjöngjang antrat, löste sich das Problem (Frank 1996, S. 9). Der neue Botschafter hatte allerdings mit anderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Nicht nur, dass der Bau der Gebäude von der DDR selbst und dann noch angesichts verzögerter Vorleistungen nach längerer Wartezeit gebaut werden musste (s.o.), auch die Versorgung mit den gewünschten Informationen und die Behandlung durch die koreanischen Behörden ließ sehr zu wünschen übrig. Auf Anfrage bei Außenminister Nam Il am 6. Dezember 1956 wurde zwar Abhilfe versprochen, Änderungen im Prozedere blieben aber weiterhin aus (Kang-Schmitz 2010, S. 266–267). Der Beginn war aus Sicht der DDR also eher holperig und ließ für die Zukunft einiges befürchten.

7.1 Moskaus Kinder wollen wir sein (?) - Stoßrichtung der DDR-Verhandler

Botschafter Fischer und seine Helfer versuchten aber trotzdem, ihre Aufgaben soweit irgend möglich zu erfüllen, und gaben am 7. Oktober im Kellergeschoss des Moranbong Theaters einen Empfang, zu dem die Spitzen des Staates einschließlich Kim Il-sung, Repräsentanten der koreanischen Streitkräfte und der chinesischen „Freiwilligenarmee“ sowie zahlreiche Mitglieder des Diplomatischen Corps erschienen. Der rumänische Botschafter beschrieb die Zusammenkunft als vergnüglich und gut organisiert (Archive 2021, S. 115532). Im Jahr darauf zeigte die DDR-Botschaft am 10. Dezember 1955 im Rahmen des in der Heimat stattfindenden Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft einen Film über den deutschen KP-Führer der 1920er und 1930er Jahre „Ernst Thälmann“ (Archive 2021, S. 120765). Ebenfalls im Dezember 1955 reiste der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, nach Korea und erörterte die Lage nach dem Ende

des Korea-Krieges. Er erklärte, die zugesagte Unterstützung für das zerstörte Land leisten zu wollen. Allerdings habe die DDR selbst ebenfalls eine große Menge von Aufgaben zu bewältigen, daher könne sie nicht über das bisher zugesagte Maß hinaus helfen (Archive 2021, S. 120780). Bald darauf folgte das Erdbeben des sozialistischen Universums als Nikita Chruschtschow im Februar 1956 die Abkehr von Personenkult und Stalinismus einleitete, zu der sich sofort alle Staaten des Warschauer Paktes bekannten. Postwendend schickte die DDR eine Delegation zum III. Parteitag der PdAK im April des Jahres, um deren Reaktion zu beobachten. Eine solche blieb in Nordkorea aber aus. Die Moskauer Kehrtwende wurde totgeschwiegen und alles ging weiter, als sei nichts gewesen (Kang-Schmitz 2010, S. 29–30). Daraufhin verlegte sich die DDR-Botschaft auf das Beobachten der Sachlage und sah gemeinsam mit der sowjetischen Vertretung unbeteiligt aber interessiert zu, als im November 1956 Flügelkämpfe in der PdAK ausbrachen (Archive 2021, S. 112737). Wie oben erwähnt war 1956 das Jahr, in dem Kim Il-sung im Juni erstmals die DDR besuchte und dort versuchte, einen umfassenden „Freundschaftsvertrag“ auszuhandeln. Die DDR jedoch widersetzte sich diesem Vorhaben und bestand stattdessen auf ein detailreiches „Abkommen“, das dann schließlich unterzeichnet wurde (s.o.) (Kang-Schmitz 2010, S. 126). Erst 1984 sollte der von Nordkorea gewünschte Staatliche Vertrag Realität werden. Im Mai 1957 beschloss das Zentralkomitee der DDR den Austausch von Militärattachés mit Nordkorea, der aber erst Mitte 1958 tatsächlich stattfand (Kang-Schmitz 2010, S. 269). Wiederum ein Jahr später, im April/Mai 1959 besuchte Volkskammerpräsident Dieckmann auf einer Asientour auch Nordkorea (Frank 1996, S. 112). Mit dem Bruch im Weltkommunismus wurde das Verhältnis zwischen der DDR und Nordkorea immer schwieriger (s.o.) und die DDR als treuer Verbündeter der Sowjetunion fuhr ihr Engagement zurück, da Kim Il-sung den Personenkult um seine Person nicht einschränkte und damit Maos chinesischem Beispiel folgte (s.o.) (Kang-Schmitz 2010, S. 25). Die DDR-Botschaft in Pjöngjang beobachtete diese Entwicklung genau und meldete im März 1961 nach Berlin, wie sehr Nordkorea chinesische Wirtschaftsmethoden imitiere und welche negativen Folgen dies habe. Neben den wirtschaftlichen Aspekten wurde auch die Ideologie kritisiert. Festgestellt wurden:

- ein starker Personenkult um Kim Il-sung
- eine verfälschte Geschichtsschreibung hinsichtlich der PdAK und der Person Kim Il-sungs
- eine starke Vernachlässigung der Rolle der UdSSR bei der Befreiung Koreas
- eine mäßig ausgeprägte Wertschätzung von Marx und Lenin zu Gunsten Kim Il-sungs

- ein ausgeprägter Nationalismus, der alle Erfolge für sich reklamierte, auch wenn sie mit Hilfe befreundeter Staaten wie der UdSSR oder der DDR erreicht worden seien (Archive 2021, S. 112303).

Botschafter Kurt Schneidewind urteilte im Gegensatz zum nachsichtigeren russischen Botschafter, dass die Koreaner viele Fehler vermeiden könnten, wenn sie sich mehr an den Erfahrungen der Bruderländer orientieren würden. Man könne sie daher nicht unbegrenzt unterstützen und immer nur wohlwollend behandeln (Archive 2021, S. 116752). Die Stoßrichtung der DDR drückte er am 27. Oktober 1961 gegenüber anderen osteuropäischen Diplomaten in Pjöngjang sehr direkt aus, indem er sagte: „Unsere Aufgabe besteht... darin, durch unser Auftreten die [koreanischen] (Anm. d. Verf.) Genossen immer näher an die klaren Positionen der Mehrheit der kommunistischen und Arbeiterparteien heranzuziehen.“ (Frank 1996, S. 87) Die DDR-Regierung in Berlin bezog dementsprechend deutlich gegen China und seine Unterstützer Stellung: Auf dem VI. SED-Parteitag im Januar 1963 wurden alle chinesischen Redner niedergeschrien, während ihre Sympathisanten aus Süd-Ostasien nicht einmal die Gelegenheit erhielten, sich überhaupt zu äußern (Weber 1993, S. 58). Eine weitere Antwort der DDR auf die immer mehr zunehmende Entfremdung war der vermehrte Rückgriff auf deutsche Koreanisten der Humboldt Universität. Sie wurden beispielsweise vom Außenministerium als Dolmetscher eingesetzt, um damit nicht mehr auf solche der koreanischen Seite angewiesen zu sein (Kang-Schmitz 2010, S. 269). Die DDR versuchte zwar trotz alledem die Verbindung nicht abreißen zu lassen, sah aber keine wirkliche Resonanz von der anderen Seite. Ganz im Gegenteil: ständig beklagte sich die Botschaft in Pjöngjang über Provokationen und Restriktionen der Koreaner. Als Konsequenz beschloss die DDR folgende Marschrichtung:

- offensive Präsentation der SED-Politik
- nach Möglichkeit Unterzeichnung eines neuen Abkommens
- nordkoreanischen Bitten so weit wie möglich nachkommen
- weitere Reduzierung des koreanischen Botschaftspersonals

Die Koordination aller Maßnahmen betreffend Nordkorea sollte allein durch das Außenministerium erfolgen (Archive 2021, S. 110124). Ab Februar 1964 begann die DDR alle Aktivitäten der nordkoreanischen Vertretung in Berlin aufzulisten, um der Botschaft in Pjöngjang zu ermöglichen, gleiche Freiheiten für sich selbst zu fordern (Kang-Schmitz 2010, S. 275). Ab Juli 1965 registrierte die DDR eine zunehmende Loslösung der Kim-Regierung von der Volksrepublik China, was die DDR veranlasste, Nordkorea noch weiter die Hand zu reichen (Archive 2021, S. 111822). Eine Stoßrichtung, die Früchte trug: Schon am 27. Juli 1965 wurde ein bilaterales Abkommen über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens unterzeichnet und

ein viertel Jahr später, am 29. Oktober, eins über die gegenseitige Verleihung von Nutzungsrechten an Grundstücken, was die Errichtung von zusätzlichen Gebäuden der Botschaften ermöglichen sollte (Kang-Schmitz 2010, S. 292). 1966 kam es schließlich zum Eklat zwischen China und Nordkorea, so dass es für die Kim-Regierung keine andere Möglichkeit mehr gab, als den Schulterchluss mit dem Sowjetlager zu suchen (Archive 2021, S. 134238). Ende 1967 sollte die DDR-Botschaft dann den absoluten Tiefpunkt der Chinesisch-Koreanischen Beziehungen melden, während das Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten wie der DDR sich zusehends immer weiter verbesserte. Dass die PdAK sich aber von der SED und anderen marxistisch-leninistischen Parteien sehr unterscheidet, wurde ebenfalls nicht unerwähnt gelassen (Archive 2021, S. 113367). Im Juli 1967 ließ Hermann Matern, Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Nordkorea wissen, dass die SED an einer Übereinkunft aller Kommunistischen- und Arbeiterparteien sehr interessiert sei (Archive 2021, S. 112306). Nur kurze Zeit später, im August 1967, waren von der Botschaft in Pjöngjang allerdings sehr kritische Töne über die Entwicklungen im Land zu vernehmen. So meldete sie nach Berlin, dass der Personenkult um Kim Il-sung „groteske“ Züge angenommen habe, wofür dann verschiedene Beispiele, wie das Einrahmen von Baumstümpfen, auf denen Kim Il-sung während seiner Partisanen-Zeit gesessen habe etc. angeführt wurden (Archive 2021, S. 111828). Zu Beginn des Jahres 1968 erschütterten zwei Ereignisse die koreanische Halbinsel, auf die die DDR reagieren musste: So versuchte zunächst, am 22. Januar, ein nordkoreanisches Kommando, sich Zugang zum südkoreanischen Präsidentenpalast zu verschaffen, um den südkoreanischen Staatschef, Park Chung-hee zu töten, und schon am nächsten Tag kaperte die nordkoreanische Marine das US-Amerikanische Schiff Pueblo, das laut Pjöngjang in die von Nordkorea beanspruchte Zwölf-Meilen-Zone eingedrungen war. Wurde im ersten Fall die Erklärung der nordkoreanischen Regierung durch die DDR kommentarlos zur Kenntnis genommen (Kang-Schmitz 2010, S. 40), gab es im zweiten Fall statt der verlangten uneingeschränkten Solidarität zunächst kritische Rückfragen durch Dietrich Jarck, der zehn Jahre später das Amt des Botschafters in Pjöngjang übernehmen sollte. Auf seine Frage, auf welcher Grundlage die 12-Meilen-Ausdehnung von Nordkoreas Hoheitsgewässern basiere, antwortete die nordkoreanische Regierung, dass es sich hierbei um eine interne Festlegung ihrerseits handle, worüber man lediglich die befreundeten sozialistischen Nationen informiert habe. Bei diesem Vorfall solle man allerdings ohnehin nicht die einzelnen Meilen zählen, sondern es gelte zu beachten, dass das amerikanische Schiff sich in einer koreanischen Bucht befunden habe, wo es obendrein nur 7,6 Seemeilen von der Insel Yödo entfernt gewesen sei (Archive 2021, S. 113715). Mit dieser Erklärung gab sich die DDR ganz offensichtlich zufrieden, denn das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ berichtete - ganz zur Freude Nordkoreas - ausführlich über den Fall (Kang-Schmitz 2010, S. 43). Die DDR-Vertretung in Pjöngjang hatte indessen während

der anschließenden Spannungen mit den USA mit den Ängsten besorgter DDR-Bürger im Land zu kämpfen, die darum baten im Kriegsfall durch die Botschaft zurück in die DDR gebracht zu werden (Archive 2021, S. 116727). Im April 1968 fand mit einer von Politbüromitglied Kurt Hager geleiteten Delegation der Besuch einer ersten hochrangigen Abordnung aus der DDR in Nordkorea in den 1960er Jahren statt. Diese wurde von Kim Il-sung persönlich empfangen, ein untrügliches Zeichen beiderseitiger Wiederannäherung auf höchster Ebene, auch wenn man sich einig war, dass man über einige Dinge uneins war. Beiderseits strebe man eine Einigung des sozialistischen Lagers an; allerdings betonte Hager das Augenmerk seines Landes auf der Harmonie und Zusammenarbeit des Sowjetlagers als Eckstein seiner Politik. Den Willen zu einer bilateralen Zusammenarbeit solle dies aber nicht beeinträchtigen (Archive 2021, S. 116731). Auf volle Offenheit im gegenseitigen Austausch wollte sich die DDR nicht einlassen. MfS-Mitarbeiter Grumbach mahnte an, dass vor allem die militärische Geheimhaltung keinesfalls vernachlässigt werden dürfe (Grumbach 1968, S. 321). Mit Beginn der 1970er Jahre intensivierte sich der Austausch beider Länder zusehends, als 1970 sogar regelmäßige Treffen der stellvertretenden Außenminister vereinbart wurden. Allerdings hielt sich die deutsche Seite bei diesen Fortschritten in den Beziehungen für den Aktiveren der beiden Partner (Kang-Schmitz 2010, S. 48). In diesem Sinne drückten DDR-Diplomaten gegenüber ihren ungarischen Kollegen im Mai 1971 ihr Bedauern darüber aus, dass die Informationspolitik der Koreaner nur sehr oberflächlich - wenn überhaupt vorhanden - sei, obwohl die DDR immer versucht habe, die koreanische Seite über ihre eigene Lage und Ideen auf dem Laufenden zu halten. Man werde aber in seinen diesbezüglichen Bemühungen auch in Zukunft nicht nachlassen. Dies gebiete die zunehmende Wiederannäherung zwischen Nordkorea und der Volksrepublik China (Archive 2021, S. 116607). Das Zustandekommen des oben erwähnten bilateralen Vertrages über den Rechtsverkehr in Zivil- und Strafsachen vom 28. September 1971 (Kang-Schmitz 2010, S. 293) wurde von der DDR gerade unter diesem Aspekt als Erfolg gesehen. Bei der Annäherung von China an die USA 1972 warfen die DDR-Beobachter Nordkorea vor, die anti-sowjetische Intention hinter dieser beiderseitigen Charmeoffensive nicht erkennen zu wollen bzw. „vor ihrem Volk geheim zu halten“ (Archive 2021, S. 110821). Ganz offensichtlich mit ebenso großer Sorge beobachtete die Botschaft in Pjöngjang im Februar 1973 das trotz gewisser Reibungspunkte ob des „chinesischen Großmachtchauvinismus“ scheinbar unaufhaltsame Zusammenrücken von Nordkorea mit der Volksrepublik, das offenbar vor sich ginge, obwohl nordkoreanische Amtsträger immer wieder von einer gleich großen Nähe zu beiden sozialistischen Großmächten sprächen. Die DDR-Beobachter glaubten eindeutig eine Bevorzugung Chinas gegenüber der UdSSR zu erkennen, wofür das Land immer wieder weitreichende Konzessionen mache (Archive 2021, S. 116677). Umgekehrt dürfte die Unterzeichnung eines weiteren Abkommens zwischen Nordkorea und der DDR für

Genugtuung und Optimismus auf deutscher Seite gesorgt haben, als, wie oben bereits erwähnt, am 4. Mai 1973 der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens auf diese Weise eine feste Grundlage gegeben wurde (Kang-Schmitz 2010, S. 293). Die DDR war dementsprechend nach ihrem Beitritt zur UNO 1973 bereit, dort nordkoreanische Anliegen zu vertreten oder zumindest zu unterstützen, wobei sie allerdings darauf bestand, dass dies nur in Abstimmung mit der Sowjetregierung wie auch den übrigen osteuropäischen Staaten geschehen könne (Kang-Schmitz 2010, S. 166). Trotz allem sah die DDR-Vertretung im Oktober 1973 immer mehr die Gefahr eines Schulterschlusses zwischen China und Nordkorea heraufziehen und vermutete, dass China hier bewusst versuchte, einen Keil zwischen Nordkorea und die UdSSR zu treiben. Dabei sah man sich durch eine ähnliche Einschätzung der Verhältnisse seitens des vietnamesischen Botschafters in Pjöngjang bestätigt (Archive 2021, S. 114277). Als die DDR im September 1974 allerdings anbot, eine nordkoreanische Delegation zur Weitergabe von eigenem Knowhow zu empfangen, nahmen die Koreaner diesen Vorschlag mit Freude an (Archive 2021, S. 114279). Die Beobachtung blieb allerdings immer sehr aufmerksam und teilweise kritisch auch gegenüber der innenpolitischen Entwicklung des nordkoreanischen Teilstaates, wobei selbst die Aussagen eines Flüchtlings in den Süden des Landes mit der eigenen Einschätzung in positiver Weise abgeglichen wurden. Die Aussagen des Überläufers entsprächen weitestgehend der eigenen Einschätzung und Anschauung. Die koreanischen Gesprächspartner im Land würden sich dazu in keiner Weise äußern, aber es sei deutlich zu merken, dass derzeit Kim Jong-il als Nachfolger seines Vaters aufgebaut werde, indem ihn die Propaganda mehr und mehr ins Rampenlicht rücke (Archive 2021, S. 113928). Aufmerksam verfolgt wurde auch der Staatsbesuch Kim Il-sungs in der Volksrepublik China vom 18. bis zum 26. April 1975, für den dieser als erster hochrangiger Gast seit dem rumänischen Staatschef Nicolai Ceausescu 1971, seitens der DDR-Diplomaten trotzdem kaum eine negative Bewertung erhielt. Ganz sachlich wurde angemerkt, dass keinerlei Anzeichen für weitergehende Übereinkommen Kims mit den chinesischen Repräsentanten zu erkennen seien. Allerdings gestalte sich der Informationsfluss von der nordkoreanischen Seite zu diesem Thema auch nicht sehr üppig (Archive 2021, S. 114125). Im September des Jahres ortet die DDR-Diplomatie eine sehr kühle Behandlung der Sowjetunion und aller in ihrem Schlepptau befindlichen Staaten einschließlich der DDR, wohingegen das Verhältnis zu China sehr viel mehr betont würde. Im selben Atemzug sah sie aber auch Hoffnung für die UdSSR, da Nordkorea die Sowjetunion um Fabriken für das eigene Land bat, die zwar nicht gewährt wurden, was aber zeigte, dass Nordkorea - bei aller Nähe zu China - immer auch auf sowjetische Hilfe angewiesen sein würde (Archive 2021, S. 114284). Die Zusammenarbeit zwischen den Botschaften der Sowjets und der DDR in Pjöngjang blieb jedenfalls immer sehr eng, eine Konstellation, für die die russische Seite wiederholt ihre Dankbarkeit ausdrückte (Archive 2021, S. 114290). Insbesondere bei dem

aufsehenerregenden Ereignis des Handgemenges an der innerkoreanischen Grenze im August 1976, in dessen Verlauf zwei amerikanische Soldaten mit einer Axt erschlagen wurden (s.o.), stimmte sich die DDR-Vertretung vor ihrer Stellungnahme eng mit dem großen Verbündeten ab (Archive 2021, S. 114291). In der direkten Begegnung mit dem nordkoreanischen Amtskollegen O Chin-u und mit Staatschef Kim Il-sung drückte DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann sein Unverständnis darüber aus, dass Nordkorea den gesamten Vorfall als US-amerikanische Provokation interpretiere, ohne auch nur die geringste Verantwortung beim eigenen Militär zu suchen (Archive 2021, S. 114292). Das Misstrauen von DDR-Seite gegenüber Nordkorea scheint zu dieser Zeit in mehrfacher Hinsicht tief gewesen zu sein. Als im Oktober 1976 alle vier Regierungen der skandinavischen Länder geschlossen sämtliche Mitglieder der nordkoreanischen Botschaften ihrer Territorien verwiesen, da sie diese des Schmuggels von Waffen, Alkohol und Zigaretten bezichtigten, bat auch der Vorsitzende der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe der DDR seinen Minister, ein genaues Auge auf die koreanischen Diplomaten im eigenen Land zu haben. Dabei verdächtigte er die Koreaner ganz konkret u.a. der Währungsmanipulation und aller Arten von Schmugglertätigkeit unter Umgehung nationaler und internationaler Zollbestimmungen (Archive 2021, S. 145163). Ein neues Kapitel der bilateralen Annäherung kündigte sich im Sommer 1977 an, als im August des Jahres die Pläne für ein Gipfeltreffen beider Staatschefs immer konkretere Formen annahmen. Laut DDR-Botschafter Franz Everhartz versprach sich seine Regierung von dieser Begegnung auf höchster Ebene Impulse auf allen Gebieten, wie z.B. in wirtschaftlicher Hinsicht, wie auch eine generelle Stärkung der gegenseitigen Freundschaft (Archive 2021, S. 114855). Im September des Jahres wurde schließlich ein Besuch der von DDR-Staatschef Honecker angeführten Delegation für den 7.-11. Dezember des Jahres vereinbart (Archive 2021, S. 114858). Als Erich Honecker in Pjöngjang eintraf, hatte er zahlreiche Ideen und Vorhaben im Gepäck:

- Abschluss eines Freundschaftsvertrages
- Ausbau der Beziehungen auf Partei- und Organisations- wie auch auf lokaler Ebene
- regelmäßiger Erfahrungsaustausch der Fachabteilungen
- Zusammenarbeit der Nachrichtenagenturen

(Kang-Schmitz 2010, S. 50)

Die Unterzeichnung eines Staatsvertrages wurde dementsprechend vereinbart und ein Übereinkommen zur Entwicklung der Zusammenarbeit auf den Gebieten von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik geschlossen (s.o.) (Archive 2021, S. 112308). Zeitpunkt der Unterfertigung – so kam man überein – sollte das nächste Treffen beider Staatsoberhäupter sein. Für das Abschlusskommuniqué dieses Gipfels bestand die deutsche Seite darauf, dass in ihm u.a.

internationale Aspekte Erwähnung finden sollten, was die koreanischen Verhandler erst nach längeren Diskussionen und einem persönlichen Eingreifen Kim Il-sungs akzeptierten. Internationale Themen bildeten auch einen beträchtlichen Teil der Rede Erich Honeckers in Pjöngjang. (Archive 2021, S. 114861). Während seiner Reden und in den Gesprächen betonte Honecker die enge Verbundenheit seines Landes mit der Sowjetunion und den anderen Bruderstaaten, die für eine dynamische Entwicklung der DDR von höchster Wichtigkeit sei. Er wandte sich dementsprechend gegen jede Art von anti-sowjetischen Tendenzen (Archive 2021, S. 112308). Direkt in Richtung Volksrepublik China sagte Honecker, dass die DDR zu einer freundschaftlichen Zusammenarbeit bereit sei, sofern China dies wolle, dass man aber einen Krieg gegen die UdSSR als Krieg gegen das eigene Land betrachten werde (Archive 2021, S. 114861). Hinsichtlich seiner Haltung zur Dritten Welt bekannte sich Honecker dazu, vor allem sozialistische Staaten in Afrika und Asien unterstützen zu wollen, um zu Stabilität und Friedlicher Koexistenz beizutragen. Allgemein war Honecker wie Kim Il-sung bemüht, die gemeinsamen Standpunkte beider Staaten herauszustreichen und sich um eine weitere Vertiefung der Beziehungen in der Zukunft zu bemühen. Dementsprechend lud Honecker sein Gegenüber auch zu einem Gegenbesuch in die DDR ein, was von Kim Il-sung gerne angenommen wurde (Archive 2021, S. 112308). Ganz ohne Zweifel war dies ein sehr harmonischer Abschluss. Eine Einschätzung, die auch DDR-Botschafter Everhartz teilte, der konstatierte, dass Erich Honecker und seine Delegation Pjöngjang mit einem sehr positiven Gefühl verließen (Archive 2021, S. 114861). Die Auswirkungen der Begegnung beider Staatsoberhäupter auf das bilaterale Verhältnis waren vielfältig und betrafen sogar Dinge, die nur bedingt der konkreten Politik zuzuordnen sind: So änderte sich auf koreanische Bitte hin ab 1977 die deutsche Namensgebung bzw. die offizielle Übersetzung des Landesnamens Nordkoreas in der DDR von Koreanische Volksdemokratische Republik (KVDR) auf Koreanische Demokratische Volksrepublik (KDVR) (Kang-Schmitz 2010, S. 7). Bei den umgehend begonnenen Verhandlungen bezüglich eines umfassenden Freundschaftsvertrages waren sowohl die Außenpolitik (hauptsächlich Kampf für den Frieden (DDR) oder gegen den Imperialismus (Nordkorea)) als auch das von der DDR verlangte „Prinzip des Gewaltverbots als zwingendes Völkerrecht“ Grund langer Diskussionsrunden. Die deutschen Positionen setzte sich am Ende jeweils durch (Kang-Schmitz 2010, S. 52). Insgesamt standen die Zeichen jedenfalls auch von DDR-Seite auf Annäherung, was der Abschluss zweier Abkommen zur bilateralen Zusammenarbeit im Oktober 1978 zeigt: So verabredeten beide Staaten am 9. des Monats die Kooperation auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und am 23. eine solche in Sachen Luftfahrt (Kang-Schmitz 2010, S. 294). Ein beträchtliches Maß an Misstrauen seitens der DDR und insbesondere der Organe des MfS gegenüber dem Botschaftspersonal in Berlin blieb allerdings trotz all dieser Annäherung erhalten. So versuchte die Staatssicherheit auch in den frühen 1980er

Jahren DDR-Bürger zu finden, die über Universitäten etc. den Kontakt zur koreanischen Vertretung in Berlin aufbauen sollten, um über die Mitarbeiter zu berichten. Anschließend wurden über die Botschaftsangehörigen kleine Gutachten angefertigt, in denen die jeweilige Persönlichkeit eingeschätzt wurde (Kang-Schmitz 2010, S. 278). Die bilateralen Kontakte aber blieben freundschaftlich. Zum VI. Parteitag der PdAK im Oktober 1980 sowie zu den Feierlichkeiten zum 35. Jubiläum der Staatsgründung Nordkoreas im September 1983 entsandte die DDR jeweils hochrangige Delegationen (Archive 2021, S. 113197). Dass im Zweifelsfall das Verhältnis zu Nordkorea hinter anderen Dingen zurückstehen musste, bewies 1983 die feste Entschlossenheit der DDR, der UdSSR zu folgen, wenn diese an der Konferenz der Interparlamentarischen Union im selben Jahr wie auch an den Olympischen Spielen 1988 - beide in Seoul - teilnehmen würde. Eine zeitweise Verschlechterung der Beziehungen zu Pjöngjang wurde hierbei durchaus bewusst in Kauf genommen (Archive 2021, S. 119651). Ende Mai, Anfang Juni 1984 empfing Erich Honecker Kim Il-sung und seine Delegation in der DDR, wobei Honecker erklärte, er erinnere sich gerne an den warmherzigen Empfang in Pjöngjang sieben Jahre zuvor und sehe große Fortschritte in den Beziehungen beider Partner, für die dieser Besuch Kims weitere Impulse setzen werde (Archive 2021, S. 113197). Am 1. Juni zeigte Honecker sich höchst zufrieden darüber, dass die Ansichten beider Staaten sich in fast allen wichtigen Fragen deckten, wie dies auch schon 1977 gewesen sei, als man verabredet habe, bei der nächsten Begegnung einen Freundschaftsvertrag zu unterzeichnen. Dieser Tag sei nun gekommen, was eine „Inspiration für die Bevölkerung der DDR“ sei (Archive 2021, S. 113199). Gegenüber der Volksrepublik China nahm Honecker ausdrücklich eine nach wie vor distanzierte Haltung ein. Ebenso wie die Sowjetunion und andere sozialistische Länder habe die SED keine direkten Kontakte zur KPC (Archive 2021, S. 113198). Eine wesentlich positivere Einstellung ließ er hingegen gegenüber den sozialistischen Ländern Afrikas erkennen, die man mit allen Kräften in ihrem „antiimperialistischen Kampf“ unterstütze (Archive 2021, S. 113199). Die Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen blieb nicht nur ein Wort: schon im darauffolgenden Jahr 1985 kam es zu Freundschaftsverträgen auch unterhalb der staatlichen Ebene: der Bezirk Dresden unterzeichnete ein Abkommen mit der Provinz Süd-Hamgyöng und die SED-Bezirksleitung Berlin nahm direkte Parteibeziehungen zum Stadtparteikomitee Pjöngjang auf (Kang-Schmitz 2010, S. 54). Noch konkreter wurde es, als im Oktober 1985 beide Regierungen vereinbarten, dass Spezialisten der DDR MiG-21 Flugzeuge Nordkoreas warten sollten, eine Vereinbarung die umgehend in die Tat umgesetzt wurde (Kang-Schmitz 2010, S. 170). Die nordkoreanische Seite wollte dieses Programm so schnell und großzügig wie möglich ausbauen - ein Vorhaben, bei dem die DDR bedächtiger vorging und wofür daher die Verhandlungen bis zum 21. März 1989 dauerten (Kang-Schmitz 2010, S. 170–171).

7.2 Graduelle Emanzipation von der Sowjetunion

Das 1984 vereinbarte Treffen der beiden Staatslenker kam diesmal schon nach zwei Jahren im Oktober 1986 zustande (s.o.), als Erich Honecker ganz offensichtlich nicht nur die Nähe Nordkoreas sondern auch die Chinas suchte. Bezugnehmend auf einen Vorschlag Kim Il-sungs bei den Gesprächen in Berlin 1984 betonte er, dass die gemeinsamen Bemühungen für Harmonie im sozialistischen Lager nun Früchte tragen würden. Nach Beendigung seines Aufenthaltes in Korea werde er die Volksrepublik China besuchen. Die Beziehungen zur Kommunistischen Partei Chinas hätten sich inzwischen stark verbessert, was der gemeinsam mit Nordkorea verfolgten Linie entspräche, alle sozialistischen Länder einander näher zu bringen. Er verspräche sich daher viel von seinem dortigen Besuch. Kim Il-sung lud er ein, ein weiteres Mal nach Berlin zu kommen, eine Einladung, die dieser gerne annahm (Archive 2021, S. 110143). Des Weiteren forderte Honecker auch den ältesten Sohn und prädestinierten Nachfolger Kim Il-sungs, Kim Jong-il ebenfalls auf, in die DDR zu kommen (Focus Magazin-Peter Miller 1994). Die China Politik Nordkoreas blieb auch nach der Asienreise Honeckers von Belang für Ost-Berlin. So beauftragte die Staatssicherheit 1987 ihren Informanten mit Decknamen „Victor“, in der Botschaft in Pjöngjang, um eine diesbezügliche Einschätzung der Lage (Brückner 1987). Ein Dorn im Auge blieb der DDR jedenfalls die Verteilung nordkoreanischen Propagandamaterials an ihre Bevölkerung. So berichtete ein Abonnent, dass die DDR-Behörden seit dem Spätsommer 1987 die Auslieferung der koreanischen Auslandszeitschriften „KOREA“ und „Korea Today“ behindern würden (N.N. 1987). Die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet wurde dagegen von der DDR aktiv mitgestaltet. Im Oktober 1987 erläuterte eine Delegation der Nationalen Volksarmee (NVA) in Nordkorea neben der allgemeinen politischen Zielsetzung ihres Staates, die auf die Sicherung des Friedens ausgerichtet sei, auch ihre eigenen Aufgaben als Waffenträger in der DDR und im Rahmen des Warschauer Paktes (Streletz 1987). Damit nicht genug. Im selben Jahr begann die NVA, Militärkader der Koreanischen Volksarmee in der DDR auszubilden und dafür sogar mit einem monatlichen Taschengeld von 250,- Mark zu entlohnen (Archiv der Zentralstelle MfS 1987). Am 15.11.1988 gab es einen weiteren derartigen Befehl zur Ausbildung von Nordkoreanern (Archiv der Zentralstelle MfS 1988). Eine indirekte Art der tatsächlichen Abkehr von Nordkorea ist dann beim MfS um die Jahreswende 1987/88 zu erkennen. Zwar kommentarlos aber doch sichtbar für die zuständigen Mitarbeiter archivierte die Staatssicherheit den Bericht des südkoreanischen Klassenfeindes - noch dazu einer demokratisch kaum legitimierten, rechten Militärregierung - über die Sprengung der Korean Air Maschine 858 im November 1987 (Koreanischer Übersee-Informationsdienst 1988). Angefügt an den südkoreanischen Bericht über den Terroranschlag wurde eine technische Einschätzung über die eingesetzte Sprengtechnik, die als plausibel bewertet

wurde und Aufforderungen zu verstärkter Wachsamkeit beim Schutz von Flügen (Hentschel 1988). Ebenso kommentarlos wird die nordkoreanische Gegendarstellung zu den Terrorvorwürfen Südkoreas im Fall KAL 858 archiviert. Keinerlei Parteinahme ist zu erkennen. Es ist dem Leser überlassen, sich sein eigenes Bild zu machen. Es ist *keine* Parteinahme für den Norden herauszulesen! Was den Weg der Übergabe des Memorandums durch Nordkorea betrifft, so verweigerte die DDR am 24.1.1988 dem Leiter der Koreanischen Luftverkehrsvertretung, Paek Yongson, die erbetene Veröffentlichung in der Presse der DDR durch den Leiter der Abteilung „Internationale Arbeit“. Er müsse sich dafür über die Botschaft an das Außenministerium wenden. Paek übergab daraufhin lediglich ein Exemplar an die DDR-Fluglinie „Interflug“ und Interflug informierte den Leiter der Pressestelle des Verkehrsministeriums (N.N. 1988). Die hohe Politik blieb hingegen auf Annäherungskurs. So besuchte im Mai 1988 Politbüromitglied Günter Schabowski Kim Il-sung, ein Treffen, das geprägt war von Höflichkeit und Harmonie. Eine Kranzniederlegung am Denkmal für die „bei der Befreiung Koreas gefallenen Sowjetsoldaten“ durfte auch zu diesem Zeitpunkt nicht fehlen (Archive 2021). Als DDR-Ministerpräsident Willi Stoph im September 1988 bei den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung Nordkoreas zugegen war, standen die Zeichen ebenfalls politisch ganz auf Gemeinsamkeit (Kang-Schmitz 2010, S. 55).

7.3 Fazit und Thesenbewertung

Auf einen von den Wirren des Korea-Krieges geprägten Beginn der Diplomatischen Beziehungen beider Teilstaaten und einer gewissen Verwirrung seitens der DDR über einen Mangel an Hilfe in der Logistik beim Bau des Botschaftsgebäudes in Pjöngjang, folgte zunächst eine stetige Zunahme von Kontakten. Es gibt mehr Hilfsversprechen von deutscher Seite, allerdings mit der Einschränkung, dass man auch die eigenen Probleme bewältigen müsse und daher keinesfalls unbegrenzt helfen könne. Trotz eines warmherzigen Empfangs für Staatschef Kim Il-sung in der DDR 1956, begann nach Nikita Chruschtschows Abwendung vom Stalinismus, insbesondere für die Botschaft in Pjöngjang eine mehrjährige Zeit, in der ihre Tätigkeit vor allem in der Beobachtung der Verhältnisse bestand. In enger Abstimmung mit der Vertretung der UdSSR und der übrigen osteuropäischen Staaten betrachtete sie die zunehmend stärkere Beziehung Nordkoreas zu Maos China mit Sorge. Immer schonungsloser wurden die Berichte über den Personenkult und die damit in Zusammenhang stehende Geschichtsklitterung. Die hohe Politik verfolgte während der späten 1950er und der frühen 1960er Jahre eine Art Doppelstrategie: einem Redeverbot für die nordkoreanischen Beobachter des VI. SED Parteitags stand der erklärte Wille gegenüber, die Hand zum Dialog auszustrecken, nach Möglichkeit sogar Verträge oder Abkommen auszuhandeln und

auf diese Weise Nordkorea von China weg in das sowjetisch geführte Lager zu holen. Wirkliche Fortschritte gab es diesbezüglich in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts, als die Kulturrevolution China in vollem Umfang erfasste. Das Verhältnis von DDR und Nordkorea hellte sich jetzt zunehmend auf und sogar Verträge wurden wieder geschlossen. Eine Entwicklung, die die Botschaft in Pjöngjang aber trotzdem nicht daran hinderte, auf die Auswüchse des Personenkultes im koreanischen Teilstaat hinzuweisen. Bei der Affäre um das US-Schiff Pueblo ließ es sich die ostdeutsche Seite nicht nehmen zunächst kritische Fragen an den koreanischen Partner zu richten, anschließend verhielt sie sich aber in der öffentlichen Berichterstattung in höchstem Maße loyal. Die immerwährende Sorge der DDR, dass Nordkorea (wieder) in die Nähe Chinas geraten könnte, blieb aber auch in diesem Zeitabschnitt spürbar. Alle Maßnahmen hatten daher vor allem das Ziel, China diesbezüglich nicht mehr zum Zug kommen zu lassen. Gleiches galt auch für die erste Hälfte der 1970er Jahre, in der die DDR trotz weiterer scheinbarer Annäherung registrieren musste, dass nicht nur der nordkoreanische Wille zu einer partnerschaftlichen Informationspolitik kaum vorhanden war, sondern dass mit Nachlassen der Kulturrevolution in China, Nordkorea wieder stärker an Maos Volksrepublik heranrückte. Eine Konstellation, die sich ab diesem Zeitpunkt für unseren Betrachtungszeitraum nicht mehr sehr stark ändern sollte. Die DDR blieb gleichzeitig bemüht, eine Anbindung Nordkoreas an das Sowjetlager zu erreichen, besorgt, dass die Bindung Nordkoreas an China dies verhindern könnte, und bereit, auf unterer Ebene so manchen Unterschied in der Ideologie zu tolerieren und viele Unannehmlichkeiten in der täglichen Arbeit zu ertragen. Selbst Aktivitäten der nordkoreanischen Botschaft in Berlin, die zu Weilen bestenfalls am äußersten Rand von Legalität und Loyalität angesiedelt waren, wurden zwar vom MfS teilweise argwöhnisch beobachtet, Auswirkungen auf die hohe Politik der DDR hatte dies aber kaum. Selbst die Einwände anlässlich des Zwischenfalls in Panmunjom 1976, bei dem zwei US-Soldaten mit einer Axt erschlagen wurden, obwohl von Verteidigungsminister Hoffmann direkt Kim Il-sung gegenüber geäußert, hatten keine langfristigen Folgen auf das bilaterale Verhältnis. Dies traf ganz besonders auf die letzten 13 Jahre der Zusammenarbeit zu, die mit Honeckers erster offizieller Reise nach Pjöngjang eingeläutet wurden. Warmen Worten auf höchster Ebene mussten jetzt auch auf unterer Ebene grundsätzlich Loyalitätsbekundungen folgen. Kritik durch die Botschaft wurde selten. Die DDR war nun sogar bereit, einen offiziellen Freundschaftsvertrag mit Nordkorea zu schließen, einem Ansinnen Kim Il-sungs, dem sich Ulbricht 1956 noch verweigert hatte. In den konkreten Verhandlungen zum genauen Wortlaut dieses Vertrages wie auch zum Abschlusskommuniqué des Gipfels erwies sich die deutsche Seite hingegen als erstaunlich hartnäckig und setzte sich nach teilweise jahrelangen Diskussionen in den strittigsten Punkten überall durch. Dies ist für uns insbesondere deswegen bemerkenswert, als diese Streitpunkte meist nur indirekt mit der Anbindung Nordkoreas an die sowjetgeführten Länder zu tun hatte. Für alle

Beteiligten hör- oder sichtbare DDR-Loyalitätsbekundungen an die Sowjetunion fehlten aber bei keiner der Begegnungen. Dies traf sogar auf die hochrangigen Begegnungen des Jahres 1988 zu. Eine gewisse Verschiebung war bei der Begegnung Honeckers mit Kim Il-sung 1986 zu bemerken, als der DDR-Staatschef gleich anschließend einen Besuch in China absolvierte. Sowohl 1984 als auch diesmal lautete die vertretene Linie nicht mehr „für die UdSSR und gegen China“ sondern eher „für die UdSSR und für eine allgemeine Verbundenheit aller Sozialisten, wenn möglich auch mit China“, eine Devise, mit der Nordkorea ohne Zweifel leben konnte. Die DDR spielte also in dieser letzten Phase ihrer Existenz eine etwas aktivere Rolle – bis zum gewissen Grad zwischen den sozialistischen Großmächten – und hatte sich - ohne dabei die Loyalität zur Sowjetunion offen infrage zu stellen – ein wenig der unabhängigeren und gleichzeitig vermittelnd-inklusive Position Nordkoreas angenähert.

Bezogen auf die verfassten Thesen können wir also folgendes festhalten: Die Aussage, dass die DDR in ihren bilateralen Bemühungen gegenüber Nordkorea die Vereinnahmung Nordkoreas durch das sowjetisch geführte sozialistische Lager verfolgt, wird durch die gefundenen Fakten klar untermauert. Abgesehen von den Jahren bis 1956, in denen sich auch Nordkorea klar zur Sowjetunion bekannte, und von der allerletzten Zeit, in der die DDR China in die Gemeinschaft aller sozialistischen Staaten holen wollte, ist dieses Vorhaben überall erkennbar. Ob in Koordination mit den übrigen osteuropäischen Botschaften in Pjöngjang oder im direkten Dialog mit den nordkoreanischen Repräsentanten, immer gibt es das klare Bekenntnis der DDR zur Sowjetunion – verbunden mit der erklärten Hoffnung, dass Nordkorea sich ebenso klar zur UdSSR bekennen möge.

8 Zwei halbe Staaten und ein Traum?

Für die Koreaner war die Teilung und deren Überwindung ein Anliegen, das im Denken beider Staaten immer eine große Rolle spielte. Zunächst hatten Nord wie Süd die militärische Option ausprobiert. In Blitzkrieg-Manier hatte der militärisch viel besser gerüstete Norden im Sommer 1950 fast den gesamten Süden überrannt und war erst in letzter Minute vor Busan mit US-Hilfe gestoppt worden. Anschließend folgte der Gegenstoß bis weit in den Norden, dessen Vollendung aber die „Freiwilligen“ Mao Zedongs verhinderten. Das Resultat war eine Pattsituation, die die kommenden Jahrzehnte unseres Betrachtungszeitraums bestimmen sollte und die eine militärische Option nicht mehr zuließ. Die offene Frage blieb für beide präsent.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland war das Grundgesetz klar. In seiner Präambel, also an seiner prominentesten Stelle, hieß es: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“ auch wenn dieser Gedanke in der Tagespolitik nicht ständig präsent gewesen sein mag.

Was die DDR anbetrifft, gab es im Selbstverständnis immer wieder Änderungen, ablesbar unter anderem an ihrer Nationalhymne. „...Deutschland einig Vaterland“ so heißt es dort am Schluss unmissverständlich. Genauso unmissverständlich ist die Tatsache, dass die DDR-Hymne in den 1970er und 1980er Jahren zwar noch als Melodie gespielt, aber nicht mehr gesungen wurde bzw. werden durfte und dass bei der Revolution 1989 die Bürger der DDR ihren Protest gegen den Staat dadurch zum Ausdruck brachten, dass sie genau diesen Satz aus der Hymne ihres Staates zitierten.

Die Vergleichbarkeit der Situation, nur jeweils Teilstaat einer Nation zu sein, existierte jedenfalls hier wie dort. Da in Deutschland eine militärische Option zur Überwindung der Situation ohnehin nie existiert hatte und diese in Korea ebenfalls Anfang der 1950er Jahre gescheitert war, wurde für beide Nationen die Teilung mit einer verhärteten innerdeutschen bzw. innerkoreanischen Grenze zum allgegenwärtigen Alltag. Es liegt nahe, dass sich ein besonderes Verhältnis der Staaten zueinander entwickelt hat. Wie dieses im Fall der beiden kommunistischen Machtbereiche genau aussah, soll Thema dieses Kapitels sein.

8.1 Wie vertreiben wir den Kapitalismus - Ratschläge und Verhandlungen bis in die späten 1950er

Wie sehr zunächst auch die DDR vom Gedanken an eine Wiedervereinigung beseelt war und wie stark dieses Denken zu einem Gefühl der Gemeinsamkeit mit dem fernen Nordkorea geführt hat, beweist eine Erklärung von Otto Grotewohl, damals Ministerpräsident der DDR, und der Führung in Pjöngjang. Während Grotewohls Besuch in Nordkorea wurde auf die Teilung Deutschlands und Koreas eingegangen. In der Gemeinsamen Erklärung vom 21. Dezember 1955 heißt es dazu:

„Beide Regierungen sind der Auffassung, dass die Aufrechterhaltung der Spaltung ihrer Länder durch die Versuche der herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika, Westdeutschland und Südkorea in Angriffsbasen zu verwandeln, ein Unglück für die Völker Deutschlands und Koreas ist. Der Verbleib ausländischer Streitkräfte auf dem Territorium Deutschlands und Koreas steht der Wiedervereinigung sowohl Deutschlands wie Koreas entgegen. Beide Regierungen erklären erneut, dass die Staaten, die in Deutschland und Korea Truppen unterhalten, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zum gleichzeitigen Abzug aller ihrer Truppen vom Territorium Deutschlands wie zum gleichzeitigen Abzug aller ihrer Truppen vom Territorium Koreas treffen müssen (Kang-Schmitz 2010, S. 29).“ Oder wie es Kim Il-song bei seinem Aufenthalt in der DDR 1956 ausdrückte: „Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, die Wirtschaft aufzubauen, um eine materielle Basis für die Wiedervereinigung Koreas zu bekommen.“ Des Weiteren erfolgte eine ausführliche Erklärung über all die Maßnahmen, die man in die Wege geleitet habe, warum sie bisher gescheitert seien und was man weiterhin zu tun gedenke. Otto Grotewohls Frage nach der Situation im Süden des Landes, wurde mit dem Hinweis auf eine dortige hohe Arbeitslosigkeit und ein verglichen mit Nordkorea höheres Preisniveau beantwortet. Man habe weitreichende Unterstützung im anderen Landesteil, die aber durch die dortige Regierung unterdrückt werde. Die innerkoreanische sei verglichen mit der innerdeutschen Grenze wesentlich undurchlässiger und man arbeite daran, kulturelle und wirtschaftliche Kontakte möglich zu machen. Ebenfalls interessierte Grotewohl die Situation, die sich nach Beendigung der Aktivitäten der Waffenstillstandskommission ergeben habe. Diese sei besorgniserregend, aber man habe sich mit der Lage arrangiert. Seine Regierung habe dem Rückzug der Kommission zugestimmt, sei aber gegen dessen Auflösung (Archive 2021, S. 112731). Dass die ähnliche Situation durchaus zu einer Art von Verbundenheitsgefühl führte, belegt die Aussage des nordkoreanischen Botschafters in Peking, I Yönggho, der im Oktober 1957 verlautbaren ließ, er habe ein ganz besonders gutes Verhältnis zu den Botschaftern der DDR und Nordvietnams (Archive 2021, S. 115947). Diese Verbundenheit führte allerdings nicht zu allumfassender Information der Botschaft in Pjöngjang. So merkte die DDR-Vertretung im November 1957 an,

dass man ausschließlich nordkoreanische Informationsmedien erhalte, wohingegen die polnische Botschaft über die Kollegen in Peking auch eine südkoreanische Zeitung bekomme. Die Botschaft schlug vor, für sich selbst und für das Außenministerium in Berlin ebenfalls ein südkoreanisches Medium zu abonnieren (Archive 2021, S. 112745). Es ist offensichtlich, dass das Informationsbedürfnis durch Nordkorea damals nicht vollkommen zufrieden gestellt wurde und dass die Aussagen des „Klassenfeindes“ im anderen Teil Koreas durchaus Interesse erregten. Über einige Dinge hielt Nordkorea seine deutschen Partner allerdings schon auf dem Laufenden: So berichtet der stellvertretende Außenminister Pak Söngch'öl im selben Monat über eine für den Februar 1958 angesetzte asiatisch-afrikanische Konferenz von etwa 50 Ländern, an der Nordkorea nicht nur teilnehmen werde, sondern von der es sich u.a. erhoffe, dass dort das Problem der Wiedervereinigung Koreas zur Sprache komme (Archive 2021, S. 110011). 1958 war dann auch das Jahr, in dem Nordkorea erstmals Handelskontakte zu Firmen aus dem Westteil Deutschlands knüpfte. Die Essener Firma Ferrostaal versprach die Lieferung von Maschinen und Elektroausrüstung für nordkoreanische Industriebetriebe, wofür sie verschiedene Rohmaterialien erhalten sollte. Die DDR erhielt diesbezüglich zur Auskunft, dass es sich bisher nur um eine Absichtserklärung handele, die wiederum zwischen den Firmen getroffen worden sei. Der Staat als solches sei in die Gespräche nicht offiziell eingebunden. Eine Aussage, die die DDR etwas beruhigte, wobei sie aber in aller Höflichkeit darum bat, immer über derartige Verhandlungen informiert zu werden. Grundsätzlich habe die DDR nichts gegen Handelsbeziehungen Nordkoreas zum „kapitalistischen“ Ausland, halte vorherige Konsultationen allerdings für die bessere Vorgehensweise. Als sich im darauffolgenden Jahr 1959, der Stellvertretende Außenminister Nordkoreas entschloss, auf Einladung Ferrostaals in die Bundesrepublik zu reisen, benachrichtigte er auch tatsächlich den DDR-Außenminister über sein Vorhaben (Kang-Schmitz 2010, S. 158–160). Welche Rolle die innerdeutsche Situation für Nordkorea in anderer Hinsicht spielte, wird ebenfalls 1959 sehr deutlich, als im Mai jenes Jahres Nordkorea die DDR um Erlaubnis bat, 2 bis 3 konspirativ arbeitende neue Botschaftsangehörige in Berlin einstellen zu dürfen. Diese sollten Kontakt zu südkoreanischen Studenten in der Bundesrepublik pflegen, die nach Nordkorea übersiedeln wollten. Des Weiteren sollten in ähnlicher Weise Beziehungen zu westdeutschen Kommunisten aufgebaut werden. Offiziell waren diese Mitarbeiter allerdings nur dazu da, die Situation zwischen beiden deutschen Staaten beobachten (Archive 2021, S. 112952). DDR-Staats- und Parteichef Ulbricht lehnte dieses Ansinnen allerdings ab. Es sei Aufgabe der SED und der westdeutschen Kommunisten, Verbindung zu Südkoreanern in der Bundesrepublik aufzunehmen (Archive 2021, S. 112954). Die DDR ihrerseits verließ sich nicht ausschließlich auf das nordkoreanische „Bruderland“, wenn es um den Südtteil des Landes ging. So stellte eine Delegation des Außenhandelsministers Heinrich Rau 1960 fest, dass die PdAK „über keine eigene

Organisation in Südkorea verfügt.“ Damit nicht genug: besagte Abordnung kehrte aus Südkorea außerdem mit der Einschätzung zurück, dass „die Kenntnisse der koreanischen Genossen über die Lage in Südkorea auf nicht sehr zuverlässigen Quellen beruhen (Frank 1996, S. 84).“

8.2 Konsultationen in Zeiten des Mauerbaus und bis 1970

Die DDR blieb hingegen beispielgebend für einige Aspekte der Nord-Süd-Beziehung, wie sie die Kim-Regierung sah, auch wenn dies ganz offensichtlich in Unkenntnis der anstehenden Ereignisse geschah. So nannte Kim Il-sung im April 1960 in einer Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter in Pjöngjang die Durchlässigkeit der innerdeutschen Grenze als Zielvorstellung für die innerkoreanische Demarkationslinie. Ein Zustand wie in Deutschland solle die politische Infiltration Südkoreas erleichtern (Archive 2021, S. 116110). Dass die DDR selbst schon 18 Monate später durch den Mauerbau in Berlin die innerdeutsche Grenze sehr viel undurchlässiger machen würde, war ihm zumindest zu diesem Zeitpunkt ganz offensichtlich unbekannt. Nicht unbekannt war ihm hingegen der Gedanke an eine Konföderation beider Teilstaaten, die zu diesem Zeitpunkt die DDR-Regierung zum erklärten Programm ihrer innerdeutschen Politik gemacht hatte. Auch Kim schlug im August 1960 seinem Gegenüber im Süden ein solches Modell vor, als dort die instabile Lage zwischen den autoritären Langzeit-Machthabern Rhee Syng-man und Park Chung-hee eine leichtere Einflussnahme zu ermöglichen schien (Kang-Schmitz 2010, S. 147). Die DDR-Botschaft in Nordkorea erfuhr davon nur über den sowjetischen Botschafter, erwies sich aber auch in diesem Fall als interessierter Beobachter (Archive 2021, S. 114275). Die DDR ihrerseits berichtete indessen aktiv über ein eigenes Vorhaben in der Deutschlandpolitik. Nicht nur gegenüber den nordkoreanischen Gastgebern, sondern gegenüber allen anwesenden Vertretern der versammelten befreundeten Staaten führte Botschafter Kurt Schneidewind auf einem Empfang der bulgarischen Botschaft aus, wie man demnächst auf ein eigens von West-Berlin ausgestelltes Ausweisdokument für die dortigen Bürger bestehen werde, um dessen Trennung von der Bundesrepublik sichtbar werden zu lassen (Archive 2021, S. 119459). Hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Südkorea und der Bundesrepublik besprachen sich beide in kameradschaftlicher Gemeinsamkeit: So bestritt Nordkorea im Oktober 1960, dass Gerüchte der Wahrheit entsprächen, dass Südkorea von der Bundesrepublik Kredite erhalten habe, sondern erklärte, dass Südkorea lediglich technische wie finanzielle Unterstützung aus dem Westen Deutschlands erhoffe, dass bisher aber keinerlei tatsächliche Hilfe erfolgt und auch kein diesbezügliches Abkommen unterzeichnet worden sei (Archive 2021, S. 116131). Skeptisch zeigte sich die DDR-Vertretung in Pjöngjang allerdings wiederum, als es sich um die Bewertung der Repatriierung in Japan lebender Koreaner nach Nordkorea ging. Als 1960 das 1959 begonnene

Programm ins Stocken geriet, schrieb die nordkoreanische Berichterstattung diese Tatsache einer Grippeepidemie in Japan zu. Die DDR-Botschaft zweifelte diese Version unmissverständlich an und listete im Februar 1961 eine Reihe von anderen Gründen auf, wobei negative Nachrichten der bereits Angekommenen an die potenziellen weiteren Immigranten ganz oben stand. So seien vor allem viele Frauen unzufrieden mit dem Warenangebot, das in Japan viel reichhaltiger sei, wohingegen viele Jugendliche vor allem durch einen Mangel an Arbeitswillen auffielen. Sie bevorzugten vielmehr, auf öffentlichen Plätzen ihre in Nordkorea unbekannte Unterhaltungselektronik zu nutzen oder diese sogar auf dem Schwarzmarkt zu verkaufen (Archive 2021, S. 114976). Im Mai desselben Jahres gab es ähnliche Vorwürfe der Botschaft, was die nordkoreanische Darstellung dieser kritischen Zeit in Südkorea betraf. Die nordkoreanischen Genossen hätten „keine klare Vorstellung“ von den Vorgängen im Süden und Schwierigkeiten, die Gefahren zu erkennen, die nach Ansicht der DDR-Botschaft von dem erfolgten Militärputsch ausgingen (Archive 2021, S. 112585). Zwei Tage vor dem Mauerbau in Berlin wurden die Unterschiede in der Sichtweise beider Teilstaaten noch deutlicher: Der Alleinvertretungsanspruch Nordkoreas für das gesamte Land wurde jetzt in Zusammenhang mit den damit verbundenen Problemen in der Tagespolitik gebracht. Vor allem die Begutachtung der koreanischen Frage durch internationale Institutionen wie der UNO würden dadurch stark erschwert. Ebenso übt die DDR-Vertretung auch in dieser Situation Kritik an der nordkoreanischen Interpretation des Militärputsches in Südkorea, die darin eine von US-Seite organisierte Aktion sehe, um den erwachenden Volkswillen zu unterdrücken und Kriegsvorbereitungen voranzutreiben. Die DDR hingegen hielt den Coup für eine Aktion von „nationalistisch-faschistischen“ südkoreanischen Offizieren, die erst im Nachhinein die Genehmigung durch die USA fand. Dass die USA in der gegenwärtigen internationalen Situation eine solche Maßnahme lanciert hätten, sei nach Ansicht der DDR sehr unwahrscheinlich. Dies sei nicht nur die eigene Position, sondern auch die der UdSSR (Archive 2021, S. 112590). Nach dem Mauerbau traten dann die Unterschiede immer deutlicher zutage. In einem Gespräch im März 1962 zwischen dem koreanischen Regierungsvertreter Pak Chöngguk und dem DDR-Botschaftsmitglied Stark betonte Pak, dass es in Deutschland zwei in Korea aber nur einen einzigen Staat gebe und dass die Demarkationslinie in Korea keinesfalls eine Grenze sei. Ebenso seien die Ideen von einer Koexistenz auf Korea nicht ohne Weiteres anwendbar. Der Klassenkampf sei hier von militärischer Gewalt nicht zu trennen, da man nicht tatenlos zusehen könne, wie die Bevölkerung im Süden langsam den Hungertod sterbe (Archive 2021, S. 114543). Stark bewertete dies in seiner Meldung nach Berlin als „ernste und gefährliche Entwicklung“, da hier die Moskauer Linie der friedlichen Koexistenz verlassen und diese von Nordkorea auch in Bezug auf die Deutschlandpolitik der SED kritisiert werde (Archive 2021, S. 110511). Ein anderer Sprecher der nordkoreanischen Regierung drückte es auf Anfrage

des DDR-Botschafters im April desselben Jahres so aus: „In einer Situation, in der der Süden Koreas von US-Truppen besetzt ist, kann es keine Koexistenz geben (Archive 2021, S. 208542).“ Kurz darauf, im Mai 1962, informierte die nordkoreanische Regierung die Botschaft der DDR über ihre Marschrichtung in der innerkoreanischen Politik, für die sie internationale Unterstützung erwarte. In dieser Stellungnahme hieß es:

- „Alle Kräfte müssen gebündelt werden, um die US-Imperialisten zum Abzug zu zwingen.“
- „Auch wenn die Demokratische Volksrepublik Korea einem Waffenstillstand zugestimmt hat, gibt es auf den Imperialismus nur die Antwort des Krieges“
- „Krieg und Klassenkampf gehören zusammen“
- „Eine Friedliche Koexistenz muss dem Klassenkampf dienen... Das ist etwas anderes als ein Kampf allein für Frieden“
- „Die Demokratische Volksrepublik Korea möchte eine friedliche Wiedervereinigung, aber ein ausdrückliches Bekenntnis zur Friedlichen Koexistenz mit Südkorea würde die dortigen demokratischen Kräfte aller Hoffnung auf ein Ende des Park-Regimes und der US-Truppen im Land berauben.“

Als Regierungsvertreter Pak Söngchöl und Kim Taehui dennoch behaupteten, am Ziel einer friedlichen Wiedervereinigung habe sich nichts geändert, kritisierte die DDR-Botschaft in ihrer Meldung nach Berlin diese Erklärungen als „einander widersprechende Aussagen.“ (Archive 2021, S. 112304). Im September 1962 besuchte eine SED-Delegation Nordkorea. Die Aussagen hinsichtlich der Südpolitik wurden daran anschließend als sehr widersprüchlich und verwirrend wahrgenommen, da verschiedene Regierungsrepräsentanten eine ausgesprochen harte Linie vertraten, d.h. dass diese militärische Mittel zur „Befreiung“ des Südens bewusst nicht ausschließen wollten und einem Angriff das Wort redeten, sollten sich die Rüstungsverhältnisse günstig darstellen. Als bei einem Treffen mit Kim Il-sung persönlich dieser weichere Töne anschlug, widersprach ihm jedoch keiner der anwesenden Koreaner in irgendeiner Weise. Bei der Suche nach einer Erklärung mutmaßten die Deutschen über die Auswirkungen von chinesischen Einflüssen wie auch über eine Art von Rollenverteilung, die sie als Gäste in einen Zustand der Ratlosigkeit bringen sollte (Archive 2021, S. 110600). Im Dezember 1962 ging der stellvertretende Premierminister Nordkoreas, I Chuwön, sogar noch einen Schritt weiter und empfahl Botschafter Schneidewind, dass die DDR ihren militärstrategischen Vorteil im Fall der Enklave West-Berlin ausnutzen solle, solange er vorhanden sei. Die „Imperialisten“ würden wegen Berlin keinen Krieg führen. Es sei daher möglich, diese aus der Stadt zu verjagen (Kang-Schmitz 2010, S. 32). Er forderte damit die DDR ganz unverhohlen zu einem Waffengang auf. Die im eigenen Fall 1962/63

immer massiver propagierte Politik der „Wiedervereinigung und Befreiung der Brüder im Süden durch unsere eigene Kraft“ erweckte ohnehin den Eindruck, dass für Nordkorea alle militärischen Optionen auf dem Tisch lägen (Archive 2021, S. 110111). Pak Kümchöl, stellvertretender Parteivorsitzender der PdAk, brachte im April 1963 etwas Klarheit in dieser Frage: Er führte gegenüber DDR-Botschafter Becker aus, dass das wichtigste Ziel der Süd-Politik die Beseitigung der Park Chung-hee-Militärregierung sei, wobei die Tatsache, dass er die USA gänzlich unerwähnt ließ, bei Becker erneut zu Verwirrung führte. Pak betonte ausdrücklich, die Notwendigkeit einer friedlichen Vereinigung des Landes, die allerdings mit einer Park Chung-hee-Regierung im Süden nicht möglich sei. Diese gelte es vorher zu beseitigen. Die SED-Vorschläge für eine Konföderation beider deutschen Staaten sowie für einen Friedensvertrag für Deutschland fänden in Nordkorea uneingeschränkte Unterstützung. Genauso wie Nordkorea bei der Entscheidung zum Berliner-Mauerbau am 13. August 1961 voll und ganz hinter der DDR-Regierung stehe (Archive 2021, S. 113714). Die DDR-Vertretung in Pjöngjang blieb jedoch misstrauisch: Ein Bericht nach Berlin vom Juni 1963 besagte, dass es für das Sieben-Punkte-Programm der DDR zur Lösung der deutschen Frage keine Rückendeckung aus Nordkorea gebe. Man schenke dort der DDR-Argumentationslinie zwar Gehör, es bliebe in den Kommentaren aber bei Allgemeinplätzen. Umgekehrt billigten die DDR-Vertreter in Korea der Kim-Regierung keinerlei klare Konzeption zu. Es sei völlig unklar, auf welche Oppositionsgruppen in Südkorea sie sich stütze, denn zu niemandem gebe es ernsthafte Kontakte. Vorschläge zur beiderseitigen Truppenreduktion und ökonomischer wie kultureller Nord-Süd-Zusammenarbeit würden als eine Art Allheilmittel immer wieder präsentiert. Da sich das Land aber zunehmend durch Autarkiebestrebungen vom Rest der sozialistischen Staaten entferne, sei die Idee, durch große wirtschaftliche Fortschritte dem Süden zu enteilen und so einer Wiedervereinigung näher zu kommen, genauso zum Scheitern verurteilt wie die Illusion von einer militärischen Lösung (Archive 2021, S. 110118). Die Meinungsverschiedenheiten konnten auch im weiteren Verlauf nicht ausgeräumt werden. Im Dezember 1963 ortete DDR-Außenminister Bolz in einem Telegramm des nordkoreanischen Außenministers Pak Söngch'öl Zweifel an der mittlerweile in der DDR etablierten Zwei-Staaten-Theorie für Deutschland. Nordkorea versuche „in dogmatischer Weise“ die in Korea vertretene Ein-Staaten-Theorie auf das deutsche Beispiel anzuwenden (Archive 2021, S. 110124). Als allerdings im Jahr darauf Nordkorea ob der südkoreanisch-japanischen Annäherung um die Solidarität der sozialistischen Welt bat, reagierte die DDR ganz im nordkoreanischen Sinn und stellte an Südkorea all die Forderungen, die auch von Nordkorea wiederholt geäußert worden waren; allen voran die nach Abzug der US-Truppen. Sei dieser erfolgt, gelte es die von Nordkorea vorgeschlagenen Schritte zu einer friedlichen Wiedervereinigung des Landes zu gehen (Kang-Schmitz 2010, S. 149). Ab Mitte 1964 versuchte Nordkorea, sich der DDR wieder anzunähern, und

erkor die Gemeinsamkeiten der Lage als Teilstaat zum verbindenden Element der bilateralen Beziehung, während von nordkoreanischer Seite die DDR-Schutzmacht UdSSR ganz offen außen vor gelassen wurde (s.o.). Die Presseberichte des Landes beschäftigten sich jetzt wieder häufiger mit deutsch-deutschen Problemen (Archive 2021, S. 111822). Beim Treffen des Mitglieds des Nationalen Verteidigungsrates, Hermann Matern, und I Yönggho, Repräsentant der Obersten Volkskammer Nordkoreas, im Juli 1967 spielte das Verhältnis des eigenen Staates zum jeweiligen Gegenüber in Süd bzw. West sowie der Einfluss von deren jeweiligen engsten Verbündeten eine bedeutende Rolle und bildete das verbindende Element zwischen den Gesprächspartnern. Von koreanischer Seite war nach wie vor die Rede von einer militärischen Option, für die man durch Aufwendung von 30% des jährlichen Budgets gut gerüstet sei, Bedingung für deren Anwendung sei aber ein Angriff des Feindes (Archive 2021, S. 112306). Im Dezember 1967 wurde die Botschaft der DDR von nordkoreanischer Seite ziemlich ausführlich über das Geschehen an der innerkoreanischen Demarkationslinie unterrichtet. Die Infiltration des Südens sei sehr schwierig geworden, da die USA ein kostspieliges, aber wirksames Signalsystem installiert hätten. Eigene Leute einzuschleusen sei jetzt lediglich auf dem Seeweg möglich, aber auch dort lauere eine immer modernere Flotte von Patrouillenbooten, die von immer mehr Radarstationen unterstützt würden. Der Kommentar des DDR-Botschafters Brie blieb skeptisch und distanziert: Nordkorea versuche ein Bild heraufzubeschwören, in dem die Vereinigten Staaten kurz vor einem Angriff auf das Land stünden. Diesen Eindruck wolle Nordkorea daher erwecken, um dadurch nach außen und innen gleichermaßen seine Positionen rechtfertigen zu können (Archive 2021, S. 113704). Die Koreaner lobten unter anderem den Einsatz der DDR gegen den „westdeutschen Imperialismus“ (Archive 2021, S. 113367). Über den Putschversuch mutmaßlicher nordkoreanischer Agenten 1968 erhielt die DDR-Vertretung keinerlei offizielle Erklärung. Botschafter Jarck meldete daher im Februar seine persönliche Einschätzung des Falls nach Berlin. Gestützt auf die Fakten, die ihm bekannt waren, schloss er, dass es sich um eine von langer Hand minutiös geplante nordkoreanische Aktion gehandelt habe, die die Beseitigung des südkoreanischen Präsidenten Park Chung-hee zum Ziel hatte. Weitere ähnliche Versuche und eine Verschärfung der ohnehin angespannten Lage auf der Halbinsel seien zu erwarten. Sollte dieser Putschversuch dazu unternommen worden sein, das Land zu einigen, dann - so sinnierte Botschafter Jarck - spiele auch der Fall des US-Schiffes Pueblo diesem Zweck möglicherweise in die Hände (Archive 2021, S. 118659). Nur wenige Tage nach Übermittlung dieser Überlegungen wurde ihm vom Direktor des Verbindungsbüros zum Diplomatischen Corps, I Songryöng, nahegelegt, auf dem Gelände der Botschaft in Zusammenarbeit mit den nordkoreanischen Behörden einen bombensicheren Keller zu bauen. Die USA und Park Chung-hee seien dabei, südlich der Demarkationslinie Truppen zu konzentrieren (Archive 2021, S. 116726). Die Rhetorik gegenüber den US-Truppen in Südkorea mäßigte sich in

dieser Zeit etwas, denn Nordkorea verlangte nun lediglich deren Abzug und nicht mehr deren Vertreibung. Über diese Änderung ließ die nordkoreanische Regierung allerdings gegenüber der DDR und anderen Osteuropäern nichts verlautbaren. Es war an diesen, Aussagen von Politikern oder Publikationen zu interpretieren und auszuwerten (Kang-Schmitz 2010, S. 149). Als im April 1968 ZK-Mitglied Kurt Hager an der Spitze einer Delegation nach Nordkorea reiste, suchte Kim Il-sung den Schulterschluss: Genau wie die DDR im Westen des sozialistischen Machtbereichs verteidige sich sein Land im Osten gegen den „Imperialismus“. Eine intensive Zusammenarbeit beider Staaten sowie der gesamten sozialistischen Gemeinschaft sei unbedingt geboten. Er unterstütze die DDR voll und ganz bei ihrem Kampf gegen den „amerikanischen Imperialismus“ und „alle anderen Imperialisten“, dem Aufbau des Sozialismus und der Übernahme von West-Deutschland (Archive 2021, S. 116731). Hager erklärte sich bei diesem Aufenthalt bereit, nicht näher genannte „illegale Maßnahmen Nordkoreas in Westdeutschland zu unterstützen (Kang-Schmitz 2010, S. 150).“ Im Juni 1968 informierte der Direktor der 1. Abteilung des nordkoreanischen Außenministeriums, I Ingyu, die Botschaft der DDR über die Scharmützel in der Nähe des südkoreanischen Präsidentenpalastes zu Beginn des Jahres: Der Kampf des Volkes in Südkorea gegen „Park Chung-hee und seine Clique“ nähme jeden Tag mehr zu. Im Januar hätten „187 Kämpfer über 100 Feinde vernichtet“ und dies nur „etwa 500 Meter vom Präsidentenpalast entfernt.“ Die USA würden weltweit immer mehr isoliert und die Wiedervereinigung rücke näher (Archive 2021, S. 116730).

8.3 Abgrenzung? Jain - aber wie? Verschiedene Denkweisen zur Einheit 1970 – 1990

Eine echte Zusammenarbeit zwischen Nordkorea und der DDR in Sachen - zumindest indirekter - nationaler Einigung Koreas gab es bei den Repatriierungen in Japan lebender Koreaner nach Nordkorea. Ab 1959 gab es derer etwa 88.000 transportiert von 155 Schiffen. Zehn Jahre nach dem Beginn dieser Transporte dankte Kim Il-sung zum Jahreswechsel 1969/70 der DDR und seinem Roten Kreuz für die dabei erfahrene Unterstützung, verbunden mit der Hoffnung, dass diese auch weiterhin erfolge. Der massenhafte Exodus aus einem kapitalistischen Land ins sozialistische Nordkorea bewiese die Überlegenheit von Letzterem. Die DDR versprach, die nötige Hilfe auch weiterhin zu gewährleisten, soweit es in ihrer Macht stünde. Sie sehe in der Repatriierung einen Akt der Humanität, der auch eine politische Dimension besitze (Archive 2021, S. 116732). Dies alles geschah, während Nordkorea andererseits immer stärker Tuchfühlung zu westdeutschen Firmen aufnahm, um Handel zu treiben und Investitionen anzulocken (Archive 2021, S. 208838). Ging es darum, Kontakt mit in der Bundesrepublik lebenden Südkoreanern aufzunehmen, sah

Nordkorea dennoch den erfolgversprechendsten Weg in einer Kooperation mit der DDR: So fragte Pjöngjang 1970 bei der DDR-Botschaft an, ob die Möglichkeit bestünde, die Adressen und biographischen Daten der in der Bundesrepublik lebenden südkoreanischen Krankenschwestern und Bergarbeiter zu erhalten. Diese wolle man von der Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung überzeugen (Kang-Schmitz 2010, S. 150 – 151). Gleichzeitig versicherte man der DDR, dass alle nordkoreanischen Auslandsvertretungen angewiesen seien, die DDR gegen westdeutsche Machenschaften zu unterstützen. Man „marschiere in dieser Frage im gleichen Schritt (Kang-Schmitz 2010, S. 158).“ Die DDR ihrerseits war bereit, offizielle politische und auch wirtschaftliche Kontakte zu Südkorea zu vermeiden, wollte aber keinesfalls auf die Teilnahme an internationalen Veranstaltungen verzichten, wenn diese in Südkorea stattfinden sollten bzw. war auch nicht gewillt, Südkorea von Konferenzen etc. in der DDR auszuschließen. Das Konfliktpotenzial dieser Haltung sah man in der DDR durchaus, war aber entschlossen, dafür eventuelle Schwierigkeiten mit Nordkorea in Kauf zu nehmen (Kang-Schmitz 2010, S. 157). Dass die gegenseitige Solidarität als Teilstaat in dieser Zeit nicht grenzenlos war, zeigt sich ebenfalls in der Verstimmtheit der DDR wegen der ihrer Ansicht nach mangelnden Berichterstattung über die deutsche Frage in den nordkoreanischen Medien. Die DDR habe immer alles darangesetzt, die nordkoreanischen Genossen mit den nötigen Informationen zu versorgen. Ein Treffen des stellvertretenden Politbüromitglieds Yang Hyöngsöp mit DDR-Staatschef Walter Ulbricht im Januar 1971 habe hier etwas für Entspannung gesorgt: Deutsche Themen nähmen jetzt mehr Raum in der nordkoreanischen Presse ein und auch davon unabhängige Anliegen der DDR fänden seitdem mehr Gehör in Pjöngjang (Archive 2021, S. 116607).

Im Juni 1972 informierte der stellvertretende nordkoreanische Außenminister I Mansök die DDR-Vertretung in Pjöngjang offiziell über die seit September 1971 stattfindenden Gespräche mit Südkorea. Diese seien auf Initiative des Nordens zustande gekommen und würden laufend durch südkoreanisches Taktieren verzögert. Nordkorea verfolge seine Ziele aber mit Beharrlichkeit. So wolle man die Grenze für den freien Austausch von Personen öffnen, damit sich die Familien treffen könnten, wo und wann sie dies wünschten. Der Süden habe schließlich zugestimmt, als ihm die Argumente immer mehr abhandengekommen waren. Der Kommentar durch die DDR-Vertretung in Pjöngjang, die diese Erklärungen nach Berlin meldete, zeigte sich in der Bewertung etwas skeptisch gegenüber der koreanischen Interpretation der Verhandlungen und merkte an, dass bei den beabsichtigten Familientreffen, entgegen früheren nordkoreanischen Forderungen nur Verwandte und keine Freunde zugelassen seien. In den Gesprächen der nordkoreanischen Regierung und der DDR-Botschaft zeigten sich die Koreaner sehr interessiert an der Frage, wie es um die Durchlässigkeit der innerdeutschen Grenze bestellt sei und welche Erfahrungen die deutsche Seite damit gemacht habe. Die DDR erklärte dazu, welche Gründe es für sie gäbe, den

Besucherverkehr nach wie vor stark einzuschränken. Die nordkoreanischen Teilnehmer an diesem Meinungsaustausch meinten, dass man mit Vehemenz einen komplett freien gegenseitigen Austausch anstrebe. Die DDR-Berichterstatler nach Berlin kommentierten dies mit der Bemerkung, dass Nordkorea zweifelsohne einer Illusion anhängen, sich aber mittlerweile eine Tendenz zu mehr Realismus in dieser Frage abzeichne. Diesen Realismus unterstütze man nach Kräften durch entsprechende Kommentare, wo immer diese möglich seien (Archive 2021, S. 110860). Am 4. Juli 1972 informierte der Stellvertretende Außenminister, Kim Yongtaek, die Vertreter der befreundeten Staaten mittels eines vorher verfassten Manuskripts über die Zwischenergebnisse der innerkoreanischen Gespräche. Diese seien möglich geworden, weil die Südkoreaner den „korrekten Kurs der Demokratischen Volksrepublik Korea“ übernommen hätten. Dieser sei korrekt, da er für den Weg zum Sieg stehe. Etliche Dinge seien allerdings noch ungeklärt und die Lösung vieler Fragen nach wie vor schwierig. Kim Yongtaek bat daher die befreundeten Staaten auch für die zukünftigen Verhandlungen um starke Rückendeckung, damit der Kampf für die Wiedervereinigung Koreas gelinge (Archive 2021, S. 113783). Man ersuche die Bruderstaaten auf multilateralen Zusammenkünften, auf denen nur Koreaner aus dem Süden vertreten seien, diese zu boykottieren und eine Beteiligung des Nordens zu verlangen. Um den endgültigen Erfolg für den Sozialismus sicherzustellen, werde man in Nordkorea selbst die politisch-ideologische Ausbildung noch weiter verstärken und den Aufbau des Sozialismus in allen seinen Facetten forcieren. Man werde so die Überlegenheit gegenüber dem Kapitalismus beweisen und auf die „korrekte Art und Weise“ die Wiedervereinigung erreichen (Archive 2021, S. 113237). Im September 1972 übermittelte der Vorsitzende der Ersten Abteilung des nordkoreanischen Außenministeriums, Kim Jaesuk, namentlich der DDR wie auch den beiden Beobachtungsmächten für den Waffenstillstand, Polen und der Tschechoslowakei, den Dank seines Landes für die Unterstützung in seinem Kampf, verbunden mit der Bitte, auch weiterhin dem Land in seinem Streben nach einer Wiedervereinigung in Frieden und Unabhängigkeit zur Seite zu stehen (Archive 2021, S. 112243). Die DDR zeigte sich sehr interessiert an den Fortschritten der Verhandlungen zwischen Nord und Süd und versuchte im Oktober 1972 vor allem in Erfahrung zu bringen, ob es irgendwelche Übereinkommen auf wirtschaftlichem und auf kulturellem Gebiet gebe. Nordkorea hielt sich allerdings mit diesbezüglichen Informationen sehr bedeckt (Archive 2021, S. 112271). Befeuert wurde die diesbezügliche Neugierde bzw. das diesbezügliche Misstrauen der DDR durch Informationen des 1. Sekretärs der sowjetischen Botschaft, Kurbatov, dass einerseits eine Reihe von Kontakten mit der westdeutschen Privatwirtschaft bestünde, sich andererseits aber auch mit chinesischer Hilfe in Peking angebahnte Beziehungen zur Bundesrepublik auf höchster politischer Ebene andeuteten. So sei Nordkoreas Außenminister Hō Dam nicht nur während des dortigen

Besuchs des japanischen Premierministers Tanaka zugegen gewesen, sondern auch während der Visite des westdeutschen Bundespräsidenten Walter Scheel (Archive 2021, S. 112277).

Stattdessen informierte Nordkorea über die Verhängung des Kriegsrechts beim südkoreanischen Verhandlungspartner im Oktober 1972 und über dessen Vertragsbrüchigkeit, trotz einer gemeinsamen Erklärung vom 4. Juli 1972. Nicht müde wurden die nordkoreanischen Berichterstatter, in den Erklärungen darauf hinzuweisen, dass man es hier mit echtem Klassenkampf zwischen Verteidigern und Verrätern der Nation, Revolutionären und Bourgeoisie, Sozialismus und Kapitalismus zu tun habe (Archive 2021, S. 113229). Oberste Priorität besitze dabei für Nordkorea die Lösung der koreanischen Frage. Gäbe es keine Wiedervereinigung, könnten auch alle anderen Fragen nicht nachhaltig bewältigt werden. Rot-Kreuz-Gespräche seien dann ohne Grundlage. Die südkoreanische Seite wolle aber genau dies: die Vernachlässigung der eigentlichen Grundfragen und davon abgekoppelt einige humanitäre Maßnahmen. Echte gesetzliche und soziale Hindernisse wolle sie nicht aus dem Weg räumen. Südkorea habe ganz offensichtlich Angst vor einer Begegnung der eigenen Bevölkerung mit den Bürgern Nordkoreas. Um auf die „südkoreanischen Marionetten“ in dieser Hinsicht Druck auszuüben, bat Nordkorea auch in diesem Fall um die Unterstützung der befreundeten sozialistischen Staatengemeinschaft (Archive 2021, S. 114564). Im November 1972 versorgte Nordkorea die DDR, Polen und die Tschechoslowakei mit weiteren Vorschlägen der nordkoreanischen Seite bei den laufenden Verhandlungen mit dem Süden, die von der Beschäftigung von südkoreanischen Arbeitslosen im Norden und gegenseitigem Warenaustausch über eine von Kim Il-sung angeregte Konföderation beider Staaten unter Beibehaltung ihrer politischen Systeme und die Reduktion der Truppenstärken auf jeweils nur 100.000 Mann bis hin zu einer Überarbeitung der gemeinsamen Sprache reichten. Zu wirklichen Übereinkommen habe es bisher allerdings lediglich in Sachen gegenseitiger „Versorgung“ mit Propagandamaterial an der Grenze gereicht. Beide Teile hätten versprochen zukünftig Versuche zu unterlassen, auf diese Weise die andere Seite zu beeinflussen (Archive 2021, S. 114565). Im Dezember erfolgte in ähnlicher Art und Weise die Berichterstattung über die vierte Zusammenkunft der Rot-Kreuz-Organisationen, bei der die Vereinbarung über die Abhaltung zweier weiterer Treffen und den Aufbau eines gemeinsamen Büros in Panmunjom getroffen worden sei. Daneben erfolgten die bereits bekannten Verurteilungen der Verhandlungsführung des südkoreanischen Gegenübers und dieses Mal insbesondere der Hinweis auf eigene Beliebtheit in der dortigen Bevölkerung, die von Park Chung-hee und seinen Mitstreitern unterdrückt werde. Auffällig auch diesmal wieder, dass der Adressat dieser Informationen die Botschafter der schon oben genannten drei Partnerländer waren, die ein wiederum um ihre Solidarität auf internationaler Ebene gebeten wurden (Archive 2021, S. 114566). Eine Woche später erfolgte eine weitere derartige Informationsveranstaltung, bei der konkrete Fortschritte zwar nicht, wohl aber zu

vermelden war, dass man die Idee der Vereinigung aus eigener koreanischer Kraft direkt an den anwesenden südkoreanischen Staatschef, Park Chung-hee, habe richten können. Exklusiv von Nordkorea informiert wurden diesmal auch weitere osteuropäische Länder: Bulgarien, Rumänien und Ungarn wurden ebenfalls in dieser Weise ins Vertrauen gezogen (Archive 2021, S. 114567).

Insbesondere das Verkünden des Gedankens von einer Einheit der Nation, die auch über alle ideologischen Unterschiede hinweg Bestand haben solle, war für die DDR ein Problem, hatte diese doch mittlerweile genau diese Sicht der Dinge für Deutschland ad acta gelegt und sah im westdeutschen Bekenntnis zur Einheit eine Art von „imperialistischer“ Aggressivität. Eine Wiedervereinigung sei auf Grund der vorhandenen politischen Gegensätze bzw. der andersartigen Gesellschaftsordnung ausgeschlossen. Möglich und erstrebenswert sei nur eine friedliche Koexistenz. Politbüromitglied Hermann Axen gab Nordkorea dies mit Bitte auch um Kenntnisnahme durch Kim Il-sung und das nordkoreanische ZK zu verstehen. Beide Seiten hörten daraufhin auf, derlei Fragen für das Land des anderen zu kommentieren. Nicht einmal ein so wichtiges Ereignis wie die Unterzeichnung des Grundlagenvertrages durch die beiden deutschen Staaten im Dezember 1972 wurde in der nordkoreanischen Presse gemeldet (Kang-Schmitz 2010, S. 151–152). Axen verlangte außerdem von Nordkorea, dass jede Art der Annäherung an die Bundesrepublik in Abstimmung mit der DDR, der UdSSR und den anderen sozialistischen Bruderländern geschehen solle. Die DDR ihrerseits werde im Gegenzug niemals ohne Zustimmung Nordkoreas Beziehungen zu Südkorea aufnehmen (Kang-Schmitz 2010, S. 156). Im März 1973 gab es dann auf höchster Ebene fernschriftliche Kontakte zwischen der neuen Honecker- und der Kim-Regierung. Kims Außenminister forderte zunächst die DDR-Vertretung in Pjöngjang auf, die DDR möge überall auf internationalem Parkett die Partizipation von südkoreanischen Vertretern bekämpfen und sich für die Beteiligung Nordkoreas einsetzen. In einem Brief, den Kim Il-sung an Erich Honecker schrieb, drückte dieser sein Verständnis für den Standpunkt der DDR zur deutschen Frage aus und beteuerte seine Unterstützung für den in seiner Direktheit neuen Kurs. Beide Länder seien zwar in ähnlicher Weise geteilt worden, unterschiedliche historische Bedingungen bräuchten aber anders geartete Antworten. Honecker zeigte sich in seinem Antwortschreiben dankbar für diese Haltung Kims und betonte seinerseits die Hoffnung auf eine sozialistische Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel, auch wenn für ihn in Deutschland die nationale Frage in der völligen Trennung in zwei unvereinbare Systeme bereits ihre Antwort gefunden habe. Eine Veröffentlichung der Tatsache, dass die DDR auf der koreanischen Halbinsel die Wiedervereinigung unterstütze, sollte aber unter allen Umständen vermieden werden. Vielmehr versuchte die DDR in der internationalen Diplomatie, nordkoreanische Interessen zu vertreten, um so ihre Unterstützung für Kims Regierung zu zeigen, ohne dass die Wiedervereinigung zum Thema würde (Kang-Schmitz 2010, S. 153–154). Ganz

besonders leicht dürfte der DDR diese diplomatische Unterstützung gefallen sein, als Nordkorea gegen die UNO-Kommission für die Wiedervereinigung Koreas Front machte. Diese im Namen Nordkoreas zu bekämpfen, entsprach laut rumänischen Beobachtern zu hundert Prozent der Interessenlage Ost-Berlins (Archive 2021, S. 114054). Auch auf dem Gebiet der diplomatischen Anerkennung des nicht-kommunistischen Landesteils des jeweils anderen kam man einander nicht in die Quere: wie von Axen gefordert, hielt sich Nordkorea hier an das Gebot der sozialistischen Solidarität und bemühte sich nicht um eine zu starke politisch-diplomatische Annäherung an die Bundesrepublik. Dies laut Ungarns Botschafter Taraba im Juli 1973 deswegen, weil die DDR sonst mit Recht die Annäherung an Seoul suchen könnte (Archive 2021, S. 116636). Das hinderte Nordkorea allerdings nicht daran, sich um starke wirtschaftliche Kontakte zu Westen Deutschlands zu bemühen. Die DDR erfuhr davon im Oktober 1973 durch den vietnamesischen Botschafter. Die DDR-Vertretung teilte darüber hinaus die ebenfalls von diesem geäußerte Einschätzung, dass Nordkorea hinsichtlich der Revolutionstendenzen in Südkorea einer Fehleinschätzung unterliege. Dortige Studentendemonstrationen fänden beim Rest der Bevölkerung keine nennenswerte Unterstützung und könnten kaum als Auftakt zu einer Revolution gegen die Park-Regierung gesehen werden (Archive 2021, 114277). Dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Nordkorea und der Bundesrepublik an Intensität zunahmen, wurde im Januar 1974 auch von der sowjetischen Botschaft bestätigt. Sechs Kraftwerke seien im Norden von Nordkorea geplant oder sogar schon im Bau (Archive 2021, S. 114278). Bei einem Besuch zweier SED-Funktionäre vom DDR-Außenministerium im September 1974 gaben ihnen die nordkoreanischen Gesprächspartner zu verstehen, wie dankbar ihr Land für den Beistand im Kampf für die koreanische Wiedervereinigung sei. Man habe aber volles Verständnis für die Position der DDR im deutschen Fall. Wirtschaftlich und historisch seien beide Fälle dermaßen unterschiedlich, dass die anders gearteten Antworten und Stoßrichtungen „vom Standpunkt einer marxistisch-leninistischen Analyse“ aus gesehen jeweils genau die richtigen seien. Nordkorea strebe eine friedliche, ideologisch unabhängige Wiedervereinigung an, die ohne ausländische Einflussnahme erfolgen müsse. Nordkorea habe versucht, mit den USA direkt zu verhandeln, was diese aber wenig überraschend abgelehnt hätten. Den südkoreanischen Vorschlag zu einem Nicht-Angriffspakt, der Südkorea als Staat anerkannt und die USA im Land offiziell geduldet hätte, hätte man selbstverständlich zurückgewiesen. Man bitte die DDR um ihre Mithilfe bei der Zurückdrängung Südkoreas aus und die Stärkung der Rolle Nordkoreas in den internationalen Institutionen wie beispielsweise der UNO oder der IAEA (!). Von alldem abgesehen, verwahre man sich gegen südkoreanische Anschuldigungen, man habe irgendetwas mit dem kürzlich erfolgten Anschlag auf Park Chung-hee bzw. mit dem Tod von dessen Frau zu tun (Archive 2021, S. 114279). Zu einer sehr direkten Frage seitens des DDR-Botschafters Everhartz an den Chef der Abteilung II des

nordkoreanischen Außenministeriums, Choe Sangmuk, kam es im Mai 1975: nach durchaus auch einen Krieg mit oder um Südkorea einkalkulierenden Worten Kim Il-sungs in Peking bat der Botschafter um Erläuterungen, wie die chinesische Seite sich dazu gestellt habe. Choe erklärte dazu, dass die VR China die drei Prinzipien der innerkoreanischen Politik Nordkoreas uneingeschränkt bejahe. Man rechne von koreanischer Seite fest damit, dass im Fall eines bewaffneten Konflikts mit dem Süden sowohl China als auch die Sowjetunion zu ihren Bündnisverträgen stehen würden, wiewohl man ebenfalls auf die Solidarität aller anderen sozialistischen Bruderstaaten rechne (Archive 2021, S. 114127). Nach wie vor übte sich die DDR-Botschaft in der Funktion des Beobachters und registrierte im September 1975, dass die Rot-Kreuz-Gespräche ein weiteres Mal ergebnislos zu Ende gegangen seien, wobei festgestellt wurde, dass die nordkoreanischen Vorschläge - so sie angenommen würden - immer eine Änderung der Machtverhältnisse zur Folge haben würden (Archive 2021, S. 114284). Erst recht kritisch wird der Kommentar im August 1976, als in Panmunjom zwei US-Soldaten durch die Äxte Nordkoreanischer Wachmannschaften den Tod finden. Trotz aller Bemühungen zur sozialistischen Solidarität gibt es Unverständnis bis hin zu unmissverständlicher Ablehnung: Die Tat zeige „völlige Unvernunft“, sei eine „Überreaktion der nordkoreanischen Diensthabenden“ und sei „wahrscheinlich in einem Gefühl fanatischen Hasses“ begründet. Es sei zwar „hochspekulativ“ zu behaupten, dass eine Seite diesen Zwischenfall geplant habe. Lediglich unter starkem Druck der übrigen sozialistischen Staaten habe sich Nordkorea aber bereitgefunden, sein Bedauern über die Angelegenheit auszudrücken und dies auch nur gegenüber dem Ausland: vor der eigenen Bevölkerung würde das - zumindest indirekte - Eingeständnis eines eigenen Fehlers nach Kräften verheimlicht (Archive 2021, S. 114291). In direkter Begegnung mit DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann im Oktober 1976 beschuldigte Kim Il-sung die „imperialistische“ Gegenseite der gezielten Provokation, da es keinen Grund gegeben habe diesen Baum, der dort 20 Jahre gestanden habe, ausgerechnet an diesem betreffenden Tag zu fällen. Es müsse sich um eine gut vorbereitete Aktion gehandelt haben, da sonst nicht die entsprechenden Filmteams vor Ort gewesen wären, wie auch die schon zwei Stunden später ohne weitere Untersuchungen erfolgte Alarmbereitschaft im gesamten Pazifik zeige, dass hier nicht spontan gehandelt worden sei. Kaum zufällig könne auch die numerische Überlegenheit der Soldaten der anderen Seite gewesen sein. Es müsse sich hier um eine Wahlkampfmaßnahme Fords gehandelt haben, die Park Chung-hee einen willkommenen Vorwand liefere, ungeliebten patriotischen Widersachern den Prozess zu machen. Die eigenen Soldaten treffe keine Schuld, da sie lediglich als gute Patrioten gehandelt hätten. Hoffmann bestätigte Kim Il-sung in seinen Aussagen: Auch er halte die Handlungsweise der koreanischen Grenztruppen für lobenswert. Kim dankte Hoffmann und der DDR für die Rückendeckung und betonte, auch Nordkorea werde der DDR in ihrem Kampf zur Seite stehen (Archive 2021, S. 114292).

Kang-Schmitz schreibt von einem Übereinkommen beim Gipfeltreffen Honeckers mit Kim Il-sung in Pjöngjang im Dezember 1977, das Wort Wiedervereinigung nicht zu verwenden (Kang-Schmitz 2010, S. 154). Sollte dieses existiert haben, so hielt dieses Honecker nicht davon ab, für Nordkoreas Vorschläge zur Lösung der Probleme auf der koreanischen Halbinsel seine Unterstützung kundzutun. Man stehe hinter der Idee, die Sicherung des Friedens dort voranzutreiben. Kim Il-sung seinerseits beachtete dieses Gebot - so es tatsächlich existiert hat - erst recht nicht, als er Honecker und der DDR für die Hilfe bei der Vereinigung des Vaterlandes dankte. Diese sehe die PdAK als ihre wichtigste Aufgabe an. Der Aufbau des Sozialismus im Norden sei hierfür nur ein Mittel zum Zweck. Ultimatives Ziel sei es, diese sozialistische Ordnung auf die gesamte Nation auszuweiten. Er verwahrte sich gegen das Konzept einer Zwei-Staaten-Lösung und verurteilte die von den USA vorgeschlagene sogenannte „Überkreuzanerkennung“, der zufolge die UdSSR Südkorea und die USA Nordkorea offiziell anerkennen könnten. Man werde im Gegenteil auf der Grundlage der bekannten drei Prinzipien weiter daran arbeiten, Park Chung-hee immer mehr zu isolieren. Kim Il-sung betonte wie schon bei anderen Gelegenheiten die Unterschiedlichkeit der Situation in Korea und Deutschland und die dadurch vorhandene „historische Notwendigkeit“ der Existenz eines eigenständigen Staates DDR. Eine enge Zusammenarbeit von DDR und Nordkorea sei nicht zuletzt aufgrund der engen Verbindung Südkoreas zur Bundesrepublik äußerst wichtig. Im Abschlusskommuniqué des Treffens bekannten sich beide Staatshäupter immerhin uneingeschränkt zur friedlichen Koexistenz beider deutscher Staaten (Archive 2021, S. 112308), obwohl laut Aussage der DDR-Botschaft in Pjöngjang die koreanischen Verhandler zu diesem Thema viel lieber geschwiegen hätten (Archive 2021, S. 114861). In der Folgezeit beobachtete die DDR-Botschaft, den Fortgang der diesbezüglichen Ereignisse und vermerkte gegenüber rumänischen Botschaftsmitarbeitern in Pjöngjang ganz offensichtlich mit einem gewissen Gefühl der Genugtuung, dass auch die offizielle Anerkennung zweier Koreas nicht mehr ewig auf sich warten lassen werde. Begründet wurde dies im März 1978 durch die vom nordkoreanischen Außenminister erwähnte Tendenz bei etlichen Staaten Asiens und Afrikas, mit beiden Teilen Koreas gedeihliche Beziehungen aufzubauen. Dem ebenfalls angekündigten nordkoreanischen Versuch, diesen Tendenzen mit allen Mitteln entgegenwirken zu wollen, billigte man unter den DDR-Diplomaten offenbar nur geringe Chancen zu (Archive 2021, S. 116484). Im Mai des Jahres 1981 erhielt eine SED-Delegation hingegen die (inoffizielle) Auskunft, dass Nordkorea den Ausbau des ökonomischen Austauschs mit der Bundesrepublik anstrebe, wobei die Aufnahme diplomatischer Beziehungen allerdings kein Thema sei (Kang-Schmitz 2010, S. 162). Ganz offensichtlich ohne jegliche Absprache mit der DDR versuchte Nordkorea auch 1983 in verstärktem Maß die spezielle Lage seiner Botschaft in Berlin für Aktivitäten im Westteil Europas, Deutschlands oder Berlins zu nutzen. Vor allem das Knüpfen

und Pflegen von Kontakten zu dort beheimateten Südkoreanern stand hier im Vordergrund. Informationen über derlei Aktivitäten der nordkoreanischen Botschaft erhielt die DDR durch das MfS (Archive 2021, S. 208248). Bei der zweiten offiziellen Begegnung der beiden Staatschefs im Mai 1984 in der DDR erklärte Kim Il-sung seinem Gegenüber vom militärischen Übergewicht des Südens, dem man unter größten Anstrengungen Paroli bieten müsse. Man bitte die DDR um Hilfe bei der Automatisierung von Produktionsabläufen, um Arbeiter einsparen zu können. Insbesondere die großen Manöver des Gegners machten eine massive militärische Mobilisierung notwendig, was bedeutende Ressourcen kostete. Ebenso wie die DDR stehe man in direkter Konfrontation mit dem „Kapitalismus“ und habe in ähnlicher Weise die unbedingte Aufgabe, die Überlegenheit des Sozialismus zu beweisen. Gelingen dies, werde man die Bevölkerung des Südens für den Sozialismus und die Vereinigung beider Landesteile gewinnen. Verhandlungen werde man ausschließlich direkt mit den USA führen. Südkorea sei keine Signatarmacht des Waffenstillstands von 1953 und habe daher kein Mitspracherecht. Im Grunde seien die USA ohnehin die bestimmende Macht hinter allem. Diese ließen aber jegliches Interesse an einer friedlichen Wiedervereinigung Koreas vermissen. Eine Tatsache, die man der Welt immer und immer wieder beweisen müsse, indem man Vorschläge für eine Wiedervereinigung zur Sprache bringe, die dann von der Gegenseite nicht angenommen würden. Der DDR und Erich Honecker gebühre großer Dank für den immer wieder gezeigten Beistand im Kampf um die Wiedervereinigung Koreas. Umgekehrt unterstütze Nordkorea die DDR in allen Bereichen in deren Kampf als westlicher Frontstaat der sozialistischen Welt, wobei zunächst keinerlei Erwähnung des deutsch-deutschen Verhältnisses erfolgte. Erst als Antwort auf die Rede Honeckers ging Kim auf diese Thematik ein, wobei diesmal ganz explizit der Begriff von zwei deutschen Nationen fiel. Alles, was Erich Honecker zu diesem Themenbereich gesagt habe, sei „völlig korrekt“ (Archive 2021, S. 113197). Honecker seinerseits informierte Kim Il-sung über die Präsenz westlicher Medien in seinem Land, die dadurch ihre „täglichen Lügen“ auch in der DDR verbreiten könnten. Sein Volk stünde allerdings fest zu Partei und Staat (Archive 2021, S. 113198). Ein greifbares Ergebnis dieses Treffens bildete die Vereinbarung der Geheimdienste beider Länder, die sich auf eine enge Zusammenarbeit zum gegenseitigem Nutzen und zum Nutzen aller sozialistischer Staaten verständigten. Im unterzeichneten Vertragswerk sicherten sich die Partner auf Basis der Konspiration gegenseitig Hilfe technischer und operativer Art zu. Für die Finanzierung der Aus- und Weiterbildung von Fachleuten im jeweils anderen Land wurde festgelegt, dass der Entsendestaat für alle Kosten aufzukommen habe (Ministerium für Staatssicherheit 1984). Kurz vor dem nächsten Wiedersehen der Staatsoberhäupter verabredeten die Armeen der DDR und Nordkoreas ebenfalls eine umfangreiche Kooperation. Eine bilaterale Arbeitsgruppe sollte regelmäßig tagen und für einen gegenseitigen Informationsaustausch sorgen. Die DDR sollte

insbesondere ihre Erkenntnisse über NATO und Bundeswehr und Nordkorea sein Wissen über Südkorea und Japan teilen. Anfang Oktober 1986 übergab Militärattaché I Material über das Manöver „Team Spirit 86“ in Südkorea. Oberst Grünberg schätzte dieses allerdings als wenig wertvoll ein (Gentkow 1986).

Beim Gipfeltreffen 1986 in Korea zollte Kim Il-sung Erich Honecker „großen persönlichen Respekt“ dafür, dass er die Bevölkerung der DDR zusammengebracht habe, um im geteilten Deutschland eine entwickelte sozialistische Gesellschaft zu etablieren. Man sei in allen Belangen auf einer Linie ohne irgendwelche wie auch immer gearteten Differenzen. Beide Staaten als Außenposten der sozialistischen Welt stünden gemeinsam gegen einen atomaren Krieg, für den Weltfrieden und für den Aufbau des Sozialismus. In Korea gingen die Dinge ebenfalls voran. Ganz besonders der Kampf der südkoreanischen Bevölkerung gegen seine Unterdrücker habe sich sehr intensiviert, während sein Staat im Norden weiter den Aufbau des Sozialismus vorantreibe (Archive 2021, S. 113200). Große Umweltzungen seien in naher Zukunft für den Süden aber trotz alledem nicht zu erwarten.

Erich Honecker lobte vor allem die Abrüstungsinitiativen Kims. Der Vorschlag, eine kernwaffenfreie Halbinsel zu schaffen, wie auch der Abzug von 150.000 nordkoreanischen Soldaten aus der DMZ seien sehr wichtige Schritte zum Abbau von Spannungen. Er unterstütze in diesem Zusammenhang die Forderung Nordkoreas nach einem Abzug der US-Truppen aus Südkorea und nach einer friedlichen Wiedervereinigung des Landes (Archive 2021, S. 110758). Kim Il-sung wiederum beteuerte, Nordkorea habe weder die Absicht noch die Mittel, den Süden anzugreifen. Um diesbezügliche Bedenken der Gegenseite zu zerstreuen, habe er angeboten Gespräche auf der Ebene beider Parlamente zu beginnen und eine Nicht-Angriffs-Erklärung zu unterzeichnen. Grundvoraussetzung sei allerdings das Ende der ständigen gemeinsamen Militärmanöver Südkoreas und der USA. Weder Südkorea noch die USA hätten sich in diesen Punkten kooperativ gezeigt. Die Verhandlungen insbesondere mit Südkorea lägen daher derzeit größtenteils auf Eis (Archive 2021, S. 110143). Der von Honecker so gelobte Abzug von 100.000 nordkoreanischen Soldaten von der innerkoreanischen Grenze wurde von DDR-Militärfachleuten weit weniger euphorisch begrüßt. Oberstleutnant Schwarz, Militärattaché der DDR in Nordkorea, bezeichnete den Abzug ganz unumwunden als „propagandistische Maßnahme“. Die Truppen wären so oder so abgezogen worden und seien in koreanischen Zeitungen schon kaum noch ein Thema (Gentkow 1986). Bei direkten Gesprächen auf höchster Ebene bleibt der Ton jedoch freundschaftlich und ohne Misstöne: Bei einem Treffen der beiden Geheimdienstchefs, Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, und dem Stellvertretenden Minister für Staatsschutz, Generaloberst Ch’oe Dwusen, im Mai 1987 sieht man den gegenseitigen Beistand als wichtigen Baustein der Friedenspolitik der beiden Staatsparteien (MfS Berlin BStU 000296 1987). Ch’oe

Dwusen wies auf die Ähnlichkeit der geopolitischen Situation hin, der sich beide Staaten gegenüberstünden. Die Konfrontation der beiden vorherrschenden gesellschaftlichen Systeme trafen hier wie dort in einem einzigen Land aufeinander. Den Sicherheitsorganen komme daher eine ganz besondere Verantwortung zu (Archive 2021, S. 208236). Nach dem Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik im September 1987 war wiederum der von Honecker so sehr betonte Friedensaspekt im Vordergrund der Konsultationen. So berichtete Generaloberst Streletz bei einem Treffen mit Kim Il-sung, dass durch diese Visite ein Beitrag geleistet worden sei, dafür zu sorgen, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehe (Streletz 1987, BStU 0149/0150). Als ZK-Mitglied Günter Schabowski im Mai 1988 von Kim Il-sung in Pjöngjang empfangen wurde, beschwor der nordkoreanische Regierungschef abermals die Gemeinsamkeiten der geopolitischen Positionen von DDR und Nordkorea und unterstrich im selben Atemzug die tiefe Freundschaft, die ihn und Erich Honecker verbinde (Archive 2021, S. 121671). Die starren Verhältnisse der Weltpolitik begannen sich gegen Ende der 1980er Jahre aber immer mehr aufzuweichen und es war diese Situation, in der Ungarn im Oktober 1988 diplomatische Beziehungen zu Südkorea aufnahm. Obwohl die Vertreter des Landes diese Handreichung über die Grenzen der Blöcke hinweg als Brückenbau im Dienst von Nordkorea zu präsentieren versuchten, sah die Kim-Regierung diesen Schritt als Verrat an. Als dieser Punkt zwischen dem nordkoreanischen Botschafter in Berlin und dem Stellvertretenden DDR-Außenminister zur Sprache kam, beeilte sich der Stellvertretende Minister zu versichern, dass die DDR keinesfalls einen solchen Schritt plane. Der nordkoreanische Botschafter nahm dies kommentarlos zur Kenntnis (Archive 2021, S. 114992). Ebenfalls zu dieser Zeit übergab der Stellvertretende Militärattaché der nordkoreanischen Botschaft in Berlin dem Direktor des Instituts für Fremdsprachenausbildung Naumburg ein mehrseitiges Dokument, in dem Nordkorea die Aufnahme zwischenstaatlicher Kontakte Ungarns mit Südkorea als Verrat bewertete (Grawunder 1989). Erich Honecker bestärkte die Kim-Regierung in dieser Haltung. In einem Interview der nordkoreanischen Zeitung Minju Choson noch im April 1989 sicherte er dem Land seine „uneingeschränkten Zustimmung“ für seine Bemühungen um eine friedlichen Vereinigung Koreas ohne äußere Einmischung zu (Kang-Schmitz 2010, S. 155).

8.4 Fazit und Thesenbewertung

Die These, dass die Existenz als Teilstaat die DDR und Nordkorea zu besonders engen Partnern werden ließ, ist nicht für alle Zeitabschnitte des Betrachtungszeitraums gleichermaßen zu beantworten. Insbesondere die Jahre bis 1960 waren von einem in beiden Staaten in ähnlicher Weise auf Einheit und Wiedervereinigung ausgerichteten Kurs geprägt. Gemeinsame oder

zumindest einander nahezu entsprechende offizielle Stellungnahmen prägten das Bild wie auch im direkten Gespräch die Hinweise auf das tiefe Verständnis für die Lage des Gegenübers. Dass man hier nicht nur rein oberflächlich vorging, sondern durchaus hin und wieder eine detaillierte Betrachtungsweise zu erkennen war, zeigt die Tatsache, dass Kim Il-sung beispielsweise auf die unterschiedliche Durchlässigkeit der beiden Demarkationslinien Bezug nahm. Gegenüber russischen Offiziellen formulierte er diesen deutschen Zustand sogar als Zielvorgabe für sein eigenes Land. Umgekehrt folgte aber zur damaligen Zeit kein weitergehender Schulterschluss beispielsweise militärischer Art wie auch der Informationsaustausch nicht das ansonsten innerhalb der sozialistischen Gemeinschaft übliche Maß überschritt. Ganz im Gegenteil: nicht selten fühlte sich die DDR-Botschaft in Pjöngjang über den Süden und das Verhältnis Nordkoreas zu ihm eher schlecht informiert und regte daher in Berlin sogar das Abonnement einer südkoreanischen Zeitung an. Eine Südkorea besuchende Gruppe von DDR Funktionären zweifelte schließlich sogar das Wissen Nordkoreas über den Süden insgesamt an. Das in den direkten Konsultationen immer wieder geäußerte Bewusstsein über die Gleichartigkeit der Lage und der hierdurch verbal erfolgte Schulterschluss mutet unter diesen Gesichtspunkten wie ein reines Lippenbekenntnis ohne tatsächliche Konsequenzen für den politischen Alltag an. Immerhin konnte die DDR Nordkorea, nachdem Nordkorea zunächst ohne weitere Konsultationen mit dem „Bruderstaat“ mit westdeutschen Firmen Kontakt aufgenommen hatte, dazu bewegen, die DDR über derlei Aktivitäten aus erster Hand zu informieren. Die DDR selbst schickte ihre Delegation allerdings ohne Wissen Nordkoreas in den Südtel des Landes.

Die beginnenden Sechzigerjahre brachten dann aus zwei Gründen ein weiteres Auseinanderdriften der beiden Staaten: Da ist zunächst die allgemeine Entfremdung, die durch die schon in den vorherigen Kapiteln beschriebene Spaltung des sozialistischen Lagers entstand. Die der UdSSR bedingungslos folgende DDR und das eher der chinesischen Seite zugewandte Nordkorea sahen auch in der nationalen Frage ihrer Länder ganz offensichtlich keinen Grund für eine enge Zusammenarbeit. Zum anderen war die Einstellung zur nationalen Frage seit 1961 keinesfalls mehr dieselbe. Die Kehrtwende der DDR von einem – zumindest in den Erklärungen offiziell vorgetragenen – Willen zur Einheit Deutschlands zu einer immer mehr auf Abgrenzung und Souveränität pochenden DDR, die außerdem einer „friedlichen Koexistenz“ das Wort redete, strapazierte das Wohlwollen Nordkoreas beträchtlich. Das unbeirrte Festhalten Nordkoreas an der bisherigen Linie von Einheit in Kombination mit einem klaren Alleinvertretungsanspruch stand in krassem Gegensatz zur neuen Stoßrichtung Ost-Berlins und es dauerte einige Monate, bis die Diplomatie selbst nach außen hin eine halbwegs versöhnliche Formulierung für die Situation fand, durch die eine wie auch immer geartete Andersartigkeit der Situation in Deutschland und in Korea angenommen wurde. Die eigene Politik – so gab Nordkorea unmissverständlich zu verstehen – sei

nach wie vor klar auf die Erringung der staatlichen Wiedervereinigung ausgerichtet. Auch die militärische Option sei hierfür ein gangbarer Weg, den man keinesfalls ausschließen wolle. Konkret koppelten sich beide Partner in dieser Phase sehr stark voneinander ab und der gegenseitige Informationsfluss reduzierte sich auf ein Minimum. Die DDR-Botschaft in Pjöngjang wurde jetzt auch in der Frage der nationalen Einheit immer weniger ein Konsultationspartner als vielmehr zu einem interessierten und sehr kritischen Beobachter der Situation. Ein ums andere Mal wurde gegenüber Berlin auf Widersprüche, Ungereimtheiten oder Fehleinschätzungen der Koreaner hingewiesen, die man in der Politik der Kim-Regierung entdeckt zu haben glaubte. Eine SED-Delegation kam 1962 zu ähnlichen Schlüssen. Diese kritisch-distanzierte Haltung wurde allerdings nicht nach außen getragen. International hielt die Solidarität. Als Nordkorea 1964 um Beistand gegenüber der südkoreanisch-japanischen Annäherung bat, war die DDR sofort an der Seite Pjöngjangs und brachte ihren Unmut über diese Entwicklung zum Ausdruck. Da dies die Zeit einer beginnenden Abnabelung Nordkoreas von China war, suchte nun vor allem die Kim-Regierung den Schulterschluss mit dem Partner im fernen Westen. Bewusst wurde hierbei die in beiden Ländern vorhandene Teilungssituation zum Anlass für eine Politik der Annäherung unter Vernachlässigung des DDR-Übervaters Sowjetunion genommen. Ohne Umschweife akzeptierte Nordkorea nun den Weg der Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik und bestand lediglich für die eigene Situation in Korea auf die Einheit. Die deutsche Antwort blieb eher vorsichtig-abwartend und die DDR-interne Berichterstattung nahm kaum von ihrer kritischen Grundhaltung Abstand. Ein gewisses Maß an Kooperation begann aber wieder, auch was die Situation als Teilstaat betraf. Diese verstärkte sich noch mehr mit dem Beginn der 1970er Jahre. Nicht nur, dass Kim Il-sung der DDR für die zehn Jahre früher erfahrene Hilfe bei der Repatriierung von in Japan lebenden Koreanern Ende der 1950er Jahre dankte, sondern auch für die zukünftige Aktivitäten in Westteil Deutschlands wurde von koreanischer Seite ein koordiniertes Vorgehen versprochen, wofür die DDR sich bereit erklärte, nicht ohne Wissen Nordkoreas mit Südkorea zu verhandeln. Obwohl insbesondere die DDR auch Grenzen bei der Wiederannäherung an Pjöngjang sah, ist für diese Zeit eine verstärkte, durchaus in der konkreten politischen Tagespolitik sichtbare, Kooperation in der Deutschland- bzw. Koreapolitik nicht zu übersehen. Ab 1971 konnte man dieser selbst in der Öffentlichkeit Nordkoreas gewahr werden, als die DDR-Botschaft in Pjöngjang eine verstärkte Berichterstattung über die Deutschlandproblematik in der nordkoreanischen Presselandschaft wahrnahm. Die Grenzen des gegenseitigen Verständnisses zeigten sich aber auch bei dieser Annäherung schon sehr bald: Je weiter die Entspannungspolitik in Deutschland vorankam, desto klarer war, dass die DDR ihre Politik der Abgrenzung jetzt auch gesetzlich und vertraglich zu verankern gedachte. Obwohl es auf der koreanischen Halbinsel ebenfalls zu Nord-Süd-Gesprächen kam, war die nordkoreanische Seite dabei zu keinem Zeitpunkt auch nur im

Mindesten bereit, den Gedanken an eine Vereinigung beider Teile des Landes aufzugeben. Für die DDR hingegen war die Anerkennung der Teilung durch die Bundesrepublik zum höchsten Ziel avanciert. Das gegenseitige Verständnis füreinander wurde so auf eine harte Probe gestellt. Hatte die DDR das Wort Wiedervereinigung aus ihrem Vokabular gestrichen und bat dementsprechend auch die Koreaner darum, dieses Thema zu meiden, so wurde in Nordkorea die Unterzeichnung des Grundlagenvertrages, der die Teilung Deutschlands für alle Zukunft zu zementieren schien, wortlos übergangen. Das Problem dieses Gegensatzes kann kaum überschätzt werden, bedenkt man, welche zentrale Rolle dieser Themenbereich für das Selbstverständnis der beiden Staaten jeweils spielte. War (und ist) für Nordkorea neben der endgültigen Etablierung des Sozialismus kimistischer Prägung im Land und der Verteidigung gegen die Feinde aus den USA und Japan doch die Wiedervereinigung der Halbinsel das große Versprechen an die Bevölkerung, für die die Kim-Regierung riesige Opfer sowie bedingungslose Loyalität fordert. Auch nur der Gedanke an ein Aufgeben dieses Zieles rüttelt an den Grundfesten der Kim-Herrschaft.

In der DDR unter dem neuen Staatschef Honecker verhielt es sich damit genau umgekehrt. Die DDR wollte unbedingt national und international als unabhängiges und souveränes Staatsgebilde anerkannt werden. Deutschland habe als Gesamtstaat 1945 aufgehört zu existieren und entstanden seien zwei völlig eigenständige, neue Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung, die nichts mehr miteinander gemein hätten. Die nordkoreanische Sicht der Dinge auch nur zu erwähnen, war hier in höchstem Maße unbequem.

Die Annäherung auf diesem Gebiet war also in eine Sackgasse geraten, die allerfeinstes Fingerspitzengefühl von beiden Seiten erforderte. Nicht zuletzt für das Gipfeltreffen beider Staatsführer konnte allerdings ein Modus Vivendi gefunden werden, der keine der beiden verärgerte, indem man übereinkam dieses Thema nicht zu erwähnen, bzw. zumindest einige Vokabeln wie „Wiedervereinigung“ etc. in Gegenwart des anderen nicht in den Mund zu nehmen. Eine durchaus erfolgreiche Taktik – wiederum flankiert von Bemerkungen, wie andersartig doch die Situation des jeweils anderen sei. Auf dieser Grundlage konnte bei der letzten Begegnung im Jahre 1986 selbst Erich Honecker seinem Gesprächspartner seine Unterstützung für dessen Streben nach Einheit der Nation zusagen und Kim Il-sung seinerseits war in der Lage, Honecker wiederholt zuzusichern, dass es keinerlei Differenzen zwischen beiden Staatsmännern gäbe auch und gerade in der Deutschlandpolitik – sei doch die Situation in Deutschland und Korea so gänzlich unterschiedlich.

Dadurch, dass die Einigung zweier eigentlich unvereinbarer Konzepte gelungen war, waren die Begegnungen auf höchster Partei- und Staatsebene für die letzten eineinhalb Jahrzehnte unseres Betrachtungszeitraums geprägt von gegenseitiger Loyalität und Zusammenarbeit, wie wohl diese allerdings in der konkreten Politik nur in bedingter Weise ihren Niederschlag fanden: Wollte sich

die DDR ihren Traum von allgemeiner internationaler Anerkennung nicht dadurch verbauen, dass man auf nordkoreanische Befindlichkeiten Rücksicht nehmend, Gemeinschaften mit südkoreanischer Beteiligung die Mitarbeit verweigerte, so knüpfte Nordkorea auch weiterhin wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Firmen bzw. Politikern der Bundesrepublik. Eine auf den so nahen Klassenfeind bezogene militärische Zusammenarbeit beider Streitkräfte wurde zwar vereinbart und teilweise vollzogen, von NVA-Offizieren allerdings als im Wert eher ernüchternd eingestuft.

Einen wichtigen Vorteil für beide Beteiligten gab es aber zu jeder Zeit während der gesamten 40 Jahre, gleichgültig, ob das diplomatische Klima gut oder unterkühlt, ob die gegenseitige Loyalität stark oder weniger stark ausgeprägt schien: keiner der beiden Staaten eröffnete je eine Botschaft im jeweils anderen Teilstaat. Weder tat dies die DDR in Südkorea noch Pjöngjang in der Bundesrepublik. Von aller gegenseitiger Unterstützung in Bezug auf die Teilstaatlichkeit war diese Geste möglicherweise die bedeutendste und gleichzeitig sichtbarste für alle Welt, zeigte sie doch die Anerkennung des Alleinvertretungsanspruchs bzw. als die DDR der Zweistaatlichkeit das Wort zu reden begann, eine ganz klare Positionierung, welcher der beiden deutschen Staaten Nordkorea näher liege.

Auf die These zu diesem Kapitel bezogen kann man zusammenfassend folgendes festhalten: Die Zusammenarbeit bzw. die Enge des Verhältnisses in den verschiedenen Zeitabschnitten der Epoche war weniger von der besonderen Situation, in der sich beide Staaten befanden, bestimmt als vielmehr vom sonstigen internationalen Umfeld. Dies traf zu, obwohl bei direkten Begegnungen gerne – insbesondere von den höheren Repräsentanten der beiden Partner – auf die Gemeinsamkeit der ähnlichen Lage hingewiesen wurde. Bis auf wenige Ausnahmen, schlug sich dies kaum in der konkreten Politik nieder. Die Idee des Lernens vom jeweils anderen wurde zwar hin- und wieder besonders von Nordkorea bemüht, es blieb aber in der Mehrheit der Fälle bei Lippenbekenntnissen. Denkbare Kooperationen wie beispielsweise gemeinsame Manöver der Streitkräfte fanden nicht statt, wenn es auch insbesondere gegen Ende des Betrachtungszeitraums zu einigen Begegnungen von Militärs und auch von Geheimdienstmitarbeitern kam. Ganz besonders schwierig machte die Zusammenarbeit der Schwenk der DDR in ihrer Deutschlandpolitik. Sie stellte beide Beteiligten vor eine echte Herausforderung, der man mit diplomatischer Kreativität begegnete, um sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre schließlich auf dem jeweiligen Weg wiederum moralisch den Rücken zu stärken. Die stärkste konkrete Unterstützungsmaßnahme war möglicherweise die Tatsache der diplomatischen Anerkennung bei gleichzeitiger Nicht-Anerkennung des anderen Teilstaates im Süden bzw. Westen. Noch kürzer zusammengefasst lag die Bedeutung der so ähnlichen geopolitischen Situation vor allem in der

hohen Diplomatie und in zahlreichen Lippenbekenntnissen. Greifbare Kooperationsbereitschaft zum wechselseitigen Vorteil auf diesem Sektor sucht man ansonsten eher vergeblich.

9 Wirtschaft zum Nutzen beider

Die Wirtschaft der beiden Länder musste sich in der zweiten Hälfte der 1940er jeweils neu formieren. Deutschland war durch den Zweiten Weltkrieg stark zerstört und die Ostzone durch das Eintreiben von Reparationen für die Sowjetunion weiterer Infrastruktur beraubt worden. Während in den Westzonen mit Einführung der Deutschen Mark als neuem Zahlungsmittel, dem Grundgesetz als juristischer Basis und amerikanischen Finanzhilfen des „Marschallplans“, sich das freie Unternehmertum mit den welthöchsten Wachstumsraten entfaltete, war die DDR hier von vornherein in allen Belangen auf den zweiten Platz verdrängt. Zeit ihres Daseins sollte die wirtschaftliche Zielsetzung der DDR hiervon bestimmt werden. Das Ein- bzw. Überholen der Bundesrepublik wurde zur DNA der ostdeutschen Planwirtschaft. Die strukturellen Traditionen beider Teile Deutschlands glichen einander weitgehend: Knowhow und verarbeitendes Gewerbe in Maschinenbau und Technik gab es hier wie dort. Die Rohstoffbasis beschränkte sich in beiden Teilen vor allem hingegen auf große Mengen Kohle: Braunkohle im Osten und Steinkohle im Westen. Die Wirtschaft Koreas hatte zunächst zwar keine Kriegsschäden zu verkraften, musste sich aber mit viel stärkeren strukturellen Auswirkungen der Teilung auseinandersetzen. Der landwirtschaftlich geprägte Süden würde dem industriell geprägten Norden mit immer stärkerer Trennung keine Lebensmittel mehr liefern und spätestens nach dem Korea-Krieg waren die Führungskräfte der japanischen Kolonialzeit – und damit auch ihr Wissen – entweder im Süden oder in Japan. Was blieb, war ein an Rohstoffen sehr reicher und von beträchtlicher industrieller Infrastruktur geprägter Landesteil, der zwischen 1950 und 1953 durch die US-Flächenbombardements des Korea-Krieges wie auch durch die übrigen Kriegshandlungen ebenfalls entsetzliche Zerstörungen verkraften musste. Der Ersatz der in den Süden abhanden gekommenen Fachkräfte durch Helfer aus der DDR und deren Maschinen, um die industrielle Basis wieder aufzubauen, und die Bezahlung dieser Leistungen durch beim deutschen Partner so dringend benötigte Rohstoffe schien die logische Folge und die Grundlage für eine für beide Seiten gedeihliche Kooperation.

9.1 Hilfe bei Krieg und Aufbau bis Ende der 1950er

Die zu erwartende Unterstützung der DDR für Nordkorea erfolgte dann auch tatsächlich. Zunächst in Form von Geld und Waren. Was auf sich warten ließ, waren die Rohstofflieferungen in die entgegengesetzte westliche Richtung: bis 1954 gab es derer gar keine - was durch die Einwirkungen des Krieges sicherlich eine plausible Erklärung fand - und auch die Lieferungen im Jahre 1955 blieben mit einem Wert von 460.000 Mark noch verschwindend gering (Kang-Schmitz

2010, S. 26). Noch während des Krieges unternahm man immerhin einen ersten Versuch, dem gegenseitigen Austausch eine vertragliche Grundlage zu geben und schloss im Juni 1952 einen bilateralen Vertrag über Waren- und Zahlungsverkehr (Frank 1996, S. 9). Was diesem folgte, waren nicht nur vier „Hilfsabkommen“ (1952/53) sondern auch ein Abkommen über Warenlieferungen für 1954 - 56 (Oktober 1953) und ein weiteres über die Finanzierung nicht-kommerzieller Ausgaben (Dezember 1954) (Frank 1996, S. 115). Im Januar 1955 wurde dann ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit geschlossen (Kang-Schmitz 2010, S. 135). Als Hauptgebiete dieser Kooperation wurden 1956 festgelegt: Wiederaufbau von Bergbau- und Hüttenbetrieben und hier insbesondere für schwere Maschinen, Schachtanlagen, Walzstraßen und die Erzaufbereitung sowie die Unterstützung bei der Wiederinbetriebnahme von chemischen Anlagen. In der Zeit von 1955 bis 1963 wurden in diesem Rahmen insgesamt 125 Beschlüsse gefasst. 110 Beschlüsse wurden zugunsten Nordkoreas getroffen, während die Zahl der die DDR favorisierenden Entscheidungen sich lediglich auf 15 belief. Dazu ist allerdings anzumerken, dass die deutsche Seite oft überhaupt keine Anträge einreichte (Kang-Schmitz 2010, S. 136). Im Dezember folgten weitere Abkommen zu den Themen Post- und Paket- sowie Fernmeldeverkehr. 1955 bis 1962 schloss man dann jedes Jahr eine weitere Vereinbarung über Waren- und Zahlungsverkehr (Frank 1996, S. 115 – 116). 1955 war auch das Jahr, in dem erstmals ein erster wirklicher Austausch von Gütern stattfand. Ein Novum. Bis 1954 hatte es sich um reine Wirtschaftshilfe der DDR an Nordkorea gehandelt, für die von koreanischer Seite keinerlei Gegenleistung erfolgt war (Frank 1996, S. 12–13). Es gibt allerdings Autoren, die davon sprechen, dass die DDR im Gegenzug für diese Hilfen mit einem massiven Erlass von Reparationsleistungen durch die Sowjetunion und Polen belohnt wurde (Frank 1996, S. 6). Zwecks Koordinierung der deutschen Hilfsleistungen wurde bereits am 9. September 1950, also nur wenige Wochen nach dem Ausbruch des Korea-Krieges, ein „Korea-Hilfsausschuss“ gegründet, dessen Hauptaufgabe es war, in der DDR, Geld- und Sachspenden für den „Bruderstaat“ zu sammeln und anschließend deren Lieferung nach Fernost zu organisieren. So wurde beispielsweise in einigen Betrieben veranlasst, dass die Arbeiter Sonderschichten leisteten, um den erbrachten Mehrwert nach Korea zu schicken. Vor allem LKW oder landwirtschaftliche Maschinen konnten so der koreanischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden (Kang-Schmitz 2010, S. 130). Der in der DDR für Nordkorea gebildete Hilfsausschuss sammelte Spenden in Form von Geld (23 Millionen Deutsche Mark) und Sachspenden im Wert von 13 Millionen Deutsche Mark wie Medikamente, ärztliche Geräte, Textilien, Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Spielwaren, Musikinstrumente, Möbel, Fotoapparate, sonstige Maschinen, Krankenwagen, LKW, Kühlwagen, landwirtschaftliche Geräte und Maschinen (Frank 1996, S. 7–8). U.a. mittels dieser Hilfsleistungen konnten in Korea Schulen, Kindergärten und medizinische Einrichtungen gebaut werden (Kang-

Schmitz 2010, S. 131). Die Arbeit des Hilfsausschusses stand dabei die gesamte Zeit unter ständiger Kontrolle der SED (Frank 1996, S. 7). Die Hilfsleistungen der DDR hatten international gesehen ein durchaus beträchtliches Ausmaß. Der rumänische Botschafter in Nordkorea bezeichnete sie 1954 als „die größten“ und „signifikant im Vergleich mit anderen Ländern (Archive 2021, S. 115539).“ In einer Rede vor der Volksversammlung im Dezember 1953 strich Kim Il-sung die versprochene großzügige Unterstützung der befreundeten Länder für den nordkoreanischen Wiederaufbau heraus und bezifferte diese im Fall der DDR auf mehrere zehn Millionen Rubel an Sachwerten. Dabei führte er vor allem die beabsichtigte Lieferung von Fabriken zur Produktion von Dieselmotoren, von Elektrogeräten sowie einer Druckerpresse an. All dies sei bis 1956 zugesagt (Archive 2021, S. 114962). Tatsächlich wurde die Hilfe bis 1955 sogar noch aufgestockt und auch dafür zunächst keinerlei Gegenleistung gefordert (Archive 2021, S. 116326). Langfristig gesehen konnte sich die Regierung von Nordkorea über eine große Menge von Hilfen aus der DDR freuen: in den zehn Jahren zwischen 1953 und 1962 leisteten die Deutschen unentgeltliche Unterstützung im Wert von 495 Millionen Rubel, womit sie als drittgrößter Geberstaat ein Neuntel aller derartigen Lieferungen beisteuerten (Kang-Schmitz 2010, S. 62). Dass sogar ganze Schiffe ihren Weg nach Nordkorea fanden, davon konnten sich 1956 die deutschen Mitglieder einer international gemischten Gruppe von Diplomaten im Hafen von Wönsan überzeugen. Völlig unverhofft trafen diese dort auf einen im Jahr zuvor in Stralsund fertiggestellten Trawler (Archive 2021, S. 112735). Der größte Teil aller Hilfsmaßnahmen im Wert von 350 Millionen Rubel wurde in der ersten Hälfte der 1950er Jahre bereitgestellt, woraufhin sich ein Mitglied der DDR-Vertretung in Pjöngjang veranlasst sah, anzumerken, dass Nordkorea für solch großzügige Lieferungen gar keine Verwendung habe. Das Land sei weder in der Lage, das für deren Nutzung erforderliche Personal noch das dafür nötige Material bereitzustellen (Archive 2021, S. 111726). Kim Il-sung war sich ganz offensichtlich bewusst, dass die Zeit großzügiger Geschenke - egal, ob Nordkorea diese nun komplett ausschöpfen konnte oder nicht - nicht ewig anhalten würde. Schon 1954 machte er Botschafter Fischer auf die hohe Qualität der Buntmetallvorkommen in Nordkorea aufmerksam, von deren Ausbeutung auch die DDR profitieren könne (Kang-Schmitz 2010, S. 82). Eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet war zweifelsohne in jeder Hinsicht logisch, verfügte die DDR doch nicht nur über die zum Bergbau nötigen Maschinen, die Nordkorea nicht besaß, sondern auch über das technische Wissen, wie derartige Maschinen einzusetzen seien. Neben dem Gerät hatte die koreanische Seite also ein großes Interesse an dem Transfer von Knowhow, der auch im weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Beziehungen immer eine herausragende Rolle spielen sollte (Kang-Schmitz 2010, S. 123). Allein die Ausbildung von nordkoreanischen Fachkräften ließ sich die DDR zwischen 1950 und 1962 etwa 37 Millionen Rubel kosten: 286 Studenten wurden während dieser Jahre durch Einrichtungen der DDR geschult und ganze 600 Waisenkinder

erfuhren damals von ostdeutscher Seite eine Ausbildung (Kang-Schmitz 2010, S. 128). Die DDR war also durchaus bereit zu liefern, was Nordkorea wünschte und benötigte; das Interesse dafür aber auch Gegenleistungen zu erhalten, wuchs indessen (Kang-Schmitz 2010, S. 82). Ein erstes Abkommen über einen Warenaustausch im eigentlichen Sinn schlossen die DDR und Nordkorea im März 1955. Geplant wurde eine ausgeglichene Handelsbilanz in der Höhe von 15,75 Millionen Mark, wobei Nordkorea für deutsche Maschinen und technische Anlagen mit Rohstoffen bezahlen wollte (Kang-Schmitz 2010, S. 84). Die Übereinkunft, Ware gegen Ware zu tauschen, entsprach dem Clearing-System als gängiger Methode gegenseitiger Belieferung zwischen sozialistischen Staaten (Frank 1996, S. 11). Ein System, das allerdings auf die Zuverlässigkeit beider Partner angewiesen war. Blieben Waren von einer Seite aus, wurden keine Kompensationen gezahlt. Es blieb lediglich die Hoffnung, dass bei zukünftigen Geschäften vielleicht ein Importüberschuss die Bilanz wieder ausgleichen könnte (Frank 1996, S. 16). Ein weiteres Problem dieses Systems war die Bewertung der einzelnen Güter, da es in der Zentralverwaltungswirtschaft keinen freien Markt gab, der diese Aufgabe übernahm. Die DDR wollte sich unbedingt an den Weltmarktpreisen und so durch die Hintertür doch an der „kapitalistischen“ freien Preisgestaltung orientieren. Nordkorea war damit allerdings nicht einverstanden und bestand darauf, die Preise des „sozialistischen Marktes“ als Basis zu nehmen, da man diese Regelung auch mit der Sowjetunion getroffen habe und man daher mit allen Handelspartnern dabei bleiben müsse. Beide Seiten wussten, dass die jeweils präferierte Berechnungsgrundlage vor allem für die jeweils eigenen Güter eine bessere Bewertung bringen würde, was schließlich einen Kompromiss nötig machte: man einigte sich offiziell auf den „sozialistischen Marktpreis“, verabredete aber, später doch den Weltmarktpreis zu Grunde zu legen (Kang-Schmitz 2010, S. 84). Spielraum für harte Verhandlungen hatte die DDR ohnehin erst ab 1955. Bis 1954 stand die DDR auch nach sozialistischer Lesart noch ganz offiziell unter der Oberhoheit der UdSSR und musste jeder Vorgabe aus Moskau Folge leisten. Dass die Sowjetunion die DDR angewiesen hatte, Nordkorea Hilfe zukommen zu lassen, war Kim Il-sung bekannt und stärkte seine Verhandlungsposition enorm (Frank 1996, S. 16). Noch im Herbst 1953 hatte eine koreanische Delegation der DDR ganz unverblümt zu verstehen gegeben, dass die versprochenen deutschen Hilfen schnell zu erfolgen hätten. Darüber hinaus hatten die Koreaner indirekt eine Erweiterung des Warenvolumens gefordert, indem sie auf zugesagte erhöhte Kontingente seitens der Sowjetunion und Chinas hinwiesen (Frank 1996, S. 18). Nordkorea überspannte hier den Bogen allerdings etwas. Die DDR war nicht dermaßen eingeschränkt in ihrer Entscheidungsfreiheit, dass sie sich in alles fügen musste. Walter Ulbricht entschied im September 1953, dass man von zehn Werken, die die Koreaner gerne haben wollten, nur drei bauen werde (Frank 1996, S. 19). Ab 1955 fanden dann die Verhandlungen mehr auf Augenhöhe statt. Die Erfüllung der Lieferverträge wurde jetzt zum entscheidenden Faktor der wirtschaftlichen

Beziehungen beider Länder. Nordkorea sollte sich hier langfristig als weit weniger verlässlich erweisen als die DDR. Bis 1989 baute sich ein erheblicher Lieferüberhang von West nach Ost auf, der durch keinerlei Gegenleistung abgegolten wurde (Kang-Schmitz 2010, S. 26). Dass nordkoreanische Gegenlieferungen nicht im gewünschten Ausmaß erfolgten, beklagten schon sehr früh auch andere „Bruderstaaten“ wie beispielsweise Ungarn. Victor Florescu von der rumänischen Botschaft in Pjöngjang meldete seiner Regierung in Bukarest, dass Nordkorea sich sehr oft nicht an die versprochenen Liefermengen halte, wobei er den Nachbarstaat Ungarn als Beispiel anführte, der vergeblich auf ihm versprochene Güter aus Fernost warte (Archive 2021, S. 115539). Im Dezember 1955 führte die DDR und namentlich Ministerpräsident Otto Grotewohl genau diese Unzuverlässigkeit der koreanischen Seite ins Feld, um die Verringerung der Hilfslieferungen zu begründen. Er sähe wohl den dringenden Bedarf Nordkoreas, müsse aber darauf hinweisen, dass eine Unterversorgung mit Rohstoffen den Ausstoß der Fabriken der DDR verringere. Mehr Kupfer und anderes Rohmaterial aus Korea könnten diesen Missstand beheben und zu mehr Exporten nach Nordkorea genutzt werden. Kim Il-sungs Antwort fiel nicht sehr kooperationswillig aus. Vielmehr wies er auf Schwierigkeiten in den nordkoreanischen Minen hin, die Lieferungen in die DDR derzeit unmöglich machten. Weitere Maschinen aus der DDR würden gebraucht, deren Ankunft Grotewohl für das nächste Jahr dann auch tatsächlich zusagte (Archive 2021, S. 120780). Dass die DDR Maschinen für die Wiederinstandsetzung von nordkoreanischen Minen beigesteuert hat, bestätigte im August 1957 die sowjetische Botschaft. Erhaltene Werkzeuge aus der Vorkriegszeit seien durch UdSSR und DDR ergänzt worden (Archive 2021, S. 115656). Bei Vorgesprächen zum Besuch Kim Il-sungs in Osteuropa 1956 gab der nordkoreanische Botschafter in Moskau gegenüber der UdSSR ganz unmissverständlich zu verstehen, dass Kim Il-sung in seiner Reise eine Geste der Solidarität im Gegenzug für die erhaltene Hilfe sehe und für die Zukunft eine Erhöhung des Handelsvolumens anstrebe (Archive 2021, S. 111641). Ein Zeichen der Dankbarkeit kam zu diesem Zeitpunkt ganz offensichtlich nicht zu früh, denn der DDR-Botschafter in Pjöngjang, Richard Fischer, äußerte gegenüber seinem Außenminister schon ziemlich unverhohlen sein Unbehagen über die von Nordkorea an den Tag gelegte Haltung: „Die koreanischen Freunde sind der Meinung, dass die DDR eines der reichsten Länder des Friedens ist...“ (Frank 1996, S. 17). Wie stark das Ungleichgewicht der jeweiligen Export- bzw. Importmengen bis in die Mitte der 1960er Jahre war, ist aus der unten abgedruckten Statistik ersichtlich. In keinem einzigen Jahr erreichte der Wert der Lieferungen von Ost nach West den der gesendeten Waren in der Gegenrichtung. Lediglich 1960 ergab sich annähernd ein Gleichgewicht, als die DDR ihr Ausfuhrvolumen stark herabgesetzt hatte. Immerhin belegt die Statistik, dass die DDR ab Mitte der 1950er Jahre überhaupt Gegenleistungen aus Nordkorea erhielt. Bis 1955 handelte es sich um reine Geschenke. Nicht weniger wichtig als das Volumen ist aber die Qualität der Güter. Diese

entsprach bei den koreanischen Sendungen nur selten den Vorstellungen der DDR, was naturgemäß zu weiteren Unstimmigkeiten führte (Frank 1996, S. 13).

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über den Außenhandel beider Staaten von 1953 bis 1964 in Millionen Valuta-Mark:

Jahr	Export in die DVRK	Import aus der DVRK
1953	29,88	-
1954	49,18	-
1955	31,98	0,46
1956	34,90	7,04
1957	28,59	10,63
1958	23,17	11,96
1959	35,13	23,20
1960	19,88	19,28
1961	17,00	13,69
1962	21,60	17,7
1963	15,30	11,7
1964	10,80	8,90

*Tabelle 1: Der Außenhandel zwischen DDR und DVRK von 1953 bis 1964
(in Millionen Valuta-Mark)⁴⁸*

Tabelle 1: Bilateral Handel zwischen Nordkorea und der DDR 1953-1964

Quelle: Frank 1996, S. 14

Die Visite Kim Il-sungs bei den „Bruderländern“ im Juli 1956 führte ihn außer nach Berlin noch zu einer Menge anderer befreundeter Staaten in Asien und Europa und dauerte geschlagene sieben Wochen (!) (Archive 2021, S. 121979). Wenn sich der Chef eines Staates dermaßen viel Zeit nimmt, muss hier eine Staatsangelegenheit ersten Ranges vorgelegen haben. Es besteht somit kein Zweifel, dass die gewährten Hilfen von überragender Bedeutung für Nordkorea waren und dass somit die DDR als größter Geber nach den beiden sozialistischen Großmächten einen erheblichen Beitrag zum Wiederaufbau von Kims Nordkorea leistete. Sowohl die Zusammensetzung der begleitenden Delegationsmitglieder als auch das Besuchsprogramm mit seinen Schwerpunkten Wirtschaft und Technik zeigt, dass hier auch für die weitere Zukunft der Schwerpunkt der Beziehungen liegen sollte (Kang-Schmitz 2010, S. 124). Dabei hatte die Kim-Delegation durchaus sehr konkrete Vorstellungen, was sie wollte. So wünschte sie, die Hilfen in der näheren Zukunft nicht mehr so sehr im Bereich der Schwerindustrie, sondern in Form von Textilien. Die bereits produzierten Maschinenteile für eine Dieselmotorenfabrik nehme man zwar ebenfalls noch gerne ab, dringend sei aber jetzt die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidung. Man wünsche diese und darüber hinaus Langzeitkredite für die Abnahme weiterer größerer Mengen in diesem Bereich. Außerdem äußerte die Kim-Delegation den Wunsch nach Expertise zur Wiedererrichtung einer Textilfabrik

in Hamhŭng, der Stadt, die ohnehin von deutscher Seite die maximale Unterstützung erfuhr, Knowhow und technische Hilfe im Bergbau sowie wiederum Langzeitkredite, die langfristig durch die Ausbeutung der Minen beglichen werden könnten. Anstatt konkrete Zusagen zu machen, spielten die DDR-Führenden aber auf Zeit. Sie baten die Koreaner zunächst, alle Anliegen schriftlich auszuformulieren (Archive 2021, S. 112731). Die DDR-Regierung hatte zu dieser Zeit schon etwas mehr Spielraum von den Sowjets bekommen, die Anweisung gegeben hatte, dass man den Koreanern nicht beim Aufbau einer autarken Wirtschaft helfen, sondern diese vielmehr in die auf internationale Verflechtung angelegte Gemeinschaft der Staaten des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) holen solle. Erst wenn Kim Il-song hierzu bereit sei, sei Wiederaufbauhilfe zu gewähren (Kang-Schmitz 2010, S. 124). In einer Sitzung des Politbüros am 12. Juni 1956 wurde dementsprechend ein Teil der Forderungen abschlägig beschieden. Erfolgreich waren die Koreaner bei ihren Bitten um technische Unterstützung und der Hilfe beim Aufbau einer Textilindustrie (Frank 1996, S. 19). Insbesondere letzteres Vorhaben wurde schon bald zielstrebig in Angriff genommen. Schon im April 1957 wurden Lieferungen von Produktionsmitteln zu diesem Zweck vereinbart, die ab 1958 übergeben werden sollten (Archive 2021, S. 115599), und im Oktober 1957 reiste koreanisches Fachpersonal in die DDR (und auch in die Sowjetunion), um sich weiteres Fachwissen anzueignen und die Produktionsabläufe in jeder Hinsicht abzusichern (Archive 2021, S. 115933) (Archive 2021, S. 115951). Ebenfalls genehmigt wurde ein langfristiger Kredit über 50 Millionen Rubel allerdings verbunden mit der Empfehlung, diesen bis 1961 für Importe aus den RGW-Staaten zu nutzen, was wiederum in Zusammenhang mit allgemeiner RGW-Hilfe für Nordkorea zu sehen sei (Archive 2021, S. 112732). Ablehnend verhielt sich die DDR auch, als die koreanische Seite in die Abschlusserklärung aufnehmen wollte, dass das koreanische Volk dankbar sei, dass das deutsche Volk „weiterhin“ dem koreanischen Volk beim Aufbau helfen werde. Diese Formulierung setzte den Hilfslieferungen keinerlei Begrenzung und erschien den deutschen Verhandlern daher unannehmbar. Sie fand schließlich auch nicht Eingang in die offizielle Erklärung (Kang-Schmitz 2010, S. 127). Gleichzeitig wandte sich die DDR-Führung an den RGW und unterrichtete diesen über die gewährten Hilfen - verbunden mit der Aussage, dass darüberhinausgehende Unterstützung die Möglichkeiten der DDR überstiegen (Archive 2021, S. 112732). Zwei Monate nach dem Staatsbesuch unternahm Kim Il-sung einen weiteren Versuch, mehr Mittel aus der DDR zu generieren: In einem Brief an Ministerpräsident Grotewohl drängte er auf eine Erhöhung der Menge und mahnte gleichzeitig in aller Direktheit eine baldige Durchführung der versprochenen Lieferungen an. Nebenbei versuchte er Grotewohls Zustimmung für die Idee zu erreichen, bei der DDR-Aufbauhilfe in Hamhŭng nicht genutzte Mittel für die Errichtung eines metallurgischen Werkes anderswo zu nutzen (Frank 1996, S. 20). Grundsätzlich war auch die DDR an einer Zusammenarbeit interessiert, solange diese zum

beiderseitigen Nutzen gereichte. Im September 1957 versprach sie umfangreiche Unterstützung beim Aufbau einer chemischen Industrie in Nordkorea. Sowohl Gerät als auch Wissen aus der DDR sollte in Nordkorea Anwendung finden. Sogar 25 koreanische Facharbeiter sollten in der DDR eine zweijährige Weiterbildung erhalten. Allerdings musste sich Nordkorea dafür seinerseits bereiterklären, im Gegenzug Güter in die DDR zu exportieren (Archive 2021, S. 115952). Wie aus der oben abgebildeten Statistik ersichtlich ist, wuchs in dieser Zeit der Wert der nordkoreanischen Lieferungen in die DDR auch tatsächlich an (Abbildung 1). So importierte die DDR im Januar 1959 beispielsweise erstmals Reis aus Kim Il-sungs Agrarbetrieben (Frank 1996, S. 112). Betrachtet man die nominalen Werte insgesamt (und lässt deutsche Beschwerden über Qualitätsmängel außer Acht), so ergibt sich für die zweite Hälfte der 1950er Jahre ein Anstieg koreanischer Exporte und eine Verringerung des koreanischen Handelsbilanzdefizites (s.o.). Die DDR-Forderungen fanden also bis zum gewissen Maße Gehör. Da aber mit Ausnahme von 1960 nie auch nur annähernd ein wirkliches Gleichgewicht zu erzielen war, reduzierte die DDR in den 1960er Jahren zusehends ihre Liefermengen, um die eigenen chronischen Exportüberschüsse zumindest einzudämmen - was auch gelang (Frank 1996, S. 14–15).

9.2 DDR-Ingenieure auf Bruderhilfe

Nach dem Korea-Krieg wurde Hamhŭng (bzw. bis 1960 die Doppelstadt Hamhŭng-Hŭngnam) mit DDR-Hilfe wiederaufgebaut. Bei Hamhŭng handelt es sich um die drittgrößte Stadt des Landes und die größte Stadt an der Ostküste. Seit der japanischen Kolonialzeit ist sie ein Zentrum der chemischen Industrie und hat heute mit 91,6% den vierthöchsten Verstädterungsgrad in Nordkorea. Seine geographische Lage, zwei Flüsse als Energieressource sowie lokale Bodenschätze begünstigten schon damals ihren Ausbau zur Industriestadt (Dormels 2014, S. 333–334). Das von den Japanern in derlei Industriegebieten gezielt qualifizierte Personal im ansonsten bewusst rückständig gehaltenen Korea floh während der zweiten Hälfte der 1940er Jahre vor massiver kommunistischer Verfolgung nach Süden (Frank 1996, S. 5). War hierdurch das meiste Wissen verloren gegangen, so sorgte der Korea-Krieg für die Zerstörung der materiellen Basis des Standortes. 80-90% der Gebäude Hamhungs fiel US-Luftangriffen und anderer Kriegseinwirkung bis 1953 zum Opfer (Dormels 2014, S. 335). Die Stadt befand sich also in einer Lage, wie sie schlechter kaum sein konnte. Andere Städte waren meist nicht minder schwer beeinträchtigt. Das Ministerkabinett Nordkoreas fasste daher im März 1954 den Beschluss Nr. 42 über den Aufbau von sechs zerstörten Städten, unter anderem von Hamhŭng (Frank 1996, S. 25). Die Hilfe der anderen kommunistischen Staaten war hierbei fest eingeplant und verteilte sich folgendermaßen auf (in den Klammern die geplante Dauer der ausländischen Hilfe):

- Pjöngjang: Ungarn, Bulgarien (1954-1957)
 - Hamhüng: DDR (1955-1964)
 - Sunch'ön: Rumänien (1958-)
 - Wönsan: Polen (1954-1966)
 - Tökch'ön: Tschechoslowakai (1954-1956)
- (Dormels 2014, S. 335)

Eine Schlüsselrolle, was das Engagement der DDR in Korea betrifft, dürfte Ministerpräsident Grotewohl gespielt haben. Scheinbar ganz aus freien Stücken bot er im Sommer 1954 Kim Il-sung den Aufbau einer ganzen Stadt an und spielte damit dem koreanischen Beschluss vom März in die Karten. In einem Schreiben vom Juni 1954 nahm Kim Il-sung Grotewohls Anerbieten ohne Umschweife an und teilte ihm mit, dass die DDR sich in Hamhüng engagieren möge. Im darauffolgenden Monat Juli fasste das DDR-Politbüro auf Vorschlag Otto Grotewohls den Beschluss, „Hilfe für den Aufbau einer Stadt in Korea“ zu leisten (Frank 1996, S. 23–24). Dass die koreanische Seite die feste Vorstellung hatte, dass die Hilfe nur möglichst wenig auf koreanische Mittel zurückgreifen sollte, bekam Botschafter Fischer schon wenige Wochen später von Vize-Außenminister Pak Chang-ok zu verstehen. Einige befreundete Länder hätten sich verpflichtet, selbst für ihre Spezialisten zu sorgen, lautete die indirekte Aufforderung, dass die DDR sich ebenfalls selbst um ihr Personal kümmern solle, was Verpflegung etc. anbetraf (Kang-Schmitz 2010, S. 248–249). Dabei waren die veranschlagten Finanzmittel der DDR für dieses Vorhaben durchaus auch so schon beträchtlich: zwischen 540 und 570 Millionen Rubel rechnete man auf deutscher Seite als Gesamtbudget; allein 1955 schon 52,4 Millionen und danach etwa 35 Millionen jedes weitere Jahr von 1956 bis 1964 (Frank 1996, S. 21–26). Die Aufgabe war enorm und reichte von der Stadtplanung bis zur Bereitstellung der technischen Ausrüstung der Baustoffbetriebe, von der Erstellung des Straßennetzes über den Bau von 5.236 Wohneinheiten bis hin zur Errichtung der kommunalen Einrichtungen wie Krankenhaus, Wasserwerk, Kindergärten, Schulen oder Sportstätten. Hinzu kamen Wirtschaftsbetriebe wie eine Ziegelei, eine Möbelfabrik samt Sägewerk und Tischlerei und ein Zementwerk. Zur Organisation dieser Mammutaufgabe wurde in Berlin im März 1955 ein „Baustab Korea“ gegründet, der nebenbei darauf zu achten hatte, dass möglichst viele Maschinen nicht vor Ort sondern in der DDR gefertigt würden (Kang-Schmitz 2010, S. 249–250). Vor Ort waren die deutschen Fachspezialisten unter dem Titel „Deutsche Arbeitsgruppe“ zusammengefasst. Otto Grotewohl blieb seiner Linie eines starken persönlichen Engagements treu: So reiste er persönlich im Dezember 1955 nach Hamhüng, um dort eine Rede zu halten, in der er seine Rolle bei diesem Projekt laut Redemanuskript ausdrücklich betonte (Frank 1996, S. 24). Die „Deutsche Arbeitsgruppe“ leitete unter koreanischer Gesamtverantwortung die koreanischen

Mitarbeiter bei Planung und Ausführung an, half bei Bestellung, Übernahme und Einsatz von Maschinen, Material und Ausrüstung aus der DDR. Bis zur Auslieferung fungierte sie als Treuhänder dieser Gegenstände (Kang-Schmitz 2010, S. 27). Insgesamt stellte die DDR über die Jahre 450 Spezialisten für den Dienst in Korea ab (Frank 1996, S. 98). Ziel ihrer Tätigkeit war es vor allem, für einen schnellen Wissenstransfer zu sorgen, um die koreanischen Kollegen vor Ort möglichst bald in die Lage zu versetzen, eine zunehmende Anzahl von Aufgaben ohne fremde Hilfe zu bewältigen (Frank 1996, S. 41–42). Ein Ansatz, der durchaus von Erfolg gekrönt gewesen zu sein scheint: waren zu Beginn noch zahlreiche deutsche Facharbeiter Teil des Projekts, verlagerte sich der Schwerpunkt des deutschen Engagements zunehmend in Richtung hochqualifizierte Ingenieure (Frank 1996, S. 69). Ähnlich versuchte man bei der Verwendung der Baustoffe, immer mehr auf koreanisches Material zurückzugreifen (Frank 1996, S. 57). Bei alledem versuchte die Deutsche Arbeitsgruppe nach Kräften, koreanischen Ideen entgegenzukommen: selbst in mehrstöckigen Gebäuden wurden mit viel ideenreicher Improvisation koreanische Küchen/Fußbodenheizungen eingebaut, so dass Wohnungen anschließend tatsächlich in der vorgesehenen Form genutzt werden konnten. In Pjöngjang und Wönsan, wo die Hilfe aus Polen, Ungarn und Bulgarien kam, wurden Wohnhäuser oft anschließend nicht als solche genutzt, weil solcherlei bauliche Eigenarten Koreas nicht genug Beachtung gefunden hatten (Frank 1996, S. 49). Diese Art von Einfühlungsvermögen und Flexibilität gab es, obwohl in der Deutschen Arbeitsgruppe nur in Ausnahmefällen koreanisch-sprachige Mitarbeiter zu finden waren (Frank 1996, S. 63). Die höchsten Weihen der Anerkennung empfangen jedoch die von der Deutschen Arbeitsgruppe errichteten Punkthäuser: Kim Il-sung persönlich drückte sein Wohlwollen über diesen Haustyp aus, was dazu führte, dass die koreanischen Entscheidungsträger diese daraufhin am liebsten überall gebaut sehen wollten (Frank 1996, S. 70). Zu Schwierigkeiten auf höherer Ebene kam es, als Nordkorea 1957 versuchte nicht-ausgeschöpfte Mittel des Hamhüng-Projektes zur Deckung des aufgelaufenen Handelsbilanzdefizites von 1956 mit der DDR in dieses mit einzurechnen. In einem Ministerratsbeschluss vom Februar 1957 verwahrte sich die DDR gegen eine Zweckentfremdung des für Hamhüng veranschlagten Geldes (Frank 1996, S. 46). Genauso wurde von nordkoreanischer Seite immer wieder versucht, Ressourcen, die für Hamhüng geplant waren, in andere Provinzen abzuleiten. Laut dem Leiter der Deutschen Arbeitsgruppe, Horst Präßler, war dafür die Konkurrenz bzw. der Neid zwischen den einzelnen Städten und Provinzen verantwortlich. Andere Teile des Landes sahen es ungern, dass Hamhüng gegenüber vielen anderen Gegenden so bevorzugt behandelt wurde. Um die Streitigkeiten zu besänftigen, versuchte die nordkoreanische Zentralregierung, die Wohltaten etwas mehr zu streuen. Die Deutsche Arbeitsgruppe opponierte dagegen meist erfolgreich. Es entstanden so immer wieder Pläne für sehr groß dimensionierte Baustoffwerke, die nicht nur Hamhüng sondern auch andere Teile des

Landes beliefern können sollten. Die Umsetzung dieser Vorhaben scheiterte aber dann meist an den gering bemessenen koreanischen Ressourcen (Frank 1996, S. 65–66). Die DDR bestand fest darauf, dass alle Hilfe für Hamhŭng ausschließlich nach Hamhŭng fließen sollte (Archive 2021, S. 111726). Weitere Unstimmigkeiten entstanden, da die deutsche Seite - bemüht ein sichtbar gutes Beispiel ihres Könnens zu errichten - eher Wert auf Qualität, die Koreaner aber - insbesondere um Planerfüllung besorgt - die Betonung mehr auf Quantität legten (Frank 1996, S. 67–68). Trotz dieser Schwierigkeiten hat sich der Einsatz für Nordkoreas Werdegang ohne Zweifel ausgezahlt: Hamhŭng gilt heute als Chemie-Hauptstadt des Landes (Von Focus Magazin-Reporter Wolfgang Bauer 2005) und füllt damit eine sehr wichtige Funktion für die Versorgung der Bevölkerung des Landes aus. Die Schlüsselfunktion dafür liegt bei der Fabrik „8. Februar Vinalon“, die - ursprünglich zur japanischen Kolonialzeit errichtet - nach dem Korea-Krieg schon 1955 wieder zu produzieren begann. Mit der stattlichen Größe von 2.730.000 qm versorgt diese Fabrik heute große Teile Nordkoreas mit den verschiedensten Produkten der organischen Chemie aus Vinalon und Carbid. Des Weiteren verarbeiten die 4.000 Mitarbeiter des Schmelzofens Hŭngnam - ebenfalls 1930 also unter japanischer Herrschaft gebaut - in unmittelbarer Nachbarschaft Hamhŭngs Kupfer und Nickel aus vielen Minen des Landes (Dormels 2014, S. 340–341). Allerdings fand die Hilfe der DDR 1962 ein verfrühtes Ende. Geplant eigentlich bis 1964 gab es ab diesem Zeitpunkt keine aktive technische Unterstützung mehr. In der Rückschau haben wir es also mit einer Aufbauhilfe zu tun, deren Beginn mit 1954 kurz nach dem Ende des Korea-Kriegs liegt und die mit dem immer heftiger werdenden Zerwürfnis innerhalb der sozialistischen Gemeinschaft zu Beginn der 1960er Jahre unplanmäßig verfrüht endet (Dormels 2014, 335, 343). Otto Grotewohl war es wieder einmal, der im Oktober 1960 Kim Il-sung in einem Brief offiziell davon in Kenntnis setzte, dass die DDR ihre Hilfsmaßnahmen vorzeitig auslaufen lassen würde. Der Ton war überaus diplomatisch gehalten und begründete den Schritt mit der „aggressiven Politik der Bundesrepublik“, die den vollen Einsatz erfordere. Er habe nichtsdestotrotz die Hoffnung, dass es auch in Zukunft gute Beziehungen zwischen beiden Staaten geben werde, ließ er wissen (Frank 1996, S. 93–94). Die Mitglieder der deutschen Arbeitsgruppe sahen sich schon bald darauf Schikanen seitens der koreanischen Behörden ausgesetzt: Von ihnen wurde jetzt verlangt, neben Angaben über sich und ihre Familien auch alle möglichen Informationen über ihre koreanischen Freunde zu preis zu geben. Als die Deutschen sich nicht kooperativ zeigten, versuchten die koreanischen Behörden, sie mithilfe der Polizei zu den geforderten Auskünften zu zwingen. Erst als die DDR-Botschaft sich vor ihre Landsleute stellte, hörten derlei Versuche auf (Kang-Schmitz 2010, S. 251). Gleichzeitig begann Nordkorea damit, die Spuren der deutschen Hilfsleistungen zu verwischen: Hatte man den Unterstützern aus dem fernen Westen zu Ehren eine der zentralen Verkehrswege Hamhŭngs nach dem 1960 verstorbenen DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck benannt, änderte man nun die

Bezeichnung auf „Straße der Treue“, koreanisch „Chöngsönggöri“. Augenzeugen berichteten später, dass die koreanischen Kollegen zu dieser Zeit den Kontakt immer mehr zu meiden begannen (Focus Magazin-Reporter Wolfgang Bauer 2005). Nach außen hin wurde aber von beiden Seiten der Schein des harmonischen Einverständnisses gewahrt: gemeinsam wurde anlässlich der Einweihung einer fertiggestellten Brücke am 18. September 1962 ein Protokoll unterzeichnet, das die gestellten Aufgaben aus der unentgeltlichen Hilfe der DDR für Nordkorea für erfüllt erklärte (Kang-Schmitz 2010, S. 129). Die nordkoreanische Presse berichtete ein letztes Mal ausführlich über die geleistete „brüderliche Hilfe des deutschen Volkes“ und 30.000 Einwohner der Stadt verabschiedeten die Arbeitsgruppe mit Blumen und Flaggen. Von deutscher Seite verriet die Besetzung der Delegation schon ein großes Maß an Zurückhaltung, denn mit Luise Ermisch führte lediglich eine Politbüro-Kandidatin die Besuchergruppe an (Frank 1996, S. 103–106). Die deutschen Maschinen verblieben in Hamhüng, wurden einige Zeit später, was ihre Herkunft anbetraf, unkenntlich gemacht und als eigene Fabrikate ausgegeben. Traten umgekehrt Mängel in den mit deutscher Hilfe wiederaufgebauten Wirtschaftsbetrieben auf, erinnerte man sich sehr gut an die Deutsche Arbeitsgruppe und machte sie für alle auftretenden technischen Probleme verantwortlich (Kang-Schmitz 2010, S. 253).

9.3 Kommt und lernt aufzubauen! Nordkoreanische Studenten in der DDR

Der bereits beschriebene, durch japanische Politik und anschließend durch Flucht vor dem Kommunismus verursachte Fachkräftemangel im Norden Koreas war für die hauptsächlich dort beheimatete Industrie des Landes ein riesiges Problem. Dieses zu beheben war unumgänglich für den jungen Staat, der dementsprechend die Ausbildung von eigenen Nachwuchskräften im befreundeten Ausland voranzutreiben suchte. Schon im März 1952 wurden über die Botschaften in Peking die Fühler in Richtung DDR ausgestreckt, ob diese bereit sei, 50 bis 100 nordkoreanische Studenten in ihrem Land zu schulen. Kosten, die dabei notwendigerweise entstehen würden, hätte, das ließ Nordkorea die DDR wissen, ganz allein die deutsche Seite zu tragen. Die Verantwortlichen in Berlin sahen in der finanziellen Bürde offenbar keinerlei Problem und waren durchaus bereit im Sinne des „proletarischen Internationalismus“ sowohl für die Ausbildung als auch für die Unterbringung der jungen Lernwilligen zu sorgen. Immerhin bestand langfristig die Hoffnung, hier eine zukünftige DDR-freundliche Elite zu formen, die dauerhaft gute Beziehungen in den Fernen Osten ermöglichen könnte. Die konkrete Durchführung war dann schon gleich zu Beginn nicht mehr ganz so einfach. Bat die DDR für die nötigen Vorbereitungen wiederholt um detaillierte Listen der zu erwartenden Gaststudenten, so zeigten die Koreaner sich hier vollkommen

unkooperativ. Bis zum plötzlichen Eintreffen eines Telegramms des DDR-Botschafters in Peking am 18. Oktober 1952, dass 39 Studenten bereits mit dem Zug unterwegs seien, wusste in Berlin niemand, wie viele von ihnen wann und mit welchen Sprachkenntnissen und Fachrichtungen eintreffen würden. Eine Art der Nicht-Information, die auch in den Jahren darauf unverändert bleiben sollte (Kang-Schmitz 2010, S. 174–177). Etwas weniger spontan verlief die Unterbringung von etwa 200 koreanischen Waisenkindern im Alter von 12 bis 15 Jahren im extra für diesen Zweck umgebauten Käthe-Kollwitz-Heim in Moritzburg bei Dresden. Sie und ihre fünf erwachsenen koreanischen Begleiter konnten von wohlvorbereitetem Personal in Empfang genommen und versorgt werden (Kang-Schmitz 2010, S. 212). Insbesondere die Disziplin dieser Kinder beeindruckte die Mitarbeiter des Ministeriums für Volksbildung stark, so dass diese in den koreanischen Kindern ein Vorbild für die eigene Jugend erblickten (Kang-Schmitz 2010, S. 214). Diese erste Gruppe von Waisen blieb genauso wie weitere bis 1957, als sie sukzessive bis Mai 1960 nach Nordkorea zurückkehrten. Dies traf vor allem auf diejenigen zu, die eine Lehrausbildung erhalten hatten. Diejenigen, die ein Hochschulstudium hatten beginnen dürfen, blieben etwas länger in der DDR. Das DDR-Außenministerium wies die Botschaft in Pjöngjang an, mit den jungen Facharbeitern in Kontakt zu bleiben. Eine Anweisung, der die Vertretung aber nicht nachkommen konnte, da die ehemaligen Schützlinge bereits kurz nach Eintreffen in ihrer Heimat aus dem Blickfeld der Deutschen verschwanden. Ein Mitarbeiter des nordkoreanischen Außenministeriums dankte der DDR dafür, dass sie sich auch nach deren Rückkehr für die jungen Fachkräfte interessiere, blieb aber jede Auskunft über deren Verbleib schuldig (Kang-Schmitz 2010, S. 222–225). Ein Phänomen, das gleichermaßen dem polnischen Nachbarn zu Teil wurde. Diesem wurde es ebenfalls verwehrt, nach der Rückkehr der Studierenden nach Nordkorea, den Kontakt zu seinen ehemaligen Gästen aufrecht zu erhalten (Archive 2021, S. 112745). Was die Universitätsstudenten aus Nordkorea in der DDR betraf, so wuchs ihre Zahl rasch, so dass sie 1956 schon mit 37% mehr als ein Drittel aller Austauschstudenten in der DDR ausmachten. Ein Anteil, der den DDR-Behörden zunehmend als einerseits zu teuer in der Finanzierung und andererseits als ungerecht überhöht verglichen mit den Studentenzahlen anderer Länder vorkam. Die koreanische Sorge galt hingegen vor allem der Tatsache, dass ihre Jugend hier zu sehr mit ihren deutschen Altersgenossen in Kontakt geraten könnten (Kang-Schmitz 2010, S. 181). Ab 1955/56 wurde deren Leben daher durch die nordkoreanische Vertretung zunehmend schärfer reglementiert. Vor allem an deutschen Feiertagen wurden immer wieder politische Schulungen angesetzt, um einerseits die Indoktrinierung im Sinne der Kim-Regierung voranzutreiben, gleichzeitig aber auch nähere menschliche Kontakte mit deutschen Freunden und ihren Familien an Tagen wie Weihnachten zu verhindern. Ein Liebesverhältnis zu einer deutschen Frau galt genau wie schlechte Studienleistungen ohnehin als großes Fehlverhalten, das eine unmittelbare Rückholung nach

Nordkorea zur Folge hatte (Kang-Schmitz 2010, S. 183). Darüber hinaus drohte dem das Ende seines Aufenthalts in der DDR, der bei den Schulungen der Botschaft nicht gut mitlernte oder eine solche gar versäumte. Die Schulungen inkludieren immer wiederkehrende Selbstkritiken (Steiner-Gashi und Gashi 2010, S. 62–63). In strenger Geheimhaltung nutzte die Botschaft die Deutschkenntnisse ihrer Studenten auch zu Übersetzungsarbeiten wie zum Beispiel von alten SS-Dokumenten (Steiner-Gashi und Gashi 2010, S. 60). 1956 war das Jahr, in dem die Zahl der Studierenden mit 357 ihren Höhepunkt erreichte. Danach nahm sie stetig ab und alles endete mit einem plötzlichen Abzug aller verbliebenen koreanischen Kommilitonen 1962 (Kang-Schmitz 2010, S. 175). 1957 versuchte die DDR ob der hohen Kosten, mit den Koreanern ein Abkommen auszuhandeln, das die Ausbildungsaktivitäten auf eine geregelte Basis stellen sollte. Ohne Begründung lehnte Nordkorea dieses Ansinnen ab, was für 1957 die Einladungen für Studierende aus Nordkorea seitens der DDR auf null herabsinken ließ. Geschlossen wurde dieses Abkommen im Dezember 1959 und es besagte vor allem, dass beide Seiten einander zu einem geregelten Zeitpunkt über die Anzahl der Programmteilnehmer zu unterrichten hätten. Bis spätestens drei Monate vor Studienbeginn sollte für beide Länder klar sein, wer die nächsten Stipendiaten sein würden (Kang-Schmitz 2010, S. 184). Die Kosten sollten jetzt auf beide Länder aufgeteilt und Unterbringung, Hin-, Rück- und Urlaubsreisen durch das Entsendeland finanziert werden (Kang-Schmitz 2010, S. 185). Was die Verteilung auf die einzelnen Universitäten betraf, so waren die Koreaner vor allem im Süden und Norden der DDR - also weit weg vom nach wie vor mauerlosen Durchgang zwischen Ost und West in Berlin - immatrikuliert. Leipzig, Dresden und Jena waren ebenso unter den Ausbildungsstätten wie die Ostseestadt Rostock (Frank 1996, S. 10–11). Allerdings konnten sich die DDR-Behörden nicht dazu durchringen, einen gesonderten Sperrvermerk für Berlin in die Ausweise der koreanischen Studenten zu stempeln (Kang-Schmitz 2010, S. 189). In Nordkorea bestimmten vor Entsendung der Stipendiaten harte Auswahlverfahren, wer am Programm teilnehmen durfte. Das Studienfach wurde von der Partei bestimmt. Sprachkenntnisse des Gastlandes waren kein Kriterium und auch eine sprachliche Vorbereitung erfolgte nicht im Heimatland, sondern wurde komplett den Gastländern aufgebürdet. Die DDR schickte die Teilnehmer daher zunächst auf Deutschkurse mit anschließender Prüfung, deren Bestehen die entscheidende Voraussetzung für den Beginn des eigentlichen Studiums bzw. die Fortsetzung des Aufenthaltes in der DDR darstellte (Steiner-Gashi und Gashi 2010, 52,55). Davon abgesehen gab es von DDR-Seite keinerlei Vorschriften, die das Leben der Gaststudenten einschränkte und eine ausreichende materielle Versorgung befreite von der Notwendigkeit, Zeit und Mühe für die täglichen Bedürfnisse aufzuwenden. Trotz dieser sehr vorteilhaften Lebenssituation kam es bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 zu einigen erfolgreichen Fluchtversuchen in die Bundesrepublik. Neben den materiellen Verlockungen des

Wirtschaftswunderlandes spielte oft auch das Vorhaben, die geheime deutsche Freundin zu heiraten, eine entscheidende Rolle (Steiner-Gashi und Gashi 2010, S. 56-58). Die Abwerbung durch Agenten, von koreanischer Seite mehrfach als Ursache benannt, wurde von DDR-Verantwortlichen als Grund ausgeschlossen (Kang-Schmitz 2010, S. 192). Gegen Ende der engen Zusammenarbeit beider Staaten kam es unter den koreanischen Praktikanten in DDR-Betrieben zu etlichen Fällen von Industriespionage. Dass dieses Verhalten von staatlich-nordkoreanischer Seite nicht nur gedeckt war, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach auch gefördert und gefordert wurde, belegt die Reaktion der koreanischen Offiziellen. Anstatt die koreanischen Praktikanten für ihr regelwidriges Verhalten zu maßregeln, bezogen sie Stellung gegen den Beschwerdeführer des Betriebes und warfen ihm vor, die Zusammenarbeit beider Seiten zu untergraben (Kang-Schmitz 2010, S. 137). Im Juli 1962 zwang Nordkorea ohne Vorwarnung alle seine Auslandstudenten auf einmal und in höchstem Eiltempo zu Flugzeugen nach Nordkorea und brachte sie zurück ohne Rücksicht darauf, wie weit die Studien gediehen waren (Steiner-Gashi und Gashi 2010, 64, 73). Die offizielle Begründung Nordkoreas lautete, dass man durch diese Rückholung, einer zunehmenden Entfremdung der Studenten von der eigenen Kultur und Sprache Einhalt gebieten wolle. Die Tatsache, dass die Studenten in China und Albanien weiterhin an Ort und Stelle bleiben konnten, veranlasste den Botschafter der DDR in Pjöngjang dazu, eher politische Gründe zu vermuten. Um bei aller Eile der nordkoreanischen Seite einigen Studenten doch noch zu einem Abschluss zu verhelfen, wurden teilweise sehr improvisierte Prüfungen vorgenommen, für die dann ebenso ad hoc erstellte Zeugnisse ausgestellt wurden (Kang-Schmitz 2010, S. 185–186). Die These des Botschafters, die überstürzte Rückholung habe politische Gründe, erhärtet sich weiter, wenn man die Tatsache in Betracht zieht, dass es eine Anzahl von Studenten gab, die unverzüglich nach ihrer Rückkehr nach Korea auf einen weiteren Auslandsaufenthalt nach China geschickt wurden, damit sie dort ihre Studien vollenden konnten (Archive 2021, S. 110124). Die große Zeit der Studienaufenthalte von Koreanern in der DDR war damit jedenfalls vorbei. Vor allem in der Zeit von 1962 bis zum Ende der 1970er Jahre gab es nur sehr wenige nordkoreanische Studenten zwischen Rostock und Dresden (Kang-Schmitz 2010, S. 175). Die nach Nordkorea Zurückgekehrten wurden anschließend sofort einer strengen Indoktrination gegen Chruschtschows „Revisionismus“ unterzogen (Steiner-Gashi und Gashi 2010, S. 73). Berichte über das in der DDR Erlebte bargen das Risiko strengster Bestrafung, da sie als indirekte Kritik am eigenen Land ausgelegt werden konnten (Steiner-Gashi und Gashi 2010, S. 77). Die koreanische Regierung veranlasste, den Kontakt zwischen Deutschen und Koreanern zu verhindern. Ebenso war es den zurückgekehrten Studenten nicht erlaubt, das SED Zentralorgan „Neues Deutschland“ aus der DDR im Abonnement zu bestellen (Kang-Schmitz 2010, S. 226). DDR-Botschafter Fischer bemängelte, dass die im Ausland ausgebildeten Fachkräfte nach ihrer Rückkehr nicht planmäßig in

ihrem Fachgebiet eingesetzt würden (Frank 1996, S. 83). Dies traf allerdings nicht auf alle zu. So betonte Jahrzehnte später der Direktor der Universität Hamhŭng, dass viele seiner Professoren in der DDR studiert hätten (Focus Magazin-Reporter Wolfgang Bauer 2005). Im Einzelfall wurden die erworbenen Kenntnisse sogar von höchster Stelle genutzt: Anfang der 1970er Jahre verfügte Kim Il-sung über ca. 1.000 westliche Luxusautos. Um sie zu warten, wurden vielfach Deutschkenntnisse gebraucht, die die ehemaligen Austauschstudenten in der DDR besaßen. Der ehemalige Dresdner Technikstudent Kim Jŏng-ryul wurde mit dieser Aufgabe betraut und dolmetschte die Einschulung eines eigens von Mercedes gestellten Mechanikers (Steiner-Gashi und Gashi 2010, S. 88–90). Ein weiterer DDR-Veteran namens Kon Yongrok stieg gar zum Vermögensverwalter des damaligen Präsidentensohns und späteren Staatslenkers Kim Jong-il auf, dessen Geld auf Konten in Österreich und der Schweiz lagerte (Steiner-Gashi und Gashi 2010, S. 108). Und nicht zuletzt in der Botschaft in Berlin fanden sich einige der erfahrenen DDR-Experten wieder (Archiv der Zentralstelle MfS 1983). 1965 stand die Verlängerung des 1959 geschlossenen Abkommens über den Studentischen Austausch an. Zu dieser kam es jedoch nicht, da insbesondere die deutsche Seite kaum geneigt zu sein schien, sich in dieser Beziehung weiter zu engagieren (Kang-Schmitz 2010, S. 193–194). Erst in der Mitte der 1970er Jahre wendete sich das Blatt zusehends: So sprachen DDR-Funktionäre wiederholt Einladungen aus, koreanische Studiendelegationen mögen doch in die DDR kommen. Ein Anerbieten, das sofort auf Resonanz zu stoßen schien (Archive 2021, S. 114279). Im Mai 1975 wurde daraufhin folgerichtig ein zweites Regierungsabkommen über die gegenseitige Aufnahme und Ausbildung von Studenten und Hochschulabsolventen geschlossen (Kang-Schmitz 2010, S. 293). Die Kostenaufteilung sah jetzt vor, dass alles außer der tatsächlichen Ausbildung vom Entsendeland finanziert werden sollte (Kang-Schmitz 2010, S. 116). Des Weiteren wurde festgelegt, dass beide Seiten Zweijahrespläne für den Austausch von Studenten aufstellen sollten. Ein Vorhaben, das allerdings in der Folgezeit nicht umgesetzt wurde, was wiederum bedingte, dass die Aufnahme von Studenten in der DDR (wieder einmal) ohne echte Planung erfolgte; für die DDR eine sehr unbefriedigende Situation (Kang-Schmitz 2010, S. 194). Trotzdem gab es in den letzten Jahren unseres Betrachtungszeitraums wieder vermehrt Stipendiaten an DDR-Hochschulen, so dass kurz vor dem Mauerfall mit über 200 koreanischen Studenten ein neuer Höchststand erreicht wurde (Kang-Schmitz 2010, S. 175). Von 1976 bis 1984 bewegte sich die Zahl der jährlich neu eingeschriebenen Nordkoreaner zwischen 20 und 30. 1985 und 1986 lag sie immerhin schon bei 120 (Kang-Schmitz 2010, S. 176). Um für diese eine bessere Deutschausbildung in Korea selbst zu ermöglichen, erklärte sich die DDR wiederholt bereit, die Zahl der Deutschlektoren an der Kim-Il-Sung-Universität zu erhöhen. Ein Ansinnen, das von der Kim-Regierung allerdings stets abgelehnt wurde. Die deutschen Lektoren hatten darüber hinaus bei der Auswahl der Stipendiaten keinerlei Mitspracherecht, so dass auch Studenten

in die DDR geschickt wurden, deren Deutschkenntnisse für ein Studium nicht ausreichten (Kang-Schmitz 2010, S. 198). Für wie hochwertig die nordkoreanische Regierung eine Ausbildung an einer DDR-Universität einschätzte, wird klar, wenn man weiß, dass selbst Kim Il-sungs dritter Sohn Kim Yong-il (nicht zu verwechseln mit seinem ältesten Sohn und Nachfolger Kim Jong-il) von dieser Möglichkeit Gebrauch machte (Focus Magazin-Peter Miller 1994). Laut MfS-Beobachtung studierte er zunächst bis 1982 in der DDR (Archiv der Zentralstelle MfS 1983). Begonnen hatte seine deutsche Studienzeit an der Berliner Humboldt-Universität schon Mitte der 1970er Jahre und sollte schließlich mit einer Doktorarbeit über „Die Kodierung des Signals der elektromagnetischen Welle“ ihren Abschluss finden. Ein Vorhaben, das trotz wiederholter Klagen seines Doktorvaters ob eines Mangels an Interesse wie auch an Sprachbeherrschung schließlich gelingen sollte (Kang-Schmitz 2010, S. 207–209). „Kein signifikanter Fortschritt bei der Doktorarbeit... Äußerst geringe Kontakte mit dem Betreuer... Langer Heimataufenthalt... Termingerechter Abschluss der Arbeit nicht abschätzbar... Fördermaßnahmen wegen Abwesenheit Kims nicht durchgeführt“ so lauten 1982 die Vermerke des MfS zum prominenten Gast und seinen Studien (Archiv der Zentralstelle MfS 1982). 1983 registriert die Staatssicherheit eine starke Tendenz innerhalb der nordkoreanischen Elite, die eigenen Kinder an einer Universität in der DDR unterzubringen (Archiv der Zentralstelle MfS 1983). Dass sich – zumindest für die normalen - Stipendiaten gegenüber ihren Kollegen zwei, drei Jahrzehnte früher nicht allzu viel geändert hatte, belegt eine Stasi-Notiz von 1984, in der von regelmäßigen Zusammenkünften der Studierenden in der nordkoreanischen Botschaft die Rede ist. Politisch und ideologisch würden sie dort geschult, so heißt es dort, und auf Kim Il-sung eingeschworen, während ihnen der Marxismus/Leninismus als überholt präsentiert werde (Archiv der Zentralstelle MfS 1984). Eine enge Kooperation zwischen eingeschriebenen koreanischen Studenten und nordkoreanischem Botschaftspersonal gab es auch auf anderer Ebene: 1986 wurde wegen einer Schmugglerkooperation beim illegalen Vertrieb von Quarzarmbanduhren, Tonbandkassetten und Kassettenrekorden im Wert von 130.000 Mark gegen diese ermittelt. Die Studenten wurden anschließend nach Nordkorea abgeschoben (Kang-Schmitz 2010, S. 202). Ein Vorkommnis, das allerdings nichts daran ändern konnte, dass die DDR und ihre Bildungseinrichtungen sich auch jetzt noch - und das sehr langfristig - ihren Ehemaligen verbunden fühlten: So erhielt der ehemalige Student der Technischen Hochschule Dresden, Kim Jong-ryul, 1987 zum 25-Jahr-Jubiläum seines Abschlusses der dortigen Universität noch eine Einladung zu einer Jubiläumsfeier. Eine Annahme hätte allerdings ein unkalkulierbares Risiko für ihn bedeutet, da auch zu dieser Zeit die DDR in Nordkorea als „revisionistisches“ Land bezeichnet wurde (Steiner-Gashi und Gashi 2010, S. 126–127). Dies allen Beteuerungen von Gemeinsamkeit und Freundschaft unter den politischen Würdenträgern zum Trotz. Die Ausbildung weiterer Führungskräfte in der DDR verhinderte diese negative Grundhaltung gegenüber der deutschen

Seite aber ganz offensichtlich nicht. Nicht genug damit, dass wieder mehr Studenten an deutschen Universitäten lernten. Auch im militärischen Bereich scheint dieser Weg nicht nur gangbar, sondern sogar attraktiv gewesen zu sein. Noch ganz am Ende unseres Betrachtungszeitraums befanden sich 20 nordkoreanische Offiziersschüler in der immer stärker ins Wanken geratenden DDR. Am 26. September 1989 lief ihre Ausbildungszeit aus - nur sechs Wochen vor dem Fall der Mauer in Berlin (Flanze 1989). Im September 1989 drängte die nordkoreanische Regierung sogar auf eine Erhöhung der Studentenzahlen in der DDR, die von deutscher Seite aber abgelehnt wurde (Kang-Schmitz 2010, S. 203). Erst mehr als zehn Tage nach der Grenzöffnung zur Bundesrepublik, reagierte die Kim-Regierung und drängte ihre Studenten in der DDR mit äußerstem Nachdruck zu einer sofortigen Rückkehr (Kang-Schmitz 2010, S. 205). Auch diese Generation erlebte in Korea umgehend nach ihrer Ankunft einen mehrwöchigen strengen Umschulungskurs (Steiner-Gashi und Gashi 2010, S. 149).

9.4 Hilfe oder Handel? Das jeweilige Selbstverständnis des Handels der 1960er

Ende der 1950er Jahre begann Nordkorea die eigene Rolle bei der geleisteten Wiederaufbautätigkeit zu betonen und die Hilfe von außen auf die unmittelbare Kriegs- und Nachkriegszeit zu reduzieren. Was man erhalte, bezahle man mittlerweile auch alles. Eine neue Richtung der Propaganda, auch wenn sowjetische Zahlen diese Aussage tatsächlich bestätigten. Der relative Anteil der Auslandshilfen an den Staatsausgaben hat sich laut Sowjetunion von 1954 (34%) bis 1958 (4,5%) stark verringert (Frank 1996, S. 101–102). Für den bilateralen Handel mit der DDR lässt sich feststellen, dass die Lieferungen nach Fernost insbesondere mit Beginn der 1960er Jahre rapide abnahm, so dass sich die Handelsbilanz etwas anglich (s.o.). Eine Tendenz, die sich nicht auf Nordkorea beschränkte, sondern auch in Bezug auf China gefahren wurde. Dies lief entgegen dem Trend des Außenhandels der DDR im Allgemeinen, der in dieser Zeit stetig wuchs (Frank 1996, S. 79–80). Die DDR hatte es mit solch einseitigen Maßnahmen zu dieser Zeit leichter, insbesondere weil eine zunehmende Entfremdung von Nordkorea und der Sowjetunion den sowjetischen Druck zu weiteren Hilfslieferungen verringerte (Frank 1996, S. 81). Für DDR-Botschafter Fischer war die mangelnde Ausbeutung der Bodenschätze durch Nordkorea der Grund für die dauerhaft niedrigen Exporte des Landes. „Chinesisch geprägte Arbeitsweise“ sei hierfür die Ursache. Die Hinweise von sowjetischer Seite zu berücksichtigen, wäre der bessere Weg urteilte er der damaligen DDR-Politlinie entsprechend. Der Plan von DDR-Seite, wie man sich den zukünftigen Warenaustausch dachte, hatte die folgende Struktur: Die DDR würde Nordkorea Maschinen, technische Geräte und Ausrüstung liefern und im Gegenzug dafür Agrarprodukte und Rohstoffe (vor allem Metalle)

erhalten (Frank 1996, S. 81–83). Im Januar 1960 besuchte eine DDR-Regierungsdelegation Nordkorea, um eine entsprechende Vereinbarung zu unterzeichnen (Frank 1996, S. 112), aber schon bei dieser Gelegenheit ließ Nordkorea wissen, dass es Einschränkungen bei den versprochenen Exporten in die DDR geben werde. „Wirtschaftliche Schwierigkeiten“ seien der Grund dafür. Schon im Vorfeld hatte die DDR die beabsichtigte Menge ihrer Lieferungen stark gekürzt und Botschafter Fischer empfahl allen Dienststellen die strenge Wahrung von DDR-Interessen (Frank 1996, S. 84). Um dennoch an benötigte Maschinen oder Maschinenteile aus der DDR zu kommen, versuchte Nordkorea auch 1960 den Weg über die Sowjets zu aktivieren. So geschehen im April des Jahres in einer Fleischverpackungsfirma (Archive 2021, S. 116295). Im Mai desselben Jahres war es dann umgekehrt DDR-Botschafter Schneidewind, der indirekt die Weisung durch die sowjetische Botschaft in Pjöngjang erfragte, ob die DDR Nordkorea dringend benötigte Teile für den Aufbau einer Produktionsanlage für synthetische Stoffe liefern solle. Als der sowjetische Botschafter die Notwendigkeit von besagten Lieferungen bestätigt hatte, versprach DDR-Botschafter Schneidewind mit dem Anliegen sofort direkt an Staatschef Ulbricht heranzutreten (Archive 2021, S. 116159). Kein Zweifel: gelang es Nordkorea mit einem Vorhaben oder einer Bitte die Sowjetunion zu gewinnen, hatte die DDR keinerlei Spielraum für Verhandlungen. Ansonsten füllten die Botschaft in Pjöngjang und die DDR-Außenpolitik allgemein auch auf dem Sektor der Wirtschaft die Rolle eines intensiv interessierten Beobachters aus. Im November 1960 entging ihnen daher nicht, dass Nordkoreas Ökonomie die selbst-gesteckten Ziele des 7-Jahres-Plans in Industrie wie Landwirtschaft verfehlen würde (Archive 2021, S. 113711). Lieferschwierigkeiten bei den nordkoreanischen Rohstoffen waren für die DDR-Wirtschaft ein großes Problem, da man mit deren Hilfe eigentlich eine größere Unabhängigkeit vom innerdeutschen Handel erreichen wollte. Kupfer, Silber, Blei, Kadmium und Walzstahl waren sonst nur auf diesem Weg zu bekommen. Die DDR stand hier mit ihren Schwierigkeiten nicht allein. Auch andere RGW-Staaten wie Polen, Bulgarien und sogar die Sowjetunion beklagten, dass Nordkorea seine Lieferzusagen immer nur zu 60-80% erfülle (Frank 1996, S. 85). Zu allem Überfluss musste die DDR 1960 und 1961 beobachten, dass sich ein durchaus nennenswerter Handel zwischen Nordkorea und der Bundesrepublik entwickelt hatte. 1961 erreichte dieser mit 5,5 Millionen US-Dollar ein ähnliches Volumen wie der Austausch zwischen den beiden sozialistischen „Bruderländern“. Mit großer Erleichterung registrierte die DDR ab Mitte der 1960er Jahre das Abflauen der beiderseitigen Warenströme. Die Qualität der Produkte aus Fernost sei für den kapitalistischen Markt offensichtlich nicht ausreichend, so folgerten sie (Kang-Schmitz 2010, S. 160–161). Schon im Februar 1960 hatte sich das DDR-Politbüro, also die allerhöchste Ebene der Staatsmacht, mit den Lieferschwierigkeiten Nordkoreas beschäftigt. Nur neue Kredite könnten das Land in die Lage versetzen, die DDR-Wirtschaft mit den Rohstoffen zu versorgen, die diese

benötige. Allerdings herrschte im selben Atemzug der allgemeine Konsens, dass die DDR sich eine solche Kreditvergabe nicht leisten könne (Frank 1996, S. 85). Im Dezember 1961 wurde immerhin der Logistik eine vertraglich geregelte Form gegeben: So unterzeichneten beide Staaten einen Vertrag über Handel und Seeschifffahrt (Frank 1996, S. 113). Die Tatsache, dass die Mitarbeiter der DDR-Botschaft in Pjöngjang 1962 übereinkamen, den „Kampf um die Erfüllung des Warenabkommens 1962 mit aller Energie“ zu führen, da beispielsweise „die nicht termingerechte Auslieferung der Klinkerlieferungen unmittelbare Folgen und Auswirkungen auf die Produktion der DDR“ habe, (Frank 1996, S. 86) verrät jedoch eine Mischung aus Verzweiflung und Entschlossenheit und zeugt keinesfalls von einer Verbesserung der Lage. Aber die Menge ausbleibender Waren war nur ein Problem, das das Handelsgeschehen lähmte. Nicht weniger belastend waren gravierende Qualitätsmängel der koreanischen Produkte. Es war nicht nur die Marktwirtschaft der Bundesrepublik, die sich damit nicht abfinden wollte; auch die DDR war keinesfalls bereit, Waren niedriger Qualität als Gegenwert für eigene Qualitätsprodukte zu akzeptieren. Bei der Suche nach Abhilfe stieß die Botschaft in Pjöngjang auf eine Grundhaltung bei den Koreanern, die ohne Zweifel die Sachlage zumindest teilweise erklärt: Die DDR sei ökonomisch weiter als Nordkorea und habe es daher leichter, so lautete der Tenor der nordkoreanischen Offiziellen, eine Überlegung, die letztlich impliziert, dass Nordkorea dauerhaft Anspruch auf unentgeltliche deutsche Unterstützung habe. Die DDR-Vertreter hielten diese Denkweise für eine krasse Fehleinschätzung der Lage in Deutschland, die „den Schwierigkeiten und der Kompliziertheit des Kampfes der DDR“ nicht in angemessener Weise Rechnung trage (Frank 1996, S. 86). Ab Frühjahr 1963 witterten DDR-Diplomaten dennoch Morgenluft, da der Handel mit Korea tendenziell weniger abnehme als der mit China. Dies treffe sowohl auf den Austausch mit der DDR zu als auch auf den mit den übrigen sozialistischen Staaten Europas (Archive 2021, S. 110111). Noch optimistischer klang eine Einschätzung der DDR-Botschaft vom Juni 1963, als sie den Koreanern eine fristgerechte Erfüllung ihrer Lieferungen attestierte - gleichzeitig aber ebenfalls indirekt festhielt, dass nicht alles zur rechten Zeit beim Abnehmer ankäme. Die diesbezüglichen Schwierigkeiten wurden ausschließlich dem Mangel an Transportkapazität angelastet (Archive 2021, S. 110118). Aber schon im Oktober 1963 breitete sich wieder Unzufriedenheit unter den Partnern aus: Angeführt von den Sowjets war man sich einig, dass es um Geben und Nehmen gehe und dass die Zeit einseitiger Unterstützung der Vergangenheit angehören müsse. Ebenfalls mit großer Skepsis beobachteten die Diplomaten, dass sich Nordkorea wirtschaftlich zu sehr den kapitalistischen Staaten annäherte. Namentlich mit Japan und England gäbe es einen immer größeren Warenaustausch bzw. den Versuch dazu, was man unbedingt weiter beobachten müsse (Archive 2021, S. 110121). Gleichzeitig war man in der DDR beunruhigt, dass es an Rohstoffen aus Nordkorea fehlte. Das Land versuche stattdessen

verarbeitete Produkte und Halbfertigwaren minderer Qualität in die Partnerländer zu liefern. Seit die DDR ihre unentgeltlichen Hilfsmaßnahmen eingestellt habe, kämen kaum noch koreanische Edel- und Buntmetalle in der DDR an. Es sei unerlässlich, Nordkorea zu erklären, wie wichtig eine gegenseitige Unterstützung im Kampf gegen den „Imperialismus“ sei (Archive 2021, S. 110124). In einer Aussprache zwischen dem Chef der Ersten Abteilung des Außenministeriums Nordkoreas, Pak Chunguk, und DDR-Botschafter Becker gab Pak seinem Gegenüber zu verstehen, dass sein Land derzeit die internationalen Standards noch nicht erfüllen könne und daher auf die Nachsicht der DDR angewiesen sei. Das Land könne weder die hochwertigsten Produkte liefern noch sei es beim Abbau von Rohstoffen so weit, dass es ausreichende Mengen davon in andere sozialistische Staaten zu exportieren in der Lage sei. Der Anteil, den man an das nicht-sozialistische Ausland geschickt habe, sei mit weniger als 10% der Menge denkbar gering. Ziel seien hier 10%. Bis 1967 sei ein großer Sprung nach vorn zu erwarten, der den Anschluss an das Weltniveau bringen werde. Bis dahin sei man auch noch nicht so weit, dass man - wie von der DDR gewünscht - an der Leipziger Frühjahrsmesse teilnehmen könne. Die Lieferungswünsche der DDR würden danach besser erfüllt werden, wenn auch nicht zur Gänze (Archive 2021, S. 111084). Im Juli desselben Jahres wurde die koreanische Seite schon etwas anklagender gegen die DDR wie auch gegen die Sowjetunion und die Tschechoslowakei, die alle als weit entwickelte Staaten bezeichnet wurden, die Nordkorea mit seinen Problemen allein ließen. Alles, was sie wollten, seien Buntmetalle und sofortige Bezahlung. Sie wollten keinerlei Fertigprodukte akzeptieren, um Nordkorea auf dem Niveau eines Agrar- und Rohstofflandes zu belassen. Kapitalistische Länder böten immerhin langfristige Kredite, aber auch dazu seien die eigentlichen „Bruderländer“ nicht bereit. Diese anklagenden Worte bewirkten bei den drei Adressaten ein durchaus freudiges Echo: Nordkorea habe gemerkt, dass die chinesische Unterstützung allein das Land in den Abgrund führe und die Anklage sei ein Akt der Verzweiflung (Archive 2021, S. 111811). Die These schien zuzutreffen, denn schon ein Jahr später war tatsächlich eine starke Öffnung in Richtung RGW-Staaten erfolgt. Deutlich erkennbar war der Wunsch nach Krediten von deutscher und anderer Seite, für die Nordkorea im Gegenzug eine erhöhte Bereitschaft zu mehr Kooperation zeigte. Die Handelsvolumina mit den „Bruderländern“ stiegen wieder an. Der Wahlspruch „Alles aus eigener Kraft“ wurde nicht mehr nach außen getragen, sondern fand nun lediglich intern Verwendung (Archive 2021, S. 111822). Ein Blick auf die Details lohnt sich allerdings: Zwar stieg das Handelsvolumen insgesamt jetzt stark an, aber die koreanischen Lieferungen blieben erheblich hinter den verabredeten Zeitplänen und den erhofften Qualitätsstandards zurück. Die DDR reklamierte die Defizite, gab aber dennoch die erhofften Investitionskredite für Nordkoreas Industrie (Kang-Schmitz 2010, S. 90). Besonders die Finanzierung und der Aufbau kompletter Industrieanlagen dürfte Nordkorea in der Zeit seiner starken Annäherung an die VR China gefehlt

haben, so die Beobachter der DDR-Botschaft in Pjöngjang im Juli 1965. Was außerdem jetzt stark zunahm, war der Austausch von Delegationen. DDR-Beobachter orteten einen Hunger nach Wissen, da es mehrere Jahre der Stagnation gegeben habe. In allen Beurteilungen wird versucht, das chinesische Modell als das der Stagnation und der Rückständigkeit zu präsentieren, das u.a. dafür verantwortlich zeichne, dass Nordkorea seinen Planvorgaben hoffnungslos hinterherhinke. Die Ernährungssituation sei insbesondere nach einer Missernte 1963 angespannt und die Unzufriedenheit in der Bevölkerung groß (Archive 2021, S. 111822). Im Februar 1966 schlossen die DDR und Nordkorea ein Abkommen über die Lieferung von „kompletten Systemen“ (Archive 2021, S. 112308). 14 Monate später, im April 1967, folgte eine Vereinbarung über Dienstleistungen im Luftverkehr (Kang-Schmitz 2010, S. 292). Bei alldem blieb der nordkoreanische Kredithunger groß. Auch im April 1967 bat das Land die DDR um Lieferungen, die langfristig über Agrar- und Rohstofflieferungen abgezahlt werden sollten. Die Vergabe durch die DDR erfolgte auf Kosten von Krediten an andere Partner, um die Annäherung an das Sowjetlager zu belohnen und weiter zu stärken. Mit der Begleichung der Schulden kam Nordkorea dennoch ein weiteres Mal in Verzug, denn die verabredeten Lieferungen trafen nur zögerlich in der DDR ein (Kang-Schmitz 2010, S. 133). Während dieser Zeit, als Nordkorea reumütig in den Schoß des sowjetisch geführten Lagers zurückzufinden schien, strotzte die DDR-Vertretung in Pjöngjang vor Selbstbewusstsein. Voll stolz präsentierte sie den Vertretern der Kim-Regierung die „Errungenschaften des Real-existierenden Sozialismus“ in der DDR (Archive 2021, S. 112306). Die Offiziellen Nordkoreas nährten dieses Selbstwertgefühl, indem sie bestätigten, dass in ihren Augen, die DDR ein sich stabil entwickelndes sozialistisches Staatswesen mit einer ebenso stabilen Wirtschaft sei. Gleichzeitig gaben die Koreaner zu verstehen, dass man von diesem so weit entwickelten Land auf Hilfe hoffe (Archive 2021, S. 113367). Die Kooperation wurde so immer enger. Eine Vereinbarung, die im März 1968 geschlossen wurde, verband die beiden weit entfernten Staaten durch eine weitere Verkehrsader nämlich den Seeweg. Ein regelmäßiger Schiffsverkehr durch die DDR-Schiffahrtsgesellschaft sollte eingerichtet werden (Kang-Schmitz 2010, S. 292–293). Insbesondere in der Rückschau interessant ist die Aussage des ungarischen Botschafters in Pjöngjang, Kádas István, vom Februar 1968, der von der Bitte der Koreaner nach deutscher Unterstützung beim Aufbau eines Nuklearprogramms zu berichten wusste. Sowohl Expertise und Experten als auch Bauteile standen auf der Liste des Begehrens. Ganz direkt fragte man sogar nach Spionagematerial westlicher Provenienz. Die DDR zeigte sich einerseits kooperationsbereit, verwies aber gleichzeitig auf die Tatsache, dass sie hier in Gemeinschaftsarbeit mit den Partnerländern stehe, an die sich Nordkorea ebenfalls wenden möge. Die UdSSR sei hier federführend und damit der beste Ansprechpartner, dessen Einverständnis für eine derartige Kooperation unerlässlich sei. Eine rein mündliche Anfrage könne von der DDR ohnehin nicht einfach so beantwortet werden. Ein

schriftlich ausformulierter, förmlicher Antrag auf höchster Ebene sei hier der Weg. Die Koreaner zeigten sich nach dem Gespräch trotz der eher zurückhaltenden deutschen Antwort erklärtermaßen sehr angetan von dem Ergebnis (Archive 2021, S. 123114). Als im April 1968 eine Delegation unter Politbüromitglied Kurt Hager Nordkorea besuchte, stimmten er und Kim Il-sung überein, dass ein vereintes sozialistisches Lager von einer Milliarde Menschen enormes wirtschaftliches Potential besitze und bei dessen Entfaltung sehr attraktiv für viele andere Staaten würde (Archive 2021, S. 116731). Im Verlauf des Besuchs ließen die Koreaner eine Besichtigung der von DDR-Helfern mitaufgebauten Stadt Hamhŭng nicht zu, wofür Zeitprobleme angeführt wurden. Lediglich das Vilanon-Werk in Hŭngnam konnte besichtigt werden, woraufhin in Hamhŭng immerhin ein Festessen stattfand (Kang-Schmitz 2010, S. 254). Nichtsdestotrotz ging die wirtschaftliche Annäherung auch 1968 ihren Gang: im November schlossen beide Staaten eine Regierungsvereinbarung, die die langfristige Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen regeln sollte (Kang-Schmitz 2010, S. 91) und im folgenden Monat wurden die zwischenstaatlichen Zahlungsmodalitäten festgelegt (Kang-Schmitz 2010, S. 293). Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftspartnern des sozialistischen Lagers kam die DDR 1969 in den Genuss besonders starker Bemühungen von koreanischer Seite, das Missverhältnis zwischen Im- und Export nicht ausufern zu lassen. Für Kim Il-sung war die DDR damit eindeutig ein bevorzugter Handelspartner, den man keinesfalls verärgern wollte. Die DDR nahm diese Art der Vorzugsbehandlung wohlwollend zur Kenntnis, wohingegen die übrigen sozialistischen Staaten sich weiterhin über die koreanische Säumigkeit beklagten (Kang-Schmitz 2010, S. 91). Das nordkoreanische Interesse an der DDR als Handelspartner entging auch der Stasi nicht. Diese registrierte bei einer eigentlich militärtechnisch ausgerichteten Visite von Nordkoreanern, dass diese sehr gerne wissen wollten, welche Geräte in der DDR produziert worden seien (Grumbach 1968, S. 321). Es zeigte sich hier sehr eindrücklich, dass im Fall von Nordkorea Wirtschaft und Militär noch viel schwerer voneinander zu trennen waren als anderswo. 1968 war laut offiziellen nordkoreanischen Angaben 30% des Jahreshaushalts für die Streitkräfte reserviert, wobei DDR-Botschaftsangehörige Hinweise gefunden zu haben glaubten, dass der tatsächliche Anteil noch höher liege - eine Tatsache, der die DDR eher kritisch gegenüberstand, da sie die wirtschaftliche Entwicklung durch einen derart hohen Verteidigungsetat als sehr in Mitleidenschaft gezogen ansah (Kang-Schmitz 2010, S. 68). Die DDR-Botschaft in Pjöngjang bemühte sich, mit allen zu Verfügung stehenden Mitteln, einen Blick hinter die Fassade der Propaganda zu werfen. Sie erkannte in den offiziellen ökonomischen Zahlen jener Tage geschönte Darstellungen von Erfolgen, die so nicht vorlagen und sah hierfür - ganz im Sinne der politischen Vorgaben aus Berlin - den Hauptgrund in der Ausrichtung auf Autarkie. Der niedrige Ausbildungsgrad des Personals und die schlechten technischen Voraussetzungen wurden ebenfalls als Ursache identifiziert (Kang-Schmitz 2010, S. 70–73).

9.5 Leistung gegen Leistung, Bruder! Warenaustausch 1970 – 1990

Für das neue Jahr der 1970 planten beide Partner eine starke Erhöhung des Warenaustausches um immerhin 140%. Gerade die koreanischen Exporte konnten drastisch angehoben werden, so dass sehr kurzzeitig ein nennenswerter Überhang in dieser Richtung entstand. Trotzdem verliefen auf längere Sicht die Lieferungen in Ost-West-Richtung oft eher schleppend. Rohstoffe wie beispielsweise Magnesitklinker wurden von den DDR-Wirtschaft dringend gebraucht und ihr verzögertes Eintreffen störte die Produktionsabläufe der DDR-Industrie erheblich. Eine Tatsache, die die Koreaner nicht daran hinderte, neue Begehren zu äußern: Als im November 1970 die weitere Zukunft des Austausches besprochen wurde, präsentierte die koreanische Seite eine Wunschliste mit einer Reihe von komplett fertigen Anlagen, die sie von der DDR gerne geliefert bekommen würde (Kang-Schmitz 2010, S. 92–93). Schon 1972 waren erste Resultate sichtbar, als ein Textilwerk Namens „September“ eingeweiht werden konnte. DDR-Vertreter wurden zu den Feierlichkeiten der Einweihung allerdings nicht eingeladen: weder der DDR-Botschafter noch ein Vertreter der Firma Unitechna, die den Bau geleitet hatte, waren zugegen. „Innere Umstände“ hätten dies leider verhindert, so das nordkoreanische Komitee für Außenwirtschaft (Kang-Schmitz 2010, S. 246). Immerhin lud die Stadtverwaltung von Hamhŭng von 1970 bis 1972 jährlich jeden September jeweils vier Angehörige des ehemaligen Baustabs gemeinsam mit ihren Ehefrauen in ihre Stadt ein. Ohne Zweifel lässt sich hier sowohl eine Geste der Dankbarkeit für die frühere Aufbauhilfe als auch des Willens zur Brückenbildung in der gegenwärtigen Lage der frühen 1970er Jahre erkennen (Kang-Schmitz 2010, S. 254). Schon im März 1972 war es Nordkorea gelungen, einen Vertrag über Vorleistungen der DDR für ein Zinkverarbeitungswerk beidseitig absegnen zu lassen (Archive 2021, S. 112308). Der Regierungswechsel in der DDR von Ulbricht zu Honecker schien also die Lieferwilligkeit der Regierung in Berlin nicht zu beeinträchtigen. Aber schon 1973

war die Zeit des koreanischen Exportüberschusses zu ende.

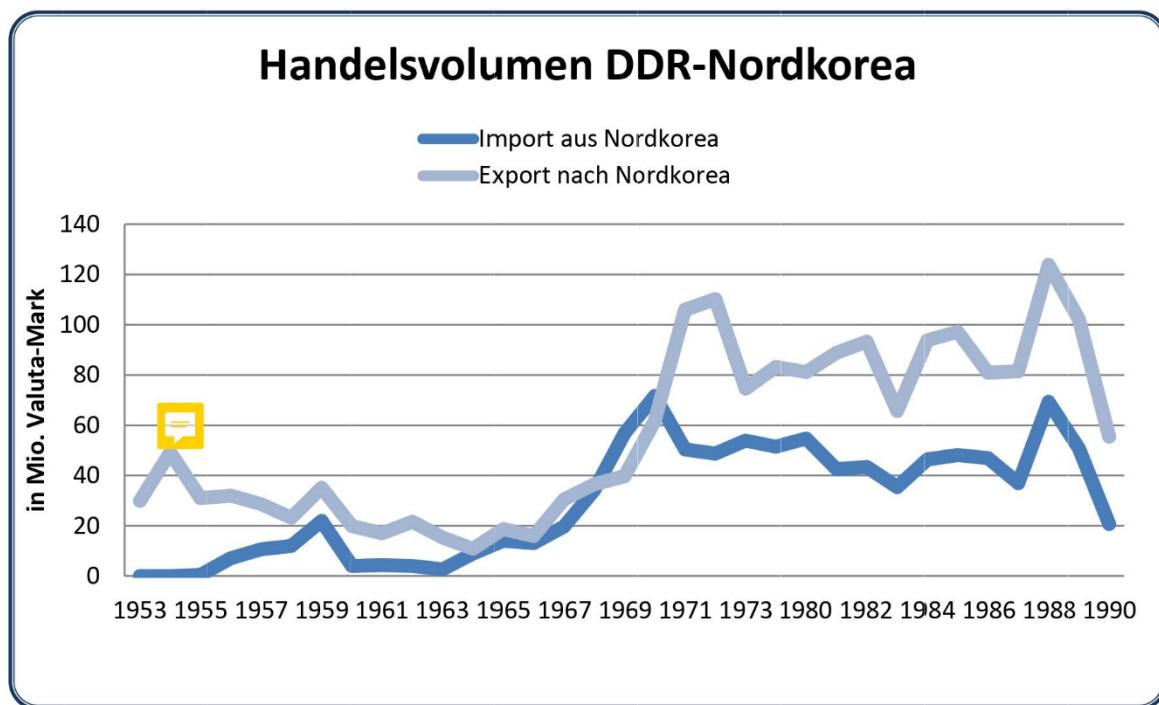


Abbildung 1: Handelsvolumen DDR-Nordkorea

Quelle: Kang-Schmitz 2010, S.84

Die Lieferverzögerungen häuften sich immer weiter und am Ende des Jahres fehlten 30% der erwarteten Rohstoffe. Das langfristig bestehende Lieferdefizit war wieder dabei, sich zu vergrößern. Um dieser Trendumkehr nicht tatenlos zusehen zu müssen, veranlasste die DDR die Etablierung eines gemeinsamen Ausschusses beider Länder. Von Nordkorea wurde dieser allerdings sofort zu weiteren Forderungen nach Hochtechnologie und Industrieanlagen genutzt. Dafür wolle man vermehrt Buntmetalle in die DDR exportieren. Dass dieses nordkoreanische Angebot ein Lockmittel war, war den deutschen Verhandlungsführern zu dieser Zeit aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit schon vollkommen bewusst (Kang-Schmitz 2010, S. 93–94). Auf 284 Millionen Mark war der Schuldenberg des Kim-Staates seit 1966 bereits angewachsen und die Metalllieferungen, die eigentlich den Ausgleich in der Zahlungsbilanz bringen sollten, kamen nur sehr spärlich in der DDR an. Anstatt die Transportleistung zu erhöhen und damit zur Begleichung der aufgelaufenen Verbindlichkeiten beizutragen, schlugen die koreanischen Verhandlungsführer aber genau die gegenteilige Lösung des Problems vor: Eine großzügige Erhöhung des Kreditrahmens, der zusätzlich noch sehr langfristig veranschlagt werden sollte, sei das Gebot der Stunde (Kang-Schmitz 2010, S. 134). Während dessen beobachtete die Botschaft in Pjöngjang, die Versuche der Kim-Regierung, vollmundige Versprechen gegenüber dem eigenen Volk in die Tat umzusetzen. Das Urteil war dabei etwas positiver als das des vietnamesischen Botschafters, der eine „riesige Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ sah. Auch die DDR-Vertreter erkannten

die Schwierigkeiten, mit denen Nordkorea zu kämpfen hatte, billigte dem Land aber einige nicht näher genannte Erfolge in Industrie und Landwirtschaft zu (Archive 2021, S. 114277). Im Januar 1974 informierte der sowjetische Botschafter DDR-Botschaftssekretär Stark, über einen zunehmenden Warenaustausch Nordkoreas mit „kapitalistischen“ Staaten wie Japan und einigen westeuropäischen Nationen, die den Löwenanteil an Nordkoreas Buntmetallen bekämen, verlieh aber insbesondere seiner Sorge über ein erhöhtes Handelsvolumen mit China Ausdruck (Archive 2021, S. 114278). Wie sich schon bald herausstellen sollte, schätzte die DDR-Vertretung in diesen Tagen die hohen Risiken des verstärkten Austausches mit den marktwirtschaftlichen Staaten für Nordkorea vollkommen richtig ein. Schon 1975 hatte sich ein enormer Schuldenberg von 700 Millionen US-Dollar aufgebaut (Kang-Schmitz 2010, S. 73). Am regen Handel mit der DDR wollte Nordkorea jedenfalls festhalten. Die für 1975 verabredeten Gütermengen sollten ausgetauscht und in Zukunft sogar ausgeweitet werden. Nordkoreas Unterhändler gab gegenüber DDR-Botschafter Everhartz allerdings zu, dass es diesbezüglich in der Vergangenheit Schwierigkeiten gegeben habe und dass auch für dieses Jahr (1975) keine exakten Angaben über die genauen Liefermengen vorlägen (Archive 2021, S. 114127). Als die Sowjets ihre Zweifel über das Lieferpotential Nordkoreas äußerten, unterrichtete die DDR-Botschaft Berlin sofort darüber ebenso wie über die Freude der russischen Vertretung, dass Nordkorea bei aller Wiederannäherung an China, trotzdem nicht umhinkomme, die Nähe zur UdSSR zu suchen (Archive 2021, S. 114284). 1975 unternahmen die Koreaner erfolgreich verstärkte Anstrengungen, das eigene Exportvolumen in Richtung DDR zu steigern, und erreichten zwischenzeitlich eine durchaus nennenswerte Absenkung des eigenen Passivsaldo. Langfristig blieb das strukturelle Defizit in der Handelsbilanz aber als sich immer weiter verstärkendes zentrales Problem bestehen (Kang-Schmitz 2010, S. 94–95). Dabei kommentiert die DDR-Vertretung in Pjöngjang die koreanische Zahlungsmoral immer fatalistischer: Als im August 1976 der schwere Zwischenfall an der innerkoreanischen Grenze, bei dem zwei US-Soldaten von nordkoreanischen Grenztruppen mit Äxten erschlagen wurden, die Welt erschütterte, erklärte sie dazu, dass Nordkorea dies zum Anlass nehmen werde, die finanziellen Rückstände zu zementieren. Verstärkte Verteidigungsanstrengungen würden nun nötig und eine Rückführung der Defizite müssten hintangestellt werden. Ganz im Gegenteil werde Nordkorea jetzt wegen weiterer Hilfen vorstellig werden (Archive 2021, S. 114291). Die Anhäufung von Defiziten und Schulden blieb nicht auf den Warenhandel als solchen beschränkt, sondern erstreckte sich auch auf den Lieferverkehr. Das Nordkoreanische Auslandstransportunternehmen (Oonsoo) kam jahrelang seinen Zahlungsverpflichtungen trotz wiederholter Aufforderungen selbst durch das DDR-Außenministerium in so unzureichender Form nach, dass ein „Volkseigener Betrieb“ namens DSR im Oktober 1977 auf ministerialer Ebene vorstellig wurde, um eine Aufgabe der Wirtschaftskontakte zu Nordkorea zu erreichen. Abgesehen von den ausstehenden Zahlungen,

sei das Frachtvolumen ohnehin sehr gering. Die DDR-Behörden genehmigten diesen Antrag nicht, aber schon im darauffolgenden Jahr ebnete der Seehandel zwischen beiden Ländern ab - Geld floss von koreanischer Seite allerdings auch weiterhin nicht (Kang-Schmitz 2010, S. 111–113). Im Warenhandel selbst blieb die koreanische Seite ebenfalls alles andere als zuverlässig. Während die DDR in der ersten Jahreshälfte 1977 bereits 75% ihrer versprochenen Exportmenge für das Gesamtjahr nach Korea geschickt hatte, waren es umgekehrt lediglich 21% zuzüglich 43% der noch ausstehenden Güter von 1976 - vornehmlich von der DDR-Wirtschaft dringend benötigte Rohstoffe wie Zink etc. Die DDR zeigte allerdings dennoch gewisse Nachsicht und Geduld: Man sehe ein, dass die nordkoreanische Wirtschaft derzeit harte Zeiten durchlebe und rechne ganz sicher mit besseren Zeiten in der näheren Zukunft. Blockiert wurde allerdings die Wiederaufnahme eines zehn Jahre alten Projekts von 1968: die DDR hatte damals Teile für eine Fabrik nach Nordkorea geschickt, der Bau hatte hingegen nie begonnen. Pjöngjang wollte nun, 1977, die Fabrik mit moderneren Anlagen errichten und verlangte, dass die DDR jetzt die entsprechenden Teile bereitstellen solle. Die Preise sollten dabei diejenigen von 1968 bleiben und für die Bezahlung gäbe es ja noch den damals nicht ausgeschöpften Kreditrahmen. Man denke nicht daran, hierauf in irgendeiner Weise einzugehen, hieß es hierzu von der DDR ohne die sonst übliche zwischenstaatliche diplomatische Zurückhaltung in der Formulierung (Archive 2021, S. 114855). Während des Gipfeltreffens von Kim Il-sung und Erich Honecker in Pjöngjang 1977 versuchte Kim, die Wogen etwas zu glätten, indem er seinem Bedauern über das aufgelaufene Handelsbilanzdefizit seines Landes Ausdruck verlieh. Abhilfe könne aber eine Kooperation beim Abbau von Rohstoffen bringen. Er sei ganz besonders dankbar für das Angebot der DDR, wissenschaftlich-technische Unterstützung in genau den Bereichen zu gewähren, in denen Nordkorea diese benötige. Man einigte sich in diesem Sinne auf eine langfristige Zusammenarbeit bis 1984 mittels derer neben der Kooperation in den bisherigen Bereichen auch neue wirtschaftliche Felder erschlossen werden sollten. Auf jeden Fall solle der Rohstoff-Fluss in die DDR größer werden, wofür die DDR Nordkorea u.a. auch mit viel Kunstdünger versorgen solle (Archive 2021, S. 112308). Ein erweiterter Kreditrahmen mit einem Zinssatz von 2% wurde Nordkorea zugesagt und die Unterzeichnung eines offiziellen Handelsabkommens sollte innerhalb von sechs Monaten erfolgen (Archive 2021, S. 114861). Die seit 1966 geplante Fabrik (s.o.) sollte nun doch bis 1980 durch verstärkte beiderseitige Anstrengungen fertiggestellt werden und alle Verbindlichkeiten der koreanischen Seite seien rückzahlbar in fünf bzw. zehn Jahresraten. Über die Bewertung der Sachlieferungen sollten sich die Außenhandelsorganisationen beider Staaten beraten und ebenso solle es Aufgabe der beiden Außenhandelsbanken sein, die Details aller Zahlungsmodalitäten festzulegen. Die Übereinkommen wurden in drei Sprachen verfasst: koreanisch, deutsch und russisch, wobei die russische Fassung bei unterschiedlichen Meinungen in

der Auslegung zum Tragen kommen sollte, sollten auftretende Schwierigkeiten sprachlich bedingt sein (Archive 2021, S. 112308). Die DDR hoffte in dieser Zeit sehr darauf, durch verstärkten wirtschaftlichen Austausch mit anderen sozialistischen Staaten wie Nordkorea von der Einfuhr aus nicht-sozialistischen Ländern unabhängiger zu werden (Kang-Schmitz 2010, S. 27). Die DDR war somit sehr gerne bereit, den koreanischen Wünschen entgegenzukommen und bei der Ausbeutung von Rohstoffen zu helfen. Die DDR schickte für eine anschließende Belieferung mit dringend benötigten Erzen die fehlenden Maschinen und stundete die dafür fälligen Beträge bis zum Eintreffen der ersetzten Rohstoffe (Archive 2021, S. 116405). Im Fall von Nordkorea stellten sich diese Wünsche aber als vergebliche Hoffnungen heraus: jedes Jahr kam es zu Lieferrückständen, die das kumulierte Defizit immer mehr wachsen ließen. Während der bilateralen Tagungen auf diesen Missstand hingewiesen, versprachen die koreanischen Gesprächspartner gewöhnlich eine „gründliche Prüfung und Entscheidung“, was dem Gegenüber Kooperationsbereitschaft suggerierte, aber keinerlei Änderung der Sachlage bewirkte (Kang-Schmitz 2010, S. 95). Dies alles obwohl die deutsche Seite keinen Zweifel darüber ließ, dass ihr sehr an einer langfristigen Zusammenarbeit gelegen sei, wofür sie den koreanischen Vorstellungen und Wünschen nach Kräften entgegenkommen wolle. Würden die Koreaner ihren Teil der Abmachung erfüllen und der DDR die verlangten Rohstoffe zur Verfügung stellen, wäre dies eine dermaßen wichtige Hilfe für die DDR, dass sie ihrerseits den koreanischen Bedarf an Hochtechnologie gerne beizusteuern bereit sei. Entsprechende Kooperationsabkommen wurden im Frühjahr 1978 unterzeichnet. Schon während dieser Verhandlungen wurden von koreanischer Seite neue, von vorherigen Gesprächen abweichende Wünsche nach anderen Maschinen geäußert. Die DDR versprach, alles zu unternehmen, um das benötigte Material zu liefern (Archive 2021, S. 116406). Im Oktober setzte man dann Unterschriften unter ein Abkommen, das den Flugverkehr zwischen beiden Staaten regeln sollte, wobei die DDR darauf drängte, in die Präambel die Prinzipien des Marxismus-Leninismus aufzunehmen. Die Koreaner zeigten sich dazu erst nach längeren Verhandlungen bereit, da „der Ressortcharakter dieses Abkommens eine solche Formulierung nicht erfordert.“ Die DDR sollte eines der ganz wenigen Länder bleiben, die sich zu einem Luftverkehrsabkommen mit Nordkorea bereitfanden. Die meisten anderen „Bruderstaaten“ verwehrten Nordkorea eine solche Art der Zusammenarbeit und auch die DDR erfuhr in den nächsten Jahren, welche Nachteile diese Vereinbarung hatte: So landeten in der Folge in Schönefeld oft Flugzeuge aus Korea, für die seitens der DDR keine ordnungsgemäße Erlaubnis erteilt worden war. Um welche Art von Flug es sich handelte, erfuhren die deutschen Behörden eher selten und auch gegen Flugsicherheitsbestimmungen wurde immer wieder verstoßen. Dies stand den Paragraphen der Vereinbarung alles diametral entgegen (Kang-Schmitz 2010, S. 113–114). Was sie ihrerseits haben wollten, wussten koreanische Verhandler demgegenüber meist sehr genau: High Tech und

dementsprechendes Knowhow stand ganz oben auf der Liste der Forderungen: Nuklear- und Lasertechnologie ebenso wie Mikroelektronik, wobei etliche Informationen in der DDR als so geheim eingestuft wurden, dass sie mit Nordkorea nicht geteilt wurden. Ohne alle Anfragen der Koreaner restlos abzuwiegen, probierte es die deutsche Seite durchaus damit, koreanische Post-Graduates der Sozialwissenschaften in die DDR einzuladen. Die Koreaner blieben auf dieses Anerbieten jegliche Antwort schuldig. Nur Techniker sollten nach ihrem Dafürhalten in der DDR lernen – wie schon zu früheren Zeiten - oftmals sehr plötzlich. Die DDR verhielt sich hier mittlerweile allerdings eher abwartend und verlangte, dass zumindest die nötigen Sprachkenntnisse vorhanden seien. Zwei Deutsch-Lektoren akzeptierte Nordkorea zu diesem Zweck in Pjöngjang (Archive 2021, S. 110137). Glaubt man Teilnehmern einer damaligen Gruppe von Ingenieuren, die zu dieser Zeit ein Rechenzentrum in Nordkorea bauen sollten, so sollten vor allem direkte Kontakte von Mensch zu Mensch in jeder Hinsicht vermieden werden. Allein der beruflich-technischen Aufgabenerfüllung durch ihre deutschen Gäste galt das Interesse ihrer koreanischen Arbeitskollegen und Helfer. Dafür versorgte man sie umfassend mit Essen, straff durchorganisierten Freizeitangeboten und ausdauernden Lobpreisungen Kim Il-sungs (Mdr.de 2017). Die Botschaft in Berlin wurde von Nordkorea in dieser Zeit ebenso für die eigenen Wirtschaftsinteressen in Stellung gebracht wie die Besucher aus Fernost hier bei allen Besuchen für ihr Land aktiv waren: sowohl zu Firmen der DDR als auch der Bundesrepublik und des Westteils Berlins wurden nach Kräften Handelskontakte aufgebaut. Eine jährlich nach strengen Kriterien ausgesuchte Gruppe von „Touristen“ wurde in die DDR entsandt, um Informationen zu sammeln, die der Entwicklung Nordkoreas nützen könnten, wobei sie auf Schritt und Tritt der Überwachung durch koreanische Botschaftsangehörige unterlagen (Archive 2021, S. 208248). Insbesondere die nordkoreanischen Studenten aber auch andere längerfristig in der DDR ansässige Nordkoreaner wurden von der Botschaft zum Handel mit Armbanduhren und Elektrowaren eingesetzt, durch die ein beträchtlicher Erlös erwirtschaftet werden konnte. Sofern sie Stipendien von der Botschaft bezogen, erfolgte die Warenübergabe der Botschaft immer bei der Auszahlung des Stipendiums (Daum 1986). Die Fälschung von Banknoten bzw. deren Verwendung in einem DDR-Geschäft im August 1986 sorgten für Verstimmung zwischen den Partnern. Nach einer diesbezüglichen Aussprache zwischen der stellvertretenden Chefin der MfS-Protokollabteilung, Weier, und dem Botschaftsangehörigen Han Taehün versprach Letzterer, die Blüten zu vernichten und den Botschafter zu informieren (Herzog 1986). Kaum vorstellbar, dass es sich hierbei nicht um von der nordkoreanischen Regierung zumindest geduldete – wenn nicht geplante – Verfahrensweisen handelte. Diese Tendenz blieb für die restlichen Jahre des Bestehens der DDR erhalten. Noch 1988 registrierte das MfS Versuche von nordkoreanischen Delegationsmitgliedern, insbesondere koreanisch-stämmiges Personal von einschlägigen Betrieben für die eigenen Zwecke einzuspannen,

und über dieses, Betriebsgeheimnisse zu erfahren. So geschehen im VEB („Volkseigener Betrieb“) „Zentraler Industrieanlagenbau der Metallurgie“. Obwohl sich der betreffende Angestellte geweigert habe, seien die Vertreter Nordkoreas nicht müde geworden, weiter engen Kontakt zu ihm zu suchen (Kay 1988). Was den offiziellen bilateralen Warenaustausch anbetraf, so beschloss die DDR ab 1984, dem Exportüberhang energisch entgegenzutreten. Insbesondere der handelspolitischen Abteilung der Botschaft oblag es, auf die Einhaltung der Verträge zu drängen. Vor allem persönliche Kontakte sollten hierfür nutzbar gemacht werden. Die DDR verlangte jetzt, dass zunächst die bisherigen Lieferrückstände abgearbeitet würden, bevor neue Leistungen von deutscher Seite erfolgten. Nach wie vor verfolgte die DDR das Ziel, Importe aus sozialistischen Partnerstaaten an die Stelle von Einfuhren aus Drittländern zu setzen (Kang-Schmitz 2010, S. 96–97). Dementsprechend verbindlich war der Ton beim Gipfeltreffen 1984. Honecker lobte hier die Zusammenarbeit, die seit dem letzten Treffen 1977 so große Fortschritte gemacht habe. Nicht zuletzt das Abkommen über die langfristigen Handelsbeziehungen lobte Honecker in diesem Zusammenhang und er regte dementsprechend an, für die Zeitperiode bis 1990 ein noch weitergehendes Übereinkommen zu wissenschaftlich-technischer Kooperation zu schmieden. Man sei weiterhin bereit, Maschinen und Ausrüstung für die Entwicklung der nordkoreanischen Produktion zur Verfügung zu stellen, und habe auch Verständnis dafür, dass Nordkorea den Export von verarbeiteten Produkten anstrebe. An Produkten wie Agar habe die DDR allergrößtes Interesse. Er schlug vor, das derzeit laufende Handelsabkommen um ein weiteres Jahr zu verlängern, um während dieses Jahres die weitergehende Fortsetzung zu planen. Zu diesem Zweck sollten sich die Zentralen Planungskommissionen beider Länder miteinander beraten. Ausdrücklich nennt Honecker das Ziel, durch diese Maßnahmen Importe aus den „kapitalistischen“ Ländern einzusparen. Diese führten mit all ihren Ressourcen einen Wirtschaftskrieg gegen das sozialistische Lager. Auch Kim Il-sung wollte laut eigener Aussage beim Gipfeltreffen den bilateralen Handel zwischen beiden Partnern dazu nutzen, die Importabhängigkeit von Produkten aus dem marktwirtschaftlich orientierten Ausland zu reduzieren. Allerdings sprach er dabei von Halbleitern und ähnlicher Hochtechnologie. Für solche versprach er eine langfristige Versorgung der DDR-Industrie mit Blei, Zink und ähnlichen Rohstoffen, die diese so dringend brauchte. Kim ergänzte, dass sein Land sich mittlerweile nicht mehr als Teil der Blockfreienbewegung verstehe. Obwohl politisch unabhängig, seien deren Mitglieder wirtschaftlich nicht ohne äußeren Einfluss. Die Gefahr neokolonialistischen Einflusses durch die USA und Japan sei daher groß. Das beste Mittel dagegen sei ein Schulterchluss der Entwicklungsländer und der sozialistischen Staaten (Archive 2021, S. 113199). Die Unterzeichnung des „Abkommens zur Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bis 1990“ fand schon im Juni statt und bereits im Monat darauf begann das

„Programm zur Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der KDVR im Zeitraum 1984-1990 auf ausgewählten Gebieten des Maschinenbaus und der Elektrotechnik und Elektronik (Kang-Schmitz 2010, S. 294).“ Als im Mai 1986 der Stellvertretende Staatsratsvorsitzende Manfred Gerlach Nordkorea besuchte, betonte Kim Il-sung seine optimistische Einschätzung ob der ökonomischen Lage seines Landes. Nicht zuletzt durch die Erschließung von 300.000 Hektar Land bis 1990 verspreche er sich eine bedeutende Steigerung der jährlichen Erntemenge von Getreide auf 15 Millionen Tonnen. Gerlach möge Erich Honecker von diesen rosigen Aussichten berichten (Archive 2021, S. 113200). Beim Gipfeltreffen in Pjöngjang im Oktober 1986 ist dann wieder die Rede von den bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen: man habe erfolgreich zusammengearbeitet. Die Fabrik für Bauteile zur Automatisierung nutze ebenso Komponenten aus der DDR wie etliche wichtige Textilproduktionsstätten. Kim Il-sung bestätigte die Wichtigkeit von Knowhow etc. aus der DDR. Der gegenseitige Austausch sei wichtig und werde in nächster Zeit immer noch wichtiger werden. Er forderte die DDR daher auf, demnächst wenn möglich noch mehr zur industriellen Entwicklung Nordkoreas beizutragen. Insbesondere Bauteile und Maschinen für die Vinalon-Textil-Fabrik wären von immenser Bedeutung (Archive 2021, S. 110758). Immer mehr interessierte sich Nordkorea jetzt also - so zeigten es die Wünsche in Richtung DDR - für Hilfen beim Aufbau einer Chemieindustrie wie für eine Produktion synthetischer Textilstoffe. Die bisher so intensiv verfolgte Linie zum Aufbau einer metallverarbeitenden Industrie trat jetzt etwas in den Hintergrund. Die Wunschliste war allerdings so lang, dass die DDR nicht alles davon liefern konnte oder wollte. Nordkorea seinerseits war ohnehin außerstande, seine Exportverpflichtungen gegenüber Berlin alle einzuhalten. Im November 1985 wurde daher ein langfristiges Handelsabkommen zwischen beiden Ländern für die Jahre 1986-1990 abgeschlossen: Der Export der DDR sollte für diese Zeit 392 Millionen Mark betragen und der Import aus Nordkorea 512 Millionen. Die Differenz kam durch die Kreditrückzahlungen zustande, die Nordkorea leisten sollte (Kang-Schmitz 2010, S. 97-98). Im Januar 1986 trat der Vertrag in Kraft (Kang-Schmitz 2010, S. 294-295). Zwecks Produktion von Berufskleidung in Nordkorea wurden daraufhin Baumwolle und andere erforderliche Werkstoffe aus der DDR nach Korea geliefert, die dort verarbeitet und anschließend in die DDR exportiert wurden. Die Qualität der Ware wies allerdings dermaßen starke Mängel auf, dass die DDR das Geschäft im Mai 1988 beendete. Verschiedene Faktoren bewirkten damals auch in quantitativer Hinsicht eine starke Verringerung des Warenstroms aus Nordkorea in Richtung DDR bzw. in alle sozialistischen Partnerländer: Die zunehmende Marktorientierung von bisherigen Unterstützerländern bewirkte Engpässe bei der nordkoreanischen Energieversorgung gepaart mit den Auswirkungen von zahlreichen Unwettern auf die landwirtschaftliche Produktion. Als wären dies nicht genug der Probleme kam allerdings ein hausgemachter Belastungsfaktor dazu, der ganz

allein dem eigenen Prestigedenken der nordkoreanischen Führung zuzuordnen ist: Als die Olympischen Spiele 1988 an Seoul vergeben worden waren, entschied sich Nordkorea, sich durch Abhaltung der „Weltfestspiele der Jugend“, einer Art Olympischer Spiele der sozialistisch-kommunistischen Welt, in Pjöngjang 1989, ins internationale Bewusstsein zu bringen. Um die Mittel für diesen Zweck aufzubringen, waren enorme Ressourcen vonnöten, die anschließend anderswo in der Wirtschaft fehlten. Allein die Errichtung von riesigen Monumentalbauten und großen Sportstätten kostete viel Substanz. Die nötige Bestellung zahlreicher Güter auf dem Weltmarkt, die sonst nicht zu bekommen waren, war nur möglich, wenn der Export von wertvollen Rohstoffen wie Buntmetallen in diese Richtung umgeleitet wurde. Sie fehlten dementsprechend im innersozialistischen Warenaustausch (Kang-Schmitz 2010, S. 98). Trotzdem herrschte bei der Vorbereitung des letzten Gipfeltreffens beider Staatschefs im Oktober 1986 großer Optimismus. Die Politbüromitglieder Günter Mittag und I Chöngok trafen sich im Vorfeld der Begegnung und kamen überein, weitere Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auszuloten. Nordkoreas Politik zielte darauf ab, der hochindustrialisierten DDR gute Bedingungen für eine solche Kooperation zu bieten, so I (Archive 2021, S. 110758). Während des Treffens stellte Kim Il-sung die DDR als eine Art Speerspitze der technologischen Entwicklung der sozialistischen Welt dar, um dann an diese DDR unter Hinweis auf die Hilfe der 1950er und frühen 1960er Bitten um weitere Unterstützung für den Bau einer Fabrik zu richten (Archive 2021, S. 110143). Erich Honecker äußerte seine grundsätzliche Bereitschaft zu einer vertieften Kooperation auf den Gebieten des Austauschs von Waren, Wissenschaft und Technik. Dies solle auf der Grundlage der getroffenen bilateralen Vereinbarungen geschehen, die für 1986 bis 1990 bzw. noch einmal gesondert für 1987 beschlossen worden seien. In diesem Rahmen werde eine Lieferung von Maschinen für die Vinalon-Textilfabrik geprüft (Archive 2021, S. 110758). Politbüromitglied und Sekretär des Zentralkomitees für Wirtschaft, Günter Mittag, und Außenhandelsminister Gerhard Beil sollten mit Kims zuständigen Fachleuten die Details besprechen (Archive 2021, S. 110143). Das daraufhin durch Beil und seinem Gegenüber Choe Chönggün ausgehandelte Handelsabkommen sah eine Erhöhung des jährlichen Warenaustauschs um 37,5% für 1987 gegenüber dem laufenden Jahr 1986 vor. Ausdrücklich war darin die Lieferung von Arbeitskleidung aus Nordkorea im Wert von 32 Millionen Mark an die DDR vermerkt (Archive 2021, S. 110758). Eine ausgeglichene Bilanz im beiderseitigen Warenaustausch konnte allerdings auch 1987 nicht erreicht werden, auch wenn man sich dies erklärtermaßen zum Ziel gesetzt hatte (Kang-Schmitz 2010, S. 98). Die prinzipielle Idee der Koreaner, eine möglichst große Menge an Leistungen von deutscher Seite zu bekommen, blieb also entgegen allen Bestrebungen der DDR auch weiterhin bestehen. Als im Oktober 1987 durch Hilfen der DDR eine Chemiefaserspinnerei in Anju (Provinz Süd-P'yöngan, (Anm.)) ihren Betrieb aufnehmen konnte, hoffte die DDR auf eine für sie lukrative

Zusammenarbeit im chemischen Bereich wie dies schon im Abkommen von 1984 vereinbart worden war. Allerdings versuchte hier die koreanische Seite einmal mehr, möglichst viele unentgeltliche Leistungen von der DDR zu erhalten, worauf diese jedoch nicht einging. Das Ministerium für Chemische Industrie erklärte, die Bereitstellung von Knowhow, Anlagen und Ausrüstungen könne nur auf kommerzieller Basis erfolgen. Eine weitere Chance, von Leistungen der DDR in großem Maß zu profitieren, witterte Nordkorea in der neu entstehenden Mikroelektronik. Man hoffte auf diesem Gebiet, mit deutscher Unterstützung Weltniveau zu erreichen, und schickte einerseits koreanische Techniker zu Aus- und Weiterbildung in die DDR und bat andererseits um die Hilfe deutscher Experten bei Bau und Instandhaltung eigener entsprechender Anlagen (Kang-Schmitz 2010, S. 144). 1,25 Millionen Universitätsabsolventen habe man ausgebildet, so berichtete Kim Il-sung Honecker bei ihrem Zusammentreffen 1986, und für deren Weiterbildung erhoffe man sich Unterstützung von DDR und UdSSR (Archive 2021, S. 110143). Am Erwerb von Hochtechnologie für geheimdienstliche Zwecke wie z.B. Spezialkameras zeigte sich Nordkorea ganz besonders interessiert. Die DDR zeigte sich hier ohne Umschweife offen für einen Verkauf von diesbezüglichen DDR-Erzeugnissen (Eckhardt 1987). Im Gegenzug, so erklärte Nordkorea, könne man japanische Technologieprodukte liefern (Schmidt 1987). Ab diesem Jahr 1987 wurde die Bereitstellung immaterieller Leistungen wie der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften der anderen Seite als Exportgut in Rechnung gestellt, wobei die Bewertung dieser sich als besonders schwierig herausstellte. Als man schließlich die entsprechende Evaluierung gefunden hatte, lag nach dieser 1988 der Wert solcher Hilfen bereits bei immerhin 15% des gesamten Austausches zwischen beiden Staaten. Die DDR zeigte sich auch hier offen für eine weitere Erhöhung des Volumens, versuchte aber gleichzeitig alles, um eine Angleichung der bilateralen Handels- und Dienstleistungsbilanz zu bewirken. Monatlich sollten Berichte zu diesem Zweck verfasst werden, um die Kontrollmöglichkeiten zu erweitern; eine Bereinigung der Lage im Sinne eines Ausgleichs der Bilanzen bewirkte dies jedoch nicht. Im Gegenteil: „äußerst unbefriedigend“ sei die Situation hier, so die Botschaft in Pjöngjang im Februar 1988. Für 1989 verpflichtete sich Nordkorea zwar, 1988 aufgetretene Lieferrückstände zu begleichen, erklärte sich aber außerstande, dies auch für das aufgelaufene Defizit des Jahres 1987 zu tun. Die DDR wollte sich mit diesem Ansatz nicht zufriedengeben und forderte auch einen Gegenwert für die Lieferungen von 1987 (Kang-Schmitz 2010, S. 98–100). Als Politbüromitglied Günter Schabowski im Mai 1988 mit Kim Il-sung zusammentraf, versicherte Kim, dass in der zweiten Jahreshälfte 1988 alle eingegangenen Verpflichtungen erfüllt würden. Dass erneut Lieferrückstände aufgetaucht seien, sei durch große Überschwemmungen der beiden vergangenen Jahre bedingt, von denen man bisher niemand etwas erzählt habe. Der Aufholprozess sei aber schon im Gange und werde mit derselben Energie vorangetrieben, mit der man die Westmeerschleuse gebaut habe. Diese sei seit

zwei Jahren in Betrieb und habe sich bereits jetzt voll amortisiert. Schabowski unterstrich seinerseits, dass die DDR fest zu allen Vereinbarungen stehe, die zwischen Kim und Honecker getroffen worden seien. Dies mitzuteilen, habe ihm Erich Honecker persönlich aufgetragen. (Archive 2021, S. 121671). Die Kooperation beider Staaten erstreckte sich in den letzten Jahren der Existenz der DDR auf alle möglichen Bereiche. Im Juni 1988 besuchte eine Delegation der koreanischen Polizei die Hauptabteilung der Volkspolizei Berlin. Neben einem Austausch praktischer Erfahrungen wurde den Koreanern Wissen in den verschiedensten Bereichen von der Bedienung von Radargeräten bis hin zur Züchtung von Diensthunden zuteil. Darüber hinaus wurden materielle Geschenke gemacht wie Stoff für die Anfertigung von 450 Dienstuniformen oder eine Tragkraftspritze für die Feuerwehr. Alles in Allem wurden von koreanischer Seite viele Dinge erbeten und gefordert, während die deutsche Seite kaum konkreten Nutzen aus der gemeinsamen Arbeit zog (Kang-Schmitz 2010, S. 117). Im Juli 1989 beschloss die DDR folgerichtig, dass Leistungen nicht mehr einseitig, sondern nur noch auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit anzubieten seien (Kang-Schmitz 2010, S. 118). Noch deutlicher drückte es kurz vor dem Ende der kommunistischen Herrschaft im Ostteil Deutschlands ein Oberst der DDR-Streitkräfte aus: „...Ich bitte Sie zu beachten, daß handelspolitisch die DDR nicht an dem Ausbau von Exporten in die KDVR interessiert ist, da diese ihren Lieferverpflichtungen gegenüber der DDR nur ungenügend nachkommt (Kraus 1989).“ Die wohl letzten wirtschaftlichen Kontakte der untergehenden DDR und Nordkoreas fanden Ende Oktober Anfang November 1989 - also nur wenige Tage vor der Öffnung der innerdeutschen Grenze - zwischen den wohl treuesten Verfechtern des Systems nämlich zwischen den Geheimdiensten statt. Ein letztes Mal bemühte sich eine koreanische Abordnung, in den Besitz von DDR-Spitzentechnologie zu kommen. Abhörgeräte, Funkabwehr und Kriminaltechnik standen auf der Wunschliste. MfS-Minister Mielke zeigte sich grundsätzlich zu Lieferungen bereit. Zum Abschluss eines Vertrages - wie von koreanischer Seite gewünscht - kam es aber dennoch nicht, da die dafür nötigen Vollmachten nicht vorlagen. Grundsätzlich wies die DDR bei aller Bereitschaft, Technologie zu liefern, auf die dafür zu verrechnenden Außenhandelspreise hin. Die Gäste äußerten den Wunsch, ein gezeigtes Diktiergerät (Typ HDG-222) sowie ein kleinformatiges Kassettentonbandgerät als Geschenk mitnehmen zu dürfen. Man werde diese Bitte prüfen und die Objekte gegebenenfalls nachschicken, lautete die ausweichende Antwort des anwesenden Generals Damm (Hielscher 1989). Größeren Gewinn hingegen versprach sich die DDR offenbar zunehmend von wirtschaftlichen Beziehungen zum südkoreanischen Erzfeind des Kim-Staates: schon 1986 fing es mit einem eher bescheidenen Handelsvolumen von 4 Millionen Mark an, steigerte sich aber dann zusehends auf immerhin die fünffache Summe von 20 Millionen Mark bis 1989. Als im Februar 1988 Nordkorea von diesem „Verrat“ erfuhr, äußerten die Verhandler naturgemäß völliges Unverständnis für diese indirekte

Anerkennung des Nachbarn durch das „Bruderland“, verbunden mit der Aufforderung, sofort von diesem Handel abzulassen. Die DDR hielt sich allerdings bedeckt und ließ wissen, dass man auf Grund der Ressourcenlage des Landes gezwungen sei, auch mit dem „kapitalistischen Ausland“ in einem gewissen Maß Handel zu treiben. Man könne allerdings versprechen, dass die DDR nicht nach Südkorea exportiere, daher gebe es auch keine indirekte Anerkennung. Die Zahlen (s.o.) lassen den Schluss zu, dass die DDR-Vertreter - sofern sie nicht rundheraus gelogen - die Wahrheit hier zumindest sehr großzügig ausgelegt haben. Bei einem Handelsvolumen von - am Ende - 20 Millionen Mark, ist es kaum vorstellbar, dass Südkorea - selbst bei einem wie immer gearteten Dreieckshandel - nicht entweder Geld oder Waren in irgendeiner Form erhalten hat (Kang-Schmitz 2010, S. 164). Einen wirklichen Grund zu einer Beschwerde hatte Nordkorea allerdings insofern auch gar nicht, als das Land selbst ebenfalls begonnen hatte, mit der Bundesrepublik Handel zu treiben. Wertmäßig belief sich dieser 1989 bereits auf einer Höhe von 50% des Austauschs mit der DDR (!)... Allerdings mit ähnlichen Resultaten, was die Balance betraf. 200 Millionen US \$ betrug der koreanische Importüberschuss. Um diese Schulden abzubauen, flossen nun in großen Mengen Gold, Buntmetalle und andere Rohstoffe in den Westen Deutschlands. Ein ganzes Zementwerk hatten bundesdeutsche Firmen bis 1988 schon geliefert und Nordkorea hätte gerne ein weiteres im Wert von einer Milliarde DM geordert. Allerdings kam der Vertrag zu letzterem nicht zustande. Bemerkenswerterweise liefen die diesbezüglichen Verhandlungen über die nordkoreanische Botschaft in Berlin. Die exponierte Stellung in der geteilten Stadt wurde also wieder einmal zum Sprungbrett für ein Ausgreifen in westlicher Richtung und die DDR - indirekt und sicher ganz gegen ihre Absicht - zum Geburtshelfer des Handels mit dem „kapitalistischen“ Teil Deutschlands (Kang-Schmitz 2010, S. 162).

9.6 Fazit und Thesenbewertung

Die wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten waren geprägt von einer fast ununterbrochen anhaltenden Einseitigkeit. Beginnend mit den Hilfen während und nach dem Korea-Krieg bis in die allerletzten Monate kommunistischer Herrschaft zwischen Ostsee und Erzgebirge gab es kaum ein Jahr, in dem nicht ein Überschuss an Waren und Dienstleistungen in West-Ost-Richtung floss. War es zu Beginn noch eine Mischung aus sowjetischem Druck, internationalistisch-sozialistischem Sendungsbewusstsein und Hoffnung auf gedeihliche Zusammenarbeit in der Zukunft, so wichen diese Beweggründe zunehmend der Erkenntnis auf deutscher Seite, dass ohne ein Bestehen auf eigene staatliche Interessen, wohl nie mit einer koreanischen Gegenleistung, die diesen Namen verdient, zu rechnen sein würde. Profitierend vom Zerwürfnis zwischen Nordkorea und Chruschtschows Sowjetunion nutzte die DDR den von sowjetischer Seite gewährten Freiraum und

schraubte die eigenen Liefermengen nach Korea schließlich so weit herunter, dass sich ein annähernder Ausgleich in der Handelsbilanz ergab. Da Nordkorea während der frühen 1960er Jahre sehr stark auf China orientiert agierte, kam der bilaterale Austausch zu dieser Zeit fast zum Erliegen. Eine gewisse Ausnahme bildete die Zeit der Wiederannäherung von Nordkorea an das sowjetische Lager und insbesondere an die DDR. Kurzzeitig schienen bessere Zeiten angebrochen zu sein, denn erstmals gingen die Lieferungen in beide Richtungen in die Höhe. Während andere sozialistische Staaten in der ansonsten üblichen Weise vergeblich oder sehr verzögert auf die versprochenen koreanischen Gegenleistungen für ihre Waren warten mussten, gab es für die DDR eine Art Vorzugsbehandlung. Rückblickend wird deutlich, wie sehr Nordkorea damals DDR-Technologie benötigte. Ganz offensichtlich war hier während der Zeit starker einseitiger Nähe zur Volksrepublik China ein Defizit entstanden. Lange hielt dieser Zustand jedoch nicht an und die Ära Honecker war wiederum von großen Ungleichgewichten in der Handelsbilanz geprägt. Die DDR versuchte, durch einseitige Vorleistungen einen fairen Austausch zu befeuern, um die Einfuhren aus „kapitalistischen“ Ländern durch solche aus anderen sozialistischen Staaten wie Nordkorea zumindest teilweise zu ersetzen. Devisen zu sparen, war hier das große Ziel, für das man im immer wieder enttäuschend verlaufenden Handel mit Nordkorea auf das Prinzip Hoffnung setzte. Nordkorea versprach in praktisch allen Verhandlungen, begehrte Rohstoffe wie Buntmetalle für DDR-Hochtechnologie zu liefern, blieb diese aber fast immer in beträchtlichem Maße schuldig. Die in die Verhandlungen involvierten Institutionen der DDR wurden zwar über die Jahre immer ungeduldiger und zunehmend weniger bereit den Versprechungen und Ausflüchten Nordkoreas zu glauben, befanden sich durch die eigene Devisenknappheit aber in einer Zwangslage. Zu ihrem Leidwesen erreichte die DDR jedoch bis zum Ende ihres Daseins keine wirklichen Fortschritte in Richtung auf einen Ausgleich der Handelsbilanz und einer Bezahlung der aufgelaufenen nordkoreanischen Verbindlichkeiten. Bei drei Gipfeltreffen der beiden Staatsoberhäupter und anderer hoher politischer Vertreter wurden beruhigende Worte ausgetauscht, mithilfe derer Nordkorea nicht ungeschickt immer wieder den Ärger auf deutscher Seite zu besänftigen wusste. Die DDR-Diplomatie war hier in gewisser Weise zweigeteilt: während sich zwischen den Staatsoberhäuptern eine von Harmonie geprägte Atmosphäre einstellte, war die untere Ebene eine Mischung aus deutscher Hoffnung und Frustration und koreanischen Bitten, Forderungen und Beschwichtigungen. Vieles von dem, was die koreanische Seite bekommen wollte, bekam sie; in den Besitz weiterer Dinge – vor allem wichtige Informationen - versuchte sie sogar hinter dem Rücken der DDR durch Spionage zu gelangen. Die DDR wartete meist vergeblich oder zumindest viel länger als vereinbart auf das, was sie sich von Nordkorea versprach. Dazu kam ein oft eklatanter Mangel an Qualität insbesondere bei verarbeiteten Produkten. Dies war insbesondere deswegen ein Ärgernis für die DDR, da die Koreaner immer wieder auf die Abnahme dieser Waren

bestanden. Man sei kein reines Rohstoffland bzw. wolle diese nicht sein. Alles in Allem agierte die DDR zumeist vertragskonform, während Nordkorea sich nur im Ausnahmefall an seine Versprechen hielt. Zumindest eine Teilerklärung ist sicher in der Aussage zu suchen, dass Nordkorea die DDR für eine Art sozialistisches High-Tech-Land hielt, in dem paradiesische Zustände herrschten. Dass so ein Land vor allem zu geben hätte, verstand sich offenbar für Nordkorea von selbst. Dass die Aussicht auf Rohstoffe hierfür das geeignete Lockmittel sein würde, verstand Kim Il-sung schon 1954, als er die DDR-Vertreter auf die Möglichkeit von deren Lieferung hinwies. Immer wieder wurde seitdem diese Trumpfkarte ausgespielt. Es ist dabei kaum zu glauben, dass die koreanische Seite nicht darüber bescheid wusste, wie wichtig die Rohstofflieferung für die DDR-Industrie waren. Nicht zuletzt die DDR-Verhandler selbst haben dies immer wieder betont. Es ist daher klar, dass Nordkorea wusste, welche Frustrationen das eigene Verhalten auf der Gegenseite auslöste. Die Befindlichkeit des Gegenübers scheint für die Kim-Regierung aber keine Rolle gespielt zu haben, solange man selbst das bekam, was man brauchte bzw. wollte. Dass man durchaus gegebenenfalls auf diese Probleme Rücksicht nehmen konnte, wenn dies für die eigene Situation unerlässlich schien, zeigt das Verhalten während der späten 1960er Jahre, als Nordkorea sich nicht zuletzt nach einer Missernte 1963 in einer ganz besonderen Zwangslage befunden haben dürfte. Plötzlich waren ausreichende Gegenlieferungen nach Deutschland möglich und der Handel funktionierte für ganz kurze Zeit weitestgehend in der von der DDR gewünschten Form. Davor und danach jedoch spielten die Rohstoffe des Landes eher die Rolle der berühmten Karotte, die vor der Nase des Pferdes hängt, um es zu Höchstleistungen anzutreiben – in diesem Fall also, um die DDR zu immer weiteren Lieferungen auf Kredit zu bewegen. Auf Kredit dessen Begleichung man immer weiter in die Zukunft verschob. Bezugnehmend auf die oben vorgestellte These lässt sich nach Durchsicht der Quellen folgendes sagen: Obwohl die Zusammenarbeit der beiden Staaten als Austausch von Rohstoffen aus Nordkorea gegen Maschinen und Technologie aus der DDR immer im Raum stand und oft genug beschworen wurde, kam er nur sehr bedingt zustande. Als großer Hemmschuh erwies sich fast die gesamten 40 Jahre unseres Betrachtungszeitraums hindurch die mangelnde Kooperation der koreanischen Seite, die die meiste Zeit versuchte, die gewollten Lieferungen und Dienstleistungen der deutschen Seite möglichst ohne Bezahlung zu bekommen. Die Aussage, dass ein für beide Seiten gewinnbringender Austausch stattgefunden hat, ist somit – vielleicht mit Ausnahme der späten 1960er Jahre – zu verneinen. Statt eines fruchtbaren Gebens und Nehmens haben wir es vielmehr mit einem fast stetigen Geben von West nach Ost ohne weitere Gegenleistung zu tun. Eine weitere Ausnahme bildet die erste Hälfte der 1960er Jahre – allerdings nur in dem Sinn, dass während jener Jahre auch von der DDR her nur ein Minimum an Gütern Richtung Korea floss, da erstens das politische Zerwürfnis innerhalb des sozialistischen Blocks beide Länder weit

auseinander gebracht hatte und weil zweitens das Agieren Nordkoreas während der 1950er Jahre die DDR den Schluss hatten ziehen lassen, dass eine ausgeglichene Handelsbilanz mit Nordkorea nur dann zu erreichen sei, wenn man die eigenen Lieferungen denen der Gegenseite mengenmäßig radikal anpasste, d.h. herunterfuhr. Als fruchtbringende Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen kann man letztere Konstellation allerdings keinesfalls bezeichnen, denn nun bekam keiner von beiden, was er brauchte oder wollte. Zu allen anderen Zeiten – also in den 1950er Jahren und in den Jahren unter Erich Honecker – schwoll der Strom von Leistungen von West nach Ost zwar an, die Gegenlieferungen hielten sich hingegen immer in engen Grenzen.

10 Resümee

Die Beziehung der beiden Teilstaaten DDR und Nordkorea unterlag in allen untersuchten Teilbereichen einem Auf und Ab, das von mehreren verschiedenen Faktoren beeinflusst wurde. Der wichtigste Faktor war ohne Zweifel die politische Großwetterlage innerhalb des sozialistischen Lagers. Vor allem das Zerwürfnis zwischen den beiden kommunistischen Supermächten Sowjetunion und Volksrepublik China entfremdete die sowjetreue DDR und Nordkorea stark voneinander und ließ die Beziehungen während der ersten Hälfte der 1960er Jahre stark erkalten. Die Gemeinsamkeit, ein Teilstaat zu sein und sich – jedenfalls in den 1950er Jahren – auch als ein solcher zu verstehen, half hier nicht. Die große Politik der UdSSR und Chinas war der alles bestimmende Faktor. Als dann die Regierung Ulbricht auch noch mit dem Paukenschlag des Mauerbaus quer durch Berlin das eigene Abrücken von dem Streben nach deutscher Einheit erkennen ließ, wurde das Zerwürfnis erst recht groß, rüttelte dieser Schwenk indirekt doch an den Grundfesten nordkoreanischen Selbstverständnisses. Wir erkennen hier also ganz eindeutig den Tiefpunkt in den gegenseitigen Beziehungen. Wirtschaftlich gesehen traf dieser Zustand vor allem die nordkoreanische Seite, hatte diese doch während der 1950er riesige Unterstützung aus der DDR erfahren. Diese Lieferungen fehlten jetzt und konnten, wie der anschließende Heißhunger auf mehr in den späten 1960er Jahren belegt, ganz offensichtlich auch nicht durch chinesische Hilfen ausgeglichen werden. Die DDR, die während der 1950er Jahre zuerst nolens volens aber dann mit immer stärker wahrnehmbarem Zähneknirschen zum Geberland geworden war, scheint hingegen den nachlassenden Druck zur Hilfe aus Moskau eher mit Erleichterung zur Kenntnis genommen und postwendend zur wirtschaftlichen Schadensbegrenzung genutzt zu haben. Umso mehr triumphierten ihre Vertreter, als die Notlage Nordkorea zu den RGW-Staaten und insbesondere auch zur DDR zurückzwang. Man war jetzt stolz auf die eigene Leistungsfähigkeit als sozialistisches Industrieland und wurde darin von Nordkorea geschickt bestärkt. Als dann tatsächlich – einmalig in den wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten – kurzfristig aus Nordkorea für eigene Lieferungen auch die entsprechenden Gegenlieferungen eintrafen schien sich wirtschaftlich gesehen alles zum Besseren zu wenden. Nordkorea erhielt seine so dringend benötigten Maschinen und Technologien bis hin zu ganzen Fabriken und die DDR wurde dafür mit dringend benötigten Rohstoffen bezahlt. Damit nicht genug: auch politisch gab es für Nordkorea jetzt kaum eine andere Möglichkeit, als sich von China abzukoppeln. Zu groß war die Furcht vor ähnlich instabilen Zuständen wie sie im China der Kulturrevolution herrschten. Als sich dann beide Staaten auch noch bereitfanden, in der jeweiligen Behandlung der nationalen Frage, den Weg der Nichteinmischung zu beschreiten, schien es für gedeihliche Beziehungen keine Hindernisse mehr zu geben. Ergänzend dazu ließ der DDR-Übervater Sowjetunion durchblicken, dass Nordkorea

diesmal unbedingt für das eigene Lager zu gewinnen sei, während Nordkorea die DDR der Sowjetunion als Partner in dem Augenblick sogar vorzuziehen schien. Es gab Kritik an der UdSSR aber eine Charmeoﬀensive gegenüber dem deutschen Partner, die auch nicht nachließ, als Erich Honecker erfolgreich seinen einstigen Ziehvater Walter Ulbricht aus dem Amt putschte. Ein durchaus beachtlicher Akt der Toleranz, wäre doch ein solcher Staatsstreich das Letzte, was Kim Il-sung im eigenen Land brauchen konnte. Aber das Konzept der Nichteinmischung hielt. Als die DDR zu Beginn der 1970er Jahre immer mehr zu einem international anerkannten Staat wurde, war Nordkorea sogar ebenfalls zu innerkoreanischen Gesprächen bereit, die nach einer Weile allerdings ergebnislos abgebrochen wurden. Die internationale Anerkennung, die jetzt der DDR zuteilwurde, versuchte Nordkorea sehr pragmatisch für eigene Zwecke zu nutzen. Obwohl die Kim-Regierung mit ihrer Bitte, nicht der weiteren internationalen Anerkennung Südkoreas Vorschub zu leisten wenig erfolgreich war, so war sie sehr dankbar als die DDR Nordkorea erfolgreich in zwei UNO-Tochterorganisationen brachte. Wie überhaupt der Schulterschluss nach außen hin immer am besten gelang: die größte Konstante blieb die konsequente Nichtanerkennung der jeweiligen marktwirtschaftlichen Gegenüber des anderen. Nie hatte die DDR oﬃzielle diplomatische Beziehungen zu Südkorea und für unseren Betrachtungszeitraum gab es ebenfalls nie eine solche zwischen Nordkorea und der Bundesrepublik. Man bekannte sich damit eindeutig zum Alleinvertretungsanspruch des anderen – auch als die DDR diesen für sich gar nicht mehr vertrat. Die besten Zeiten für das Miteinander gingen aber in den frühen 1970er Jahren schon wieder zu Ende. Dies traf insbesondere auf den wirtschaftlichen Austausch zu der nun wieder zu einem eher einseitigen Geschäft wurde. Während die Koreaner es schafften bis 1989 Waren und Dienstleistungen von beträchtlichem Wert aus der DDR liefern zu lassen, waren die Leistungen, die die DDR aus dem Handel generieren konnte, eher gering und bestanden rückblickend betrachtet oft in nicht mehr als Gutschriften, die am Ende nie bezahlt wurden, und einigen beschwichtigenden Worten der koreanischen Verhandlungspartner. Politisch kam man sich hingegen durchaus wieder näher, vor allem, wenn man von den höchsten Ebenen der Politik spricht. Zwar gelang es der DDR nie, die Kim-Regierung vollständig in das Sowjetlager zu holen, sondern Nordkorea verharrte nicht zuletzt nach dem Ende der Kulturrevolution in China in seiner Position zwischen dem Sowjetlager und der Volksrepublik. Allerdings warf dies die DDR als Verhandlungspartner Nordkoreas durchaus nicht zurück. Gerade weil die DDR das vielleicht sowjettreueste Mitglied der sozialistischen Welt war, bildete sie für Nordkorea den idealen Gesprächspartner, um indirekt mit der UdSSR zu verhandeln und doch unabhängig zu agieren und China nicht als Partner zu verlieren. Insbesondere als auch Honecker mit seiner Friedenspolitik in kleinem Umfang eigene Akzente zu setzen wagte, konnte ihm ein Partner wie Kim Il-sung nur recht sein. Dass Honecker seinen zweiten Besuch in Pjöngjang mit einer Visite in Peking verband,

belegt, dass sich jetzt auch der DDR-Staatschef in der Rolle des internationalen Vermittlers, der das hehre Ziel der Einigung des kommunistischen Lagers verfolgte, sehr gefiel. Dies, obwohl völlig klar blieb, dass er nie so aus dem Schatten der Sowjets heraustreten können würde, wie dies Kim Il-sung konnte. Immerhin: auf dem Parkett der internationalen Politik baute man sich gegenseitig Brücken bzw. man versuchte sie auch für China und die UdSSR zu bauen. Dazu kam, dass ab 1985 die neue Sowjetführung unter Michail Gorbatschow eine Atmosphäre der Hinwendung zu demokratischen Ideen schuf, die für den Kommunismus in Europa nichts Gutes bedeuten konnte. Eine engere Anbindung an das stalinistische Land Kim Il-sungs und vielleicht sogar eine stärkere Annäherung an Maos Erben in China schien hier ein möglicher Ausweg zu sein, zumal man sich jetzt nach außen hin auch in der Deutschland- bzw. Korea-Politik wieder offener gegenseitig bei den verschiedenen Zielrichtungen unterstützte. Der bewussten Ausklammerung war jetzt eine aktive verbale Rückendeckung gefolgt, die man mit der andersartigen Lage beider Länder begründete. Honecker wünschte nun Kim gutes Gelingen bei der Einigung Koreas, wohingegen Kim seine Unterstützung beim Aufbau einer unabhängigen, souveränen DDR zusicherte. Nach Schwierigkeiten in den frühen 1960er Jahren hatte man sich in der hohen Politik also jetzt wieder gefunden. Dass auf der Ebene der Botschaften, die DDR immer wieder einen Mangel an Kooperationsbereitschaft beklagte und umgekehrt die Nordkorea seine Vertretung in Berlin immer wieder als eine Schaltzentrale für Machenschaften nutzte, die der DDR überhaupt nicht gefielen, sorgte bei den untergeordneten DDR-Dienststellen zwar für viel Verärgerung, aber das Verhalten Kim Il-sungs oder auch die persönliche Einstellung Honeckers sorgt am Ende immer dafür, dass die Harmonie an höchster Stelle gewahrt blieb.

11 Beantwortung der Forschungsfrage

Hinsichtlich der Frage, welchen Nutzen beide Staaten aus der Beziehung zueinander ziehen konnten bzw. welche diesbezüglichen Hoffnungen enttäuscht worden sind, lässt sich für Nordkorea aufgrund der oben beschriebenen Untersuchungsergebnisse folgendes sagen:

- Nordkoreas Positionierung in der internationalen Politik wurde bis zur Mitte der 1960er Jahre von DDR-Seite kaum beeinflusst. Sie bewegte sich lediglich gemeinsam mit China weg von der Sowjetunion. Die dadurch entstandene Entfremdung auch von der DDR spielte in diesem Spannungsfeld eine eher marginale Rolle.
- Eine Änderung in der Wertigkeit erfuhr das Verhältnis zur DDR erst mit der Abwendung vom China der Kulturrevolution und der Zeit danach bis 1989/90. Jetzt wurde die Beziehung zur DDR nicht nur wichtig für die Kim-Regierung, um den Brückenschlag zum

Sowjetlager etwas unterhalb des Radarschirms chinesischen Argwohns zu bewerkstelligen, sondern auch um dies zu erreichen, ohne in zu große Abhängigkeit von der UdSSR zu geraten.

- Aus der zunehmenden internationalen Anerkennung der DDR konnte die nordkoreanische Diplomatie einen weiteren Vorteil ziehen, als die DDR dem Land Zugang zu einigen Tochterorganisationen der UNO verschaffte. Im Wettbewerb mit Südkorea und dessen internationaler Reputation war dies ein Fortschritt, den Nordkorea durchaus schätzte.
- Vor allem in der Spätphase der DDR wurde diese für Nordkorea ein Verbündeter im Kampf um die Einheit aller sozialistischen Staaten, ohne dass die DDR selbst je eine derart große Unabhängigkeit von den beiden Großmächten der kommunistischen Welt erreichen konnte oder wollte wie der Staat Kim Il-sungs.
- In der nationalen Frage leisteten sich beide Teilstaaten gegenseitig bestenfalls moralische Unterstützung. Konkrete Maßnahmen wie gemeinsame Manöver gab es nicht. Ein echter Nutzen ist hier für Nordkorea nicht auszumachen.
- Allerdings wahrten beide Teilstaaten einander insofern die Treue, als keiner von beiden je offiziell das „kapitalistische“ Gegenüber anerkannte. Weder eröffnete die DDR eine Botschaft in Seoul noch tat dies Nordkorea in Bonn. Gerade für Nordkorea mit seinem durchgehend mit Vehemenz vertretenen Alleinvertretungsanspruch war dies eine wertvolle Rückendeckung auf dem diplomatischen Parkett.
- Große Schwierigkeiten bereitete Nordkorea der Schwenk der DDR hinsichtlich des eigenen Selbstverständnisses. Solange die Einheit das erklärte Ziel war, fühlte sich die Kim-Regierung in ihrer Koreapolitik bestätigt und hatte keinerlei Schwierigkeiten dem eigenen Volk über die Lage in Deutschland zu berichten. Dies änderte sich aber vollkommen mit dem Mauerbau und der Ausrichtung des Staates auf das Ziel einer vollendeten Teilung im zweiten Jahrzehnt unter Walter Ulbricht. Die Berichterstattung in Nordkorea tat alles, um die geänderte Politik im eigenen Land nicht bekannt werden zu lassen und auch in direkten Kontakten mied man dieses Thema. Der stramm auf eine Wiedervereinigung hinarbeitende nordkoreanischen Propagandamaschine erwies die DDR mit diesem radikalen Politikwechsel einen Bärendienst. Vielleicht der größte aller Nachteile, die sich für Nordkorea aus den Beziehungen zum kommunistischen Teil Deutschlands ergab.
- Umgekehrt war es für Kim Il-sung ohne Zweifel ein sehr willkommener Akt internationaler Solidarität, als Honecker in seiner Spätzeit Kim für das Vorhaben der Wiedervereinigung erklärtermaßen den Rücken stärkte. Dass beide Seiten dabei jetzt die Verschiedenartigkeit

der jeweiligen Lage betonten, war ein Kompromiss, mit dem Nordkorea ebenso leben konnte wie die DDR.

- Den größten Nutzen aus dem Miteinander zog Kims Staat zweifelsohne aus den Wirtschaftsbeziehungen. Mit Ausnahme der 1960er Jahre, in denen eine annähernde Ausgeglichenheit in der Handelsbilanz erreicht wurde, lieferte die DDR fast ununterbrochen große Mengen an Gütern, Dienstleistungen und Knowhow an den Partner in Fernost. Die Gegenleistungen, die die Koreaner dafür bereitstellten, blieben dagegen weit hinter dieser Menge zurück. Das entsprach zwar vor allem in den späten 1950er Jahren wie auch zu Zeiten Honeckers nie den gegebenen Zusicherungen, änderte sich aber trotz allen deutschen Einspruchs nie wirklich.

Aus Sicht der DDR stellt sich die Kosten-Nutzen-Rechnung oft anders dar:

- Die Stellung als Vasall der Sowjetunion verlangte von der DDR allen diplomatischen Einsatz, um Nordkorea nah an den großen Bündnispartner zu binden. Dies gelang langfristig nur sehr bedingt. Trotz aller materieller Hilfe der 1950er Jahre war Kim Il-sung während der Ära Chruschtschows nicht bereit dessen neuem Kurs zu weniger Personenkult zu folgen, wie es DDR-Staatschef Walter Ulbricht getan hatte. Ohne dass die DDR hier irgendwelchen Einfluss ausüben konnte, folgte Nordkorea Maos China. Bei der Wiederannäherung an den Kreml fühlte sich auch die DDR am Ziel ihrer Wünsche, was Nordkorea anbetraf, zumal sie für die nächsten paar Jahre, wie schon erwähnt, als Brückenbauer nach Moskau auserkoren war. Die Freude währte allerdings nicht lange als Nordkorea und China wiederum aufeinander zuzugingen. Der ewige Kampf für die Erweiterung des sowjetischen Einflusses erfüllte sich für die DDR nie ganz – die totale Verkuppelung Nordkoreas mit China erfolgte allerdings auch nicht mehr. Man könnte diese Mission also als Teilerfolg einordnen, zumal die DDR während der letzten 15 Jahre ihrer Existenz trotz aller Schwierigkeiten auf den unteren Ebenen miteinander, näher an Nordkorea heranrückte. Das Heranziehen Nordkoreas an die Sowjetunion und ihre engen Verbündeten wie die DDR, ist der DDR langfristig bei allen Versuchen in diese Richtung nur teilweise gelungen. Wir können hier also von einem Teil-Erfolg sprechen.
- In der nationalen Frage erhoffte sich die DDR von Nordkorea nicht allzu viel. Nachdem der wohl eher halbherzige Traum von einem Ausgreifen des Kommunismus auf die Bundesrepublik sich nicht erfüllt hatte und die DDR ihre Politik der Abgrenzung eingeleitet hatte, war sie auf die koreanische Solidarität nicht mehr so stark angewiesen. Man hatte schließlich de facto alles, was man erreichen wollte und worum es der DDR jetzt ging, war eine rechtlich verbindlich Anerkennung des status quo, die im Grundlagenvertrag mit gewissen Vorbehalten durch die Bundesrepublik erlangt werden konnte. Nordkoreanische

Solidarität war hier von untergeordneter Bedeutung. Als diese dann in der Spätphase der DDR für die Situation in Deutschland trotzdem kam, war dies für die DDR ein kleiner Erfolg, den man mit der Zustimmung für das nordkoreanische Streben nach einem vereinten Korea erkaufte hatte.

- Nicht ganz so wichtig wie für die Koreaner war für die DDR dementsprechend die Tatsache, dass es zu DDR-Zeiten nie eine nordkoreanische Botschaft in Berlin gab. Gerne gesehen hat man in Berlin diese Geste aber allemal. Nicht umsonst verbat man sich dort jede Art von Tuchfühlung Nordkoreas mit der Bundesrepublik. Dass Kims Botschaft in Berlin bis 1990 die einzige offizielle nordkoreanische Vertretung auf deutschem Boden blieb, ist dementsprechend auch als Erfolg für die DDR zu werten.
- Ein weiterer kleiner Punkt, den die DDR oft in zähen Verhandlungen durchsetzen konnte, waren insbesondere in den Abkommen der Spätzeit ideologisch geprägte Formulierungen der Begleittexte von Abkommen und Verträgen mit der Kim-Regierung. Die offizielle Betonung sozialistisch-kommunistischer Weltanschauung in diesen Schriftstücken war von koreanischer Seite schon lange nicht mehr erwünscht, konnte von den Diplomaten der DDR aber immer wieder durchgesetzt werden. Obwohl die konkreten Auswirkungen einer solchen ideologischen Manifestierung sicher überschaubar blieben, war die DDR hier siegreich in ihrem Vorhaben, das eigene sozialistische Gedankengut in die Welt hinauszutragen.
- Im wirtschaftlichen Austausch blieben für die DDR trotz beträchtlicher Vorleistungen die meisten Wünsche unerfüllt. Sieht man von der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ab, in der Nordkorea sich ganz offensichtlich in einer dermaßen misslichen Lage befand, dass man sich nach Kräften um das Wohlbefinden der DDR bemühte, ließen die Koreaner die deutsche Seite mit ihren Wünschen meiste im Regen stehen. Eine erfolgreiche Versorgung mit Rohstoffen, wie sie sich die DDR-Regierung sehnlichst wünschte, um dafür weniger Devisen auf dem Weltmarkt ausgeben zu müssen, kam – abgesehen von den Jahren, als in China die Kulturrevolution tobte, nie im erhofften Maß zustande. Ohne Zweifel haben wir es hier mit einem krassen und kostspieligen Misserfolg für die DDR zu tun.

Alles in Allem kann man sagen, dass beide Partner in politisch-diplomatischer Hinsicht ihre Erfolge und Misserfolge zu verbuchen hatten, dass allerdings in wirtschaftlicher Hinsicht vor allem Nordkorea als Profiteur erkennbar ist. Ist im ersten Bereich hin- und wieder auch eine gewisse Art von Win-Win-Konstellation zu erkennen, ließ dies beim wirtschaftlichen Austausch vor allem der Mangel an koreanischer Kooperation nur selten zu.

12 Literaturverzeichnis

Archiv der Zentralstelle MfS (1982). Archiv der Zentralstelle MfS HA II Nr. 38258 21.6.1982, BStU 0129.

Archiv der Zentralstelle MfS (1983). Archiv der Zentralstelle MfS HA II Nr. 38258 BStU 0168 Berlin, 21. 3. 1983 Akt e n ver m e r k Absprache MfAA zu Problemen Botschaft KDVR mit Gen. Pohl am 3. 2. und 8. 2. ·1983.

Archiv der Zentralstelle MfS (1983). Archiv der Zentralstelle MfS-HA II Nr. 38258 BStU 0170 HA II/10 Berlin, 21. 3. 1983 Akt e n ver m e r k Absprache MfAA zu Problemen Botschaft KDVR mit Gen. Pohl am 3. 2. und 8. 2. ·1983.

Archiv der Zentralstelle MfS (1984). Archiv der Zentralstelle MfS-HA XX Nr. 3009 BStU 000024 24.5.1984.

Archiv der Zentralstelle MfS (1987). Archiv der Zentralstelle MfS HA I Nr. 13695 BStU 000123/000125 BEFEHL Nr. 113/87 des Ministers für Nationale Verteidigung über die Ausbildung von Militärskadern der koreanischen Volksarmee in der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. 12. 1987.

Archiv der Zentralstelle MfS (1988). Archiv der Zentralstelle MfS HA I Nr. 13695 BStU 000128 BEFEHL Nr. 107/8 des Ministers für Nationale Verteidigung über die Ausbildung von Militärskadern der koreanischen Volksarmee in der Deutschen Demokratischen Republik vom 15. 11. 1988.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/110011>, zuletzt aktualisiert am 09.09.2021, zuletzt geprüft am 09.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/110111>, zuletzt aktualisiert am 01.08.2021, zuletzt geprüft am 01.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/110113>, zuletzt aktualisiert am 01.08.2021, zuletzt geprüft am 01.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/110118>, zuletzt aktualisiert am 14.09.2021, zuletzt geprüft am 14.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/110121>, zuletzt aktualisiert am 08.11.2021, zuletzt geprüft am 08.11.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/110124>, zuletzt aktualisiert am 15.08.2021, zuletzt geprüft am 15.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/110137>, zuletzt aktualisiert am 16.11.2021, zuletzt geprüft am 16.11.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/110143>, zuletzt aktualisiert am 31.08.2021, zuletzt geprüft am 31.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/110511>, zuletzt aktualisiert am 11.09.2021, zuletzt geprüft am 11.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/110515>, zuletzt aktualisiert am 13.08.2021, zuletzt geprüft am 13.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/110600>, zuletzt aktualisiert am 12.09.2021, zuletzt geprüft am 12.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/110608>, zuletzt aktualisiert am 15.08.2021, zuletzt geprüft am 15.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/110758>, zuletzt aktualisiert am 19.08.2021, zuletzt geprüft am 19.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/110820>, zuletzt aktualisiert am 26.08.2021, zuletzt geprüft am 26.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/110860>, zuletzt aktualisiert am 19.09.2021, zuletzt geprüft am 19.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/111084>, zuletzt aktualisiert am 08.11.2021, zuletzt geprüft am 08.11.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/111086>, zuletzt aktualisiert am 15.08.2021, zuletzt geprüft am 15.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/111641>, zuletzt aktualisiert am 29.10.2021, zuletzt geprüft am 29.10.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/111726>, zuletzt aktualisiert am 23.10.2021, zuletzt geprüft am 23.10.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/111811>, zuletzt aktualisiert am 08.11.2021, zuletzt geprüft am 08.11.2021

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/111821>, zuletzt aktualisiert am 15.08.2021, zuletzt geprüft am 15.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/111822>, zuletzt aktualisiert am 15.08.2021, zuletzt geprüft am 15.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/111828>, zuletzt aktualisiert am 24.08.2021, zuletzt geprüft am 24.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/112243>, zuletzt aktualisiert am 19.09.2021, zuletzt geprüft am 19.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/112271>, zuletzt aktualisiert am 21.09.2021, zuletzt geprüft am 21.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/112277>, zuletzt aktualisiert am 27.09.2021, zuletzt geprüft am 27.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/112303>, zuletzt aktualisiert am 21.08.2021, zuletzt geprüft am 21.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/112304>, zuletzt aktualisiert am 12.09.2021, zuletzt geprüft am 12.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/112306>, zuletzt aktualisiert am 15.08.2021, zuletzt geprüft am 15.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/112308>, zuletzt aktualisiert am 17.08.2021, zuletzt geprüft am 17.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/112585>, zuletzt aktualisiert am 11.09.2021, zuletzt geprüft am 11.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/112590>, zuletzt aktualisiert am 01.08.2021, zuletzt geprüft am 01.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/112731>, zuletzt aktualisiert am 02.09.2021, zuletzt geprüft am 02.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/112732>, zuletzt aktualisiert am 30.10.2021, zuletzt geprüft am 30.10.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/112735>, zuletzt aktualisiert am 12.08.2021, zuletzt geprüft am 12.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/112737>, zuletzt aktualisiert am 21.08.2021, zuletzt geprüft am 21.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/112745>, zuletzt aktualisiert am 02.09.2021, zuletzt geprüft am 02.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/112952>, zuletzt aktualisiert am 09.09.2021, zuletzt geprüft am 09.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/112954>, zuletzt aktualisiert am 09.09.2021, zuletzt geprüft am 09.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113197>, zuletzt aktualisiert am 18.08.2021, zuletzt geprüft am 18.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113198>, zuletzt aktualisiert am 18.08.2021, zuletzt geprüft am 18.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113199>, zuletzt aktualisiert am 19.08.2021, zuletzt geprüft am 19.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113200>, zuletzt aktualisiert am 19.08.2021, zuletzt geprüft am 19.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113229>, zuletzt aktualisiert am 27.09.2021, zuletzt geprüft am 27.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113237>, zuletzt aktualisiert am 19.09.2021, zuletzt geprüft am 19.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113367>, zuletzt aktualisiert am 24.08.2021, zuletzt geprüft am 24.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113704>, zuletzt aktualisiert am 14.09.2021, zuletzt geprüft am 14.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113711>, zuletzt aktualisiert am 05.11.2021, zuletzt geprüft am 05.11.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113714>, zuletzt aktualisiert am 14.09.2021, zuletzt geprüft am 14.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113715>, zuletzt aktualisiert am 24.08.2021, zuletzt geprüft am 24.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113783>, zuletzt aktualisiert am 19.09.2021, zuletzt geprüft am 19.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113928>, zuletzt aktualisiert am 26.08.2021, zuletzt geprüft am 26.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114054>, zuletzt aktualisiert am 28.09.2021, zuletzt geprüft am 28.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114125>, zuletzt aktualisiert am 27.08.2021, zuletzt geprüft am 27.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114127>, zuletzt aktualisiert am 29.09.2021, zuletzt geprüft am 29.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114275>, zuletzt aktualisiert am 10.09.2021, zuletzt geprüft am 10.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114277>, zuletzt aktualisiert am 26.08.2021, zuletzt geprüft am 26.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114278>, zuletzt aktualisiert am 29.09.2021, zuletzt geprüft am 29.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114279>, zuletzt aktualisiert am 26.08.2021, zuletzt geprüft am 26.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114284>, zuletzt aktualisiert am 17.08.2021, zuletzt geprüft am 17.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114290>, zuletzt aktualisiert am 29.08.2021, zuletzt geprüft am 29.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114291>, zuletzt aktualisiert am 17.08.2021, zuletzt geprüft am 17.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114292>, zuletzt aktualisiert am 16.08.2021, zuletzt geprüft am 16.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114543>, zuletzt aktualisiert am 11.09.2021, zuletzt geprüft am 11.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114564>, zuletzt aktualisiert am 27.09.2021, zuletzt geprüft am 27.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114565>, zuletzt aktualisiert am 28.09.2021, zuletzt geprüft am 28.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114566>, zuletzt aktualisiert am 28.09.2021, zuletzt geprüft am 28.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114567>, zuletzt aktualisiert am 28.09.2021, zuletzt geprüft am 28.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114855>, zuletzt aktualisiert am 29.08.2021, zuletzt geprüft am 29.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114858>, zuletzt aktualisiert am 29.08.2021, zuletzt geprüft am 29.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114861>, zuletzt aktualisiert am 17.08.2021, zuletzt geprüft am 17.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114962>, zuletzt aktualisiert am 25.10.2021, zuletzt geprüft am 25.10.2021

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114976>, zuletzt aktualisiert am 11.09.2021, zuletzt geprüft am 11.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114992>, zuletzt aktualisiert am 05.10.2021, zuletzt geprüft am 05.10.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/115532>, zuletzt aktualisiert am 21.08.2021, zuletzt geprüft am 21.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/115539>, zuletzt aktualisiert am 23.10.2021, zuletzt geprüft am 23.10.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/115540>, zuletzt aktualisiert am 03.08.2021, zuletzt geprüft am 03.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/115537>, zuletzt aktualisiert am 12.08.2021, zuletzt geprüft am 12.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/115539>, zuletzt aktualisiert am 01.08.2021, zuletzt geprüft am 01.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/115599>, zuletzt aktualisiert am 31.10.2021, zuletzt geprüft am 31.10.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/115607>, zuletzt aktualisiert am 01.08.2021, zuletzt geprüft am 01.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/115656>, zuletzt aktualisiert am 29.10.2021, zuletzt geprüft am 29.10.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/115933>, zuletzt aktualisiert am 31.10.2021, zuletzt geprüft am 31.10.2021

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/115947>, zuletzt aktualisiert am 02.09.2021, zuletzt geprüft am 02.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/115951>, zuletzt aktualisiert am 31.10.2021, zuletzt geprüft am 31.10.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/115952>, zuletzt aktualisiert am 31.10.2021, zuletzt geprüft am 31.10.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116110>, zuletzt aktualisiert am 10.09.2021, zuletzt geprüft am 10.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116131>, zuletzt aktualisiert am 10.09.2021, zuletzt geprüft am 10.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116159>, zuletzt aktualisiert am 05.11.2021, zuletzt geprüft am 05.11.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116295>, zuletzt aktualisiert am 05.11.2021, zuletzt geprüft am 05.11.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116326>, zuletzt aktualisiert am 02.08.2021, zuletzt geprüft am 02.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116405>, zuletzt aktualisiert am 15.11.2021, zuletzt geprüft am 15.11.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116406>, zuletzt aktualisiert am 15.11.2021, zuletzt geprüft am 15.11.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116484>, zuletzt aktualisiert am 30.09.2021, zuletzt geprüft am 30.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116607>, zuletzt aktualisiert am 16.08.2021, zuletzt geprüft am 16.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116636>, zuletzt aktualisiert am 28.09.2021, zuletzt geprüft am 28.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116677>, zuletzt aktualisiert am 26.08.2021, zuletzt geprüft am 26.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116726>, zuletzt aktualisiert am 14.09.2021, zuletzt geprüft am 14.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116727>, zuletzt aktualisiert am 24.08.2021, zuletzt geprüft am 24.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116730>, zuletzt aktualisiert am 16.09.2021, zuletzt geprüft am 16.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116731>, zuletzt aktualisiert am 16.08.2021, zuletzt geprüft am 16.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116732>, zuletzt aktualisiert am 19.09.2021, zuletzt geprüft am 19.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116752>, zuletzt aktualisiert am 22.08.2021, zuletzt geprüft am 22.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/118659>, zuletzt aktualisiert am 14.09.2021, zuletzt geprüft am 14.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/119458>, zuletzt aktualisiert am 12.08.2021, zuletzt geprüft am 12.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/119459>, zuletzt aktualisiert am 10.09.2021, zuletzt geprüft am 10.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/119651>, zuletzt aktualisiert am 31.08.2021, zuletzt geprüft am 31.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/119722>, zuletzt aktualisiert am 08.08.2021, zuletzt geprüft am 08.08.2021

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/120765>, zuletzt aktualisiert am 21.08.2021, zuletzt geprüft am 21.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/120780>, zuletzt aktualisiert am 21.08.2021, zuletzt geprüft am 21.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/121671>, zuletzt aktualisiert am 19.08.2021, zuletzt geprüft am 19.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/121797>, zuletzt aktualisiert am 29.10.2021, zuletzt geprüft am 29.10.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/121963>, zuletzt aktualisiert am 03.08.2021, zuletzt geprüft am 03.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/123114>, zuletzt aktualisiert am 08.11.2021, zuletzt geprüft am 08.11.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/134238>, zuletzt aktualisiert am 24.08.2021, zuletzt geprüft am 24.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/145163>, zuletzt aktualisiert am 29.08.2021, zuletzt geprüft am 29.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/208236>, zuletzt aktualisiert am 05.10.2021, zuletzt geprüft am 05.10.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/208248>, zuletzt aktualisiert am 18.08.2021, zuletzt geprüft am 18.08.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/208542>, zuletzt aktualisiert am 12.09.2021, zuletzt geprüft am 12.09.2021.

Archive, Wilson Center Digital (2021): Wilson Center Digital Archive. Online verfügbar unter <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/208838>, zuletzt aktualisiert am 19.09.2021, zuletzt geprüft am 19.09.2021.

백성호 Baek Seong-Ho (2005): 김일성 사후 북한 외교노선의 변화와 대외관계의 특징 1995 년부터 2004 년까지 로동신문의 사설분석을 중심으로 Changes and Characteristics of North Korean Foreign Policy and Diplomatic Relations after the Demise of Kim Il- Sung: Focusing on Editorials of Rodong Shinmun from 1995 to 2004. In: 국제정치논총 45(4) The Korean Journal of International Studies 45(4) (2005.12), S. 169–189. Online verfügbar unter <http://www.dbpia.co.kr/journal/articleDetail?nodeId=NODE00997995>.

Behling, Klaus (2018): Leben in der DDR. Alles was man wissen muss. 1. Auflage. Berlin: Bild und Heimat.

Beu, Andrea (2019): Propaganda, Parolen, Party: Die Jugend der Welt zu Gast in Nordkorea. In: n-tv NACHRICHTEN, 07.01.2019. Online verfügbar unter <https://www.n-tv.de/politik/Die-Jugend-der-Welt-zu-Gast-in-Nordkorea-article21086467.html>, zuletzt geprüft am 30.07.2021.

Brückner, Willi (1987). „Zur Übermittlung an 26“, Ministerium für Staatssicherheit Hauptabteilung II/10 28.

정광민 Chŏng Kwang-Min (2012): 김일성과 박정희의 경제전쟁. = The Economic War between Kim Il-Sung and Park Chung-Hee. 초판 2쇄. 서울: 쏘레아.

Dax, Christian (2019): North Korea and a potential economic opening-up strategy for the future. Masterarbeit. Diplomatische Akademie Wien, Wien.

Daum (1986). Archiv der Zentralstelle MfS HA II Nr. 29614 7.5.1986 BStU 000088.

Dormels, Rainer (2014): North Korea's cities. Industrial facilities, internal structures and typification. Gyeonggi-do: Jimoondang.

Eckhardt (1987). 1987 „Protokoll über die Vorführung operativ-technischer Mittel für Genossen des koreanischen Bruderorgans“, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Ministerium für Staatssicherheit Operativ-Technischer Sektor Abteilung E 28. Mai 1987.

Flanze, ?? (1989). „Situationsbericht gemäß Punkt 6 DA I/4/83 des Leiters der Hauptabteilung I“, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Ministerium für Staatssicherheit. Hauptabteilung I/LSK-LV Unterabteilung Schulen 3. Oktober 1989.

Focus Magazin-Peter Miller (1994): KIM JONG IL: Der Strippenzieher. In: FOCUS Online, 25.07.1994. Online verfügbar unter https://www.focus.de/politik/deutschland/der-strippenzieher-kim-jong-il_id_1830894.html, zuletzt geprüft am 18.08.2021.

Focus Magazin-Wolfgang Bauer (2005): Reportage: Die letzte Stadt der DDR. In: FOCUS Online, 11.07.2005. Online verfügbar unter https://www.focus.de/panorama/reportage/die-letzte-stadt-der-ddr-reportage_id_2029320.html, zuletzt geprüft am 01.11.2021.

Frank, Rüdiger (1996): Die DDR und Nordkorea. Der Wiederaufbau der Stadt Hamhùng von 1954 - 1962. Als Ms. gedr. Aachen: Shaker (Berichte aus der Politik).

Gentkow, Bernd (1986). Bundesbeauftragter für Stasiunterlagen. Information über den Militärattachéstab bei der Botschaft der KDVR in der DDR, die vom 15.9. bis 19.9.1986 in der DDR weilte“, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Ministerium für Staatssicherheit Hauptabteilung II/10 zwischen 20. und 29. September 1986.

Gentkow, Bernd (1986). Bundesbeauftragter für Stasiunterlagen. „Information über Aktivitäten der militärpolitischen Abteilung der Botschaft der KDVR in der DDR“, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Hauptabteilung II/10 8. Dezember 1986.

Grawunder, Heinz (1989). „Berichterstattung gemäß Punkt 6 der Dienstanweisung I/4/83 des Leiters der Hauptabteilung I“, Ministerium für Staatssicherheit. Hauptabteilung I Abteilung MfNV 6. Oktober 1989.

Grumbach ?? (18.09.1968). Archiv der Zentralstelle, MfS-HA BStU 000321, Hauptabteilung I, Abteilung MfNV-1, über die Absicherung des Besuchs der koreanischen Militärdelegation in der DDR in der Zeit vom 18.09-27.09.1968.

Hentschel, ?? (1988). „Aktennotiz zum Untersuchungsbericht „Anschlag auf den Flug Nr. 858 der Korean Air“, Ministerium für Staatssicherheit Abteilung XXII/Sekretariat 11. Mai 1988.

Herzog, Klaus (1986). 1986 „Vermerk über ein Gespräch des Stellvertreters des Chefs des Protokolls, Genossin Weier, mit dem Rat der KDVR-Botschaft, Genossen Han Tã Hun, am 12. August 1986“, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Ministerium für Staatssicherheit Protokollabteilung 15. August 1985.

Hielscher. 1989 BStU 000001 Aktennotiz zum Arbeitsbesuch.einer Delegation.des Ministeriums für Staatsschutz der KDVR beim MfS ' Der Arbeitsbesuch fand auf Ersuchen des amt. Ministers für,Staatsschutz der KDVR vom 26. 10. bis 3. 11. 1989 statt.

Kang-Schmitz, Liana (2010): Nordkoreas Umgang mit Abhängigkeit und Sicherheitsrisiko - Am Beispiel der bilateralen Beziehungen zur DDR. Dissertation. Universität Trier, Trier.

Kay (1988). Archiv der Zentralstelle MfS HA I Nr. 13843 BStU 0020 8.1.1988 Kreisdienststelle Pankow Sachstandsbericht zur OPK „Korea“, Reg. Nr. XX/1263/87.

KBS WORLD Radio (2022). Die 70er und 80er Jahre | Koreanische Halbinsel von A bis Z. Online verfügbar unter http://world.kbs.co.kr/special/northkorea/contents/archives/outline/outline_1970.htm?lang=g, zuletzt aktualisiert am 21.01.2022, zuletzt geprüft am 21.01.2022.

Kim, Hyun-Hee (1994): Die Tränen meiner Seele. Dt. Erstveröff., 2. Aufl. Bergisch Gladbach: Lübbe (Bastei Lübbe Erfahrungen, 61304).

Koreanischer Übersee-Informationsdienst (1988). „Untersuchungsergebnisse Explosion auf dem Flug Nr. 858 der Korean Air“, Ministerium für Staatssicherheit, HA XXII Nr. 738/1.

Kraus (1989). Verwaltung Rückwärtige Dienste Leiter Berlin, 22.September 1989. VKr/A- 370/89 BStU Abteilung X Le Her.

Mdr.de (2017): DDR und Nordkorea | MDR.DE. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/geschichte/robtroner-in-nordkorea100.html>, zuletzt aktualisiert am 16.11.2021, zuletzt geprüft am 16.11.2021.

Mdr.de (2018): DDR und Nordkorea | MDR.DE. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/zeitreise/ddr-deutsche-botschaft-nordkorea-100.html>, zuletzt aktualisiert am 19.08.2021, zuletzt geprüft am 19.08.2021.

MfS Berlin BStU 000296 (1987). Notiz über die Besprechung zwischen dem Genossen Minister Mielke und dem Stellvertreter des Ministers für Staatsschutz der KDVR – Generaloberst Tschae Dwu Sen – am 25.5.1987.

Ministerium für Staatssicherheit (1984). Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes. Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Volksrepublik Korea vom 1. Juni 1984.

Myers, Brian (2006): The Watershed that wasn't: Re-evaluating Kim Il Sung's "Juche Speech" of 1955. In: Acta Koreana (Vol. 9, No. 1), S. 89–115.

N.N. (1983). „Hinweise zur Botschaft der KDVR in der DDR: Information A/17407/29/08/83“, erfasst für Ministerium für Staatssicherheit HA II/13 29. August 1983.

N.N. (1987). „Zur Übermittlung an 26“, Ministerium für Staatssicherheit Hauptabteilung II/10 28.

- N.N. (1988). „Erklärung von KZNA“, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Ministerium für Staatssicherheit Abteilung XIX Nr. 6395 29. Januar 1988.
- Park, Han S. (2012): North Korea Demystified. Amherst: Cambria Press. Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=6576418>.
- 박명림 Park Myung-Lim (2008): 박정희와 김일성 한국적 근대화의 두 가지 길 Park Chung Hee and Kim Il Sung: Two Trajectories of the Korean Modernization in Comparison. In: 역사비평 Critical Review of History (2008.2), S. 126 – 156. Online verfügbar unter <http://www.dbpia.co.kr/journal/articleDetail?nodeId=NODE00959593>.
- Schmidt (1987). 1987 „Aktennotiz – IZ KDVR“, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Ministerium für Staatssicherheit Operativ-Technischer Sektor Leiter 28. Mai 1987.
- 서동만 Sö Dong-Man (2000): 한국전쟁의 미시적 분석 - 한국전쟁과 김일성. In: 역사비평, Critical Review of History, 2000.5, S. 26–42. Online verfügbar unter <http://www.dbpia.co.kr/journal/articleDetail?nodeId=NODE00008645>.
- Steiner-Gashi, Ingrid; Gashi, Dardan (2010): Im Dienst des Diktators. Leben und Flucht eines nordkoreanischen Agenten. Wien: Ueberreuter.
- Streletz (1987). Archiv der Zentralstelle MfS, HAI Nr. 13558 Hauptabteilung I MfNV 1987 BStU 0147.
- Streletz (1987). Archiv der Zentralstelle MfS. Archiv der Zentralstelle MfS, HAI Nr. 13558 Hauptabteilung I MfNV 1987 BStU 0149/0150.
- Szalontai, Balázs (2005): Kim Il Sung in the Khrushchev era. Soviet-DPRK relations and the roots of North Korean despotism, 1953 - 1964. Washington, DC: Woodrow Wilson Center Press (Cold War International History Project series). Online verfügbar unter <http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy0710/2005010693-b.html>.
- Suh, Dae-Sook (1988): Kim Il Sung. The North Korean leader. New York: Columbia University Pr (Studies of the East Asian Institute).
- 도진순 To Chin-Sun (1989): 북한 역사학계에서 근현대사 시기구분 논쟁과 그 변화. In: 역사와현실 Quarterly Review of Korean History (1, 1989.5), S. 154–180. Online verfügbar unter <http://www.dbpia.co.kr/journal/articleDetail?nodeId=NODE00002946>.
- Weber, Hermann (1993): Die DDR 1945-1990. 2. Aufl. München: Oldenbourg (Oldenbourg Grundriß der Geschichte, 20).

Abstract

This master thesis deals with the relationship between East Germany and North Korea. Two states on the western and on the eastern edge of the territory of the communist world separated by thousands of kilometres and a vast difference in culture but linked not only by an ideology but also by the fact that they were both only one part of a larger nation. Using a great number of primary documents, the thesis tries to shed light on the question of how the two states dealt with each other and when doing so, which kind of goal their negotiators tried to achieve. It concentrates on the three aspects of foreign policy, unification aspects and economical exchange trying to find out how the two were able to gain ground here. In order to investigate this, there are four ideas what the outcome could be that are derived from a general overview over their development during the 40 years of existence of the German Democratic Republic. The main part of the thesis consists of the chapters in which each of these ideas are being checked upon, if and how after looking at the collected material any the ideas need to be modified. At the end, this outcome serves as a way to find out about which of the two partners' ideas could be put in place and which of them could not. Where is it that negotiators were successful and where did things end up in disappointment? As a result of this research, it became clear that the relationship of the two was not always the same i.e. especially during the decade of the 1960s when North Korea was strongly orientated towards Mao Zedong's China at first but later on turned to the Soviet led community of which East Germany was part of. North Korea's choice was usually thoroughly economy-driven, which means that the Kim-government always saw about good material support being generated from cordial relationships. East Germany therefore found itself in a giving position most of the time although frustration about this situation was great. At least when agreeing on a written document, it was East Germany's ideas of ideological thinking that their contracts were usually decorated with – although that usually had no relationship in real terms with the actual agreement signed. As a result, the influence that East Germany would have loved to have on North Korea in order to get its government closer to the Soviet camp remained minor. Their political relationship never got much closer than to the exchange of warm words between the top politicians, especially towards the end of that 40-year-period also when it comes to the national aspect. In this regard, things became especially complicated for both sides, when East Germany turned away from its initial intention of striving for unification and instead enhancing a split of Germany in two. As the strive for unification of Korea is part of North Korea's DNA, it was a major burden on the bilateral relationship for quite a while. Only for the last 13 years, they found some kind of *modus vivendi* to revive mutual diplomatic support also in this regard. This is although solidarity was always strong

enough in order to keep them both from setting up formal relationships with the other one's capitalistic counterpart i.e. West Germany and South Korea.

Die vorliegende Masterarbeit befasst sich mit dem Verhältnis zwischen der DDR und Nordkorea. Die beiden Staaten am westlichen bzw. am östlichen Ende der kommunistischen Welt waren einerseits getrennt durch viele tausend Kilometer sowie durch einen weit auseinanderliegenden kulturellen Hintergrund andererseits aber verbunden durch eine gemeinsame Weltanschauung und durch die Tatsache, dass es sich in beiden Fällen um Teilstaaten handelt(e). Mittels einer großen Menge von Primärliteratur versucht die Arbeit der Frage nachzugehen, wie diese beiden Staaten miteinander umgingen und welche Ziele sie dabei verfolgten. Dabei stehen drei Themenbereiche im Fokus: Die außenpolitisch-diplomatische Ebene, die Beziehung beider Partner in ihrer Eigenschaft als Teilstaat und die wirtschaftliche Stoßrichtung. Um sich diesen Fragen zu nähern, gibt die Arbeit zunächst einen kurzen Überblick über die Geschichte der DDR und Nordkoreas während der betreffenden Zeit (1948/9 bis 1989/90) und formuliert aufbauend auf diese Kapitel vier Thesen für die genannten Teilbereiche, wie die Beziehungen möglicherweise ausgesehen haben könnten. Der Hauptteil der Abhandlung besteht nun aus der Überprüfung der formulierten Thesen, welche mit dem vorgefundenen Material abgeglichen werden. Im Vordergrund stehen dabei die Absichten der Verhandler beider Seiten sowie ihre Erfolge und Misserfolge, d.h. welchen Nutzen die DDR und Nordkorea aus der Zusammenarbeit ziehen wollten und konnten oder nicht konnten.

Als Resultat der Forschungen hat sich ergeben, dass das Verhältnis der beiden Partner während der verschiedenen Zeitperioden durchaus sehr unterschiedlich war. Insbesondere in den 1960er Jahren war der Unterschied zwischen Jahren der Nähe zu China und Zeiten der Annäherung an das sowjetisch geführte Lager und damit auch an die DDR immens. Die nordkoreanische Stoßrichtung in der Partnerwahl war dabei grundsätzlich vor allem von ökonomischen Gesichtspunkten bestimmt, d.h. Ziel war es überall die maximale materielle Unterstützung zu generieren. Obwohl die Frustration auf DDR-Seite darüber oft groß war, fand sich auch die DDR praktisch immer und überall in der Position des materiell Gebenden wieder. Lediglich bei ideologischen Aussagen, die beispielsweise einem Vertrag beigelegt wurden, konnte sich die DDR meist durchsetzen. Reale Bedeutung besaß dies aber meist nicht. Das zweifellos stark ausgeprägte Streben der DDR, die Gegenseite näher an das sowjetisch geführte Lager heranzuziehen, war daher von nur sehr mäßigem Erfolg gekrönt. In diesem wie im Fall der gegenseitigen Unterstützung in Bezug auf die nationale Einheit gab es insbesondere am Ende des Betrachtungszeitraums selten mehr als einen Austausch von warmen Worten zwischen Spitzenfunktionären. Die Zusammenarbeit hinsichtlich der staatlichen Einheit litt insbesondere ab

dem Mauerbau nicht zuletzt unter dem Schwenk der Deutschlandpolitik der DDR, als deren Stoßrichtung immer weniger auf die Einheit und immer mehr auf die Vollendung der deutschen Teilung abzielte. Für das Verhältnis zu Nordkorea, das immer und überall die Überwindung der koreanischen Teilung als zentralen Baustein seiner Politik betrachtete, bildete dies über Jahrzehnte eine schwere Bürde. Erst ab 1977 fand man eine Kompromissformel, die diesen Gegensatz ausreichend entschärfen konnte. Immerhin war die gegenseitige Solidarität allerdings die gesamten vier Jahrzehnte hindurch stark genug, dass keiner der beiden Staaten je zum marktwirtschaftlich-westlich orientierten Gegenüber des jeweils anderen diplomatische Beziehungen aufbaute.